

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 90. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 13. September 2012, 10.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen	1 - 103
Herr Gerald Hennenhöfer gemäß Beweisbeschluss 17-212	

* Hinweis:
Die Korrekturen des Zeugen Gerald Hennenhöfer (Anlage) wurden in das Protokoll eingearbeitet.

(Beginn: 10.17 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung.

Einzigster Tagesordnungspunkt unserer heutigen Sitzung ist:

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Herr Gerald Hennenhöfer
gemäß Beweisbeschluss 17-212

Herr Hennenhöfer, ich begrüße Sie sehr herzlich in unserer Runde.

Nachdem die Presse nun Gelegenheit zu ihren Auftraktbildern hatte - ich denke, das ist für Sie in Ordnung; Sie haben alles fotografiert, was Sie fotografieren wollten -, darf ich Sie jetzt bitten, Ton-, Bild- und Filmaufnahmen zu beenden. Wie Sie wissen, sind selbige während der Sitzung unzulässig, und Sie wissen auch, dass wir gegebenenfalls dagegen sogar strafrechtliche Konsequenzen ziehen müssen.

Ich möchte die Zuschauerinnen und Zuschauer auf unserer Tribüne ebenfalls sehr herzlich begrüßen und sie daran erinnern, dass es ihnen auch nicht erlaubt ist, Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras oder Ähnliches in den Sitzungssaal mitzunehmen, und möchte sie bitten, angesichts der Multifunktionalität von Geräten, mit denen man auch telefonieren kann, diese auszuschalten. Des Weiteren möchte ich die Zuschauer auf der Tribüne darauf hinweisen, dass Beifalls- oder Missfallensäußerungen, Zwischenrufe und andere Handlungen, die geeignet sind, den Ablauf der Sitzung zu stören, nach der Hausordnung untersagt sind und zu ordnungsrechtlichen, gegebenenfalls auch strafrechtlichen Konsequenzen führen werden. Aber wir werden sehen, dass das gar nicht erst eintritt.

**Vernehmung des Zeugen
Gerald Hennenhöfer**

Herr Hennenhöfer, ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer Ausschusssitzung und darf Sie darüber informieren, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung anfertigen werden, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Genehmigung des Protokolls gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-212, den Untersuchungsauftrag

und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor. Für Ihre Vernehmung hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit Schreiben vom 10. Januar 2012 eine Aussagegenehmigung erteilt.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss unedlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft über solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Nach § 22 Abs. 1 PUAG sind Sie zur Verweigerung des Zeugnisses ferner berechtigt, was Ihnen als Anwalt in dieser Eigenschaft anvertraut worden oder bekannt geworden ist, sofern Sie nicht von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit entbunden sind.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, so bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie dazu zunächst Fragen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Keine Fragen. - Damit beginnen wir mit der Vernehmung zur Person. Nach diesen not-

wendigen Vorbemerkungen darf ich Sie zunächst bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem vollständigen Namen und Ihrem Alter vorzustellen, und Sie darüber hinaus fragen, ob die in der Ladung verwandte Adresse noch korrekt ist.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Vielen Dank. - Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Ernst Gerald Hennenhöfer. Ich wurde am 10. November 1947 in Erfurt geboren, und die Ladungsschrift im Bundesumweltministerium ist zutreffend gewählt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit können wir mit der Vernehmung zur Sache beginnen. Dem Ausschuss, Herr Hennenhöfer, geht es darum, zu klären, ob es auf dem Wege zur zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, den Salzstock Gorleben untertätig zu erkunden und darüber hinaus keine weiteren Standorte obertätig, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Darüber hinaus beschäftigt sich der Ausschuss mit den Umständen, die im Jahre 1977 zur Entscheidung für den Standort Gorleben geführt haben, und aktuell - das ist unser Thema - insbesondere mit der Frage, inwiefern das Erkundungskonzept in den Jahren 1997/1998 Änderungen erfahren hat.

Wenn Sie wünschen, können Sie sich entsprechend § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung äußern. Anderenfalls würde ich selbst mit den Fragen beginnen, die ich an Sie richten möchte. Wie wollen wir verfahren?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Vorsitzende, ich habe ein kurzes Eingangsstatement vorbereitet, das ich gern vortragen würde, aus dem sich die¹ Zeit, die ich zur Beantwortung benötige, im Zusammenhang ergibt. Ich habe dieses Statement schriftlich ausformuliert und habe Ihnen und dem Stenografischen Dienst ein Exemplar gegeben. Ich habe noch ein paar Überstücke dabei, damit es die Medienvertreter nachher auch haben können.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann bitte ich Sie, in der Sache vorzutragen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Von 1994 bis 1998 war ich Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit, Strahlenschutz, Nukleare Ver- und Entsorgung im Bundesumweltministerium. Berufen hatte mich seinerzeit Bundesumweltminister Töpfer, dem nach der Bundestagswahl 1994 Frau Merkel folgte. Nach der Wahl 1998 wurde ich einige Wochen später von dem neuen Bundesumweltminister Trittin in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Als Leiter der Abteilung RS war ich unter anderem - neben vielen anderen Themen - für die Errichtung und den Betrieb der Bundesendlager und daher auch für die Erkundung des Salzstocks Gorleben verantwortlich. Zu diesem Zeitpunkt war Gorleben als Standort längst ausgewählt; die Erkundung hatte begonnen. Die technisch-fachlichen Fragen des Vorhabens wurden weitgehend von dem dafür zuständigen Unterabteilungsleiter, Herrn Dr. Matting, geleitet, den Sie hier schon angehört haben. Ich war im Wesentlichen mit den politischen und rechtlichen Randbedingungen der Erkundung befasst. Den größten Teil meiner Tätigkeit im Bundesumweltministerium haben allerdings die sogenannten Energiekonsensgespräche eingenommen, die während der ganzen Zeit ständig im Hintergrund geführt wurden. Soweit sie den Standort Gorleben berührten, werde ich gleich darüber berichten und dabei auch die damaligen Überlegungen zu einer Fortentwicklung des Endlagerkonzeptes darlegen.

Als ich in das BMU eintrat, waren - soweit mir das heute innerlich ist - die beiden Schächte des Erkundungsbergwerks Gorleben schon weitgehend abgeteuft, der Innenausbau hatte begonnen, das Auffahren von Infrastrukturräumen und -strecken im Nordostteil des Salzstocks wurde vorbereitet. Die Festlegung auf den Salzstock Gorleben als Erkundungsstandort war bereits etliche Jahre zuvor getroffen worden. Die Entscheidung war zwar vor Ort umstritten, aber Gründe dafür, sie aus Sicht der Bundesregierung infrage zu stellen, lagen nicht vor.

Auf der staatsrechtlichen Ebene galt unverändert der Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der Kernkraftwerke vom 28. September 1979, in dem es unter anderem heißt - ich zitiere -:

¹ Ergänzung des Zeugen: setze „damalige“, Anlage

Die Erkundung und bergmännische Erschließung des Salzstocks Gorleben wird deshalb zügig vorangeführt, so daß die für die notwendigen Entscheidungen erforderlichen Kenntnisse über den Salzstock in der zweiten Hälfte der 80er Jahre vorliegen.

Dieser Beschluss enthielt einen klaren Handlungsauftrag an die Bundesregierung, der auch im Jahre 1994, also bei meinem Dienstantritt, noch nicht durch eine andere gesamtstaatliche Entscheidung abgelöst worden war.

Auch die Rechtslage war geklärt. Im Jahre 1990 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht die Rechtsauffassung des Bundes, wonach die Erkundung eines möglichen Endlagerstandortes zunächst auf bergrechtlicher Grundlage erfolgt. Ein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren ist erst nach der endgültigen Festlegung des Standortes als Voraussetzung für die Errichtung und den Betrieb eines Endlagers durchzuführen. Ferner bestätigte das Bundesverwaltungsgericht in seiner Entscheidung von 1995 die Rechtsposition des Bundesumweltministeriums, dass es für die weitere Erkundung keines neuen UVP-pflichtigen Rahmenbetriebsplans bedurfte. Ich füge noch hinzu, weil das gerade an anderer Stelle diskutiert wurde: Das hat etwas mit dem Zeitpunkt der Antragstellung zu tun und nicht mit Atomrecht und Bergrecht.

Ebenso wenig hätte es zuvor der Durchführung eines Standortauswahlverfahrens in gewisser Form bedurft. Ein solches Verfahren ist im Atomgesetz in seiner auch gegenwärtig geltenden Fassung nicht vorgesehen. § 9 b des Atomgesetzes sieht ein standortgebundenes Planfeststellungsverfahren vor. Das heißt von den Abläufen her: Der Planungsträger, hier also der Bund, hat in Form einer verwaltungsinternen Entscheidung einen Standort auszuwählen und zu erkunden, dessen atomrechtliche Eignung er anschließend im Planfeststellungsverfahren nachweisen muss. Erkundung ist die der Eignungsprüfung und der Erarbeitung eines Langzeitsicherheitsnachweises vorausgehende Faktenerhebung. Ist diese Faktenerhebung unvollständig, kann der Nachweis anschließend möglicherweise nicht geführt werden. Die Nachweislast liegt beim Planungsträger. Daher sind die Standortfindung und Erkundung auch in seine Entscheidungsgewalt gelegt. Das Vorgehen des Planungsträgers

wird im Planfeststellungsverfahren nicht geprüft.

Frau Vorsitzende, draußen werden Fernsehaufnahmen in den Saal hinein gemacht. Ich weiß nicht, ob das im Sinne des Ausschusses ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herzlichen Dank. In diese Richtung konnten wir nicht schauen. Wir werden dagegen Maßnahmen ergreifen. - Bitte schön.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Im Planfeststellungsverfahren ist ausschließlich der Frage nachzugehen, ob die atomrechtlichen Anforderungen, insbesondere der Langzeitsicherheitsnachweis, an dem vom Planungsträger, der die Last trägt, ausgewählten Standort erfüllt sind. Diese von mir hier referierte Rechtslage ist vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg in seiner Konrad-Entscheidung dargelegt und später durch das Bundesverwaltungsgericht bestätigt worden. Dieses System gilt bis heute. Wir wollen es ja jetzt gerade - und zwar gemeinsam - im Konsens ändern. Standortauswahlverfahren sind im Übrigen erst nach meiner Zeit im BMU international üblich geworden. Im Ausland zielen sie insbesondere auf die Akzeptanz vor Ort, erst in zweiter Linie auf geologische Fragestellungen.

Dies alles bedeutet zusammengefasst, dass damals für mich kein Anlass bestand, mich quasi im Nachhinein mit der Auswahl des Erkundungsstandortes - das ist hier vorrangig Ihr Thema - zu befassen. Auch die vorliegenden Erkundungsergebnisse begründeten keine Zweifel daran, dass dort ein Planfeststellungsverfahren erfolgreich durchgeführt werden kann. Jedenfalls lagen mir damals keine entsprechenden Hinweise aus meiner Abteilung, von den Beratungsgremien oder anderen Fachinstitutionen vor.

Die Frage der Salzrechte war bei meinen Mitarbeitern ein wichtiges Thema. Mein damaliger Amtsvorgänger hatte mich bei der Amtsübergabe auf die ungeklärte Frage aufmerksam gemacht. Für ihn war - das war seinerzeit Prioritätensetzung - vorrangig, dass alles vermieden werden müsse, was als vorzeitige Festlegung auf Gorleben als Endlagerstandort missdeutet werden könnte. Daher wollte er Enteignungsbestimmungen im Atomgesetz vermeiden. Zu seiner Zeit hatte der Streckenausbau auch noch gar nicht begonnen, sodass damals, zu seiner

Amtszeit, diese Frage noch nicht drängend war.

In meiner Abteilung wurden alle möglichen Überlegungen angestellt, in welcher Weise man die Frage der Salzrechte lösen könnte. Von juristischer Seite wurde überlegt, ob nicht die bergrechtlichen Enteignungsbestimmungen ausreichend seien. Hierfür gab es Hinweise aus der Rechtsprechung. Von der technischen Seite wurden Erkundungskonzepte diskutiert, die keine Inanspruchnahme privater Salzrechte erfordern würden. So gab es beispielsweise die These, ein Salzstock sei weitgehend symmetrisch ausgebildet. Die Erkundung der einen Flanke erlaube daher ausreichende Aussagen über die andere Flanke.

Mich haben diese Überlegungen nie völlig überzeugt; denn wir benötigten ja eine gesetzliche Enteignungsgrundlage, zum Beispiel für die Salzrechte, nicht nur für die Erkundung in Gorleben, sondern eben auch an Alternativstandorten, zum Beispiel wenn wir dort Betriebsgelände in Anspruch nehmen mussten. Deswegen hielt ich die politische Argumentation, Enteignungsbestimmungen würden als standortspezifische Regelungen den Standort Gorleben festschreiben, für unzutreffend. Aus meiner Sicht war und ist sogar das Gegenteil richtig: Wer Alternativstandorte untersuchen will, muss die Möglichkeit haben, in den Besitz der dafür notwendigen Flächen und Nutzungsrechte zu gelangen; sonst ist eine fundierte und damit glaubwürdige Untersuchung nicht möglich. Für mich war daher klar, dass für ein Infrastrukturvorhaben dieser Bedeutung als Ultima Ratio eine gesetzliche Enteignungsmöglichkeit bestehen muss, falls die natürlich immer vorzugswürdige gütliche Einigung mit den privaten Eigentümern nicht möglich ist.

Ich hatte daher von Anfang an die Absicht, eine gesetzliche Grundlage für die gegebenenfalls notwendige Beschaffung privater Rechte zu schaffen. Allerdings wollte ich die damals im Hintergrund laufenden Konsensgespräche nicht durch einen Gesetzgebungsvorstoß gefährden. Ich habe den politischen Bemühungen um einen Konsens immer einen hohen Stellenwert beigemessen und dabei unter anderem das Ziel verfolgt, die benötigten Enteignungsbestimmungen zum Bestandteil einer „Konsensnovelle“ zu machen. Daher habe ich mit einer entsprechenden Gesetzesinitiative gewartet, weil ich zunächst ziemlich sicher von einem erfolgreichen Ausgang der politischen Einigungsbe-

mühungen ausging. Erst als sie zu keinem Ergebnis führten, haben wir mit der Novelle, die wir 1997 eingebracht haben, 1998 entsprechende Regelungen in das Atomgesetz eingefügt.

Dafür brauchten wir im Übrigen nicht den Bundesrat. Die in den Medien zu findende Behauptung eines Mitgliedes dieses Ausschusses, das BMU hätte damals Erkundung nach Salzrechtslage betrieben, weil man keine rechtliche Möglichkeit zur Erlangung der Salzrechte gehabt hätte, ist durch die Novelle 1997/98 und im Übrigen auch durch die 12. Novelle zum Atomgesetz aus dem Jahr 2010 widerlegt. Bei unseren damaligen Planungen stand immer im Vordergrund, welche Untersuchungen notwendig sind, um im späteren atomrechtlichen Planfeststellungsverfahren die notwendigen Nachweise, insbesondere zur Langzeitsicherheit, gerichtsfest und auch in der Sache sicher führen zu können.

Der wesentliche Teil meiner Arbeit im BMU von 1994 bis 1998 - nebenbei bemerkt: auch in der Zeit danach - war aber nicht dem Standort Gorleben, sondern - ich sagte es schon - der Herbeiführung eines umfassenden Energiekonsenses einschließlich der Entsorgungsfragen gewidmet. Ich habe diese Bemühungen immer nachdrücklich unterstützt, weil ich der Überzeugung war und auch heute noch bin, dass wesentliche Elemente unserer Infrastruktur, zu denen ich die Kernkraftwerke und alle dazugehörenden sonstigen Einrichtungen zähle, letztlich nicht gegen den Widerstand und erklärten politischen Willen der Opposition betrieben werden können.

Die Konsensbemühungen hatten im Jahr 1992 auf Initiative von Bundesumweltminister Töpfer begonnen; sie wurden nach der Bundestagswahl 1994 in einem etwas kleineren Format fortgesetzt. Ich habe die Chronologie dieser Gespräche in einem kleinen Atomgesetzkommentar dargestellt, auf den ich verweisen darf. Er ist vergriffen; ich verdiene daran kein Geld. Um die damaligen Zusammenhänge zu verstehen, muss man die Interessenlage, die heute manchmal und manchem erstaunlich vorkommen mag, kennen. Damals fanden die Energiekonsensgespräche zwischen den Parteien statt und unterschieden sich ganz wesentlich von den Ausstiegsverhandlungen, die die Regierung Schröder im Jahre 2000 ohne Einbeziehung der anderen Parteien, also der Opposition, mit den Energieversorgungsunternehmen

geführt hat. Bis 1998 waren es Gespräche zwischen den Parteien. Danach waren es Gespräche der Regierung mit den Unternehmen. In den Jahren 1994 bis 1998 saßen die Unternehmen, um deren Kraftwerke - sprich: Eigentum - es ja ging, nicht am Tisch. Sie waren nicht dabei; es waren Gespräche zwischen den Parteien. Daher gab es separate Abstimmungsgespräche zwischen der Regierung und den Unternehmen und - ich würde mal sagen - auch zwischen den anderen Parteien und den Unternehmen. Diese Gespräche wurden zum Teil auf Ministerebene mit den Vorständen der Unternehmen geführt.

Das Bindeglied zwischen dem Verhandlungsführer der SPD, Ministerpräsident Schröder, und den Energieunternehmen stellte sein energiepolitischer Berater, der ehemalige Vorstand im Veba-Konzern und spätere Bundeswirtschaftsminister Werner Müller, dar. Er war vermittelnd zwischen allen Beteiligten tätig und daher für mich ein langjähriger und - ich möchte das hinzufügen - auch sehr vertrauensvoller Ansprechpartner. Da sich Herr Müller mit der niedersächsischen Landesregierung, also Herrn Schröder, der SPD und den Energieunternehmen, aus denen er ja stammte, abstimmte, hatten wir es auf Regierungsseite, auf der Seite der Regierungsparteien, bei den Konsensgesprächen, speziell auch in der Endlagerfrage, mit einer relativ einheitlichen Haltung auf der Gegenseite zu tun. Sie war vor allem gekennzeichnet durch die Forderung von Ministerpräsident Schröder, in Niedersachsen nur ein einziges Endlager zu errichten. Niedersachsen sollte - Sie erinnern sich an den schönen Begriff - kein Atomklo werden. Dabei blieb in der Sache offen und ist auch nicht entschieden worden, ob das eine Endlager der Schacht Konrad für schwach- und mittelaktive Abfälle oder eben - seine Eignung vorausgesetzt - der Salzstock Gorleben sein sollte.

Dem BMU wurde von Niedersachsen vorgeworfen, mit Gorleben und Konrad auf der Grundlage veralteter Energiekonzepte ein viel zu großes Endlagervolumen vorzusehen. Ministerpräsident Schröder erklärte im *Handelsblatt*, das in der Erkundung bzw. in der Genehmigung befindliche Endlagervolumen sei viermal höher als benötigt. Das Ganze wurde noch angereichert durch Spekulationen über zukünftige Entsorgungsmöglichkeiten im Ausland, insbesondere damals -

sehr heftig hinter den Kulissen diskutiert - in Osteuropa.

Die Haltung der EVU war durch den heraufziehenden Wettbewerb im Strommarkt geprägt. Sie suchten nach Kostensenkungspotenzialen und waren deshalb ebenfalls nicht an einer besonders zügigen Erkundung in Gorleben interessiert. Andererseits wollten sie den Entsorgungsvorsorgenachweis - der verlangte damals noch Fortschritte bei der Endlagerung - nicht gefährden. Der Entsorgungsvorsorgenachweis ist dann ja konsequenterweise von der Regierung Schröder auch abgeschafft worden. Im Ergebnis bedeutete das: Es sollte vorangehen in Gorleben, aber nicht zu schnell, und die Frage, wo letztlich wirklich endgelagert wird - da nahm man Rücksicht auf die wechselseitigen Positionen -, sollte so lange wie möglich offengehalten werden. Es sollte nicht zu viel investiert und möglichst keine Fakten geschaffen werden. Insoweit gab es eine weitgehend gleichlautende Position der SPD-Seite und der Energieversorgungsunternehmen.

Wir im BMU haben dagegen die Auffassung vertreten, dass aus Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen - denn wir waren die Generation, die die Kernkraftwerke genutzt hat - baldmöglichst Klarheit über die Endlagermöglichkeiten, das heißt über geeignete Standorte in Deutschland, herbeigeführt werden muss. Daher haben wir auch die Erkundung in Gorleben vorangetrieben - gegen die Vorstellungen der anderen Seite -, um eine zügige Eignungsprüfung zu ermöglichen. Wir wollten wissen, ob dieser Standort grundsätzlich infrage kommt oder nicht. Das sahen wir auch als unsere Pflicht gegenüber der örtlichen Bevölkerung an. Deren gewählte Vertreter haben uns immer wieder gesagt, dass die Ungewissheit über die Zukunft der Gemeinde oder der Gemeinden im Umfeld so schnell wie möglich beendet werden muss. Dagegen sahen wir hinsichtlich der Entscheidung, ob und wann ein Endlager für wärmeentwickelnde Abfälle in Deutschland zu errichten und zu betreiben ist, Einigungschancen mit der Opposition. Es konnte - darin waren wir uns mit Ministerpräsident Schröder einig - nachfolgenden Generationen überlassen bleiben, abschließend zu entscheiden, ob ein von uns prinzipiell für geeignet gehaltener Standort als Endlager genutzt wird oder bessere Handlungsoptionen verfolgt werden. Daher war für uns die Eignungsprüfung entscheidend, nicht die Errichtung eines Endlagers.

Prägnant gesagt: Wir lehnten das Erkundungsmoratorium, das dann später bei der Regierung Schröder gekommen ist, ab; ein Errichtungsmoratorium für ein Endlager, das konnten wir uns vorstellen.

Mit Blick auf den niedersächsischen Wunsch, in diesem Bundesland nur ein einziges Endlager zu errichten, wurden auch Überlegungen von uns angestellt, ob angesichts der tatsächlich reduzierten Abfallmengen ein einziges Endlager insgesamt genügen könnte. Allerdings ergab dann die fachliche Bewertung, dass für wärmeentwickelnde und nicht wärmeentwickelnde Abfälle unterschiedliche Endlagermedien Vorzüge besitzen; das hat etwas mit der Gasbildung und Wärmeabtragung zu tun. Daher wurde die damals sogenannte Ein-Endlager-Theorie von uns schließlich aus fachlichen Gründen verworfen. Die rot-grüne Bundesregierung hat sie aber nach 1998 noch eine gewisse Zeit weiterverfolgt. Das finden Sie in der damaligen Koalitionsvereinbarung. Allerdings haben wir uns auf ein gestaffeltes Vorgehen bei der Erkundung des Salzstocks eingelassen. Wir haben entschieden, nicht wie ursprünglich geplant simultan in Richtung Nordostfeld und Südwestfeld zu erkunden, sondern einem konsekutiven Vorgehen zugestimmt. Die Erkundung wurde zunächst auf den nordöstlichen Bereich beschränkt, der ja auch bereits in Angriff genommen war. Der südwestliche Bereich sollte erst dann erkundet werden, wenn sich der nordöstliche Bereich als nicht ausreichend erweisen sollte.

Maßgeblich für diesen Schritt war vor allem das deutlich verringerte Abfallvolumen. Die bis dahin unterstellten Abfallmengen berücksichtigten beispielsweise die damals in greifbare Nähe gerückte Errichtung - genauer gesagt: Genehmigung - des Endlagers Konrad noch nicht. Sie wissen: Ursprünglich war Gorleben vom Volumen her auf die Abnahme aller Abfälle ausgelegt. Das war die damals noch geltende Planung, und wir haben jetzt darauf Rücksicht genommen, dass mit Konrad die Möglichkeit bestand, den wesentlichen Volumenanteil der Abfälle anderswo endzulagern. An dieser Situation hatte Schröder Kritik geübt. So gesehen hatte er ja auch recht. Für mich war bei dieser Entscheidung auch der sicherheitstechnische Aspekt wichtig, nämlich den Salzstock nur in dem Umfang zu verritzen, wie die Bergleute sagen, also in dem Umfang aufzufahren, in dem er benötigt wurde. Es bestand und be-

steht ja die Hoffnung - das gilt auch noch heute -, dass bereits im Nordostfeld ein für das geplante Abfallvolumen genügend großer einflusswirksamer Gebirgsbereich - so sagen das die Fachleute - angetroffen wird. Auf ein Auffahren des Südwestfeldes konnte man dann verzichten und diesen Bereich quasi als Reserve, beispielsweise wenn man später wieder auf ein Ein-Endlager-Konzept übergeht und schwachaktive Abfälle einlagern will, vorhalten.

Vor diesem Hintergrund erschien mir der Vorschlag meiner Mitarbeiter, schrittweise vorzugehen, also in zwei Etappen, sinnvoll. Dass das beim ersten Schritt, also Richtung Nordostfeld, auch hinsichtlich der Salzrechtsfrage hilfreich erschien, machte dieses gestufte Vorgehen zusätzlich sinnvoll. Ein Enteignungsverfahren hätte längere Zeit erfordert. Insofern war es richtig, zunächst mit dem Bereich zu beginnen, bei dem die erforderlichen Berechtigungen vorlagen. Außerdem kamen wir ja letztlich mit dem gestuften Vorgehen dem Wunsch der Konsensbeteiligten, in Gorleben nicht zu schnell zu viel zu investieren, also Fakten zu schaffen, entgegen. Aber das war für mich, der ich ja mehr vom Verantwortungsgedanken geprägt war, nicht ausschlaggebend.

Den EVU sind wir gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium durch Bildung einer Arbeitsgruppe, die sich mit einer Optimierung der Endlagerung befasste, entgegengekommen. Darum haben sich meine Mitarbeiter gekümmert. Die Arbeitsgruppe hat, wie von mir erwartet, wenig - ich glaube, eigentlich gar nichts - erbracht. Die Handlungsspielräume waren doch deutlich geringer, als die EVU unterstellt haben, und in den zentralen Fragen hatten wir auch nicht die Absicht, uns zu bewegen.

Nachdem die offiziellen Energiekonsensgespräche zwischen den Parteien an der Frage der Option für den Neubau von Kernkraftwerken gescheitert waren - das war der Dissens zwischen Schröder und Lafontaine, wenn Sie sich erinnern -, habe ich mit Herrn Müller zunächst in Abstimmung mit Frau Ministerin Merkel und Ministerpräsident Schröder vertraulich weitere Sondierungsgespräche zur Frage eines gesonderten - von uns so genannten - Entsorgungskonsenses geführt. Dazu bekamen wir schließlich sogar einen förmlichen Auftrag, und zwar im Rahmen der politischen Kontakte zwischen der Bundesregierung und der SPD - damals vertreten dann durch Herrn Müntefering - über

die Steinkohlesubventionen. Es sollte ein Paket geschnürt werden, dass man die Steinkohlesubventionen durchwinkt und bei der Gelegenheit auch die Entsorgungsfragen in der Kernenergie voranbringt. Diese vertraulichen Gespräche mündeten in dem gemeinsam von Herrn Müller und mir formulierten Vorschlag, sowohl das Planfeststellungsverfahren für das Endlager Konrad abzuschließen, als auch die Erkundung des Salzstocks Gorleben abzuschließen, also zu Ende zu führen, jedoch die Entscheidung, ob in Deutschland ein oder zwei Endlager errichtet werden oder auch andere Optionen verfolgt werden, offenzuhalten. Das war das, was ich vorhin angedeutet habe: die von uns konzedierte Möglichkeit, dass man später entscheiden kann, wie man vorgeht. Wegen des heraufziehenden Bundestagswahlkampfes hat dieser Vorschlag, der aus meiner Sicht den Vorstellungen der Beteiligten sehr nahekam, nicht mehr zu einer politischen Einigung geführt.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, dass die laufende Erkundung in Gorleben in den Jahren 1994 bis 1998 im Sinne der Verantwortung für nachfolgende Generationen mit dem Ziel vorangetrieben wurde, die Eignungsprüfung des Salzstocks zu ermöglichen. Sie erfolgte auf der Grundlage der auch heute noch geltenden Rechtslage und des Standes der Endlagerwissenschaft. Vorfestlegungen gab es dafür ebenso wenig wie fachliche Gründe, die Arbeiten einzustellen. Mit der Einfügung der Enteignungsbestimmungen in das Atomgesetz haben wir dafür gesorgt, dass die Erkundung in jedem Fall in dem fachlich erforderlichen Umfang durchgeführt werden konnte.

Bislang ist die Erklärung der Bundesregierung vom 11. Juni 2001 die letzte Aussage zu Gorleben. Darin wird - Sie wissen das - festgestellt - ich zitiere -, „dass die bisher gewonnenen geologischen Befunde einer Eignungshöflichkeit des Salzstocks“ zwar „nicht entgegenstehen“. Für mich ist diese Erklärung mit der Unterschrift der Herren Schröder, Müller und Trittin der maßgebliche Beleg dafür, dass wir im Bundesumweltministerium sachorientiert und verantwortlich gehandelt haben. Einen Konsens haben wir allerdings damals zu meinem großen Bedauern nicht erreicht. Dafür war die Zeit wohl noch nicht reif.

Vielen Dank. Nun stehe ich für Ihre Fragen zur Verfügung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herzlichen Dank, Herr Hennenhöfer, für Ihr ausführliches Statement. - Wir würden nun in den Befragungen einzelne Punkte, die Sie ausgeführt haben, noch weiter vertiefen. Ich will für die Kolleginnen und Kollegen den Hinweis geben, dass das Statement, das Sie mir freundlicherweise überlassen haben, im Moment gerade durch das Sekretariat kopiert und Ihnen dann entsprechend zur Verfügung gestellt wird.

Herr Hennenhöfer, Sie sprachen eben bereits die Salzrechteproblematik an. Eine vollständige Erkundung des Salzstocks war ja nicht möglich, da der Bund eben nicht alle erforderlichen Salzrechte besaß, und Andreas Graf von Bernstorff und die evangelische Kirchengemeinde weigerten sich, diese dem Bund zum Zwecke der Erkundung zu übertragen. Wir können das unter anderem nachlesen in MAT E 7, Band 47, Paginierung 081 bis 092.

Am 19. Februar 1998 führten Sie deshalb in Ihrer Eigenschaft als Abteilungsleiter im BMU ein fünfstündiges Gespräch mit dem Grafen sowie mit Dr. Werner Müller, der als Vermittler eingeschaltet worden war. Seine Bedeutung im Rahmen der Konsensgespräche haben Sie eben ausgeführt. In den Gesprächen ging es um das weitere Verfahren bezüglich der fehlenden Salzabbau-gerechtsamkeiten, und es wurde unter anderem auch über eine mögliche Enteignung im Rahmen der bereits geplanten Atomgesetznovelle gesprochen. Ich zitiere jetzt aus der Vorlage von Ihnen an Frau Bundesministerin Merkel über das Gespräch zwischen Ihnen, dem Grafen Bernstorff und Herrn Dr. Müller am 19.02. über Verkaufsoptionen der Salzgerechtsamkeiten. Da führten Sie aus:

Ich

- in Klammern: Sie, Herr Hennenhöfer -

habe besonders hervorgehoben, dass ... wir gleichwohl an einer gütlichen Einigung interessiert seien, weshalb ich ihm für die gesamten Salzrechte eine Übertragung zum Preis von 12 Mio DM ... angeboten habe. Der Graf entgegnete, dass er sich mit der AtG-Novelle noch nicht abgefunden habe und ... die Verfassungsmäßigkeit der Enteignungsmaßnahmen ebenfalls umstritten sei ...

Fazit:

- so kann ich dem Schriftstück entnehmen -:

Der Graf sieht, dass seine Felle langsam davonschwimmen, aber auch Müllersche Formulierungskünste werden nichts daran ändern können, daß er ohne Gesichtsverlust nicht an einem Projekt verdienen kann, das er jahrzehntelang bekämpft hat. Immerhin, das Eis ist etwas gebrochen.

Das, wie gesagt, aus Ihrer Vorlage an Frau Bundesministerin Merkel, zu finden unter MAT A 72, Band 15, Paginierung 70086.

Können Sie sich, Herr Hennenhöfer, an den Verlauf, an die Hintergründe und an das Ergebnis dieses Gesprächs erinnern und könnten Sie das dem Ausschuss freundlicherweise noch mal erläutern?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Das mache ich sehr gerne. - Wir haben immer die Salzrechtssituation im Auge gehabt, und natürlich wäre es für uns ein Vorteil gewesen, wenn diese Frage geklärt worden wäre. Wir hatten erfahren, dass der Graf Bernstorff als maßgeblicher Salzrechtsinhaber dort keine Bewegung zeigte, nicht verkaufen wollte. Als wir dann - ich habe das geschildert - die Novelle, die wir 1997 eingebracht haben - 1998 ist sie dann ins Gesetzblatt gekommen -, auf den Weg gebracht haben, habe ich gehört - ich weiß nicht mehr genau, über wen -, Graf Bernstorff wäre der Meinung, vielleicht solle man mal miteinander reden, und es kam dann zu meiner Überraschung Herr Müller, dessen Rolle ich geschildert habe, auf mich zu und erklärte, Graf Bernstorff wollte - sozusagen mit ihm als Vermittler - mit mir ein Gespräch führen. Da Herr Müller ja einen halboffiziellen Auftrag als Beauftragter des zukünftigen Bundeskanzlers hatte, hatte das Ganze auch einen gewissen Rahmen.

Wir sind gemeinsam nach Hamburg gefahren, haben uns dort in einem Hotel getroffen und hatten ein sehr intensives Gespräch. Ich kann mich an Einzelheiten nicht mehr erinnern; aber der zentrale Inhalt war aus meiner Sicht, dass der Graf Bernstorff - etwas anders, als Herr Müller es mir avisiert hatte - vielleicht noch nicht verkaufsbereit im engeren Sinne war - da hatte ich eine andere Erwartungshaltung -, aber doch die Möglichkeit nutzen wollte, mit mir noch mal über alle Möglichkeiten zu sprechen.

Das haben wir in sehr angenehmer Atmosphäre alles diskutiert. Ich habe das Ge-

spräch, so gesehen, in einer sehr guten Erinnerung, und ich möchte hinzufügen, dass ich auch bedaure, dass mein Vermerk, der sich jetzt im Internet findet, dazu dienen könnte, in irgendeiner Weise, sagen wir mal, dieses vertrauensvolle Gespräch in ein falsches Licht zu stellen. Das war ein ausgesprochen gutes Gespräch.

Was ich aber nicht zulassen konnte, war, dass sozusagen auf dem Weg über Kaufverhandlungen inhaltliche Fragen der Erkundung diskutiert werden, dass sozusagen das Erkundungskonzept durch den Eigentümer bestimmt wird. Wir sind ja gerade - Frau Vorsitzende, ich habe das ausgeführt - davon ausgegangen, dass wir hier Verantwortung tragen, dass wir eine sachorientierte Lösung finden müssen. Vor diesem Hintergrund konnten wir nicht sozusagen wegen einer Sperrposition, die ein privater Eigentümer hatte, inhaltliche Zugeständnisse machen.

Ich hatte vorher über das BfS nachgefragt. Die hatten sich wohl auch erkundigt - ich weiß es nicht mehr so ganz genau -, was für ein Geldbetrag denn infrage komme. Den habe ich dann auch genannt. Wir sind damals nicht einig geworden, und ich habe vielleicht auch meiner Enttäuschung in diesem Vermerk, der Ihnen vorliegt, ein wenig Ausdruck gegeben. Er war nicht zur Veröffentlichung im Internet gedacht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, herzlichen Dank. - Sie haben angedeutet, dass Graf Bernstorff möglicherweise zum Verkauf bereit gewesen sein könnte damals zu dem Zeitpunkt. Jedenfalls haben Sie formuliert: Das Eis ist gebrochen. - Wissen Sie, worauf dieser Meinungsumschwung sich letztendlich zurückführen lässt?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Zunächst einmal glaube ich, dass Herr Müller, der immer sehr sachorientierte Positionen vertreten hat - sachorientiert im dem Sinne: konsensorientiert; er hat ja seine Mission darin gesehen, diesen Kernenergiekonflikt ein Stück weit auszuräumen, so wie er es dann später auch bei den Kohlesubventionen in der Sache geschafft hat -, dort positiven, im Sinne von mäßigenden, Einfluss ausgeübt hat. Das unterstelle ich. Ich war nicht dabei; ich weiß es nicht.

Zum Zweiten spielte erkennbar eine Rolle, dass die Enteignungsbestimmungen nun da waren oder jedenfalls kamen, und damit hatte man wohl nicht gerechnet. Es

gab ja die Theorie, dass wir dafür den Bundesrat brauchen, und wir brauchten ihn eben nicht. Damit war auch klar, dass der Graf keine dauerhafte Sperrposition hatte, sondern dass er im äußersten Fall, den wir uns alle nicht gewünscht haben, auch hätte enteignet werden können.

Drittens hatte sich damit auch ein persönlich gutes Verhältnis zwischen Graf Bernstorff und mir entwickelt, das sich später darin niedergeschlagen hat, dass ich ihm Zugang zu Herrn Röttgen verschafft habe, und das war das Eis, das gebrochen war.

Ich habe dann nach 1998 - das ist nicht mehr Gegenstand des Ausschusses hier, aber der eine Satz wird erlaubt sein - der Regierung Schröder über dieses Gespräch mit dem Grafen Bernstorff berichtet, und ich habe vorgeschlagen, die Gespräche fortzuführen. Das habe ich insbesondere Herrn Tacke gesagt, und ich meine, es auch Herrn Steinmeier gesagt zu haben: Das ist etwas, was ich nicht habe erledigen können. Ich sehe Einigungschancen mit dem Grafen Bernstorff; versuchen Sie es. - Die haben sich für die Information bedankt; was sie getan haben, weiß ich nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Wir haben Herrn Bernstorff natürlich auch hier im Ausschuss gehört. Er war bei uns am 1. Dezember 2011 und äußerte sich dann zu den Gründen für die Aufnahme der Enteignungsvorschriften in das Atomgesetz wie folgt - ich zitiere jetzt -:

Das liegt daran, dass Salinas ja einen Antrag gestellt hatte auf Rahmenbetriebsplan, um diese Bohrung runterzubringen. Wenn ich mich richtig erinnere, wurde auch der Rahmenbetriebsplan zunächst genehmigt vom Oberbergamt. Das war nach außen hin einer der Gründe, um diese AtG-Novelle zu machen, aber ich glaube, der Hauptgrund, ehrlich gesagt, bestand darin, mich zu enteignen, also die Möglichkeit zu haben, weil die Salzrechte, die ich hatte, waren natürlich sehr viel - - Also, man muss dazusagen: Salinas hat ja nur ein ganz kleines - - ein Grundstück gepachtet und die damit zusammenhängenden Salzrechte. Also, wenn es hier heißt, die AtG-Novelle wäre nötig gewesen wegen Salinas: Das glaube ich nicht.

Das findet man im Stenografischen Protokoll, endgültige Fassung, 64. Sitzung am 01.12.2011, auf der Seite 29.

Im Gegensatz zu den Bestrebungen um die Aufnahme von Enteignungsvorschriften steht der Inhalt eines Vermerks von Ihnen an Frau Bundesministerin Merkel vom 24.02.98 über das Gespräch mit Graf Bernstorff, und hier führen Sie unter anderem aus, dass die Salzrechte von Graf Bernstorff gegenwärtig nicht (Beschränkung auf Nordostfeld) und in Zukunft eventuell nur begrenzt benötigt würden. Das findet man unter MAT A 72, Band 15, Paginierung 070086 bis 070088. Es ist ein vertraulicher Vermerk - „Salzrechte des Grafen Bernstorff“ - von Ihnen an Frau Bundesministerin Merkel. Können Sie das noch mal zusammenbringen? Der Graf Bernstorff sagte uns hier: Jawohl, das hatte schon was mit Salinas zu tun und mit einem Verfahren, das ja zunächst sogar positiv beschieden worden war vom Bergamt, und Sie sagen in dem vertraulichen Vermerk an die Ministerin, eigentlich brauchen wir das nicht, eigentlich würde der nordöstliche Bereich sogar ausreichen. Warum denn dann trotzdem? Also, Sie haben das eben in Ihren einführenden Bemerkungen so ein bisschen angedeutet, aber ich würde es jetzt gerne noch mal auf den Punkt haben.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich bringe es natürlich gerne auf den Punkt, Frau Vorsitzende. Zum einen habe ich deutlich gemacht, dass ich von Anfang an der Meinung war, dass die Erkundung des Salzstocks, ohne dass der Bund die Rechte hat, die man sonst bei allen großen Infrastrukturvorhaben hat - ob Straßenbau oder Eisenbahn oder sonst was -, dass das keinen Sinn macht und dass diese Rechtslage geschaffen werden muss, auch unter dem Gesichtspunkt, dass der Bund ja seine Investitionen - die Erkundungen stellten ja Investitionen dar - schützen musste. Das heißt, ich habe von Anfang an die Position vertreten: Das müssen wir tun. Meine Mitarbeiter waren ein bisschen skeptisch und haben gesagt: Na ja, ob wir so ein Gesetz durchkriegen, wissen wir nicht. Wir müssen vielleicht auch überlegen, wie es ohne so etwas geht. Aber ich kann auch aus den Akten belegen, dass die Verfolgung der Frage „Wie können wir Enteignungsbestimmungen ins Gesetz bekommen?“ uns die ganze Zeit verfolgt hat.

Salinas machte die Situation, wenn Sie so wollen, noch ein bisschen akuter; aber das

war nicht der Grund, sondern die Novelle 97/98 war sozusagen der Abschluss der damaligen Konsensdiskussion. Wir hatten es nicht geschafft, eine Enteignungsbestimmung im Konsens, und das war mein primäres Ziel: eine Enteignungsbestimmung im Konsens ins Gesetz zu bringen. Ich konnte und kann mir nicht vorstellen, dass die damalige Opposition etwas dagegen haben kann, dass man dann, wenn man etwas erkundet, auch die Möglichkeit hat, private Rechte in Anspruch zu nehmen. Das war jedenfalls immer meine Vorstellung, dass wir darüber wohl einen Konsens bekommen würden.

Zweitens. Ich hatte Ihnen darüber berichtet, dass im Jahre, ich glaube, 97 war das, die Mitarbeiter mir gesagt haben, sie schlagen vor, angesichts der verringerten Abfallmengen ein gestuftes Konzept zu machen, also nicht gleichzeitig Nordost- und Südwestfeld aufzufahren, und zunächst mit dem Nordostfeld fortzusetzen, das Südwestfeld sozusagen als zweite Etappe, wenn das Nordostfeld entweder nicht geeignet ist - dann sah es sowieso schon mal schlecht aus, denn es gab ja die These vom symmetrischen Aufbau des Salzstocks - oder aber, wenn es vom Volumen her nicht ausreicht - wir mussten ja sehen, dass genügend entsprechende Salzpartien vorgefunden werden -, dass man dann auch das Südwestfeld gebraucht hätte. Insofern brauchten wir - und das ergibt sich aus diesem Vermerk - für das Nordostfeld die Salzrechte des Grafen Bernstorff nicht. Ich weiß das jetzt nicht ganz genau; ich glaube, er hat im Nordostfeld keine. Wir brauchten sie dort nicht; wir brauchten sie erst für das Südwestfeld. Insofern war das in dem Moment keine akute Frage und eigentlich, wenn ich so sagen darf, eine gute Verhandlungsposition sowohl für den Grafen Bernstorff wie für den Bund. Wir standen in der Frage in dem Moment nicht unter einem besonderen Druck. Es waren die gesetzlichen Bestimmungen da bzw. in Vorbereitung, und wir hätten in Ruhe verhandeln können, wenn dann nicht die Bundestagswahl zu anderen personellen Konfigurationen geführt hätte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So ist das manchmal mit Wahlen, die in einer Demokratie ja nie sozusagen in Vergessenheit geraten dürfen. - Diese Fragen - Konzentration auf das Nordostfeld - sind ja auch hier in unserem Ausschuss in dem Sinne

diskutiert worden, ob es sich dabei eigentlich um eine Konzeptänderung gehandelt haben möge oder ob es denn eine Modifikation eines geltenden Konzepts sozusagen gewesen sei. Darum soll sich mein nächster Fragenkomplex ranken.

In der Stellungnahme des BfS „Vorgehensweise bei der untertägigen Erkundung des Salzstocks Gorleben“ vom 23. Juli 1993 heißt es - ich zitiere -:

Die fehlenden Nutzungsrechte an den Salzabbauberechtigungen des Grafen von Bernstorff machen eine Erkundung des südwestlichen Teils von den Schächten aus unmöglich. Im nordöstlichen Teil können die den Kirchengemeinden und dem Grafen von Bernstorff gehörenden Bereiche nicht erkundet werden.

MAT A 126, Band 4, Paginierung 116113 bis 116126. Das kann man einem Telefax des BfS vom 26.07.93 an das BMU entnehmen, und es entspricht ja auch dem, was Sie bislang ausgeführt haben.

Aufgrund der Salzrechteproblematik erzwang das BfS dann Anfang der 1990er-Jahre eine Umfahrung der unzulänglichen Gebiete. Das kann man unter anderem nachlesen unter MATE 5, Band 30, Paginierung 300/301, in einem Entwurf eines Schreibens von Herrn Dr. Tittel, BfS, an Herrn Dr. Jaritz in der BGR vom 29. August 1991. Darüber gab es dann auf Fachebene zahlreiche Gespräche; und ob das denn möglich sein sollte, wurde dann innerhalb der Fachbehörden und -stellen diskutiert. 1997 informierte Professor Thomauske vom BfS das BMU über den Meinungsstand innerhalb von DBE, BfS und BGR und gab dann eine fachlich abgestimmte Handlungsempfehlung, die ich hier auch noch mal zitieren möchte:

Nach gemeinsamer Bewertung von BfS, BGR und DBE ist auf Grundlage der vorhandenen Salzrechte die untertägige Erkundung des nordöstlichen Teils des Salzstocks durchführbar, ohne daß es hierzu weiterer Salzrechte bedarf. Der Nachweis der Eignung des Salzstocks zur Endlagerung aller Arten radioaktiver Abfälle insbesondere der hochradioaktiven Abfälle ist auf dieser Grundlage durchführbar. Die Strecken privater Salzabbau-gerechtsamkeiten können nördlich und südlich mit zwei Strecken umfahren werden.

Und dann weiter:

Auf den Südwesten des Salzstockes lassen sich folgende Erkundungsergebnisse aus der alleinigen Erkundung des nordöstlichen Teils übertragen: ...

Auf der Grundlage der Ergebnisse und der Bewertung zum nordöstlichen Teil des Salzstockes läßt sich eine Aussage zur grundsätzlichen Eignung auch des Südwestteils herleiten.

Das finden wir in MAT A 83, Band 6, Paginierung 329 bis 333, in dem Schreiben von Professor Thomauske an das BMU vom 23. Januar 1997.

Im Ergebnis wurde dann ja letztendlich eine - in Klammern: einstweilige - Beschränkung des Erkundungsbereichs ausgewiesen. Und in einem Schreiben des Präsidenten des BfS, Professor Kaul, vom 7. Januar 97 an die Bundesumweltministerin Dr. Merkel zur Fortschreibung des Entsorgungskonzeptes heißt es insoweit dann ja auch:

In die Diskussion um Einsparpotentiale hat BfS in Abstimmung mit BGR am 17.12.96 das Konzept vorgetragen, die untertägige Erkundung Gorleben auf den nordöstlichen Teil des Salzstockes zu beschränken ...

Das ist wiederum MAT A 116, Band 2, Paginierung 134069 bis 134072.

Bezüglich dieser Frage eben - Ist es eigentlich eine Konzeptänderung, oder ist es eine Modifikation sozusagen des Konzeptes, das ohnehin so gilt? - hat der Zeuge Walter Kühne in seiner Vernehmung am 19.01. dieses Jahres hier ausgesagt:

Die Konzeptänderung bestand darin, dass man bei der ersten Zulassung des Rahmenbetriebsplanes eine Erkundung immer abwechselnd vorgesehen hatte. Also der erste Erkundungsbereich liegt dann im östlichen Teil, der zweite im südwestlichen, der dritte wieder im nordöstlichen und der vierte im südwestlichen. Das hatte man sich fachlich so überlegt. Das war aber nicht zwingend, weil wir ja im Endeffekt nicht aufgegeben hatten, den gesamten Salzstock zu erkunden, nur die Reihenfolge der Erkundungsbereiche wurde geändert.

So Herr Kühne, Stenografisches Protokoll, endgültige Fassung, 68. Sitzung am 19.01.12, auf der Seite 6.

Da würde ich jetzt einfach noch mal fragen wollen, Herr Hennenhöfer: Lag die Initiative für diese geänderte Vorgehensweise eher beim BfS, oder lag die eher beim BMU oder möglicherweise noch ganz woanders? Wer hat letztendlich entschieden, dass man denn so vorgehen wolle, wie die Fachbehörden letztendlich vorgeschlagen haben, und inwiefern oder inwieweit war in diese Entscheidungsprozesse auch die Hausleitung einbezogen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Wie sich dieser Meinungsbildungsprozess auf der Fachebene, also insbesondere der technischen Beamten, meiner Kollegen in der Abteilung² des BfS, der BGR, entwickelt hat, weiß ich nicht.

Sie haben selbst gesehen und aus den Akten zitiert, dass es immer wieder sozusagen Schriftwechsel zu dieser Frage gab, und es ist mir schließlich in einer Sitzung vorgeschlagen worden, doch so zu verfahren, dass man sozusagen konsekutiv vorgeht und nicht simultan: erster Schritt, zweiter Schritt.

Ich habe damals Wert darauf gelegt - das ist mir insoweit noch erinnerlich -, dass das Erkundungsziel - „Ziel“ ist vielleicht nicht der ganz zutreffende Begriff -, dass der gesamte Salzstock - das wäre besser - als Untersuchungsgegenstand bleibt, dass wir aber bei der zeitlichen Reihenfolge erst in die eine Richtung marschieren und, falls erforderlich, in die zweite Richtung auch. Und da ich davon - das habe ich Ihnen ja gesagt - vor allen Dingen getrieben war, dass wir klären wollten, und zwar möglichst bald, der Bevölkerung wegen, unserer Verantwortung wegen: „Ist der Salzstock nun geeignet oder nicht?“, hatte ich auch zunächst gewisse Zweifel, ob diese letztlich ja doch Verlangsamung des Erkundungstempos - erst die eine, dann die andere Richtung; aus meiner Sicht war es das, ob es das technisch wirklich war, weiß ich nicht - der richtige Weg ist. Aber die technischen Beamten haben das so vorgeschlagen, und mich hat dann das Argument, das ich hier bereits erwähnt habe - wenn das Nordostfeld geeignet sein sollte, haben wir eine relativ komfortable Situation, dass uns das Südwestfeld erhalten bleibt - Ich hatte

² Ergänzung des Zeugen: setze „“, Anlage

Ihnen ja berichtet, dass die Ein-Endlager-Gedanken, in Niedersachsen vielleicht nur einen Standort, immer im Hintergrund diskutiert worden sind, und es war damals für mich noch überhaupt nicht ausgeschlossen, dass auch konzeptionell wieder das alte Konzept: alle Abfallarten nach Gorleben oder - nebenbei bemerkt; das gehört jetzt nicht zu Ihrer Frage - alle Abfälle nach Konrad, kommen würde.

Insofern sah ich in einem solchen schrittweisen Vorgehen Vorteile, und ich sah den sicherheitstechnischen Vorteil. Ich weiß noch, wie mir das erläutert worden ist: In einem Endlager verritzt man so wenig wie möglich, weil jeder Schacht, jeder Vortrieb irgendwo eine Schwachstelle bildet. Daher fand ich das letztlich überzeugend. Ich war selber eher ein bisschen zurückhaltend. Es war aber der übereinstimmende Vortrag der technischen Beamten - nicht der Juristen, sondern der technischen Beamten -, und dem habe ich dann zugestimmt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Diese Zustimmung, Herr Hennenhöfer, hat die dann auf Ihrer Ebene - - sozusagen war das dann die entscheidende Ebene, oder hat die Hausleitung an dieser Entscheidung mitgewirkt, oder wurde sie ihr nur vorgetragen? Wie war das?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Soweit ich mich erinnere, hat dieser Vorschlag in der Reihenfolge - zunächst Nordost, dann Südwest - immer wieder auch Eingang in Vorlagen an die Hausleitung gefunden. Ich kann mich aber bedauerlicherweise derzeit nicht an eine direkte Involvierung des Staatssekretärs oder der Bundesministerin erinnern. Da ist mir nichts Erinnerung, dass wir darüber gesprochen hätten. Das war ein langer Diskussionsprozess, der schließlich in der einen Sitzung, die ich geleitet habe, seinen Abschluss gefunden hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es hat in der Diskussion um diese Modifikation des Erkundungskonzeptes durchaus auch kritische Stimmen gegeben, mit denen wir uns auch hier in diesem Ausschuss mehrfach auseinandergesetzt haben. Zum Beispiel finden sich kritische Äußerungen im Protokoll einer Besprechung vom 30. Juni 1993, welches zwischen BGR und BfS stattfand. Ich zitiere aus diesem Protokoll:

Darüber hinaus weist BGR darauf hin, daß beim Umfahren gegen das in den Sicherheitskriterien der RSK enthaltene Minimierungsgebot (Hohlraumminimierung) verstoßen wird.

Wenn man diese Salzrechtproblematik über Umfahrung lösen würde.

... Insgesamt ergäbe sich eine Chancenverschlechterung für den Nachweis geeigneter Endlagerflächen im Salzstock. ...

Eine Umfahrung der Grundstücke bedeutet ein geologisches Risiko ...

Die Eignungshöflichkeit ist gemindert.

Das finden wir unter MAT E 9, Band 54, Paginierung 335 bis 341, wie gesagt, aus einem BfS-Protokoll vom 16.08.93 bezüglich einer Fachbesprechung zwischen BGR und BfS.

In einer Stellungnahme zur Handlungsempfehlung durch Professor Thomauske äußerte sich Professor Röthemeyer, damaliger Leiter des BfS-Fachbereichs „Sicherheit der Endlagerung“, wie folgt - ich zitiere -:

Die Aussage, daß die Salzabbaugerechtsamkeiten ... nördlich und südlich mit zwei Strecken nördlich und südlich umfahren werden können, ist nicht nur eine Frage der Optimierung, sondern der Sicherheit. Dadurch kann die Erkundung sowohl nach Süden als auch insbesondere nach Norden eingeschränkt werden. ... Die nördliche Umfahrung könnte die Durchörterung des nördlichen Hauptanhydritstranges mit den hier und in den Anlagen aufgezeigten Konsequenzen erzwingen. ...

Ohne Erkundung im Südwesten des Salzstocks kann keine belastbare Aussage über die geologischen Verhältnisse und damit über die Eignung oder Nichteignung in diesem Bereich gemacht werden.

Das finden wir unter MAT E 8, Band 7, Paginierung 061.

Und auch der leitende wissenschaftliche Direktor der Unterabteilung Bergtechnische Sicherheit im BfS, Herr Gert Wosnik, hatte im Hinblick auf die Übertragbarkeit der Erkundungsergebnisse aus dem Nordosten auf den Südwesten Kritik geübt. Er sagte - ich zitiere -:

... die Behauptung, daß eine Erkundung des nordöstlichen Teils des Salzstockes durchführbar sei, ohne daß es hierzu weiterer Salzrechte bedarf, da die Bereiche privater Salzabbaugerechtsamkeiten nördlich und südlich umfahren werden können, ist insbesondere hinsichtlich der nördlichen Richtstrecke in keiner Weise belastbar.

Er bezeichnete dieses Vorgehen sogar als „Geophantasie“ - ein starker Ausdruck. Das finden wir in MAT E 8, Band 7, Paginierung 062.

Waren Ihnen diese Bedenken unter den BfS-Mitarbeitern bekannt? Wie sind Sie damit umgegangen? Wie sind Ihre Fachleute im BMU mit dieser Kritik umgegangen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich kann klar sagen, dass mir diese Bedenken nicht bekannt waren. Sie haben selber darauf hingewiesen, dass es sich um einen Vermerk aus 1993 handelt. Ich bin ja erst in der zweiten Hälfte 1994 ins Amt gekommen. Die Meinung, die ich mir zu bilden hatte, war gestützt auf den damaligen Referatsleiter Herrn Bloser; ich glaube, der war auch schon bei Ihnen. Im Übrigen haben Professor Kaul und sein Bereichsleiter Thomauske Gespräche mit uns geführt, und ich habe und hätte niemals gegen sicherheitstechnische Bedenken irgendwelche Entscheidungen getroffen. Das ist nicht mein Prinzip. Mir waren diese Grundsätze nicht bekannt.

Der Grundsatz der Hohlraumminimierung ist mir allerdings bekannt, und den habe ich ja gerade erwähnt. Die Tatsache, dass wir uns zunächst aufs Nordostfeld beschränkten, ist ja das, was ich erwähnt hatte: so wenig wie möglich verritzen, so wenig wie möglich Hohlräume auffahren, deswegen Beschränkung zunächst aufs Nordostfeld und nicht Hohlräume in beiden Richtungen auffahren. Insofern war das auch eine sicherheitstechnische Entscheidung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das heißt also - ich frage noch mal nach -, zu dem Zeitpunkt, als Sie im BMU die Position eingenommen hatten, war diese Diskussion abgeschlossen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Vorsitzende, was immer in Salzgitter diskutiert wird, haben wir im BMU nie alles gewusst

und wissen wir auch heute nicht. Ich habe von solchen Bedenken damals nichts gehört.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Dann versuchen wir noch mal einen Blick zu werfen - ich bin ganz sicher, dass die Kolleginnen und Kollegen dazu noch mal nachfragen werden - auf die Konsensgespräche, die Sie ja auch schon angesprochen haben. Da fanden ja am 5. Dezember 96 und am 13. Januar 97 Treffen zwischen den Bundesministern Merkel, Rexrodt und den Vorständen der EVU bezüglich grundsätzlicher Fragen zur Endlagerproblematik statt. Sie hatten dazu ja eben bereits einige Anmerkungen gemacht. Es gab eben in der Position des Bundes und der nachgeordneten Behörden, soweit wir das aus den Unterlagen entnehmen können, tatsächlich die Position, für Gorleben sei eine kostengünstige Variante der Erkundung nur nach Nordost vorzunehmen; Planfeststellungsbeschluss, stellte man sich vor, so bis zum Jahre 2008, und das BfS sieht hierdurch seine aus den entsorgungskonzeptionellen Gründen empfohlene Vorgehensweise kostenmäßig untermauert. Es sieht nicht ein Abwarten der Erlangung der Salzrechte Privater als vernünftig an.

Das BMU forderte darüber hinaus die zügige Weitererkundung des Salzstocks, und der Bund hatte ausgesagt, dass er dann letztendlich zügig über Enteignungsvorschriften nachdenken wolle bzw. dieselbigen schaffen wolle. Zunächst war die Ausgangsposition der EVU - Sie hatten auch das eben angedeutet -, dass sie die Kostenbetrachtung zwar für plausibel hielten, aber letztendlich der Auffassung waren, dass es eine Stundung der Arbeiten um vier Jahre geben könne, um danach dann die Erkundung nach Nordost vorzunehmen, um also auch nicht in ein so hohes Investitionsrisiko zu gehen. Auch dazu haben Sie eben Ausführungen gemacht.

Darüber hinaus bezweifelten die EVU aber auch die Belastbarkeit einer Eignungsaussage auf Basis der Erkundung des nordöstlichen Teils. Das alles kann man finden unter MAT E 9, Band 70, Paginierung 195 bis 202; das ist ein Dankeschreiben von Ihnen, Herr Hennenhöfer, an das BfS mit Übersendung des Ergebnisvermerks von der Besprechung vom 08.01.1997.

Am 13.01.97 wiederum, beim zweiten Gespräch auf Ministerebene, wurde dann aber einvernehmlich zum Projekt Gorleben

festgestellt: Erstens. Die zügige Fortsetzung der Erkundung solle sich auf den Nord- und Ostbereich des Salzstocks beschränken. Zweitens. Der Bund solle fehlende Salzrechte gegebenenfalls für eine weitere Erkundung, jedenfalls für die Errichtung und den Betrieb des Endlagers, parallel erlangen. Nach der Erlangung der Eignungsaussage sollten intensive Gespräche über das weitere Vorgehen erfolgen, und es würden kontinuierlich Gespräche über Einsparpotenziale geführt.

Das alles kann man finden unter MAT A 218, Band 8, Paginierung 139 bis 147. Das ist ein Gesprächsvermerk im Entwurf des BMU von Abteilung RS I 1 vom 15.01.1997, betreffend die Gespräche am 13.01.1997 zwischen den Bundesministern Merkel, Rexrodt und den EVU.

Sie haben in diesem Gespräch am 13.01. ausgeführt, dass sich die Ausgangssituation nach dem Gespräch am 15.12.96 „erheblich geändert“ habe - das ist ein Zitat -, da die Beschränkung der Erkundung auf den Nordostteil eben zur Beurteilung der Eignung des gesamten Salzstocks ausreiche, nach Aussage von BfS/BGR die Erkundung dieses Teils des Salzstocks auch ohne die privaten Salzrechte möglich sei, der Nordostteil voraussichtlich ausreiche, um das gesamte Abfallvolumen aufzunehmen, und die privaten Salzrechte eben erst für den Ausbau zum Endlager gebraucht würden. Auch das findet man unter MAT A 218, Band 8, Paginierung 178 bis 185.

In der ganzen Sache ist eine gewisse Entwicklung, eine gewisse Dynamik. Also, man kommt mit durchaus gegensätzlichen Vorstellungen in so ein Gespräch, insbesondere auch die Frage der EVUs zu Beginn, es reiche nicht aus, sich sozusagen in der Erkundung nur auf den nordöstlichen Teil zu beschränken, und dann schließlich geht die Regierung aber doch raus und sagt: Jawohl, wir machen nur den nordöstlichen Teil, dafür machen wir jetzt aber zügig diese Erkundung weiter und nicht, wie die EVUs zunächst vorgeschlagen hatten: Wir warten erst mal ab, wir stunden diese Erkundung sogar, also wir machen ein Moratorium für vier Jahre. - Können Sie da noch mal, über das hinausgehend, was Sie zunächst geschildert hatten eingangs, sagen, wie, durch welche Gesprächskonstellationen, durch welche Überlegungen sozusagen dann tatsächlich diese Einigung zustande kam?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Vorsitzende, ich sehe eigentlich durch die Unterlagen, die Sie zitiert haben, das, was ich dargestellt habe, bestätigt und freue mich, dass meine Erinnerung mit dem Akteninhalt insoweit in Übereinstimmung steht. Ich habe ja geschildert, dass die EVU eine eigene Agenda hatten. Die Agenda war auf Kosten sparen ausgelegt, ja, ich glaube, es gab sogar auch mal die Vorstellung: Erkundung stoppen, Salzrechte abwarten etc. Das war deren Vorstellung.

Wir hatten aber unsere eigene Agenda, und die war - das habe ich Ihnen gesagt, und ich möchte es wiederholen - dadurch geprägt, dass wir der Meinung waren, wir müssen in dieser Generation versuchen, zu klären, ob wir in Deutschland einen Endlagerstandort haben, und wir brauchen für die Bevölkerung rings um Gorleben Klarheit. Das waren unterschiedliche Zielsetzungen, und dann wurden diese Gespräche zum Teil auf Ministerebene geführt.

Natürlich haben wir dann die Entscheidung, die ich Ihnen geschildert hatte und wo ich Ihnen gesagt habe, wir haben nachgegeben, weil wir ja ein deutlich geringeres Abfallvolumen hatten, ein wirklich massiv, mindestens Faktor 2 - ich glaube, noch geringer -, reduziertes Abfallvolumen. Und weil dieser Grundsatz der Hohlraumminimierung ein sicherheitstechnischer Grundsatz ist, weil wir diese Entscheidung also getroffen hatten, haben wir sie dann auch, wenn Sie den saloppen Ausdruck erlauben, verkauft, natürlich, und haben den EVU gesagt: Prima, da haben wir doch was gemacht, was wollt ihr denn eigentlich? - Wir Beamten mussten ja auch unseren Ministern zeigen, dass wir beweglich waren; das gehört sich halt so. Insofern haben wir das dort vielleicht - ich weiß es nicht; ich kann mich an diese Vorgänge im Einzelnen nicht erinnern - auch etwas werblich dargestellt.

Aber die Prozesse waren so, dass wir auf der einen Seite die fachliche Entscheidung getroffen hatten, und das war eine Situation, in die ich quasi hineingeboren worden bin 1994. Da war die Diskussion schon viel länger gelaufen, und so ein Abteilungsleiter ist auch kein Untersuchungsausschuss, der alle Vorgänge aus der Vergangenheit vorher im Detail aufarbeitet, sondern mir wurde ein Sachstand Ende 1994 oder 1995 vorgetragen, und da hieß es: Beschränkung auf Nordostfeld geht, ist die Lösung. Und ich hatte meine eigene Agenda - das habe ich

Ihnen auch gesagt -: Wir brauchen die Salzrechte. Ich war nie der Meinung, dass wir uns von dieser Frage abhängig machen sollten, weil ich das eigentlich als unwürdig empfunden habe, dass der Staat, der eine bedeutende sicherheitstechnische Maßnahme durchführt, sich an dieser Stelle von privaten Rechten steuern lassen soll. Das war die Situation.

Auf der anderen Seite war ich genauso wenig der Meinung, dass wir uns von Kostenbelangen der EVU, die Diskussionen im Hinterkopf hatten, die, glaube ich, vor allen Dingen im Raum Hannover geführt worden sind von denen, die dort ansässig sind oder waren, dass man ja später auch mal ganz woanders entsorgen könne. Der Osten öffnete sich und es gäbe doch ganz andere Perspektiven. Heute kann man ja unter bestimmten Randbedingungen das Wort Russland hören, wie das in bestimmten Unternehmen auch gehandelt worden ist. Also, da gab es plötzlich Hoffnungen wechselseitiger Art, vielleicht brauche man eines Tages Gorleben gar nicht, und dann wolle man so wenig wie möglich investieren.

In dieser Situation standen wir. Wir hatten eine, sagen wir mal - „Front“ klingt militärisch, das Wort möchte ich nicht benutzen, aber wir hatten eine Gegenseite, darf ich sie vielleicht nennen, die wollte kein Geld ausgeben und die wollte in Niedersachsen auch möglichst kein Gorleben haben, und wir wollten die Frage klären, ob grundsätzlich an diesem Salzstock endgelagert werden kann, ja oder nein. Das war die Situation.

Da war dann schließlich und endlich die Beschränkung auf das Nordostfeld in der ersten Stufe - ich wiederhole: keine Änderung des Gesamtkonzeptes, bezogen auf den Salzstock - das Mittel der Wahl, und die haben wir dann auch so verkauft. Die haben wir verkauft Richtung EVU als „Nun beruhigt euch, wir machen es ja gar nicht so wild“, und ich denke mal, wir haben es auch als Signal Richtung Niedersachsen, Richtung Schröder verstanden: Wir gucken jetzt erst mal im Nordostfeld. - Denn wir standen - ich wiederhole das - in einem permanenten Dialog, der bis heute in der Öffentlichkeit nicht weiter diskutiert worden ist, und das ist auch gut so. Es gab immer einen Austausch über diese Fragen, denn der Konflikt hätte ja nur allen geschadet.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Hennenhöfer, der Untersuchungsaus-

schuss interessiert sich natürlich in diesem Zusammenhang auch dafür, ob es über diese Gespräche hinaus, die es natürlich gibt auf fachlicher Ebene, den Versuch von Einflussnahme aus der Atomwirtschaft, von den Energieversorgern auf Mitarbeiter im BMU oder in den nachgeordneten Stellen gegeben hat, bezüglich der Entscheidungsfindung für oder gegen Gorleben, für oder gegen Erkundungsbereiche, was auch immer man sich da vorstellen möchte.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, zunächst einmal, Frau Vorsitzende, bitte ich, zu bedenken, dass diese Arbeiten von den EVU zwangsfinanziert worden sind und werden. Das heißt, der Staat gab und gibt das Geld privater Unternehmen und damit letztlich auch der Stromverbraucher aus. Und es war immer unser Verständnis - vielleicht heute nicht mehr so intensiv -, dass wir, schon durch die Haushaltsgesetzgebung, hier möglichst zweckmäßig und kostengünstig vorgehen müssen. Wir haben immer auch eine Verantwortung dem Steuerzahler bzw. Stromkunden gegenüber gespürt, nicht nach Belieben Geld auszugeben. Das vermisste ich manchmal heute. Im Übrigen haben wir auch die EVU mit ihrem Fachwissen durchaus als Ansprechpartner in diesen Fragen gesehen.

Sie dürfen, Frau Vorsitzende, eins nicht übersehen: Es gilt im Entsorgungsbereich der Grundsatz der Verursacherverantwortung. Das führt im Rest Europas dazu, dass die Energieversorgungsunternehmen selbst mit der Endlagerschaffung in der einen oder anderen Form in die Verantwortung genommen werden. Sie haben vielleicht in den Akten gesehen, dass wir solche Überlegungen auch angestellt haben; nebenbei bemerkt: damals von Herrn Baake durchaus als vernünftiges Konzept bezeichnet worden.

Das heißt, wir waren der Sache nach der Meinung, dass die EVU irgendwo in der Mithaft, Mitverantwortung sind und wir uns deswegen mit ihnen auch auszutauschen haben. Irgendeine Einflussnahme des Inhalts, dass wir was getan hätten, was die wollten und wir nicht, das schließe ich aus. Dafür waren wir, Frau Vorsitzende, und sind wir eine viel zu selbstbewusste Fachabteilung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das freut mich als Abgeordnete natürlich ganz besonders. - Herr Hennenhöfer, Sie sind

eben, auch weil ich nicht insistiert und nicht wirklich nachgesehen habe, bezüglich der kritischen Stimmen - also, wir beschränken uns jetzt tatsächlich auf den Nordosten - insofern relativ schnell darüber weggegangen, weil Sie gesagt haben: Ich bin ja erst 94 gekommen. - Das ist richtig, und es gibt tatsächlich kritische Stimmen, zum Beispiel aus dem BfS-Protokoll. Das war schon 93, das konnten Sie möglicherweise gar nicht kennen.

Aber ich insistiere jetzt eben doch noch mal, weil nämlich zum Beispiel die Stellungnahme von Professor Röthemeyer zu den Handlungsempfehlungen von Professor Thomaske - die datieren eben auf 1997 - und auch die Einwände von Herrn Wosnik, die ich Ihnen eben vorgetragen habe, die datieren eben auch auf 1997. Also, deshalb noch mal meine Frage, weil das natürlich die Hintergründe sozusagen sind, die wir den Akten nicht so entnehmen können. Wir können das den Akten entnehmen, was darin steht, aber wissen letztendlich nicht: Wie ist man denn umgegangen mit diesen Überlegungen, die ja dann doch durchaus auch kritisch waren?

Wenn Sie auch sagen: „Wir haben im BMU natürlich nicht alles gewusst, was in Salzgitter passiert“, aber das eine oder andere, wie wir hier aus den Akten entnehmen können, ist dem BMU ja durchaus nicht verborgen geblieben. Also, wie wurden diese Dinge diskutiert?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Vorsitzende, zunächst mal fand ich es und finde ich es gut, dass überall - das gilt für das BfS und für alle anderen Stellen und auch für das BMU - immer die Fachentscheidungen kritisch und offen diskutiert worden sind.

Es gibt in diesen Fragen nicht die eine Wahrheit. Das gilt für Salzrechte wie für Risse in Kernkraftwerken. Solche Fragen müssen offen und transparent diskutiert und dann schließlich auch entschieden werden. Und mit der Entscheidung belastet sind dann am Ende die Hierarchen. In dieser Frage kann ich mich nicht daran erinnern, dass mir vorgetragen worden wäre, diese Entscheidung wäre sicherheitstechnisch in irgendeiner Weise nachteilig. Daran habe ich nicht die geringste Erinnerung.

Und im Übrigen ist es ja so: Zu verheimlichen gab es auch vor der Hacke nichts; denn schließlich und endlich, eines Tages, wenn man wirklich ein Endlager hätte ausbauen wollen, hätte man ja auch die Bereiche, die

seinerzeit umfahren werden sollten, letztlich aufgefahren. Man hätte ja gesehen, was man vorfindet. Es hätte doch dem Bund gar nichts genutzt, quasi um eine Blackbox herumzufahren, die Augen zuzumachen und dann hinterher zu sehen: Oje, oje, da ist aber jetzt ein großes Schwimmbecken im Salzstock.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Dann gehen wir jetzt tatsächlich noch auf einen weiteren Fragenkomplex ein. Das ist die Frage von BGR-Studien zu potenziellen Ersatzstandorten bzw. eine daraus resultierende Pressemitteilung, die dann zu dem Ergebnis gekommen ist: Gorleben bleibt erste Wahl. Auch darüber hat sich der Ausschuss hier schon weitere Gedanken gemacht. Anfang der 90er-Jahre wurden ja durch das Bundesforschungsministerium und dann durch das BMU zwei Studien in Auftrag gegeben bei der Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe. 95 wurde die fertiggestellt zu den Salzformationen und 94 für die nicht-salinaren Gesteinsformationen. Das Ganze finden wir unter MAT B 49 und MAT B 50.

In den Studien wurden ja Literatur- und Archivdaten für das gesamte Bundesgebiet unter geowissenschaftlichen Gesichtspunkten ausgewertet. Der Salzstock Gorleben wurde ausdrücklich nicht in die Studien einbezogen. Und in einer Vorlage vom 19. Mai 95 an Bundesministerin Merkel erläuterte Dr. Bloser aus dem Referat RS III 6 im BMU den wesentlichen Inhalt der Studien und wies in dieser Vorlage darauf hin, dass laut BGR - ich zitiere -:

... für die Einschätzung einzelner Parameter bei manchen Strukturen gegenwärtig der Kenntnisstand für eine hinreichend untermauerte Vorauswahl nicht ausreicht und weiterführende Untersuchungen eine andere Bewertung ergeben könnten.

Beide Studien enthielten - so heißt es weiter - vereinbarungsgemäß kein Ranking, also keine Reihung, der untersuchten Strukturen.

Voraussetzung dazu ist u. a. die vorherige Festlegung eines „Rankings“ der Vorauswahlkriterien, was ebenfalls ... nicht erfolgt ist.

Insgesamt stellte Dr. Bloser dann fest:

Zu den Berichtsentwürfen ist ferner festzustellen, daß verschiedene Formulierungen mißverständlich sind, zu Fehlinterpretationen Anlaß

geben würden und von der BGR zu überarbeiten sind. Von daher ist vorgesehen, die Entwürfe nicht nach Außen zu geben.

Das finden wir unter MAT A 136, Band 8, Paginierung 267143 bis 267148. Die Vorlage BMU ist das, also von Herrn Bloser an die Ministerin über Staatssekretär Jauck und Abteilungsleiter Hennenhöfer.

Auf die Frage, warum beide Studien kein Ranking der Standorte enthielten, hat der Zeuge Dr. Bloser dann in seiner Vernehmung am 9. Februar in diesem Jahr hier gesagt, dass kein Ranking gemacht worden ist. Das ergibt sich einfach vor dem Hintergrund, dass die Informationsdichte zu den einzelnen Standorten natürlich sehr unterschiedlich war. Es hätte gar keinen Sinn gemacht, Gorleben mit einzubeziehen, wie gesagt, weil man da auch gar kein Ranking hätte machen können und wollen, weil das aus wissenschaftlichen Gründen sinnlos gewesen wäre. Das entnehmen wir dem Stenografischen Protokoll, endgültige Fassung, der 72. Sitzung am 09.02. dieses Jahres.

Da möchte ich jetzt sozusagen vor allen Dingen wissen: Warum sollten diese Studien denn zunächst nicht nach außen gegeben werden? Was haben Sie da in Erinnerung, was da für missverständlich gehalten worden ist? Also, wie ist man letztendlich damit umgegangen? Zunächst sehr vorsichtig, sehe ich; letztendlich ist das Ganze aber dennoch in eine Pressemitteilung eingemündet. Können Sie da über die Umstände noch ein wenig Erläuterndes sagen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Vorsitzende, leider nicht allzu viel. Das Ganze war ein Vorhaben aus der Legislaturperiode davor. Ich glaube, es stand möglicherweise sogar in der Koalitionsvereinbarung. Es war, glaube ich, eine Frucht auch früherer Konsensgespräche. Man wollte die Gorleben-Diskussion auch dadurch ein Stück weit auf eine sachlichere Grundlage bringen, dass man mal untersucht, ob wir in Deutschland eigentlich auf diesen einen Salzstock angewiesen sind, ob also unser Wohl und Wehe an diesem einen Salzstock hängt und ob wir - so war doch immer die Unterstellung - die Erkundungsergebnisse zurechtbiegen müssen, weil wir ja nur diesen einen Salzstock haben. Es ging darum, zu sagen: Was sind denn eigentlich die Alternativen?

Dies war, soweit ich das erinnere, eine Literaturstudie. Es ging um das vorhandene

Know-how, da ist nirgendwo nachgeschaut oder gar gebohrt worden. Es sollte aufgezeigt werden, wie abhängig wir sind. Diese Studie ist gemacht worden, in Auftrag gegeben worden, bearbeitet worden - alles vor meiner Zeit, und das Problem, das dann stand, dass wir es veröffentlichen wollten und mussten und dass damals das losbrach, was uns ja dann in Zukunft auch wieder bevorsteht, dass an allen potenziellen Standorten Aufregung entsteht.

Wir haben damals waschkörbeweise Post bekommen in ungeahnter Weise. Und es ging darum, deutlich zu machen, dass das eben eine Reservestudie ist, möchte ich mal sagen: Was sind die Alternativen, wenn wir sie denn brauchen? Es ging darum, dass wir die - ich darf das so nennen - Lufthoheit über die Veröffentlichung der Studie behalten, dass möglichst nicht vorher durch Indiskretionen plötzlich die Gemeinden am Saldenburger Granit oder in Süddeutschland oder sonstwie nervös werden.

Was die Überschriften angeht: Sie wissen, mit den Überschriften ist das so eine Sache. Die werden von anderen gemacht, jedenfalls sind sie nicht von einer Fachabteilung gemacht worden. Meist kommen sie von den Pressestellen. Ich habe die Überschrift „Gorleben bleibt erste Wahl“ so verstanden: Das ist das, worauf sich das Bundesumweltministerium als verantwortliche Behörde weiterhin konzentriert. Wir sahen durch diese Studie keine Veranlassung, sozusagen die Erkundung in Gorleben einzuschränken oder gar abzubrechen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dennoch ist diese Presseerklärung tatsächlich Gegenstand von Diskussionen und auch Nachfragen in dieser Runde. Ich kann mir vorstellen, dass das auch nicht die letzte Frage, die ich Ihnen stelle zu der Pressemitteilung, ist, sondern dass da noch weitere folgen werden; denn auf einem Entwurf findet sich eine handschriftliche Korrektur, die aus dem Begriff „Presseerklärung“ dann das Wort „Hintergrundinformation“ macht. Und es kann sein sozusagen, dass diese Information von Ihnen stammt - können Sie mal bitte das dem Zeugen Hennenhöfer vorlegen? -, da wir zumindest der Überzeugung sind, dass die Korrektur eben mit Ihrer Paraphe abgezeichnet ist. Das findet sich unter MAT A 136, Band 8, Paginierung 267166 bis 267168. Wenn Sie das bitte einmal ansehen wollen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Es zeigt, dass Sie zumindest auch in diesen Vorgang schon involviert waren.

Dann haben wir eine weitere Unterlage, das ist MAT A 149, Band 21, Paginierung 8 bis 10. Da finden wir einen gefaxten Entwurf der BMU-Pressemitteilung vom 28. August 95. Da gibt es in einer Formulierung einer Entwurfsfassung der Pressemitteilung einen handschriftlichen Vermerk eines Mitarbeiters des BMWi, wobei wir nicht wissen, wer der Verfasser ist. Der lautet:

Alle untersuchten Ersatzstandorte haben sich entweder als nicht geeignet oder jedenfalls als weniger geeignet als Gorleben herausgestellt.

Daneben schreibt nun jemand, von dem wir auch noch nicht wissen, wer das ist:

das steht so nicht in den Berichten!

Also, sozusagen die Frage: Wie ist man denn nun zu dieser Information der Öffentlichkeit gelangt? Was wollte man denn damit vermitteln? Beruht das eigentlich jetzt wirklich auf seriösen Grundlagen, die die Fachbehörden entsprechend zur Verfügung gestellt haben, oder war es nicht doch eigentlich nur eine politische Aussage? Und dann: Wer hat denn diese politische Aussage jetzt zu verantworten? Das ist tatsächlich eine Frage, die diesen Ausschuss auch sehr interessiert.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Ich glaube oder bin mir sehr sicher, dass die Studie veröffentlicht worden ist. Also konnte es doch nur darum gehen, den Vorgang so der Öffentlichkeit zu präsentieren, dass sie versteht, was gemacht worden ist und was für Schlussfolgerungen daraus gezogen werden. Wenn ich hier - und es sieht sehr wie meine Handschrift aus - aus einer „Presseerklärung“ „Hintergrundinformation“ gemacht habe, dann würde ich mal vermuten, dass mir das Ganze für eine Erklärung zu detailliert war - Presseerklärungen müssen, dachte ich oder denke ich jedenfalls, eher griffiger sein - und dass es hier darum ging, sozusagen ausführlich darstellen zu können, was geschehen ist.

Es ging also darum, eine Studie, die wir nicht verheimlichen konnten und wollten, so der Öffentlichkeit darzustellen, dass sie weiß,

welchen Stellenwert diese Studie für uns hat. Das haben wir versucht. Da hat sicherlich auch unsere Pressestelle mitgewirkt. Und wer da was gemacht hat, weiß ich nicht. Und ich glaube, dass es unterm Strich auch gelungen ist.

Ich kann mich zufälligerweise erinnern an dieses Pressegespräch; ich bin ein visueller Mensch. Das war im Presseclub. Ich glaube, ich war damals das erste Mal³ in Bonn. Da waren die Journalisten, und Frau Merkel hat denen die Studie im Einzelnen erklärt, und wir haben ihnen diese Papiere in die Hand gegeben. Das ist geschehen, und mehr kann ich dazu auch nicht beitragen.

Wie gesagt, es war ein Vorhaben aus der vorangehenden Legislatur in 95. Ich bin Ende 94 gekommen, 95 kam das auf den Tisch. Ich war bei weitem nicht so tief in der Materie drin wie meine Mitarbeiter, die ja den ganzen Werdegang verfolgt hatten. Und insofern kann ich hier zur Wahrheitsfindung nicht weiter beitragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Hennenhöfer. - Damit will ich meine Fragen auch abschließen und das Fragerecht jetzt an die CDU/CSU-Fraktion weitergeben, an, wie ich sehe, Herrn Kollegen Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Hennenhöfer, auch von meiner Seite einen guten Tag. Sie hatten, was Ihre berufliche Tätigkeit angeht, angegeben, dass Sie von Bundesumweltminister Trittin in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurden. Wie ging es dann mit Ihnen weiter?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich habe, ich glaube, meine Entlassungsurkunde so sechs Wochen nach dem Amtsantritt von Herrn Trittin bekommen, hatte also noch sechs Wochen Trittin, führte insgesamt zu drei Ministern: Töpfer, Merkel, Trittin. Danach stellte sich für mich die persönliche Frage, was ich eigentlich Anfang 50 mache, ob ich spazieren gehe oder nicht. Ich eigne mich eigentlich nicht dafür, faul herumzuliegen oder -laufen.

Ich hatte gehört und auch Signale bekommen, dass der neue Bundeskanzler daran interessiert war, auch bei den Energie-

³ Ergänzung des Zeugen: setze „dort“, Anlage

unternehmen zuverlässige Gesprächspartner zu haben, die diese Konsensmaterie technisch kennen. Und mir ist empfohlen worden, mit der damaligen Viag AG, dem Bayernwerk, zu reden. Die hatten das dann auch schon gehört, und ich bin dort eingestellt worden mit dem Zweck, diese Konsensgespräche sozusagen mit der süddeutschen Brille zu führen.

Meine Aufgabe bestand darin, denen dort ein wenig die Zusammenhänge - in München war man damals sehr weit weg von den Dingen, die in Hannover gelaufen sind - zu erklären. Ich habe mich auch dafür eingesetzt, dass der Schröder-Konsens - so nennt man das ja, obwohl es in der Sache was anderes war - zustande gekommen ist. Die bayerische Politik wollte ihn nicht. Ich war aber der Meinung, dass er für die Unternehmen - denn ich hatte jetzt ein Unternehmensinteresse zu wahren - gut war und - das hat mich immer getrieben - es auch für das Land gut ist, dass dieser Konflikt beseitigt wurde. Daher habe ich sehr engagiert an der Vereinbarung 2001/2002 mitgewirkt, habe meinen Sachverstand dort zur Verfügung gestellt.

Wir haben die Vereinbarung mit Herrn Steinmeier und Herrn Müller hinbekommen. Danach hatte ich dann irgendwann meine Schuldigkeit getan: Der Mohr konnte gehen. Und da ich immer noch keine Lust auf Spaziergehen hatte, habe ich die Gelegenheit genommen, eine Anwaltskanzlei, vor allen Dingen eine, die vorwiegend im Regierungsauftrag arbeitet, traditionell, zu unterstützen, und habe dort energiepolitische Fragen, zum Beispiel CCS-Gesetz und diese Dinge, weiterbehandelt.

Ja, und eines Tages bekam ich dann einen Anruf aus dem Büro Röttgen und war völlig überrascht und wollte eigentlich auch nicht wieder auf den Stuhl zurück, den ich elf Jahre zuvor verlassen hatte. Aber den Rest der Geschichte kennen Sie ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Herr Hennenhöfer, eine Vernehmung wie diese bringt es mit sich, dass wir Themenbereiche, die sowohl durch Ihre eigenen Einlassungen als auch durch die vorherigen Fragen der Vorsitzenden schon mal angesprochen wurden, noch mal anreißen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Den ganzen Tag, ja!

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ein solcher Themenkomplex ist noch einmal das Vorgehen, parallel oder konsekutiv, bei der Erkundung des Südwest- und Nordostteiles von Gorleben. Sie haben gerade eben auch noch mal klargestellt, dass es eben, was die Sicherheitsorientiertheit angeht, da überhaupt keine Kompromisse, kein Nachgeben gegeben hat in dieser Frage. Und Sie haben gesagt: Der gesamte Salzstock Gorleben bleibt Erkundungsgegenstand. Das war also sozusagen das, was am Ende der Entscheidung, nunmehr konsekutiv, also nacheinander die Erkundung voranzutreiben, zugrunde zu legen war.

Da möchte ich Ihnen gern das Protokoll, wie es vonseiten des BMWi gefertigt wurde, des Ministergesprächs Rexrodt/Merkel mit den Vertretern der Energiewirtschaft am 13. Januar 97, das am 17. Januar gefertigt wurde, vorlegen und Sie bitten, eine Passage daraus aus Ihrer Sicht zu kommentieren. Die Vorsitzende hatte gerade eben ja aus einem Protokoll zitiert, das von BMU-Seite gefertigt wurde über dasselbe Gespräch. Das ist sozusagen die Sicht des BMWi. Sie werden es jetzt gleich in den Händen halten.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Das ist ein Vermerk, den wir hier unter MAT A 218, Band 8, Paginierung 194 bis 203, in den Akten haben. Dort findet sich dann ein Zitat von Ihnen auf der Seite 197. Das ist die Seite 3 des Protokolls, also Paginierung 197. Zu der möchte ich Ihnen gleich eine Frage stellen. Deshalb bitte ich Sie, das Protokoll sich bis zu diesem Punkt durchzulesen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Von vorne an? Alles?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wenn Sie sofort einsteigen können, umso besser. Dann gehen wir direkt mal zur Seite 3. Da werden Sie ja zitiert.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ja, da, wo angekreuzt ist.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Genau. Da heißt es nämlich - -

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Da kommt Hennenhöfer.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Da heißt es nämlich hier:

Die Beschränkung der Erkundung auf den Nordost-Teil (so BfS/BGR) reiche zur Beurteilung der Eignung des gesamten Salzstocks aus.

Das ist aus meiner Sicht ein Widerspruch zu dem, was vorhin ja herausgearbeitet wurde auf Grundlage des Protokolls BMU, dass man eben, wenn man im Nordosten Ergebnisse hat, nicht weiß, was im Südwesten ist, sondern letztlich die Erkundung fortzusetzen ist, vorausgesetzt, man braucht das notwendige Volumen überhaupt.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Abgeordneter, erstens mal möchte ich darauf hinweisen, dass hier in der Klammer ausdrücklich auf BfS und BGR bezogen wird. Das heißt, ich habe ganz offensichtlich bei dieser Aussage mich auf deren Aussage gestützt. Ich habe in meinem Eingangstatement deutlich gemacht, dass es die These vom mehr oder weniger symmetrischen Aufbau des Salzstocks gab. Das heißt, ich weiß nicht, wie der entstanden ist in Urzeiten, dass das sozusagen ein vergleichsweise gleichförmig aufgebautes Gebilde ist: Hat man die eine Seite, kann man vermuten, die andere Seite sieht so ähnlich aus. Das war die These.

Ich persönlich habe sie mir in dem Sinne nie zu eigen gemacht, dazu bin ich viel zu wenig Geologe gewesen. Ich habe da immer so meine Zweifel gehabt. Aber es ist eine Aussage zur prinzipiellen Eignung des Salzstocks, nicht zu der Frage, ob da ausreichende Steinsalzpartien oder was immer man braucht, ob ausreichende Volumina vorhanden sind etc. pp. Und ich habe mich bei dieser Aussage - „so BfS/BGR“, hat Franz Beschorner hier eingefügt - ganz offensichtlich darauf bezogen, um sie mir nicht zu eigen zu machen. Das war mir wichtig.

So. Dann auch im nächsten Anstrich: „Nach Aussage von BfS, BGR“. Hier war der Jurist Hennenhöfer sehr vorsichtig. Und dann habe ich eine Aussage zum Nordost- und Abfallvolumen gemacht - das ist heute noch Erkenntnisstand, soweit ich das sehe - und dass man die privaten Salzrechte nicht braucht. Ja, das war der Meinungsstand in meiner Abteilung. Ich sehe hier keinen Widerspruch, auch wenn es vom BMWi kam.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Dann kommen wir noch mal zurück zu dem Punkt, den Sie selber auch angesprochen haben, nämlich der Frage, was die richtige Rechtsgrundlage für die Erkundung in Gorleben war. Dort gibt es ja dieses berühmte Zitat des damaligen Bundesumweltministers Jürgen Trittin in seiner Rede im Deutschen Bundestag, 24. September 2004, wo er von einem „Schwarzbau“ spricht. Das ist ja eindeutig 2004, nach der Entscheidung - Sie haben sie jetzt angesprochen - des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahr 1990. Sie sind auch Jurist. Wie ist denn diese Aussage von Jürgen Trittin an der Stelle juristisch zu werten?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Abgeordneter, Sie haben mich als Zeuge geladen, nicht als Sachverständiger, schon gar nicht als juristischer Sachverständiger. Insofern tue ich mich ein bisschen schwer, die Aussage einer Persönlichkeit wie die eines früheren Bundesministers und zukünftigen Kandidaten zu bewerten. Ich versuche mal, zu verstehen, was er gemeint haben könnte.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir sind hier nicht bei den Konsensverhandlungen!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie müssen nicht spekulieren, Sie müssen nicht werten, sondern Sie müssen nur aus eigener Erfahrung heraus berichten und zu Sachverhalten Auskunft geben.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Vorsitzende, ich glaube, ich kann hinreichend beitragen zur Wahrheitsfindung. Es war doch die Behauptung im Raum, es würde dort illegal ein Endlager errichtet; die finde ich jetzt noch in Erklärungen aus dem Wendland. Diese Behauptung hat, soweit ich mich daran erinnere, erstens eine Wurzel in der Bergrechtsdiskussion, nach dem Motto: Bergrecht geht gar nicht. Die ist aber durch die Gerichtsentscheidungen widerlegt.

Als nun die Frage Bergrecht durch das Bundesverwaltungsgericht geklärt war, hat man sich kapriziert auf die Frage Schächte/Strecken. Ja, es ist zutreffend, dass bei der Schachtniederbringung durchaus auch die Möglichkeit, später ein Endlager errichten zu können, berücksichtigt worden ist, weil - das habe ich gelernt - die nachträgliche Erweiterung eines Schachtes

sicherheitstechnisch problematisch ist. Das heißt, man hat einen Schacht, einen Förderschacht niedergebracht, der auch später hätte reichen können. Das hat der Bund als mit dieser Aufgabe Belasteter quasi auf eigenes Risiko gemacht. Was heißt Risiko? Jedenfalls die Kosten hätten die EVU gezahlt. Aber er hat es gemacht in der Hoffnung, Erwartung, dass die Maßnahme erfolgreich ist.

Es gab Kritik, dass die Strecken zu groß seien; man hätte auch mit kleineren Strecken fahren können. Nun bin ich kein Bergmann, werde wohl auch keiner mehr werden, aber ich habe mir sagen lassen, das hätte sehr viel mit der Luftführung unter Tage zu tun, das hätte was mit den Maschinen zu tun, die man braucht, daher sei die Aussage letztlich unsinnig. Aber das werde ich niemals Herrn Trittin unterstellen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Weil Herr Trittin hier
nicht Gegenstand ist!)

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich glaube nicht, dass Sie das Wort haben, Frau Kollegin Steiner.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Dimensionierung des Ausbaus des Bergwerks war hier Gegenstand der Erörterung und ist auch Gegenstand unseres Untersuchungsauftrages. Von daher lasse ich das so zu, wie ich es jetzt gerade getan habe. - Bitte schön.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Zur Ab-
rundung der rechtlichen Fragen: In Ihrer Zeit als Abteilungsleiter hat ja das Bundesverwaltungsgericht 1995 über die Frage entschieden, ob eine UVP notwendig ist oder nicht; Sie hatten das in Ihrem Eingangstatement angesprochen. Könnten Sie uns noch einmal die Hintergründe schildern, warum infrage steht, dass die Vorgehensweise, wie sie tatsächlich eingeschlagen wurde, denn auch tatsächlich die rechtlich richtige ist?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Abgeordneter, ich habe das nicht vollständig jetzt noch mal nachgelesen. Soweit ich mich erinnere - aber ich sage ausdrücklich: Das ist jetzt aus der Erinnerung heraus beurteilt -, hängt es damit zusammen, dass die UVP-Pflicht später eingeführt worden ist, dass der

Rahmenbetriebsplan für Gorleben weitaus früher beantragt worden ist. Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass Gorleben in diesem Sinne, im Sinne des UVP-Rechts, als Altvorhaben gilt und keine UVP durchzuführen war. Das ist, soweit ich das sehe, auch die heute geltende Rechtslage. Wir haben ja noch mal Anträge gehabt, jetzt bei der Fortsetzung der Erkundung. Dort haben die Verwaltungsgerichte wiederum entschieden: keine UVP-Pflicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Bitte schön.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich würde gerne weitermachen und Kollegin Steiner bitten, das gute Klima aus Peter Altmaiers Küche hier nicht zunichte zu machen in unserem Ausschuss.

Ich würde gerne Herrn Hennenhöfer fragen zur Salzstudie der BGR, und zwar deshalb, weil - es ist ja von der Vorsitzenden angesprochen worden - es in dieser Salzstudie eben nicht um Gorleben, sondern um alternative Standorte ging und trotzdem die Überschrift war: Gorleben bleibt Standort Nummer 1. Das hat in den letzten Wochen dazu geführt, dass die Opposition gesagt hat, das sei ja von Frau Merkel - bis hin zur Lüge, habe ich da gelesen, weil es in dieser Studie gar nicht um Gorleben gegangen wäre.

Nun hat es dann, was viel zu wenig, glaube ich, Gegenstand auch unserer Beratungen bisher gewesen ist, ja eine zweite Pressemitteilung des Bundesumweltministeriums gegeben; das ist MAT A 218/2, Blatt 10 und 11. Daraus will ich gerne zitieren:

Alle untersuchten Ersatzstandorte haben sich entweder als nicht geeignet oder jedenfalls weniger geeignet als Gorleben herausgestellt. Entgegen den Behauptungen des baden-württembergischen Umweltministers Harald B. Schäfer

- damals im Amt; SPD -

enthält diese vorsorgliche Untersuchung keine Empfehlung für mögliche Standorte in Baden-Württemberg.

Dann wird Frau Merkel zitiert:

„Dieser Auffassung schließe ich mich vorbehaltlos an. Ich halte es für verantwortungslos, wenn diese

höchst vorsorglichen Arbeiten, die auch von der politischen Opposition immer gefordert wurden,

- alternative Standortsuche -

nun vom baden-württembergischen Umweltminister benutzt werden, Verunsicherung und Ängste in der Bevölkerung mit der Behauptung zu wecken, in ihren Lebensräumen würde die Eignung von Ersatzstandorten zu Gorleben untersucht ...“

Also muss man dementsprechend auch schon die erste Pressemitteilung und die Überschrift als den Versuch werten - waschkörbeweise Briefe mit Sorgen haben Sie angesprochen -, klarzumachen: Es geht hier nicht darum, dass konkret in anderen Bundesländern an anderen Standorten etwa Erkundungsmaßnahmen unmittelbar bevorstehen. Das heißt: Hatte diese Pressemitteilung Ihrer Erinnerung nach auch eine politische Klarstellungsfunktion?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Abgeordneter, ich habe eben schon gesagt, dass ich an diesen Vorgang keine so detaillierte Erinnerung habe, weil es der Abschluss von Arbeiten war, die mein Vorgänger sozusagen ins Werk gesetzt hatte und der auch die Strategie dafür entwickelt hatte. Das Problem für uns bestand darin, dass wir das offen kommunizieren wollten und mussten und dass eine Empörungswelle sich auftrat. Und wenn Sie Harald B. Schäfer erwähnen: Ja, da kann ich mich erinnern, da war was.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was denn?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Es gab irgendeine Aufregung, die in Süddeutschland entfacht worden ist. Wenn es eine Presseerklärung von uns gab - - Ich habe auch schon gesagt: Überschriften sind so eine Sache. Ich muss nur in diesen Tagen in die Überschriften gucken, dann finde ich mich als „Merkels Altlast“ oder so. Überschriften sind so eine Sache. Hier wollte das Bundesumweltministerium - das ist meine Interpretation - klar sagen, welchen Schluss es selbst aus dieser Untersuchung gezogen hat: Gorleben bleibt für das Bundesumweltministerium der Standort, an dem erkundet wird.

Ich habe damals mit der BGR gesprochen und meine mich - das alles ist nun doch 17 Jahre her - erinnern zu können, dass mir

gesagt worden ist: Sie leiten aus dieser Untersuchung nicht ab, dass sich ein anderer Standort, wie man im Planungsrecht als juristischer Begriff sagen würde, aufdrängt. Das leiten sie nicht ab, haben aber auch darauf hingewiesen: Das ist eine Papierstudie; wir haben ja nirgendwo anders denselben Erkenntnisstand wie Gorleben. Und sie haben immer hinzugefügt: Es spricht ja auch nichts gegen Gorleben; denn die Erkundung verlief ja positiv. - Das haben ja Schröder, Trittin auch bestätigt.

Die Erkundung Gorleben verlief positiv. Man sah also auch keine Veranlassung. Es hat sich aus dieser Studie keine Alternative aufgedrängt. Wir haben sie veröffentlicht und gesagt - ich interpretiere das jetzt; ob das vor 17 Jahren genauso in unseren Köpfen war, kann ich hier nicht schwören; ich interpretiere das so -: Für uns bleibt Gorleben erste Wahl. Die Öffentlichkeit hatte ja auch einen Anspruch darauf, zu erfahren, welchen Schluss wir daraus ziehen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Mir geht es darum, Sie zu fragen, ob im Grunde genommen wir uns das im Jahre 95 ähnlich vorstellen müssen, wie es Herrn Trittin im Jahr 2005, der ja auch ein alternatives Erkundungsgesetz machen wollte, passiert ist, nämlich dass die Problematik ist, dass, wann immer man über alternative Standorte nachdenkt, sofort natürlich auch politische Widerstände dadurch hervorgerufen werden. Das heißt, ich würde gerne noch mal wissen bezogen auf diesen Punkt - denn das ist ja erstaunlich und viel zu wenig bekannt, dass Frau Merkel hier ja immerhin eine alternative Standortsuche zumindest nach der Papierform, nach der Archivlage mit unterstützt hat -: Wenn es diese politischen Widerstände nicht gegeben hätte - die Frage der alternativen Standortsuche war ja auch Gegenstand der Koalitionsvereinbarung -, hätten Sie sich vorstellen können, dass man da dann etwas weitergehend sich auch andere Gesteinsformationen angeguckt hätte? Das heißt, hat man dann auch gesagt: „Jetzt bleiben wir bei Gorleben“, weil es diesen politischen Widerstand gab?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein, Herr Grindel. Sie müssen doch Folgendes sehen: Das Atomgesetz verlangt, dass bei einem Endlager die Langzeitsicherheit gewährleistet ist. Dieser Nachweis ist erforderlich. Das bedeutet nicht, dass man jetzt Standorte

vergleichen müsste und gucken müsste, ob nun Ton besser ist als Salz und Ähnliches mehr, sondern es muss an dem Standort die Sicherheit nachgewiesen werden. So wird, nebenbei bemerkt, auch international vorgegangen: Es wird ein Standort ausgesucht. Kann man dort die Sicherheit nachweisen, ist es gut.

Vor diesem Hintergrund hatten wir angesichts positiver Erkundungsergebnisse in Gorleben, quittiert von Schröder, keine Veranlassung, andere Standorte anzugehen. Ich habe Ihnen gesagt, ich habe mit der BGR gesprochen. Sie haben mir das auch so dargestellt. Ich füge noch eins hinzu; sie haben noch etwas gesagt: Na ja, sie würden eins überlegen: ob es nicht ratsam wäre, dass der Bund für den Fall, dass wir doch zu einem negativen Befund in Gorleben kommen, andere Salzstöcke sozusagen sichert gegen anderweitige Nutzung. Diesen Gedanken haben wir damals gehabt. Wir hatten sogar überlegt, ob wir so etwas machen wie eine Endlagerstandortsicherungsverordnung - es gibt ja auch die Gorleben-Veränderungssperren-Verordnung -, ob wir nicht andere Salzstöcke dagegen schützen, als Gaskavernen, als Ölkavernen genutzt zu werden, um wirklich Alternativen zu haben. Für uns war Salz erste Wahl; ich glaube, dass das auch international heute immer noch eine Bewertung ist, die sich sehen lassen kann. Wir haben daher überlegt, ob wir noch ein, zwei andere Salzstöcke sichern. Für all diese Vorschläge kriegt man natürlich nie Unterstützung, weil es immer potenziell regional Betroffene gibt. Deswegen haben wir ja jetzt diesen gemeinsamen Endlagerkonsensansatz, dass alle Länder, alle Beteiligten bitte einem Verfahren zustimmen, in dem ein Standort gefunden wird, damit man am Ende den Regionen sagen muss: Das ist ein faires Verfahren gewesen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Hennenhöfer, Sie müssen sich natürlich bewusst sein, dass mit Ihrer Befragung die Befragung der Bundeskanzlerin auch ein bisschen vorbereitet wird.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ach. Jetzt bin ich aber sehr überrascht.

(Heiterkeit - Dr. Matthias Miersch (SPD): Für den Hinweis ist er dankbar!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Jetzt lassen Sie mich doch in aller Ruhe und Unaufgeregtheit meine Frage stellen. - Wenn Frau Kotting-Uhl zitiert werden möchte, dann will ich das auch gerne tun; denn Frau Kotting-Uhl hat bewusst auf diesen Prozess, nachdem ich sie gefragt habe, gesagt, dass die Bundeskanzlerin und damalige Bundesumweltministerin in den Jahren 1994 bis 98 alles getan hat, um ein vergleichendes Auswahlverfahren für Endlagerstandorte zu torpedieren. Wäre ein solches vergleichendes Auswahlverfahren denn damals State of the Art, notwendig gewesen? Oder hat man nicht gerade auch durch politische Bedenken von dritter Seite gesagt: „Dann lasst uns erst mal in Gorleben weiter erkunden, ob Gorleben trägt“?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Abgeordneter, vergleichende Verfahren waren damals nicht State of the Art, und ich bin auch nicht ganz sicher, ob sie das heute sind. Ich habe in meinem Eingangsstatement gesagt, im internationalen Bereich werden heute Standortauswahlverfahren gemacht vor allen Dingen mit Blick auf die Akzeptanz. Wenn ich mir die Ergebnisse des AkEnd angucke, dann zielen sie ja auch vor allen Dingen auf Akzeptanz und - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sicherheit!)

- Frau Abgeordnete Kotting-Uhl, da Sie gerade das Wort „Sicherheit“ hineingeworfen haben: Ja, es muss ein Standort gefunden werden, der sicher ist. Ob sich Sicherheit aus Vergleichen ergibt, das ziehe ich in Zweifel. Sie vergleichen immer Äpfel mit Birnen. Das bringt die Geologie so mit sich. Sie müssen einen Standort finden, der die Langzeitsicherheitskriterien, die ich hier nicht runterbeten muss, erfüllt. Das ist geltende Rechtslage in Deutschland. Von Vergleich steht da nichts.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Bezüglich des Fortgangs der Befragung: Wir hatten eben gesagt, wir machen nach zwei Stunden eine Pause. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass zum einen die Opposition überhaupt noch nicht zu Wort gekommen ist und dass wir zum anderen zwischen 14 und 15 Uhr ohnehin eine

Pause machen wollen. Ich schaue mal in die Runde: Gibt es dringenden Bedarf? Ich frage natürlich auch den Zeugen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Der Zeuge freut sich auf Fragen der Opposition.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, das ist doch schön. - Dann macht die SPD jetzt weiter. Frau Vogt, Sie haben das Wort.

Ute Vogt (SPD): Herzlichen Dank. - Herr Hennenhöfer, Ihr Auftritt als konsensorientierter Vermittler ist sicherlich gut vorbereitet, trifft aber nicht das, was wir über Ihre Arbeitszeit damals in den Akten finden. Ich will zu sprechen kommen auf ein Positionspapier von Ihnen aus dem Jahre 1995, im März 95 gefertigt. Aus unserer Sicht liest sich das wie ein atompolitisches Manifest. Ich will Ihnen ein paar Dinge entgegenhalten: Da ist die Rede davon, dass einige SPD-geführte Länder erklärtermaßen einen ausstiegsorientiert durchgeführten Vollzug des Atomgesetzes praktizieren und dass der zu beenden sei. Sie sprechen von mit Kernenergiegegnern besetzten Verwaltungen. Sie warnen davor, dass Deutschland zum Ausstiegsland wird. Sie befürchten einen technischen Fadenriss im Falle irgendeiner Veränderung beim Thema „Förderung der Atomenergie“. Ich möchte von Ihnen wissen, wer Sie beauftragt hat, dieses Papier zu fertigen. Das war im März 95 und liegt Ihnen vielleicht vor. Das ist alles andere als ein Konsens.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Abgeordnete Vogt, für diese Frage bin ich Ihnen ausgesprochen dankbar, gibt sie mir doch Gelegenheit, das noch mal klarzustellen.

Ute Vogt (SPD): Die Frage war, wer Sie beauftragt hat!

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ob ich dazu einen Auftrag hatte, weiß ich nicht. Ich hielt es jedenfalls für angebracht, mir Gedanken zu machen, was man der Regierungsseite vor solchen Gesprächen an Informationen geben muss, wenn sie in Verhandlungen eintritt. Und, Frau Abgeordnete Vogt, da muss Klartext geredet werden. Da müssen die Beteiligten auf der eigenen Seite wissen, worum es eigentlich geht. Das meine ich recht vernünftig beschrieben zu haben.

Es geht um den ausstiegsorientierten Vollzug, der nicht Gegenstand dieses Ausschusses ist, den ich Ihnen aber gerne in seinen ganzen Perversionen erläutern könnte. Ich will zum Beispiel mal sagen, wie das in Biblis war. In Biblis haben der damalige Abteilungsleiter Renneberg und der Staatssekretär Baake versucht, die Anlage stillzulegen mit ausstiegsorientierten Mitteln. Das haben wir verhindert. Heute lese ich in der Zeitung, dass das ganz böse von mir war. Nur, dieselben Herren waren anschließend zehn Jahre im Amt und haben Biblis nicht abgeschaltet. Das nur mal zur Illustration, was wir so meinen.

Ute Vogt (SPD): Wer ist „wir“?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Wir, das bin ich und diejenigen, die mich unterstützen. Wir haben damals - -

Ute Vogt (SPD): Können Sie dazu Namen sagen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nö.

(Heiterkeit)

Ute Vogt (SPD): Reden Sie von der damaligen Zeit oder von der heutigen? Es geht ja um den Sachverhalt.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Abgeordnete Vogt, Sie haben in Abrede gestellt, dass es ausstiegsorientierten Vollzug gab. Den habe ich hier beschrieben.

Ute Vogt (SPD): Ich habe in Abrede gestellt, dass Sie konsensorientiert waren.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Moment.

Ute Vogt (SPD): Weil das Papier an jeder Stelle alles tut, um Atompolitik voranzubringen und den Konsens zu verhindern. Die Frage war: Wer hat Sie beauftragt? Mich interessiert: Für welchen Adressatenkreis und mit wem zusammen haben Sie das geschrieben?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, mit wem ich das zusammen - - Ich bekenne, Autor dieses Papiers zu sein. Ob ich dabei im Einzelfall Kollegen, also, genauer gesagt, Mitarbeiter, konsultiert habe, weiß ich nicht mehr.

In diesem Papier findet sich zunächst einmal der Streitstand. Ich möchte schon mal deutlich machen, dass wir im Jahre 1995 der Auffassung waren, dass die Nutzung der Kernenergie zu einer sicheren und klimafreundlichen Energieversorgung Deutschlands notwendig war. So stand es bis zum Jahre 2002 im Atomgesetz. Als Beamter ist man dem Gesetz verpflichtet. Das Papier stammt aus dem Jahre 1995, zur Geltung des damaligen Atomgesetzes.

Ich habe die Positionen aufgelistet. Wenn ich es richtig sehe, habe ich mich sehr bemüht, Einigungsmöglichkeiten herauszuarbeiten. Es ging darum, den ausstiegsorientierten Vollzug - - Dass es den gab, können Sie sogar in Aufsätzen des damaligen Vorsitzenden des Bundesverwaltungsgerichts finden, der diesen Begriff in seinen Aufsätzen verwandt. Dass es diesen Vollzug gab, ist eigentlich völlig unstrittig. Er ist auch in der Kernenergievereinbarung ja mittelbar angesprochen worden dann später. Ich habe mich bemüht, auf der Reaktorseite, die hier nicht Gegenstand des Ausschusses ist, den Begriff der Option, der insbesondere dem damaligen Wirtschaftsminister Rexrodt wichtig war, mit einem Inhalt zu unterlegen. Der Optionsbegriff war ja der Hauptstreitpunkt, wo sich auch Schröder und Lafontaine nicht einig waren. Dann habe ich, was die Entsorgung angeht - das Thema dieses Ausschusses -, doch sehr ausführlich dargestellt, was man machen kann: zentrale, dezentrale Zwischenlager; ich habe die Ein-Endlager-Möglichkeiten aufgezeigt etc. Das heißt, ich habe sozusagen ein fachliches Kompendium verfasst, dass diejenigen, die verhandeln, wissen, worum es eigentlich geht.

Ute Vogt (SPD): Dann würde ich gerne auf eine Passage noch mal eingehen, genau zu dem Thema Gorleben, wo es darum geht, dass es einen SPD-Vorschlag für ein Moratorium im Raume gibt. Sie selbst schreiben:

Für uns ist dieser Vorschlag riskant,

- also wohl für die Bundesregierung -

da er die Akzeptanz zusätzlich durch politische Unruhe an den alternativen Standorten belastet ...

Es ging hier doch um eine klare politische Festlegung auch in Bezug auf die Frage des Standortes Gorleben. Ich sehe da nicht Ihre Konsensansätze. Ich möchte Sie aber fra-

gen: Wem haben Sie dieses Strategiepapier vorgelegt?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, ich habe es verfasst für den- oder diejenigen, die mit der Vorbereitung der Konsensgespräche befasst waren. Das waren alles Leute oder weitgehend Leute, die die Materie im Einzelnen nicht kannten.

Zweitens. Wir haben ein Moratorium in Gorleben damals nicht für das Richtige gehalten. Das habe ich in meinem Eingangstatement auch ausdrücklich gesagt. Ich darf darauf hinweisen, dass der vorletzte Bundesumweltminister Röttgen dieses Moratorium als verantwortungslos bezeichnet hat. Diese Position findet sich hier. Außerdem gibt sie den Hinweis der Unruhe auf andere Standorte. Das muss man halt wissen, wenn man sich mit in diesem Thema bewegt. Ich wüsste nicht, was daran falsch gewesen wäre.

Ute Vogt (SPD): Dann möchte ich Sie fragen, ob Frau Ministerin Merkel, die damalige Ministerin Merkel, mit diesem Papier in die Konsensgespräche gegangen ist oder ob es ihrer Vorbereitung gedient hat.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich kann Ihnen nicht sagen, ob sie dieses Papier unter dem Arm hatte. Aber ich habe es ihr gegeben, ja.

Ute Vogt (SPD): Haben Sie mit ihr über dieses Papier diskutiert?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Das weiß ich nicht. Vielleicht hat sie mir irgendwann Fragen gestellt. Aber ich hatte so viele Kontakte mit ihr, dass ich nicht weiß, ob sie auf Einzelheiten eingegangen ist. Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

Ute Vogt (SPD): Hat sie sich das Papier inhaltlich zu eigen gemacht?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Das war kein Papier zum Zueigenmachen. Das ist ein Informationspapier. Dieses Papier enthält keine Lösung. Es enthält Ansätze dafür, wo man Lösungen finden kann. Wir wären damals nicht so dumm gewesen, die Lösungen schon auf das Papier zu schreiben, damit sie anschließend - das Papier war ja vier Wochen später im *Spiegel* - in den Medien zer-

redet werden. Das war zunächst einmal ein Papier, bei dem die Ausgangspositionen, Frau Abgeordnete Vogt, beschrieben worden sind. Ausgangspositionen sind nie die Endpositionen.

Ute Vogt (SPD): Na ja, es war auch ein gerüttelt Maß an Wertung vor allem dabei. - Aber meine Frage daran anschließend ist: Wenn Sie Ihre damalige Tätigkeit betrachten und diese auch vergleichen mit den Erkenntnissen, die man heute hat, und angesichts dieses Strategiepapiers und Ihrer ganzen Stoßrichtung Ihrer Arbeit, haben Sie die Bundesregierung zum damaligen Zeitpunkt falsch beraten, und tut Ihnen das heute leid?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Heute Morgen hat mich ein Reporter vom ZDF abgefangen und hat mir mit Kamera gesagt: Tut Ihnen Gorleben leid? - Ich wüsste nicht, was mir leidtun sollte. Ich kann nur wiederholen, dass Bundeskanzler Schröder, die Minister Müller und Trittin unterschrieben haben, dass die bisher gefundenen Erkenntnisse über Gorleben einer Eignungshöflichkeit nicht entgegenstehen. Das heißt, die Erkundung Gorlebens war offenbar zielgerichtet und bis zu diesem Zeitpunkt auch erfolgreich. Ich wüsste nicht im Geringsten, was mir an dieser Stelle leidtun sollte.

Zweitens. Ich habe Ihnen ausgeführt und wiederhole es gerne: Das Atomrecht kennt standortgebundene Verfahren, nichts anderes für die Endlager. Am jeweiligen Standort muss die Eignung nachgewiesen werden. Das Atomgesetz sagt nichts darüber, dass man flächendeckend Standorte suchen und vergleichen muss. Das wollen wir, Frau Vogt, einführen. Ich habe ja auch gesagt, dass ich das im Sinne des Konsenses für richtig halte. Aber vor 17 Jahren waren die Zeiten nicht so.

Ich habe Ihnen auch gesagt, dass ich mit Herrn Müller ein Papier gemacht habe, zu dem ich auch heute noch stehe, dass wir gesagt haben, wir erkunden Gorleben zu Ende, wir genehmigen Konrad und dann setzen wir eine Denkphase ein. Ich persönlich halte nichts davon. Aber ich komme jetzt in Bereiche, wo ich meine gegenwärtige Amtsführung - - Ich halte nicht viel davon, sozusagen Erkenntnisgewinnung abzubrechen.

Ute Vogt (SPD): Zur Rede stand ja Ihr Strategiepapier. Wenn man Ihren Äußerun-

gen und Ihren Empfehlungen aus dem Strategiepapier folgt und sie mit heute vergleicht, sieht man, dass man in praktisch jedem Punkt heute genau das Gegenteil an Politik macht, beim Atomausstieg angefangen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Sie vielleicht.

Ute Vogt (SPD): Nein, auch die Bundesregierung. Ich darf Sie erinnern, dass wir einen Atomausstieg beschlossen haben. Darauf bezog sich auch meine Frage, ob Sie insgesamt der Meinung sind, dass Sie die Regierung da falsch beraten haben in Ihrem Duktus, permanent die Atomenergie voranzubringen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, Frau Abgeordnete Vogt, ich weiß nicht, ob das jetzt von meiner Aussagegenehmigung umfasst ist, aber ich möchte doch Folgendes sagen: Im Jahre 1995 war für die Regierungsparteien die Nutzung der Kernenergie klar. Sie stand im Atomgesetz und war damit für den Beamten Hennenhöfer zu fördern. Bis zum Jahre 2002 stand im Atomgesetz, dass die Nutzung der Kernenergie zu fördern ist. Ich lehne es ab, als Beamter dafür in Verantwortung genommen zu werden, in politische, dass ich dem Gesetzesziel gefolgt bin. Das Papier steht in Einklang mit diesen gesetzlichen Vorgaben, und das Papier stand in Einklang mit der Diskussionslage 1995.

Wir haben es schon fast vergessen, dass es vor gar nicht langer Zeit sogar noch eine Laufzeitverlängerung gab; das heißt, der Schwenk ist ja doch wohl sehr viel später gekommen. Ich finde es nicht in Ordnung, Frau Vogt, wenn Sie mit den Anschauungen der Regierung von heute ein Papier aus dem Jahre 1995 beurteilen. Dieses war ein Papier, das das Handwerkszeug aufgezeigt hat, sonst nichts, und das sich im Übrigen mit der Gesetzeslage im Einklang befand.

Ute Vogt (SPD): Dann würde ich gerne noch Ihre Rolle als Beamter im BMU beleuchten. Ich hätte Interesse daran, zu erfahren, auf welche Art Sie von der Stelle im Umweltministerium damals, 1994, erfahren hatten. Wie kamen Sie zu der Position?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich bekam im Jahre 1994 einen Anruf von jemandem,

der sich als Töpfer vorstellte und mich bat, ins Bundesumweltministerium zu kommen. Ich war damals Geschäftsführer der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit.

Ich war davor Leiter der Abteilung Dienstleistungen/Energie beim Berliner Wirtschaftssenat. Diese Abteilung war auch für die Sicherheit des Berliner Forschungsreaktors verantwortlich. Das war meine Berührung mit den Nuklearthemen. Das heißt, ich habe diesen etwas merkwürdigen Werdegang, dass ich eigentlich von der Wirtschaftsseite komme, also Wirtschaftsverwaltung. Aber dort war - in Nordrhein-Westfalen war das noch bis vor kurzem so gewesen - die Reaktorsicherheit angesiedelt. Ich habe über den Berliner Forschungsreaktor sozusagen ein ganzes Genehmigungsverfahren für eine Anlage mal erlebt, habe mir den Unwillen damals zugezogen, dass ich auch Flugzeugabsturzfragen thematisiert hatte; das galt damals noch als unkeusch.

Dann bin ich zur Gesellschaft für Reaktorsicherheit gegangen. Dort war ich sieben Jahre nur - in Gänsefüßchen - kaufmännischer Geschäftsführer - als Jurist ist man ja für die technischen Fragen nicht so prädestiniert -, habe aber sieben Jahre lang die Diskussionen alle verfolgt und dort, wenn Sie so wollen, auch ein gewisses technisches Verständnis entwickelt. Ich war deswegen auch bei den Diskussionen zum Beispiel zum Konsens, die vorher schon begonnen hatten, im Hintergrund informiert.

Als mein damaliger Amtsvorgänger, der den Dienst quittiert hat - er ist nicht in Ruhestand versetzt worden, sondern er ist ausgeschieden und hat sich rauskaufen lassen -, zum Veba-Konzern ging, rief Herr Töpfer an und hat gesagt, dass man mich meiner Fachkunde wegen und meiner Unabhängigkeit auch in politischer Hinsicht wegen haben wollte für diese Aufgabe. Dann habe ich noch drei Monate Herrn Töpfer erlebt, und dann kam Frau Merkel, und dann kam Herr Trittin.

(Ute Vogt (SPD): Ich darf leider nicht weiterfragen!)

- Oh, schade.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Fragezeit ist leider abgelaufen. Aber sie kommt noch mal, Herr Hennenhöfer; da kann ich Sie beruhigen. Wir fragen sicherlich noch mehr als eine Runde. - Jetzt sind aber zunächst die Kollegen der FDP-Fraktion am Zuge. Bitte schön, Herr Kollege Buschmann.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Hennenhöfer, Sie hatten in Ihrem Eingangsstatement die Interessenlage gestreift, die es bei den Energiekonsensgesprächen gab. Ich halte das deshalb für sehr wichtig, weil hier im Ausschuss eine These oder ein Vorwurf, sagen wir mal, untersucht wird, der der Manipulation. Diese These kann man nur schlüssig erzählen, wenn man auch die Interessenlage entsprechend konstruiert. Die These, die im Raum steht, ist: Die EVUs wollten mit aller Macht, dass in Gorleben möglichst schnell ein fertiges Endlager ist. Sie waren bereit, jeden Druck auszuüben. Die Politik und die Beamten waren die willigen Vollstrecker und waren bereit, wegen dieses Ziels alle fachlichen Bedenken zu überspielen. Das ist ja der Vorwurf, der im Raum steht.

Jetzt haben Sie uns geschildert, dass diese Interessenlage gar nicht so existierte. Habe ich Sie da richtig verstanden? Sie haben uns eingangs beschrieben, die EVUs hatten dieses Interesse überhaupt gar nicht; es war eher umgekehrt der Fall, dass die EVUs eigentlich ein gemeinsames Interesse mit den Gorleben-Gegnern hatten, weil das deren Geld spart. Habe ich das richtig verstanden? Könnten Sie das vielleicht noch mal erläutern?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ja, danke, Herr Abgeordneter. Ich freue mich, dass Sie das ganz richtig verstanden haben. Die Interessenlage der EVU war - ich würde das jetzt nicht nur negativ darstellen wollen -: Sie bereiteten sich auf den Wettbewerb vor. Das bedeutete, sie mussten Kosten reduzieren. Sie sahen die Entsorgungskosten als einen Faktor an, bei dem nach ihrer Meinung wir eine viel zu überzogene, also viel zu umfassende Vorsorgepolitik betrieben haben. Sie warfen uns vor: zu große Volumina; die Ausführungen von Herren Schröder kommen ja auch irgendwoher. Sie waren im Übrigen der Meinung - ich kann das jetzt nicht belegen, wenn Sie mir jetzt sagen, liefern Sie ein Zitat -: Irgendwann wird man irgendwo im Osten die ganzen europäischen Brennelemente in einem großen Endlager endlagern. Warum machen wir uns jetzt in Gorleben a) Kosten und schaffen außerdem noch einen politischen Konfliktherd, der im Übrigen dem Genossen der Bosse das Leben schwer macht?

In Hannover saß man dicht beieinander. Dort war der Ministerpräsident Schröder, und

er sagte aus nationaler Verantwortung: ⁴für die Niedersachsen ein Endlager nehmen. Wir sehen, dass Konrad für die Volumenabfälle, die nicht wärmeentwickelnden Abfälle, relativ geeignet scheint, relativ unstreitig ist; ich glaube, das war das vorrangige Thema. Ein zweites wie Gorleben wollen wir eigentlich nicht.⁵

Das Problem war dann, dass das Gesetz - - Nein, nicht das Gesetz - das stand gar nicht im Gesetz -, sondern das war die Beschlusslage der Regierungschefs von Bund und Ländern, dass ein Entsorgungsvorsorgenachweis notwendig ist, der zeigt, dass es Fortschritte bei der Endlagerung gibt, mehr nicht: Fortschritte bei der Endlagerung.

Das heißt, auch Herr Schröder sah dann ein, dass ein Einstellen der Bemühungen um ein Hochaktivenlager den Betrieb der Kernkraftwerke behindert hätte. Das konnte und wollte er nicht. Es gab also insofern eine teildidentische Interessenlage. Ja, man kommt um Gorleben gar nicht herum. Man hatte ja vor allen Dingen auch kein Fachargument dagegen. Aber es soll moderat gehen; eigentlich machen wir es in der Erwartung, dass wir das am Ende - ich darf das jetzt mal ein bisschen salopp sagen - dann gar nicht brauchen.

Wir wiederum haben gesagt: Das ist nicht verantwortungsgerecht. Wir müssen als jemand, der - Frau Vogt hat mir das ja gerade entgegengehalten - die Nutzung der Kernenergie befürwortet, auch für die Entsorgung sorgen. Das war unser Treiber. Nebenbei bemerkt - Sie haben ja Herrn Grill hier auch schon angehört -, die Region hat immer darauf gedrungen: Wir wollen Klarheit, wir wollen Klarheit. Und von Herrn Pöls meine ich das auch schon gehört zu haben.

Marco Buschmann (FDP): Also, wenn man das zuspitzt, kann man sagen: Wer sich - ich sage es jetzt mal polemisch - zum Büttel der Energieindustrie machen möchte, der musste Gorleben nicht vorantreiben, sondern der müsste eigentlich für ein Moratorium gewesen sein.

⁴ Ergänzung des Zeugen: setze Anführungszeichen, Anlage

⁵ Ergänzung des Zeugen: setze Ausführungszeichen, Anlage

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich mag Ihnen jetzt nicht widersprechen.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank. - Das war Ihr Eindruck, den Sie als Beamter gewonnen haben. Jetzt kann man ja sagen, vielleicht ist das ein falscher Eindruck. Jetzt sind Sie später auf die andere Seite gewechselt, waren Interessenvertreter der Energiewirtschaft. Haben sich diese Eindrücke, die Sie als Beamter gewonnen haben, die Sie uns jetzt dargestellt haben, aus eigener Anschauung in Ihrer Tätigkeit als Interessenvertreter der Energiewirtschaft genauso auch bestätigt?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Abgeordneter, ich habe mein Gehalt beim Viag-, später Eon-Konzern, bezogen. Insofern hatte ich als loyaler Beschäftigter der Privatwirtschaft die Interessen dort zu vertreten.

Aber - ich habe das dem Abgeordneten Paul ja schon gesagt -: Es gab ein verabredetes Ziel meiner Tätigkeit, nämlich mitzuwirken, dass der von den Unternehmen gewünschte Konsens mit der Regierung Schröder zustande kommt. Das heißt, ich hatte mitzuwirken daran, dass es am Ende einen Konsens gibt. Sie erinnern sich, wer damals bayerischer Ministerpräsident war, und Sie erinnern sich, wer damals Eigentümer des Bayernwerks war. Das war gar nicht so einfach. Das heißt, man musste fachlich überzeugen, damit auch Viag/Bayernwerk als dem bayerischen Staat mitgehörendes Unternehmen mit der Regierung Schröder unter Ausklammerung der Opposition - es ist ja damals ohne die CDU verhandelt worden - eine Vereinbarung geschlossen haben. Insofern höre ich das mit dem Interessenvertreter der Privatwirtschaft nur bedingt gerne. Mein Ziel war, die Interessen möglichst zur Deckung zu bringen, und am Ende ist das sogar auch gelungen.

Wir haben, gerade was Gorleben angeht, einen sehr sorgfältigen Kompromiss erzielt. Er sieht nämlich so aus - Sie alle wissen es doch -: Schröder brauchte Ruhe, Ruhe an der Front, das, was mein letzter Minister dann verantwortungslos Nichtstun genannt hat. Ich zitiere das nur. Ich habe nicht gesagt, dass ich mir die Ausführungen zu eigen mache; denn ich habe ja selbst diesem Moratorium zugestimmt. Die Vereinbarung trägt ja meine Paraphe. Punkt eins.

Wir mussten zweitens aber auch klar haben, dass die Erkundungsergebnisse in Gorleben positiv waren, so gesehen auch politisch dokumentiert waren. Dafür gab es die Erklärung der Bundesregierung. Die ist sorgfältig formuliert. Die hat Herr Schröder nicht auf einen Bierdeckel geschrieben, sondern die ist vorher mit den Fachbehörden sorgfältig abgestimmt worden. Daher war das, Frau Vogt, klassischer Konsens: Der eine bekam seine Ruhe, es geschah zehn Jahre nichts in Gorleben; gleichzeitig gestand er aber zu, dass alles, was bis dahin geschehen war, auch richtig war. - Ich hoffe, ich habe Ihre Frage beantwortet.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank. - Ich möchte dann übergehen zu der Frage der Konsekutivverkundung, also sozusagen dass man erst den einen Teil aufgefahren hat, bevor man sich Gedanken über den zweiten Teil macht. Sie haben uns geschildert, dass insbesondere von - Sie nannten es immer Gegenseite - der Seite um den Ministerpräsidenten Schröder oder aus dem Bereich der EVUs, wer auch immer, immer wieder stark betont worden ist, dass die anvisierten Abfallmengen sich ja jetzt real verringern würden, also die Abfallmengen, mit denen man ursprünglich geplant hat. Deshalb bräuchte man ein geringeres Volumen des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs, und deshalb sei es doch auch gar nicht sinnvoll, das parallel zu erkunden.

Sie haben das immer im Zusammenhang mit sozusagen dieser Gegenseite genannt und das dann hinterher verbunden mit dem Kostenargument, dass das wahrscheinlich der Treiber auf der Seite jedenfalls der EVUs war. Bislang haben wir uns immer mit der These auseinandergesetzt, dass das gewissermaßen eine einsame Entscheidung möglicherweise von Frau Merkel oder wem auch immer war. Ihren Ausführungen müsste ich jetzt ja so folgen, dass der Druck in diese Richtung wirtschaftlich von den EVUs kam - einverstanden -, aber politisch in die Debatte eher aus dem Lager, was Sie immer als Gegenseite bezeichnen, um den Ministerpräsidenten Schröder gebracht wurde. Das ist sozusagen meine erste Frage, ob das richtig ist.

Die zweite Frage ist, ob das möglicherweise der Anlass war und nicht sozusagen Überlegungen von Frau Merkel, um diese Konsekutivauffahrung zu betreiben.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Abgeordneter, ich habe in meiner Darstellung sehr deutlich zu machen versucht, dass das Argumente waren, die von der technischen Seite gekommen sind, denen ich durchaus mit einer gewissen Skepsis gegenüberstand; denn ich war von dem Gedanken getragen, wir müssen baldmöglichst Klarheit über Gorleben bekommen. Da passte ein Beschränken nur auf ein Feld und nicht in beide Richtungen gehen eigentlich nicht so richtig dazu.

Sie haben es aber richtig aufgefasst. Wir standen tatsächlich unter dem Druck des Argumentes - Schröder im *Handelsblatt*; ich weiß nicht, ich habe es hier irgendwo -: Das Volumen, das wir endlagermäßig zugrunde legen, ist viermal so groß wie das, was wir brauchen. - Das ist der Vorwurf, nicht sachgerecht vorzugehen. Da spielten viele Faktoren eine Rolle, zum Beispiel: Reduzierung der Ausbauplanung für Kernkraftwerke; der Gorleben-Planung liegen 50 Kernkraftwerke zugrunde. Zweitens die Tatsache, dass Konrad kam, was ursprünglich ja überhaupt nicht in der Welt war. Konrad ist ja, wie Sie alle wissen, ohne Standortauswahlverfahren durch Beschluss des Betriebsrats sozusagen in die Welt gesetzt worden. Drittens spielte eine Rolle - ich traue mich gar nicht, das auszusprechen -, dass wir Einlagerungsmöglichkeiten in Morsleben hatten.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gutes Thema!)

- Darüber können wir gerne reden.

(Heiterkeit)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein! Das gehört nämlich nicht zum Untersuchungsgegenstand. Machen Sie das bitte anderweitig.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Gerne. - Viertens spielt eine Rolle, dass die modernen Techniken eine starke Abfallreduzierung ermöglichten; Kompaktierungstechniken. Es gibt so einen merkwürdigen Circulus vitiosus: Je teurer das Einlagerungsvolumen wird, desto mehr reduzieren sie es aus Kostenspargründen, und deswegen wird der spezifische Preis pro Kubikmeter immer höher.

Diesem Argument - ich muss sagen, ich war damals auch etwas überrascht, als ich ins Amt kam, dass die Planungen insoweit noch nicht angepasst waren -, von Schröder

offensivst vorgetragen, sah ich uns ausgesetzt: Wir haben eine zu große Planung. Auf der anderen Seite standen meine Fachleute und sagen: Wir sind eigentlich ganz zuversichtlich, dass das Nordostfeld reicht. BfS trug das vor, BGR trug das vor und meine Leute, an der Spitze der fachlich Verantwortliche Herr Bloser, der Unterabteilungsleiter Matting. So habe ich diesem Vorgehen zugestimmt, weil es mir schlüssig erschien, dass wir in einer solchen Lage die Chance, bereits im Nordostfeld alles unterzubringen, wenn ich das salopp sagen darf, auch nutzen. Denn Hohlraumminimierung - daran hat mich dankenswerterweise die Frau Vorsitzende noch mal erinnert, dass das das Wort war: Hohlraumminimierung - war der Grundsatz. Es ist auch nicht zulässig, auf heute zu verweisen, aber es ist ja im Grunde das, was wir immer noch gegenwärtig tun. Insofern kann es ja auch nicht so ganz falsch sein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die Linken. Bitte schön, Frau Menzner.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Guten Tag, Herr Hennenhöfer. Herr Hennenhöfer, wenn die Bundesregierung auf Kleine Anfragen antwortet, wie verlässlich sind solche Antworten dann? Entsprechen sie dem jeweils aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik? Wie ist Ihre Erfahrung?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Meine Erfahrung ist - ich glaube, ich darf das für die Bundesregierung sagen -, dass die Anfragen mit der größtmöglichen Sorgfalt erarbeitet werden und deswegen auch regelmäßig dem Stand der Technik entsprechen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, ich hatte auch nichts anderes unterstellt. - 1996 hat die Bundestagsabgeordnete der Grünen Ursula Schönberger eine Kleine Anfrage zum Thema „Endlager radioaktiver Abfälle“ an die Bundesregierung gestellt. Nun würde ich gerne, gerade anknüpfend an das, was Sie Herrn Buschmann ausgeführt haben, dazu ein paar Fragen stellen. Wir können Ihnen die Kleine Anfrage gerne auch gleich geben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kollegin, können Sie immer die Drucksachenummer dazusagen?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Das ist MAT E 7, Band 8; die Paginierung habe ich jetzt nicht ganz greifbar. In der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage steht folgende Aussage:

Im Rahmen der Großplanung

- wir vermuten, es müsste „Grobplanung“ heißen -

wird derzeit von einem Volumen von etwa 70 Mio. Kubikmetern ... ausgegangen.

Das ist eine Hochrechnung bis zum Jahr 2080, die sich bezieht auf das Einlagerungsvolumen für hochradioaktiven Abfall, der für Gorleben vorgesehen ist. Sie schreiben dagegen 1995, in Gorleben habe man 1,1 Millionen Kubikmeter. Knapp zwei Jahre später - Sie haben es eben ausgeführt - kommen das BfS und das BMU zu dem Ergebnis, es erreiche aufgrund der reduzierten Abfallmenge ungefähr das halbe Einlagerungsvolumen, also 500 000 Kubikmeter. Können Sie uns diese doch sehr erhebliche Differenz zwischen 500 000 Kubikmetern und 70 Millionen Kubikmetern erklären?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein. Ich halte das für einen Druckfehler.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wir haben das auch nachgeprüft. Es ist eine Berechnung angefügt. Hintendran haben Sie nämlich die Zuarbeit des BfS, und dort ist auch eine Berechnung angefügt. Von daher halte ich das mit dem Druckfehler, wo ich als Erstes auch vielleicht drauf getippt hätte, für fraglich.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich kann es Ihnen nicht erklären. Ich staune.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also, offensichtlich ist zu der Zeit dann doch im Ministerium und in den dazugehörigen Behörden relativ munter und, ich sage mal, unbelegt mit Volumina hantiert worden. Oder wie muss ich das verstehen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Menzner, können Sie noch einmal die

Blattnummer sagen? Die Kollegen würden das gerne mit nachvollziehen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Auf dem Blatt 319.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Hochradioaktiver Müll oder
schwach und mittel dazu?)

- Nur hoch.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, die 70 Millionen Kubikmeter beziehen alle Arten radioaktiver Abfälle ein, wenn ich das erst mal so sehe.

Zweitens müssen wir jetzt - das ist ja auch ein aktuelles Thema - bei der Stilllegung und dem Rückbau der Kernkraftwerke uns schon überlegen, was wir eigentlich alles endlagern wollen. Und das ist ja eine Diskussion, die auch noch zu führen ist. Da geht es um Bauschutt beispielsweise, der schwach oder gar nicht kontaminiert ist, der aber aus Kontrollbereichen stammt, der sozusagen dem Atomrecht unterliegt, wo wir uns dann überlegen müssen: Wollen wir das freimesen und dann auf eine konventionelle Deponie bringen, wenn wir dafür noch eine finden, oder wollen wir das unter Tage bringen? Es gab auch Überlegungen, dass es ja gut ist, wenn man sozusagen die Brennelemente in größeren Abständen lagert, dazwischen dann Schutt lagert. Also, die Frage, welche Volumina dann am Schluss endzulagern sind, ob Abfallbehandlung und Freimesung - - ist eine laufend diskutierte Frage. Ich bin jetzt überfordert, diese Antwort hier im Einzelnen zu analysieren.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, gut. - Ich will nur nachschieben an der Stelle, dass Schacht Konrad von einem Volumen von 650 000 Kubikmetern ausgeht und von daher auch das die Differenz in diesen hier vorliegenden und hantierten Zahlen nicht so ganz erklärt.

Dann möchte ich aber doch noch mal zurückkommen zu dem Positionspapier, das wir vorhin schon hatten, vom März 1995. Sie haben ja eben dankenswerterweise ein bisschen die Situation geschildert, die 1995 war, die Debatten, die geführt wurden, die von der SPD zum Beispiel auch vorgeschlagene oder angeregte und beförderte Frage der Alternativsuche. Am Ende Ihres Papiers schreiben Sie:

Der Moratoriumsvorschlag der SPD für Gorleben ist zwar technisch machbar, aber politisch im Hinblick auf die Probleme (und Kosten) der Erkundung alternativer Standorte gefährlich.

Das findet sich auf Seite 18 des Papiers.

Können Sie uns erklären, warum Sie hier damals die Erkundung alternativer Standorte für zu teuer und gefährlich hielten oder geradezu gefährlich? Heute hört man ja ein bisschen anderes von Ihnen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Abgeordnete Menzner, das ist jetzt für mich deswegen schwierig zu beantworten, weil wir einen neuen gesellschaftlichen Prozess haben, weil wir eine Einigung haben und weil wir uns auf ein neues Vorgehen verständigen wollen. Und diesen gemeinsamen Ansatz unterstütze ich nachhaltig; das möchte ich hier deutlich machen. Das ist außerhalb dieses Ausschusses; aber ich sage es einmal.

Damals waren andere Zeiten. Unsere damalige Strategie war - und ichweigere mich, sie für falsch zu erklären, nur weil wir heute eine neue versuchen -, über Gorleben erst mal in Erfahrung zu bringen, ob das überhaupt dort ginge oder nicht, damit auch die Bevölkerung vor Ort - Herr Pöls hat das eben bestätigt - mal endlich Klarheit hat, damit alle Beteiligten Klarheit haben, ob wir im Prinzip einen Standort haben oder nicht.

Die Frage, ob man die Erkundungsergebnisse Gorleben dann vielleicht noch mal in einen Vergleichs-, in einen Abwägungsprozess bringt, ob man dann noch mal was macht, ist damit ja gar nicht beantwortet. Und ich habe immer gesagt: Erst wenn wir die Eignungsfeststellung machen, wird es eigentlich spannend, was wir eigentlich dann tun und ob wir dann noch mal auch die internationale Diskussion angucken, die Endlagermedien, vielleicht auch - ich blicke jetzt nach vorn - europäische Entsorgungsstrategien. Jedes Land muss jetzt nationale Entsorgungspläne aufstellen. Es wird ja spannend, was die Niederländer so machen. Also, das ist eine ganz andere Frage.

Ich habe mich dafür eingesetzt, dass man an einem Ort mal eine Sache zu Ende bringt und Fakten sammelt, nicht mehr und nicht weniger. Das halte ich auch heute noch für richtig, dass die Fakten gesammelt werden, und in dem Sinne - dazu stehe ich auch - habe ich die Wiederaufnahme der Erkundung für richtig gehalten. Ob ein Endlager geht

oder nicht, sehen Sie nur, wenn Sie unten nachgucken. Was Sie dann mit den Fakten machen und welche Entscheidungen anschließend kommen, ist eine offene Frage, und das wollte ich in meinem Statement auch hervorheben. Da haben wir Eignungsmöglichkeiten gesehen; aber erst mal die Faktensammlung abschließen.

Und jetzt sage ich Ihnen auch, warum „gefährlich“: weil es eben diesen Prozess „in Gorleben Fakten sammeln“ womöglich infrage gestellt hätte, weil einerseits die EVU dann gesagt hätten: „Warum sollen wir das alles bezahlen?“, weil dann sehr viele Irritationen von anderen Standorten gekommen wären. Und im Übrigen darf ich mal eines nicht ausklammern: Ich habe Ihnen den Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern aus dem Jahre 1979 vorgelesen oder zitiert. Wir arbeiten ja hier insgesamt sehr vergangenheitsorientiert; dann darf ich das bitte auch zitieren. Das ist ein Gesamtkontext des Staates Deutschland gewesen. Die Regierungschefs von Bund und Ländern - nicht nur Ministerpräsidenten; das ist auch in der Sache noch ein Unterschied - haben das beschlossen; man hat sich darauf verständigt. Dieses wollten wir zu einem gewissen Ende bringen. Und ich halte das auch heute noch für legitim, genauso wie ich hier gerne Ihr Gesprächspartner bin bei der Frage, wie wir es für die Zukunft machen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Ich will nur anfügen, dass die politische Bewertung, ob die Politik von vor 20 oder 30 Jahren die richtige gewesen ist aus heutiger Sicht, tatsächlich nicht zum Untersuchungsgegenstand gehört. Unsere Frage ist vielmehr, ob rechtsstaatliche Prinzipien bei den Entscheidungen verletzt worden sind oder eben nicht. Und einen unserer Zeugen, der als Beamter jetzt noch tätig ist für die Bundesregierung, zu fragen, ob er eine Politik richtig findet oder nicht, ist sowieso außerhalb dessen, was wir hier erfragen dürfen.

Ich gebe jetzt das Wort - - Herr Kühne.

RD Walter Kühne (BMU): Frau Vorsitzende, ich wollte etwas zur Klarstellung beitragen. Die Frage, zu der Herr Hennenhöfer eben Antwort geben sollte, war: Welches Volumen wird mindestens gebraucht für die Einlagerung radioaktiver Abfälle für die verschiedenen Varianten direkte Endlagerung

und Mischkonzept? Und daraufhin lautet dann die Antwort:

Im Rahmen einer Großplanung wird derzeit von einem Volumen von circa 70 Mio. Kubikmetern als erforderliche Endlagergröße ausgegangen.

Das heißt, es ist keine Antwort auf den Anfall der radioaktiven Abfälle, die endzulagern sind,

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):

Also, das ist ja unerhört!)

sondern auf die Größe des Endlagers, was man im Endeffekt braucht, um die anfallenden radioaktiven Abfälle endzulagern.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU):

Netter Versuch!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Vielen Dank. - Nein, ich bin einfach nur froh darüber, dass sich dieses Missverständnis aufgeklärt hat. Herr Kühne, herzlichen Dank für die sachdienlichen Hinweise. - Wenn Sie das jetzt bewerten wollen untereinander, müssen wir das im Rahmen einer Beratungssitzung machen. Ich weiß nicht, ob danach - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es geht nicht, dass hier öffentlich solche Dinge in den - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Natürlich!)

Also, Frau Menzner, ich finde, Sie müssen sich bei dem Zeugen entschuldigen. Sie haben ihn versucht - -

(Dorothee Menzner (DIE LINKE):
Was?)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Deshalb will ich - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Natürlich! Sie haben ihm einen völlig falschen Vorhalt gemacht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Grindel, möchten wir das im Rahmen einer Beratungssitzung - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich möchte, dass Frau Menzner sich entschuldigt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Nein. Ich möchte, dass wir - - Möchten Sie eine Beratungssitzung durchführen?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich möchte, dass sie sich entschuldigt.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie uns erst mal die Berliner Runde fertig machen, und dann können wir eine Beratungssitzung machen! - Gegenruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, auch wegen Ihrer Pressemitteilung!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Gut. - Dann erteile ich das Wort jetzt Bündnis 90/Die Grünen und weise darauf hin, dass, wenn weiterer Redebedarf besteht, wir das im Rahmen einer Beratungssitzung fortsetzen würden. Frau Kotting-Uhl, bitte schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mein Redebedarf besteht nur mit Herrn Hennenhöfer. - Guten Tag, Herr Hennenhöfer!

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Guten Tag!

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage zur Arbeitsweise in Ihrer Abteilung. Konnten Sie sich auf die Loyalität von Herrn Bloser, Herrn Matting, Herrn Kühne, die alle hier auch als Zeugen ausgesagt haben, verlassen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Zu 100 Prozent.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Davon bin ich auch ausgegangen.

Dann möchte ich zu einer Aussage von Ihnen kommen, die Sie vorhin geäußert haben im Zusammenhang mit der Frage „Veränderung, Verkleinerung des Erkundungskonzepts 96/97“, und den Bedenken von der bergbaufachlichen Person Wosnik, die hier im Ausschuss schon öfters eine Rolle gespielt haben. Sie haben dazu gesagt: Die Bedenken von Herrn Wosnik waren mir nicht bekannt; ich kam erst 1994. Wir wussten und wissen im BMU oft nicht, was alles im BfS diskutiert wird. - Auf den Vorhalt von Frau Flachsbarth, dass es aber auch um Aussagen von 1997 geht, haben Sie dann gesagt: Das ist mir nicht vorgetragen worden.

Jetzt haben wir aber in den Unterlagen ein Protokoll, und zwar von einer Besprechung im BMU am 20.01.1997 - also drei Tage, bevor Herr Thomauske sein Schreiben geschickt hat; im BMU war diese Besprechung -, bei der der Herr Wosnik anwesend war laut Protokoll und äußerte:

Herr Wosnik äußerte Zweifel daran - -

Ich zitiere aus dem Protokoll. Das ist, bevor ich es vergesse, MAT A, Band 2, Paginierung 134067 f. Also:

Herr Wosnik äußerte Zweifel daran, daß es möglich sein werde, im nordöstlichen Bereich zu erkunden, ohne Bereiche mit alten Salzrechten in Anspruch nehmen zu müssen. Beispielsweise sei nicht auszuschließen, daß man bei der Auffahrung der Strecke in Bereichen mit bergfreiem Salz auf den Hauptanhydrit stoße, den man nach der bisherigen Konzeption eigentlich nicht habe durchörtern wollen. Absolut sichere Aussagen darüber, wo der Hauptanhydrit verlaufe, seien nicht möglich, das sei „Geophantasie“.

Das entspricht also auch dem anderen Schreiben von Herrn Wosnik, BfS-intern. Diese Besprechung fand aber - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Frau Kollegin, können Sie noch einmal die MAT-Nummer bitte sagen? Sie hatten gesagt: MAT A, Band 2. - „MAT A, Band 2“ ist aber kein korrektes Zitat.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann soll es Ihnen mein Mitarbeiter geben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Prima.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kostet mich jetzt zu viel Zeit; sieben Minuten sind schnell weg. - Also, es gab eine Besprechung im BMU, nicht BfS-intern. Herr Wosnik äußert genau die gleichen Zweifel am 20.01.1997. Anwesend vom BMU waren Herr Bloser, Herr Matting, Frau Bordin und Herr Kühne. Können Sie mir das erklären?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Kotting-Uhl, ich sehe hier die großen Widersprüche nicht.

Erstens. Ich weiß nicht, ob ich Herrn Wosnik jemals kennengelernt habe. Der Name war mir auch jetzt nicht geläufig, als ich mich vorbereitet habe.

Zweitens. Das, was Sie vorgelesen haben, klingt so, dass er Zweifel hat, ob das geht. Erstens habe ich Ihnen schon mal gesagt, dass im BMU viel mehr, als Sie wahrscheinlich unterstellen - Sie halten uns ja für eine Art atomlobbyistische Kaderstätte -, -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht durchgängig.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: - und sehr offen über alle Probleme immer gesprochen worden ist und wird, und da gehört die Meinungsvielfalt dazu. Wenn Herr Wosnik dort Bedenken hatte, dann glaube ich nicht, dass er Bereichsleiter war und letztlich den Ausschlag gegeben hat. Ich weiß auch nicht, ob man mir das im Einzelnen weiter vorgetragen hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich muss Sie einmal unterbrechen, einfach damit das nachvollziehbar ist: MAT A 136/1, Band 9 [sic!; Band 19], Paginierung 44309.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ja. Also, ich habe keine MATs im Kopf. Deswegen - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, Herr Hennenhöfer, das war nicht für Sie, sondern das war nur für die Kollegen, die versuchen, das nachzuvollziehen, die Frage und Ihre Antwort. - Bitte schön.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Gut. - Also, Frau Kotting-Uhl, ich habe gerade gehört, dass Sie nur 7,5 Minuten bedauerlicherweise haben. Deswegen will ich es kurz machen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Er hat Bedenken geäußert, dass das geht und dass man womöglich auf den Hauptanhydrit stößt. Den will man nicht durchörtern? Gut, dann wäre an der Stelle das Vorgehen zu Ende gewesen. Ich sehe da jetzt keinen - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war jetzt nicht mein Punkt, Herr Hennenhöfer, sondern mein Punkt war, dass Sie vorhin sagten, Ihnen waren die Bedenken von Herrn Wosnik nicht bekannt, und Ihnen sind die nicht vorgetragen worden. Nun hat Herr Wosnik in einer Besprechung im BMU genau diese Bedenken vorgetragen. Und die Frage, die jetzt im Raum steht, ist: Hat entweder keiner der Herren Matting, Bloser und Kühne diese Bedenken an Sie weitergegeben, was entsprechend Ihrer Aussage „hundertprozentige Loyalität“ ich mir nicht vorstellen kann - das ist ja keine unwichtige Aussage -, oder haben Sie die Aussage ignoriert?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann mich an solche Bedenken nicht erinnern, und ich weiß auch nicht, wie diese Sitzung abgelaufen ist. Möglicherweise hat Herr Wosnik Bedenken geäußert, und sein Vorgesetzter hat gesagt, dass die unzutreffend sind. Vielleicht hat man auch gesagt: Wir versuchen es einfach mal. Wenn wir auf den Hauptanhydrit stoßen, dann ist eben diese Vorgehensweise gescheitert. - Das alles kann ich nicht sagen. Ich finde es auch relativ wenig seriös, jetzt aus solchen Unterlagen da etwas ableiten zu wollen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung, das ist genau die seriöse Arbeit eines Untersuchungsausschusses, aus den Akten, die wir zur Verfügung gestellt haben, zu zitieren und den Zeugen genau diese Akten vorzuhalten.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Dann tun Sie es.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn ein ganz offensichtlicher Widerspruch besteht zwischen dem, was ein Zeuge sagt, wie Sie, wenn Sie sagen, Ihnen sind diese Bedenken nicht vorgetragen worden und auch nicht bekannt gewesen, und wir haben hier eine Akte, in der steht, dass die Bedenken im BMU vorgetragen wurden,

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Er war doch gar nicht dabei!)

dabei Untergebene von Ihnen waren, auf deren Loyalität Sie sich hundertprozentig verlassen konnten, dann ist das nicht unse-

riös, sondern genau die Aufgabe, die ich als Mitglied dieses Untersuchungsausschusses wahrzunehmen habe: Sie auf diese Widersprüche hinzuweisen. Und ich frage Sie - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Liebe Frau Kollegin, darüber besteht überhaupt gar kein Zweifel.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Deshalb: Stellen Sie Ihre Fragen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es bestanden offensichtlich Zweifel bei Herrn Hennenhöfer, wenn er sagt, es sei unseriös. - Ich frage Sie noch mal: Entspricht das den damaligen Abläufen in Ihrer Abteilung, dass Ihre Mitarbeiter, Ihre Untergebenen, Ihnen solche Bedenken nicht mitteilen? Oder haben Sie das ignoriert, weil sie Ihnen persönlich unwichtig erschienen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, ich möchte noch mal deutlich sagen: Mit der Sicherheit von Kraftwerken, aber auch mit Endlagerung beschäftigen sich Hunderte, ja sogar Tausende von Leuten: Behörden, Beamte, Sachverständige, TÜV-Leute usw. Bedenken werden immer und jeden Tag an vielen Stellen erhoben. Das Ganze ist natürlich ein interner Diskussions- und Filterprozess. Ich weiß nicht, was das Ergebnis dieser Besprechung war, in der - wie heißt er? - Herr Wosnik seine Bedenken geäußert hat. Möglicherweise sind sie ausgeräumt worden. Ich weiß das nicht. Das kann ich nicht beurteilen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stand nicht im Protokoll.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich weiß auch nicht, wer das Protokoll geschrieben hat, ob das vollständig war. Das kann ich alles nicht beurteilen. Ich halte es nicht - dabei bleibe ich - für richtig, Besprechungslagen aus solchen alten Papierprotokollen rekonstruieren zu wollen. Sie werden nie vollständig sein. Ich kann mich nicht erinnern, dass mir gesagt worden wäre, dieses Vorgehen sei sicherheitstechnisch bedenklich. Vielleicht hat jemand gesagt: Wir wissen nicht, ob es reicht. - Das kann sein. Aber das

wäre ja für sich genommen noch gar kein Problem.

Im Übrigen muss ich noch mal sagen, Frau Kotting-Uhl: Ich habe immer das Ziel gehabt, den Salzrechteerwerb möglich zu machen. Daher habe ich die - ich nenne das jetzt mal so - Vermeidungsstrategien auch nie persönlich so stark im Vordergrund gesehen. Ich bin immer davon ausgegangen: Wir werden zu einer Situation kommen, wo wir die Salzrechte erwerben können, und dann klärt sich das. Einen Salzstock zu erkunden, bei dem man die Salzrechte nie kriegt, habe ich für ziemlich abwegig gehalten. Daher war das auch nicht ein Thema, das für mich im Vordergrund der Überlegungen stand.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das räumt den Widerspruch nicht aus; aber vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herzlichen Dank. Das machen wir dann in der nächsten Runde, Frau Kotting-Uhl. - Jetzt geht das Fragerecht wieder an die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir springen thematisch; das bringt das Verfahren hier so mit sich. Ich möchte noch mal zurückkommen auf die Salzstudie, die Diskussion über die Frage „alternative Standortsuche“, wo Sie gesagt haben - das ist ja auch durch Fragen herausgearbeitet worden -: Das stellt sich heute möglicherweise anders dar als damals, die Einstellung auch zu dem Thema. - Ich möchte ganz konkret wissen: Gab es Mitte der 90er-Jahre an irgendeiner Stelle in irgendeinem anderen Bundesland als Niedersachsen, auch in einer anderen parteipolitischen Konstellation in diesem Bundesland, die Bereitschaft, sich auf alternative Standortsuche zu begeben? Oder war Ihr Eindruck, dass im Grunde genommen alle ein Interesse daran hatten, erst einmal in Gorleben zu gucken, ob die Erkundung zur Eignungshöflichkeit führt oder nicht?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, ich kann mich nicht, Herr Abgeordneter Grindel, daran erinnern, dass ein Ministerpräsident zu uns gekommen wäre und uns sein Bundesland oder gar einen Standort offeriert hätte. Ich kenne auch keinen Bürgermeister, der gesagt hat - man hört ja so was aus dem Ausland -: Ich hätte gern ein Endlager und

machte Kasse. - Derartiges ist mir alles nicht bewusst.

Die Lage war in der Tat so, dass es eine gesamtstaatliche Einigung gab, die zwischen den Ministerpräsidenten erzielt worden ist - ich habe es Ihnen ja gesagt: zuletzt 1979 bestätigt -: Der Staat einigt sich darauf, dass der Bund in Gorleben erkunden soll. Damit hat sich die Frage der Alternativen nicht gestellt. Die Alternativen wären in dem Moment für uns relevant gewesen, wenn die Erkundungsergebnisse negativ gewesen wären, gesagt hätten: Das wird nicht gut gehen; wir brauchen was anderes.

Zweitens. Es gab schon immer Leute, die sagten: Absolute Kriterien gibt es gar nicht. Es gibt nur relative Kriterien. Daher müssen wir permanent vergleichen. - Und unsere Gegenaussage war: Wie wollt ihr Ton mit Salz, mit Granit vergleichen? Jede geologische Situation ist anders. Daher macht die Vergleicherei keinen Sinn. - Das war die Situation. Vor diesem Hintergrund hatten wir keine Veranlassung, einen anderen Standort zu erkunden.

Und ich möchte auch mal ausdrücklich sagen: Ich kann mich nicht erinnern, dass die anderen Parteien oder so uns dazu aufgefordert hätten, dass es auf der staatsrechtlichen Ebene - Ministerpräsidentenkonferenz oder so - Beschlusslagen gegeben hätte, Diskussionen gegeben hätte: „Wir gehen woanders hin“ - da ist mir nichts Erinnerung -, sondern das war die Beschlusslage, und wir Beamten hatten das auch damals schon unter Inkaufnahme gewisser Diffamierungen vor Ort zu machen und, wenn wir da hinfuhren, auch zu ertragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Grindel, wir unterbrechen jetzt gerade mal, weil es nämlich noch mal eine Nachfrage gibt zu dieser MAT A, angeblich 136/1. - Ich höre hier gerade, dass das nicht das Schriftstück ist, auf das Sie sich bezogen haben. Und es bestehen immer noch Fragen, welches Zitat Sie denn zitiert haben. Es wäre doch gut, wenn wir das jetzt aufklären könnten.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir bringen Ihnen das Ganze! - RD Walter Kühne (BMU) begibt sich zum Zeugen - Ute Vogt (SPD): Das geht aber da nicht, so Erzählungen ohne uns!)

- Doch, das geht, weil das nämlich die Bundesregierung ist und sie selbstverständlich dem Zeugen auch während des Sitzungsverlaufes Dinge zurufen darf; das ist rechtlich durchaus zulässig.

(Kirsten Lühmann (SPD): Ohne dass wir das mitkriegen?)

- Ohne dass Sie das mitkriegen; genau so ist es.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Kühne hat mir gesagt, es ginge jetzt um die Frage, ob es auch Unterlagen sind, die der Ausschuss schon hat, oder nicht. Ich fühle mich jetzt voll im Bilde.

(Heiterkeit)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut; sehr gut. - Diese Beratungen durch die Bundesregierung sind tatsächlich zulässig. Wir müssen ja gucken, dass wir alle von denselben Unterlagen ausgehen. Von daher bestehen da immer noch Unklarheiten über das Zitat, und deshalb wäre es schon schön, wenn wir das ausräumen würden. Deshalb steht die Uhr.

(Ute Vogt (SPD): Aber können die Grünen nicht die MAT-Nummer suchen?)

- Ja. Das haben die Grünen jetzt gemacht; alles gut. - Haben wir es? - Prima.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kriegen wir aber wieder!)

- Bitte was?

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kriegen wir aber wieder!)

- Ja, das kriegen Sie wieder; klar.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist doch jetzt der entscheidende Durchbruch, dass wir das checken! - Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mal selber Akten suchen! Nicht immer bei uns abstauben! - Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Checken wir mal inhaltlich!)

Dann machen wir jetzt die Uhr wieder an, und ich bitte den Herrn Grindel - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein! Den Herrn Pols!)

- Dann bitte ich Herrn Pols, in der Sache sich mit Herrn Hennenhöfer zu unterhalten.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Guten Tag, Herr Hennenhöfer! Ich möchte auf einen Punkt mal zurückkommen, den wir ganz am Anfang der Befragung hatten - auch von der Frau Vorsitzenden -: zur Salzrechteproblematik und zu der schon erwähnten Ministervorlage vom 24. Februar 1998 und Ihrem Gespräch mit dem Kanzlerberater bzw. dem Berater von Herrn Schröder, Werner Müller, in einem Hamburger Hotel, bei dem auch Graf Bernstorff natürlich anwesend war. Warum wurde das eigentlich in einem Hamburger Hotel gemacht und nicht beim Grafen im Schloss? Können Sie da - -

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, Herr Pols, ich würde jetzt gerne weiterhelfen; aber ich kann es nicht. Ich glaube, der Ort ist mir angegeben worden, und das Hotel war ungefähr so nobel wie das gräfliche Schloss. Also, insofern - - Ich sage noch mal: Ich habe das Gespräch in angenehmster Erinnerung: beeindruckende Persönlichkeit, gutes Gespräch, leider ohne Ergebnis. Darüber habe ich mich ein bisschen geärgert und einen frechen Vermerk geschrieben.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Wir entnehmen ja Ihrer Antwort, dass Sie schon im gräflichen Schloss waren; ich selber noch nicht. Da haben Sie was voraus.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein, nein. Nur im Fahrerzimmer.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Aber das gehört jetzt wirklich nicht zum Untersuchungsgegenstand. Wir können uns auch über das Schloss unterhalten, meine Herren.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Nein, Entschuldigung, natürlich nicht, Frau Vorsitzende. - Mir geht es aber auch um einen Passus aus dieser schon erwähnten Ministervorlage, und zwar:

Dr. Müller brachte die Möglichkeit ins Spiel, daß der Bund sich gegenüber dem Grafen ähnlich wie im Verständigungspapier auf ein bestimmtes Vorgehen bei der Endlagerung verpflichtet und außerdem für den Fall, daß tatsächlich einge-

lagert werde, eine Umsatzbeteiligung mit dem Grafen vereinbart werde.

Dies heißt, dass der Graf ja diese 12 Millionen abgelehnt hat, aber den Gedanken einer Umsatzbeteiligung am Endlager - - und die Salzrechte entsprechend dann abgetreten hat. Wie beurteilen Sie das?

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist nicht da, um zu beurteilen!)

- Nein. Der Herr Hennenhöfer soll das beurteilen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! Das soll er eben nicht!)

- Doch.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! Er soll doch bezeugen und nicht beurteilen!)

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Kotting-Uhl; das ist völlig richtig. - Ich würde das jetzt nicht beurteilen, sondern würde es in Zusammenhang stellen mit Überlegungen, die ja immer eine Rolle spielen bei Endlagern - und ich vermute mal, auch in Zukunft wieder eine Rolle spielen werden, insbesondere wenn die europäische Diskussion demnächst so richtig kommt -: ob nicht Akzeptanz auch über Geld zu schaffen ist und ob hier sozusagen - in diesem Falle geht es um einen Privateigentümer; aber der Gedanke war ja ohne Weiteres auf die Kommune auszuweiten oder auf die Region - nicht auch mit Geld eine Lösung gefunden werden kann. Herr Müller hat sich immer eingesetzt, um extreme Positionen oder extrem weit auseinanderliegende Positionen zusammenzubringen. Und da hat er eben diesen Gedanken geäußert. Bewerten tue ich das, Frau Kotting-Uhl, nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Die Frage ist doch - da Sie das in dem Vermerk erwähnt haben - ganz konkret: Hatten Sie den Eindruck, dass der Graf Bernstorff zwar bei 12 Millionen noch nicht zu einer Einigung bereit war, aber bei einer Umsatzbeteiligung? Das ist doch die entscheidende Frage. Sonst hätte ja Herr Müller das nicht ansprechen müssen als weiter gehende Brücke zu einer Einigung.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Abgeordneter Grindel, aus meiner Sicht war das ein erstes Gespräch. Das war eine allererste Annäherung. Deswegen: „das Eis ... gebrochen“. Herr Müller hatte Geld ins Spiel gebracht, was ich persönlich in dem Sinne nicht so furchtbar appetitlich fand. Es war weiterhin der Gedanke aufgekommen, dass die Zustimmung des Grafen an inhaltliche Randbedingungen des Endlagers geknüpft ist. Das fand ich einen sehr intelligenten Vorschlag, wie Herr Müller häufig solche Ideen kreiert hat, sah aber die Problematik, dass hier der Staat sich gebunden hätte einem Privaten gegenüber. Das war in meinem Augen nicht machbar.

Ich war davon ausgegangen, dass es Folgegespräche geben würde. Das hat die Bundestagswahl anschließend aber dann nicht möglich gemacht, bzw. ich muss dazu sagen: Es gab die Castordiskussion. Wenn die nicht gekommen wäre und im Grunde alles andere sozusagen politisch auf die Seite gedrückt hätte, dann hätte es vielleicht ein Folgegespräch gegeben, bei dem man dann ein bisschen besser zusammengekommen wäre.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dieses Gespräch ist ja auf Vermittlung von Herrn Müller zustande gekommen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Richtig.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Man darf davon ausgehen, Herr Müller und Graf Bernstorff haben sich vorher auch abgestimmt.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Da will ich keinem was unterstellen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das wird man ja annehmen dürfen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Aber Graf Bernstorff hat möglicherweise Herrn Müller gebeten, zu vermitteln.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Hat denn, als Herr Müller die Frage der Umsatzbeteiligung angesprochen hat, Graf Bernstorff ersichtlich gemacht, dass das für ihn überhaupt nicht infrage kommt? Oder hatten Sie den Eindruck gewonnen, dass zumindest eine Distanzierung von diesem Gedanken auch

bei Herrn Bernstorff - der hatte sich sogar ja eingelassen inhaltlich - nicht erkennbar war?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Grindel, ich kann mich an das Gespräch auch nicht weiter erinnern, als ich aufgeschrieben habe. Und wenn es so gewesen wäre, dass die Umsatzbeteiligung ein Punkt gewesen wäre, den man hätte weiterverhandeln müssen, dann hätte ich das sicher notiert. Ich habe das notiert, was ich für wichtig gehalten habe: dass von Müller ein Gesichtspunkt eingebracht worden ist. An mehr kann ich mich nicht erinnern. Mehr war möglicherweise auch nicht. Im Grunde diente das Gespräch dazu, zunächst mal wechselseitiges Vertrauen aufzubauen, sich etwas besser zu verstehen. Und ich bin etwas enttäuscht nach Hause gefahren, weil ich eigentlich mir noch mehr versprochen hatte von diesem Gespräch.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber Sie haben am Ende des Gesprächs eine Fortsetzung desselben verabredet, unbestimmt meinerseits, also nicht einen neuen Zeitpunkt, aber - -

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich kann mich an keine Verabredung erinnern; aber für mich war es die erste Annäherung von Personen, die ja zunächst mal in unterschiedlichen Lagern standen. Und ich ging davon aus: Da kommen wir schon noch weiter.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann darf ich noch mal darauf zurückkommen, Herr Hennenhöfer: Die Festlegung im Koalitionsvertrag unter Ministerpräsident Schröder, die im Jahre 1990 geschlossen wurde, hatte ja auch eine Aussage zu Gorleben. Und die Aussage lautet:

Für beide Koalitionspartner haben die bisherigen Erkundungsergebnisse ... des geplanten Endlagers Gorleben dessen mangelnde Eignungshöflichkeit hinreichend belegt.

Diese Aussage trägt ja die Unterschrift des Ministerpräsidenten Schröder.

Jetzt haben Sie selber auf den sogenannten Konsensvertrag, die Vereinbarung von 2000/2001, hingewiesen, wo es eine Anlage 4 der Bundesregierung gibt, wo die

Eignungshöflichkeit ja bestätigt wird. Und auch diese Verabredung trägt ja die Unterschrift von Herrn Gerhard Schröder. Das bekomme ich jetzt nicht ganz zusammen. Das ist doch ein erkennbarer Widerspruch. Oder was habe ich hier übersehen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, das kriege ich auch nicht zusammen. Ich schlage vor, das Herrn Schröder zu fragen. Für mich ist eine Unterschrift des Bundeskanzlers Schröder was anderes als die eines Parteipolitikers unter einer Koalitionsverabredung. Was das wert ist, das wissen wird doch alle.

(Marco Buschmann (FDP): Da sage ich aber nichts drüber aus!)

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): In dieser besagten Koalitionsvereinbarung heißt es ja auch weiter:

Im Rahmen des geltenden Rechts werden die Koalitionspartner alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Baumaßnahmen zu beenden.

In Gorleben. - Ist Ihnen Erinnerung, dass in dieser Frage ja dann tatsächlich diesen Worten auch Taten folgten, was Gorleben betrifft?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Na ja, da gab es die Frau Griefahn. Und die hat ja eine gewisse Berühmtheit in Sachen ausstiegsorientierter Vollzug erlangt, dadurch, dass sie schließlich und endlich bei der PKA Gorleben einen Vergleich abschließen musste, bei dem sie Punkt für Punkt aufgeschrieben hat, dass sie in Zukunft sich an Recht und Gesetz hält. Das finde ich ja bemerkenswert, wenn ein Regierungsmitglied einen Vergleich abschließt und sich verpflichtet, zukünftig sich ans Gesetz zu halten.

In dem Sinne gab es mit Frau Griefahn ständig irgendwelche Händel; aber Gorleben war ja nun mal eine Baumaßnahme des Bundes. Und mir sind jetzt momentan keine spezifischen Hinderungsmaßnahmen von niedersächsischer Seite Erinnerung. Wenn ich schärfer nachdenken würde, würde mir vielleicht noch was einfallen. Aber im Moment - - Es gab eher - - Themen waren dort Besetzungsaktionen, Baugelände und solche Sachen mehr; aber ich kann mich jetzt nicht an spezifisch niedersächsische Aktivitäten erinnern. Im Übrigen war ja immer noch Herr Schröder da, der doch letztlich dafür gesorgt hat, dass die Politik auch in Niedersachsen

sich an Recht und Gesetz orientiert hat. Das müssen wir ja feststellen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Aus den Unterlagen haben wir entnommen, dass in der Zeit, bevor Sie Abteilungsleiter im Bundesumweltministerium waren, es in den Jahren 1990 bis 94 aufgrund der Nichterteilung des Sofortvollzugs von Betriebsplänen bzw. verschiedenen Baustopps durch Frau Griefahn drei Stillstände beim Abteufen der Schächte in Gorleben gegeben hat, dass dagegen das Bundesamt für Strahlenschutz geklagt hat und am Ende auch Schadensersatz eingefordert wurde. Diese Prozesse sind ja auch in Ihrer Amtszeit dann fortgeführt worden. Ist Ihnen Erinnerung, zu welchem Ergebnis diese Schadensersatzklagen führten bzw. um welche Größenordnung es sich denn da insgesamt handelte?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Paul, jetzt treffen Sie bei mir eine altersbedingte Erinnerungsschwäche. Das waren natürlich Sachen im Wesentlichen vor meiner Zeit. Ich muss jetzt meine Aussage von eben auch dahin gehend ergänzen: Es ist richtig. Niedersachsen hatte ja die Bergrechtszuständigkeit. Und von der Bergrechtszuständigkeit her haben sie versucht, die Erkundungsarbeiten in Gorleben, na ja, ich sage mal, zu erschweren - um nicht zu polemisch zu formulieren. Dagegen hat sich BMU immer zur Wehr gesetzt und hat diese Verfahren, soweit ich mich erinnere, alle gewonnen. Und da sind auch Regresse entstanden. Zahlen habe ich keine mehr im Kopf. Wenn ich das alles richtig erinnere, ist das alles im Wege der Vereinbarung, der Konsensvereinbarung Schröder 2001/2002, dann am Ende auch ausgeglichen und erledigt worden. Insofern hat man da einen Schlusstrich gezogen. Aber, Herr Paul, ich muss leider sagen, dass ich mich da im Einzelnen nicht erinnern kann, weil das auch wieder eine Sache war, die so quasi vor meiner Zeit begonnen hat.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich kann an der Stelle vielleicht Ihrem Erinnerungsvermögen nachhelfen, indem ich auf eine Bundestagsdrucksache verweise; das ist Drucksachennummer 14/2639. Das ist eine Antwort auf eine Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 3. Februar 2000. Dort sind die einzelnen Schadensersatzforderungen aufsummiert, und da kommt man dann zu einem Betrag von rund 30 Millionen

Euro. Ist Ihnen erinnerlich - Sie sprachen ja an, dass im Rahmen eines Vergleichs dann der damals quasi verklagte Ministerpräsident dann als Bundeskanzler mit seinem Nachfolger als Ministerpräsident einen Vergleich geschlossen hat -, wie hoch die Vergleichssumme war, die am Ende von Niedersachsen zu zahlen war?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein, diese Themen sind mir nicht in Erinnerung.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja. Dann darf ich an der Stelle Ihnen das auch noch mitteilen. Das findet sich ebenfalls in dieser besagten Anlage. Das waren nämlich dann 1,3 Millionen Euro von den 30 Millionen.

Einer der Hebel für den ausstiegsorientierten Vollzug war ja die Problematik „bergrechtliche Genehmigung“

(Johanna Voß (DIE LINKE): Welche MAT-Nummer bitte?)

- sage ich Ihnen gleich -, dass auch über die Landesbehörden ja zum Beispiel über Enteignungsanträge zu entscheiden war. Sie hatten ja die Frage der Enteignungsmöglichkeiten schon in Ihrem Einführungsstatement als eine für Sie auch persönlich zentrale, wichtige Forderung hier dargestellt. Warum konnte denn das BfS nicht aufgrund des bestehenden Rechts die Salzrechte enteignen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Soweit ich das jetzt im Kopf habe, Herr Abgeordneter, ging es ja um die Frage, ob die bergrechtlichen Enteignungsbestimmungen hier reichen. Das Bergrecht hat das Ziel, Bodenschätze zu gewinnen. Und ich bin mir nicht sicher, ob der Erkundungszweck, der im Bergrecht ja auch - - ansatzweise steht das ja drin, ob der Erkundungszweck geeignet gewesen wäre, um nach Bergrecht vorzugehen bei der Enteignung. Das ist, soweit ich das noch im Kopf habe, eine rechtlich umstrittene Frage gewesen. Dazu gibt es verschiedene Äußerungen, auch von hohen Richtern. Und wir wollten Klarheit schaffen. Von daher haben wir eine Enteignungsmöglichkeit geschaffen, die dann auch vom Bund, konkret vom Bundesverwaltungsamt, vollzogen werden konnte, so, wie sich das gehört, dass der Planungsträger auch eine Möglichkeit hat, mit der eigenen Verwaltung so etwas durchzusetzen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Hier hatte als Sachverständiger ja auch der damalige Vizepräsident des BfS, Dr. Henning Rösel, ausgesagt. Und er hatte uns den Vorgang um die Enteignungen wie folgt geschildert - ich fasse das mal mit meinen Worten zusammen -: Die niedersächsischen Bergbehörden hätten die Notwendigkeit, warum denn im Südosten enteignet werden muss, infrage gestellt, weil womöglich im nordöstlichen Teil ausreichender Endlagerraum sozusagen zur Verfügung stand, dass man also, solange nicht eine Erkundung im Nordosten erwiesen hat, dass dieser zur Verfügung stehende Raum, das Volumen hier zu klein ist, man den Südwesten ja gar nicht braucht. Ist das eine Überlegung, von der Sie Kenntnis hatten? Das wird ja dann möglicherweise auch weitere Folgerungen gehabt haben.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Abgeordneter Paul, das ist ein interessantes Detail, an das ich mich leider genauso wenig erinnern konnte wie daran, dass es einen Herrn Wosnik gab. Allerdings steckt dahinter natürlich die Tatsache, dass Enteignung die Ultima Ratio des Gesetzes ist. Die Verwaltung hat eigentumsschonend vorzugehen. Und ich habe Ihnen ja gesagt: Natürlich war das ein Nebenaspekt bei unserer Priorisierungsentscheidung, dass es auch eine eigentumsschonende Vorgehensweise war, dass nämlich die privaten Salzrechte zunächst mal nicht gebraucht wurden, und, wenn wir genügend Einlagerungsvolumen im nordöstlichen Teil gefunden hätten, dass wir dann ganz auf den Südwesten verzichten konnten. Insofern ist das alles in sich konsistent. Und diese Position der Bergbehörden: „Ihr braucht ja den Südwesten gar nicht, also könnt ihr auch mit Enteignung nicht kommen“, passt sehr gut zu den Erwägungen, die wir angestellt haben. Bedauerlicherweise kannte ich sie gar nicht.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Zur Frage, die ja hier im Untersuchungsausschuss Gegenstand ist, nämlich die Frage 25, wo es ja heißt, ob Änderungen am ursprünglichen Erkundungs- oder Endlagerkonzept vorgenommen wurden, hat uns Henning Rösel in seiner Vernehmung am 10. November 2011 gesagt, dass das Endlagerkonzept sowie das Erkundungskonzept in dem besagten Zeitraum 97/98 überhaupt nicht verändert wurden. Im Gegenteil: Aus seiner Sicht ist eben das Endlagerkonzept als solches ja im

Grunde genommen unverändert geblieben seit dieser Zeit. Können Sie das bestätigen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, abgesehen davon, dass ich das genauso sehe, frage ich mich und habe ich mich schon beim Lesen des Beweisbeschlusses gefragt, was denn gewesen wäre, wenn es eine Veränderung wäre. Ich verstehe die Frage als solche nicht. Wir haben einen Salzstock, und wir haben einen Rahmenbetriebsplan. Wir wissen: Diesen Salzstock wollen wir erkunden, und natürlich nur - Grundsatz der Hohlraumvermeidung - in dem Umfang, in dem wir ihn brauchen.

Als ich meinen Dienst im BMU angetreten habe, haben wir - Aussage Schröder - viermal so viel Volumen unterstellt, wie wir wirklich brauchten. Also haben wir gesagt: Wir reduzieren jetzt unser Vorgehen in der Hoffnung, dass wir im Nordostfeld bereits ausreichenden Raum finden, und wenn der nicht reicht, dann gehen wir ins Südwestfeld. Ich weiß a) nicht, was daran eine Konzeptänderung sein soll. Es ist eine Volumenreduzierung. Es ist eine zeitliche Priorisierung, und ich wüsste nicht, was daran schlimm sein könnte. Mir fehlt da irgendwo das Problembewusstsein.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann habe ich im Augenblick keine weiteren Fragen an Sie.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es bei der Union keine weiteren Fragen? - Gut.

Dann würde ich mal nachholen für das Protokoll: Erstens. Die MAT-Angabe von den Grünen ist immer noch nicht konsistent. Sie haben hier zwar freundlicherweise ein Papier übergeben, aber da steht eben keine MAT-Nummer drauf. Das ist echt problematisch. Deshalb sollten Sie da vielleicht freundlicherweise noch mal sehen, dass Sie in Ihrer Quellenangabe noch exakter sein wollen. Dann gilt dasselbe - - Ich bitte Sie - - Die Linken werden gebeten, freundlicherweise auch noch mal eine Quelle zu geben für die Drucksache, aus der sie zitiert haben, mit diesen 70 Millionen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also, ich kann Ihnen zum einen die Bundestagsdrucksachennummer geben. Das ist die 13/6080. Und das findet sich unter MAT E 7, Band 28, Paginierung 319.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Prima. - Und darüber hinaus wird jetzt die Union noch mal gefragt, welche MAT-Nummer - -

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Entschuldigung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich möchte aber nachtragen, dass das sich bis Paginierung 372 - - Das umfasst mehrere Seiten, und auch die hinteren Seiten sind maßgeblich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Vielen Dank. - Und dann wird die Union noch gefragt, wo sich denn die Quelle findet für den Vergleich. Sie erinnern sich an diese eins Komma - was weiß ich - 25 Millionen, wie auch immer.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): So. Das war zum einen die Bundestagsdrucksache 14/2639 vom 3. Februar 2000. Und zum Zweiten ist das der Sachstandsbericht der Bundesregierung, MAT E 7, Band 30, dort Anlage 20.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, wir können jetzt gerade die Quelle tatsächlich für diese angeblich MAT A 136 nicht verifizieren. Da würde ich doch sehr bitten, dass wir in der vor uns stehenden Pause, die ab 14 Uhr beginnen wird, dann versuchen, diese Quelle entsprechend auszumachen. - Und deshalb gebe ich jetzt zunächst das Fragerecht an die SPD-Fraktion. Herr Kollege Miersch.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Ja, vielen Dank. - Herr Hennenhöfer, ich will noch mal zurückkommen auf eine Frage, die Herr Grindel eben gestellt hat: politische Diskussion, fachliche Diskussion 1994/95 über Erkundung alternativer Standorte. Habe ich Sie richtig verstanden, auch Ihre Ausführungen, dass es sehr wohl 1995 vonseiten der SPD die Forderung nach alternativen Standortsuchen gab?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, ich habe jetzt leider die Positionen der Sozialdemokratischen Partei 94/95 nicht im Kopf.

Das kann ich Ihnen nicht sagen; das weiß ich nicht.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Gut. Dann will ich Ihnen helfen, indem ich noch mal auf Ihr Strategiepapier zurückgehe, das nämlich das Datum 28. März 1995 enthält; MAT A 218, Band 1. Und da will ich vorhalten Blatt 37. Sie haben es ja, glaube ich, in Ihren Unterlagen mitgebracht.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ja, ja. Wichtige Sache.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Dann können Sie es unter 5.4 - genau - noch mal nachlesen. Da steht nämlich drin:

Die SPD unterstützt zwar MP Schröder hinsichtlich des „burden-sharing“, die anderen A-Länder wollen jedoch selbst nicht mit Endlagerstandort belastet werden. Die Forderung nach einem Moratorium für Gorleben („Laborbetrieb“) mit der zwischenzeitlichen Erkundung alternativer Standorte stellt daher aus Sicht wohl der Mehrheit in der SPD-Fraktion einen Kompromiß dar, mit dem lediglich Zeit gewonnen werden soll ...

Sie werten es, aber Sie schildern dort den Vorstoß der SPD-Fraktion nach Forderung alternativer Standorte.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ja.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Wenn Sie das lesen: Würden Sie mir dann Recht geben, dass es zumindest wohl aus Ihrer damaligen Sicht diese Forderung aus Sicht der SPD gab, alternative Standorte zu suchen bzw. zu erkunden?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Wenn ich das so beschrieben habe, wird das so gewesen sein. Ich kann mich daran nicht erinnern. Ich habe mich mit diesem Papier, mit allen möglichen Positionen auseinandergesetzt und versucht, sie zur Deckung zu bringen und Konsensansätze aufzuzeigen.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Das ist völlig in Ordnung. Nur, ich will die politische Ausgangslage, die sich damals darstellte - und darauf gehen Sie ja ein in diesem Strategiepapier -, verstehen. Und ich finde, es ist sehr plausibel, wie Sie es schildern. Sie sind

konfrontiert mit einer Forderung nach alternativer Standortsuche und machen dann eine Schlussfolgerung. Ich zitiere weiter. Weiter unten sagen Sie dann nämlich einmal: Es ist riskant für uns, es birgt Akzeptanzprobleme. - Und dann sagen Sie weiter - ich zitiere -:

... unter dem Gesichtspunkt der derzeit erwarteten Eignungshöflichkeit unnötige finanzielle Mittel ... für alternative Erkundungen erfordert.

Das heißt, das Finanzargument „alternative Standortsuche, weitere finanzielle Mittel“ liefern Sie auch als Gegenargument einer alternativen Standortsuche.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Miersch, ich möchte noch mal deutlich machen, dass dieses Papier dazu diente, alle denkbaren Argumente auf den Tisch zu bringen; ein Handwerkskasten. Und zu dem gehört auch das Finanzargument. Wer zahlt das denn eigentlich, die alternative Standortsuche? Das ist eine interessante Frage, die ich jetzt aus Gründen, die Sie sich denken können, hier gar nicht vertiefen will. Und ich habe sie angerissen als ein, wenn man sich dort einigen will, mit zu bedenkendes Problem.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Es ist auch kein Vorwurf, Herr Hennenhöfer.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein, nein.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Ich wollte einfach nur wissen: Wie ist die politische Großwetterlage gewesen? Und es gab den politischen Vorstoß einer alternativen Standortsuche. Insofern, glaube ich, ist es nicht ganz zutreffend, wie Herr Grindel das darstellte.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe von den Ländern gesprochen!)

Und das Argument, was Sie am Anfang gebracht haben: „Ist es State of the Art gewesen, alternative Standortsuche zu betreiben?“ - 95 gab es zumindest diesen politischen Vorstoß.

Und jetzt will ich noch mal auf die Fragen des Kollegen Buschmann eingehen. Sie haben dort gesagt: Es stand für Sie vor allen Dingen im Mittelpunkt, und deswegen Gorleben weiter zu erkunden und möglicherweise

auf diese alternative Standortsuche nicht einzuschwenken, weil Sie wollen Sicherheit der Bevölkerung herbeiführen in Gorleben. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Klarheit.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Klarheit. - Da will ich Sie auch konfrontieren mit einem weiteren Zitat aus diesem Strategiepapier, was Sie unter 3.3 tätigen. Sie sagen dort: Die EVUs wollen unter Kostengesichtspunkten unter Umständen erst mal das Ganze in die Länge schieben. - Und dann kommt Ihre Aussage:

Insofern halten sie hohe Investitionen zur Erschließung des Endlagers zum gegenwärtigen Zeitpunkt für betriebswirtschaftlich unrentabel.

Das ist die EVU-Sicht.

Und jetzt kommen Sie:

Dem steht die - -

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Darf ich zwischenfragen? 3.3 sagen Sie?

(Kirsten Lühmann (SPD): Nein, gibt es nicht!)

Finde ich nicht.

Dr. Matthias Miersch (SPD): 3.3. Das ist bei mir Blatt 12.

(Ute Vogt (SPD): Nein, das ist 5.3, Seite 36!)

- 5.3. Oh ja, Entschuldigung, ist bei mir so schlecht kopiert. 5.3, Seite 36, von der ich zitiere.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Bei mir ist das Seite 12. Haben wir dieselben Papiere?

Dr. Matthias Miersch (SPD): Ja. Ihr - - Nein, ich zitiere aus den Akten für das Protokoll. Ihre Seite 12, vollkommen richtig, letzter Absatz. Sie sagen erst mal die EVU-Stellung; Sie halten das für unrentabel. Und dann kommen Sie mit der Aussage:

Dem steht die Akzeptanzproblematik der Kernenergie („ungelöste Entsorgungsfrage“) entgegen.

Das ist kein Hinweis auf die Bevölkerung, sondern es geht Ihnen um Akzeptanz der Kernenergie. Verstehe ich Sie da richtig?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich wiederhole meine Aussage: Für uns ging es darum, dass derjenige, der Kernkraftwerke betreibt, sich auch um die Entsorgung zu kümmern hat. Das ist im weiteren Sinne selbstverständlich dann auch akzeptanzpolitisch relevant; aber wir wollten diesem Ausdruck verleihen.

Damals war der Kampf um die Kernkraftwerke, und zwar weniger um die bestehenden. Es ging ja um den Neubau. Es ging ja um die Frage: Wird ein EPR in Deutschland gebaut? Wie sieht die Option aus? Das war doch der eigentliche Streit. Und die Entsorgungsfrage - - Und Gorleben war - entschuldigen Sie die Wertung jetzt - ein Stück weit auch der Hebel. Man blockiert die Entsorgung und sagt: Wir können die nicht lösen, also können wir auch keine Kernkraftwerke bauen. - Wir waren der Meinung damals, dass die Kernkraftwerke einen wichtigen Beitrag zur sicheren Energieversorgung leisten. Es waren ja auch noch andere Zeiten. Von Regenerativen hatte man damals wenig gehört. Sie konnten damals keinen Beitrag leisten. Die Alternative wäre also Kohle gewesen, Kohle und Klima. Und daher haben wir uns eingesetzt für Betrieb der Kernkraftwerke einerseits - das werfen Sie mir dann als Lobbyismus vor -, und andererseits haben wir uns eingesetzt dafür, dass wir die Frage klären, ob wir grundsätzlich einen Endlagerstandort haben oder nicht. Das ist im weiteren Sinne natürlich auch ein Akzeptanzthema.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Und wenn man beide Aussagen nebeneinanderlegt: Der zentrale Punkt der Frage dieses Untersuchungsausschusses ist die politische Motivation, sich einseitig auf Gorleben fixiert zu haben. Wir leben jetzt in einer Zeit - - Sie werden konfrontiert 94/95 mit der Forderung „alternative Standortsuche“, und Sie haben auf der anderen Seite die Frage: Wie geht es weiter mit Kernkraft? Und jetzt schreiben Sie Ihr Strategiepapier - ich würde atompolitisches Manifest sagen -: Es muss weitere Laufzeitverlängerungen geben, es muss weitere Forschung geben - die können im Kompromiss vielleicht umdeklariert werden -, und es muss an Gorleben jetzt festgehalten werden, weil ansonsten flammt die Debatte „ungelöste Endlagerfrage“ auf. Und weiter könnte man sagen: All das, was wir hier im Ausschuss hatten - die Frage „BGR-Studie“, immer wenn etwas aufflammte, dann wird es

ein Problem, weil Akzeptanz der Kernenergie -, das war Ihre Motivation.

(Judith Skudelny (FDP): Das ist die gleiche Diskussion wie heute Morgen!)

- So, jetzt lassen Sie mal den Zeugen. Sie sind gar nicht dran.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Oh!)

- Ja, so bin ich manchmal. So, jetzt lassen wir mal Herrn Hennenhöfer antworten.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, Herr Miersch, ich möchte noch mal sagen: Sie haben einseitiges auf Gorleben Festlegen erwähnt. Es gab einen Konsens der Regierungschefs von Bund und Ländern in diesem Land, dass Gorleben erkundet wird. Und der galt noch 1995.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Aber 94/95 werden Sie jetzt mit anderen Forderungen konfrontiert.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich kenne keinen anderen Beschluss als diesen. Zweitens. Ich wiederhole: Nach der geltenden Atomrechtslage kommt es nicht auf Alternativstandorte an, überhaupt nicht. Es kann ein Endlager überall dort errichtet werden, wo der Langzeitsicherheitsnachweis erbracht werden kann. Von Alternativstandorten ist da überhaupt nicht die Rede. Die Frage nach Alternativen diene aus unserer Sicht damals dazu, die Erkundungen in Gorleben zu erschweren, zu relativieren, zu blockieren. Wir wollten nichts anderes als Klarheit an diesem einen Standort haben und waren dann auch davon ausgegangen - ich habe es ausdrücklich gesagt, kompromissbereit hinsichtlich der Frage -: Wenn man den einen denn mal hat, ob man dann vielleicht sagt: Na ja, gucken wir dann auch mal woanders. - Aber wir wollten mal ein Ergebnis zu Ende bringen. Das sage ich jetzt mit besonderem Nachdruck, und Sie können sich auch denken, warum.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Ich würde gerne dann daran anschließend, hineinversetzend 1995 - es kommt diese politische Forderung nach alternativen Standorten - - Können Sie sich an Gespräche, Diskussionen mit der damaligen Bundesministerin über diese politische Forderung erinnern?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich habe in Vorbereitung dieser Sitzung nachgedacht, ob wir spezifische Gespräche dazu hatten. Ich kann mich an kein spezifisches erinnern. Ich kann mich aber erinnern - und deswegen habe ich es auch zum Gegenstand meines Eingangsstatements gemacht -, dass die klare Richtung war, dass wir aus Verantwortungsgründen - die damalige Ministerin hat die Nutzung der Kernenergie damals befürwortet - uns dann auch - und wenn es noch so schwer ist; es wäre ja auch für uns bequemer gewesen, den Schröder zu machen - dafür einsetzen, dass wir in Gorleben Ergebnisse erzielen. Wie wir dann damit umgehen, sage ich noch mal, war dann eine Frage, die für uns schon gar nicht mehr entscheidend ist. Wir wollten nicht einfach Moratorium machen, gar nichts machen, sondern wir wollten wissen, wie es im Salzstock aussieht.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Entschuldigung, Herr Hennenhöfer, aber ich will Sie korrigieren. Denn es ging nicht nur um das Moratorium; es ging - das schreiben Sie hier, und damit habe ich sie eben konfrontiert - um die Forderung „alternative Standortsuche“. Und da schreiben Sie nicht, Sie wollten den Schröder machen und Sie hätten es sich leicht machen können, sondern Sie führen in diesem Strategiepapier einen weiteren Grund auf, nämlich dass Sie sagen: „Akzeptanzproblematik“, und dann die Frage „unnötige Unruhe an anderen Standorten“. War nicht der einfachste Weg, jedenfalls nicht aus der Sicht, die Sie damals in diesem Strategiepapier niedergelegt haben.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Das Strategiepapier geht davon aus, dass wir an einem Standort, nämlich Gorleben, mal Ergebnisse brauchen. Und das ist eine Diskussion über Alternativstandorte, der Ergebnisfindung an diesem Standort, der festgelegt war - nicht von uns, sondern andere Zeiten haben sich intensiv mit beschäftigt -, dass wir dort Ergebnisse haben, dass die Forderung nach Alternativen im Grunde eine politisch und nicht technisch motivierte ist und dass sie dazu dienen sollte, die Frage sozusagen politisch zu relativieren, zu verwässern und so gesehen die Erkundung in Gorleben zu erschweren.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Entschuldigung, ich darf Sie einmal konfrontieren mit dem, was Sie dort 1995 niedergelegt haben.

Da haben Sie keine technische Argumentation, sondern eine rein politische, nämlich die Frage der Akzeptanz der Kernenergie.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Natürlich spielte die Akzeptanzfrage eine Rolle. Ich habe das doch überhaupt nicht in Abrede gestellt. Aber ich sage Ihnen noch mal: Für uns war die Akzeptanzfrage eine Einheit aus Befürwortung der Nutzung der Kernenergie und dafür sorgen, dass es dann auch ein vernünftiges Endlager gibt, eine Einheit. Und diese Einheit hat auch was mit Akzeptanz zu tun. Ich stelle das nicht in Abrede.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Okay.

Ute Vogt (SPD): Ich würde Sie noch mal gerne fragen in Bezug auf den Vermerk zu dem Gespräch mit Graf von Bernstorff, wo Sie auch wiederum in Bezug auf den Standort Gorleben festhalten:

Ich habe erläutert, dass die Standortentscheidung für Gorleben - egal wie sie heute zu beurteilen sei - zu Fakten geführt habe, an denen keine Bundesregierung mehr vorbeikomme.

Für mich heißt das: Aus Ihrer Sicht ist Gorleben ein gesetzter Standort.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Da muss ich Ihnen leider widersprechen, Frau Abgeordnete Vogt. Das tue ich ungern; aber das ist eine falsche Wertung. Sie bezog sich darauf, dass der Graf Bernstorff in dem Gespräch - und da ist Ihr Vorhalt jetzt für mich etwas erinnerungsfördernd - gesagt hat: Warum muss ich Enteignungsbestimmungen fürchten? Was macht ihr da überhaupt? Es ist demnächst Bundestagswahl, und die nächste Bundesregierung wird Gorleben kippen. - Und da habe ich ihm gesagt: Das glaube ich nicht. Die nächste Bundesregierung wird es nicht tun. - Und ich habe ja recht behalten: Gorleben-Sperrverordnung ist gemacht worden von der Regierung Schröder. Sie haben eine Erklärung zu Gorleben abgegeben. Die Regierung Schröder hat an Gorleben festgehalten, ohne was zu tun, ohne etwas zur weiteren Vertiefung der Erkenntnisse beizutragen.

(Ute Vogt (SPD): Ich darf nicht mehr fragen!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So ist das. - Jetzt geht das Fragerecht nämlich an die FDP-Fraktion. Bitte schön.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Der Kollege Miersch hat ja jetzt versucht, zu erkunden, wie damals die politische Lage war, und hat sozusagen da auch versucht, mit Ihnen zu erarbeiten: Wie war eigentlich die Position der SPD? Mein Eindruck ist - und da wollte ich jetzt mal rückfragen -: Die Aktenlage gibt eigentlich da keine einheitliche Haltung her, weil natürlich gab es da welche in der Bundestagsfraktion, und dann gab es Herrn Schröder, und dann gab es die anderen Länder. Und wenn ich das jetzt mal abarbeite, wenn wir das mal gemeinsam vielleicht erarbeiten könnten: Wir haben einmal in Ihrem Papier, das ja vorhin schon eingeführt worden ist - deshalb erspare ich mir jetzt hier die MAT-Nummer -, eben auf dieser Seite 13 mit dieser Gliederungsziffer 5.4 einmal den Hinweis, dass - da steht zwar auch von Ihnen „die SPD“, aber wahrscheinlich meint das ja insbesondere auch die anderen Länder - die also Krokodilstränen vergießen: Jawohl, wir finden das auch ganz anstrengend mit dem „burden-sharing“, aber lasst bloß die Finger davon, dafür zu sorgen, dass irgendwann in Baden-Württemberg oder sonst wo gebudelt wird. So ist das doch zu lesen, oder?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, Herr Buschmann, ich möchte mal eingangs sagen, weil das von der SPD so gefeierte atompolitische Manifest des Beamten Hennenhöfer nie das Gewicht hat: Ich war damals noch vergleichsweise kurz im Amt, habe auch für mich selbst mal versucht, die politischen Positionen aufzuarbeiten. Ob ich das damals alles richtig schon gewertet habe, kann ich heute nicht beurteilen.

Zweitens - -

Marco Buschmann (FDP): Ja, aber, Entschuldigung, aus Ihrer Erinnerung - nur das wir das mal herausarbeiten - -

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Buschmann, ich komme schon dazu. Ich glaube nicht, dass es eine Haltung der SPD einheitlich gab. Wie sollte es denn auch? Sie haben mit Recht darauf hingewiesen - und ich nehme mal an, dass das bei den anderen Parteien ganz genauso war -: Es gab immer einen Unterschied, ob man regional betroffen

war, also ob man Gorleben, ob man ein Niedersachsen war oder ob man der Rest der Welt war, ob man in Süddeutschland war und die Kernenergie vielleicht auch anders gesehen und gebraucht hat - da soll der Strom ja ein bisschen schwerer hinkommen sonst - oder ob man im Norden war. Entsprechend gab es ein Spektrum in der SPD. Und das ist für alle Parteien auch schwierig.

Einerseits gab es die durchaus staatliche Gesamtverantwortung, die man gesehen hat, auch damals. Das möchte ich mal allen Parteien sagen. Selbstverständlich wussten alle: Wir müssen irgendwie. Alle gemeinsam haben wir die Kernenergie mal mit einstimmig eingeführt. Wir brauchen ein Endlager. - Keiner wollte nach meiner Wahrnehmung den Standort Gorleben wirklich aufgeben. Es gab aber Widerstände, und die Parteien versuchten nun auch, irgendwo dazwischen zu lavieren. Das ist so meine Wahrnehmung gewesen. Das Ganze fokussiert hat dann Herr Schröder in seiner Mehrfacheigenschaft als niedersächsischer Ministerpräsident, als energiepolitischer Sprecher der SPD, als Kanzlerkandidat und als Genosse der Bosse.

Marco Buschmann (FDP): Vor diesem Hintergrund gibt es ja das Papier mit der MAT A 218, Band 3, Seite 107 ff. Das ist das sogenannte Schröder-Papier. Darin findet sich ganz zum Schluss das viertletzte Tired, das ich Ihnen gerne zitieren möchte:

Je nach Resultat der Eignungsprüfung Gorleben für hochaktive Endlagerung wird entschieden, ob überhaupt noch ein anderer inländischer Standort und gegebenenfalls wie erkundet wird (könnte z. B. Konrad sein)

Ist doch auch ein Hinweis darauf, dass Sie - - Sekunde, jetzt habe ich mich - - Nein, Entschuldigung, ich bin in ein falsches Vorbereitungsfach geraten. Streichen Sie mal sozusagen die letzte Ausführung.

Ich möchte zu der MAT-Nummer A 218 kommen. Das ist diese Presseerklärung, über die wir schon mal gesprochen haben. Darin gibt es den Satz:

Entgegen den Behauptungen des baden-württembergischen Umweltministers Harald B. Schäfer enthält diese vorsorgliche Untersuchung keine Empfehlung für mögliche Standorte in Baden-Württemberg.

Können Sie aus Ihrer Erinnerung schildern, wie damals eigentlich die politische Gefechtslage war? Also, was hat der Herr Schäfer damals eigentlich in der Öffentlichkeit dann für - - oder wie hat der sich geäußert, was waren seine Bedenken, die möglicherweise dann zu dieser Reaktion geführt haben?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Bedauerlicherweise, Herr Abgeordneter, kann ich mich da im Detail nicht mehr erinnern, außer dass Herr Schäfer immer, sagen wir mal, auch Positionen vertreten hat, die etwas quer zu allem lagen. Dafür war er bekannt. Was er jetzt konkret da geäußert hat, weiß ich nicht mehr. Ich würde heute vermuten - aber mehr ist das nicht -, dass er die BGR-Studie zu den Alternativstandorten doch genutzt hat, um, sagen wir mal, auch zu polemisieren, und dass wir uns dagegen gewehrt haben, dass dadurch Unruhe in der Bevölkerung entsteht, wir noch mal ganz klarmachen wollten: Die BGR-Studie ist für uns keine Veranlassung, die Erkundung Gorleben nicht voranzubringen.

Marco Buschmann (FDP): Jetzt möchte ich noch mal auf meinen Punkt, wo ich vorhin so ein bisschen durcheinandergeraten bin, zurückkommen. Es gibt ein Papier - MAT A 218, Band 3, Seite 107 ff. -, das ein Begleitschreiben enthält und dann einen Anhang. Das wird bezeichnet als Positionspapier, das Ministerpräsident Schröder mit Schreiben vom 14. Mai 1996 Frau Bundesministerin Merkel übersandt hat. In diesem Schreiben, also diesem Schröder-Papier jetzt verkürzt gesagt, findet sich wieder - Untergliederungsziffer 3, viertletzte Tired - eben diese Passage:

Je nach Resultat der Eignungsprüfung Gorleben für hochaktive Endlagerung wird entschieden ...

Also: Je nach Resultat der Eignungsprüfung Gorleben für hochaktive Endlagerung wird entschieden, nicht nach Gorleben und anderen Standorten. Deshalb wiederhole ich es noch mal. Hier steht:

Je nach Resultat der Eignungsprüfung Gorleben für hochaktive Endlagerung wird entschieden, ob überhaupt noch ein anderer inländischer Standort und gegebenenfalls wie erkundet wird ...

Jetzt haben Sie uns die Rechtslage geschildert. Wir nehmen einen Standort, für den man sich entschieden hat: Dann führt man die Eignungsprüfung durch. Dann kommt man zu einem Ergebnis, das positiv oder negativ ist. Wenn das Ergebnis so lautet: „Die Eignung liegt vor“, dann ist das der Standort. Vor dem Hintergrund dieser Rechtslage: Wenn ich das, was Herr Schröder dort schreibt, durchlese, dann ist das doch deckungsgleich mit dem, was Sie uns vorgetragen haben, oder? Also, von alternativen Standorten oder Parallelerkundung kann ich in dieser Anmerkung eigentlich nichts erkennen. Oder interpretiere ich das falsch?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Buschmann, ich freue mich, dass Sie mir dieses Papier vorhalten. Ich gebe zu, dass ich diesen Vorgang nicht mehr in Erinnerung hatte. Er fügt sich ein in mein Eingangsstatement, in dem ich Ihnen gesagt hatte, dass sich Herr Schröder und Frau Merkel in vertraulichen Gesprächen bemüht haben, nach dem Scheitern der offiziellen Energiekonsensgespräche Lösungen für die Endlager zu finden. Es war zwischen denen eigentlich das Einvernehmen: Wir müssen diese Frage, die ja eine gemeinsame Verantwortung ist, so, wie wir es heute auch sehen, irgendwie politisch streitlos stellen. Und da standen sich nun gegenüber das niedersächsische Interesse, es solle nicht auf Gorleben fixiert werden - möglichst kein Atomklo -, und auf der anderen Seite unsere Position - das habe ich Ihnen gesagt -: Wir wollen wenigstens die Erkundung abschließen.

Über die Einzelheiten habe ich sehr intensiv mit Herrn Müller - der war der Schröder-Beauftragte, und ich war der Merkel-Beauftragte - gerungen. Das Ergebnis dieses Ringens sehen Sie hier. Ich möchte jetzt nicht die ganze SPD für dieses Papier in Anspruch nehmen. Das war der Versuch von Herrn Schröder als Verhandlungsführer, mit Frau Merkel zu einer Einigung zu kommen. Normalerweise - - Solche Papiere finden Sie nicht viele in den Akten, weil wir den Grundsatz hatten, auch nichts aufzuschreiben. Wir haben sehr vertrauensvoll miteinander gearbeitet. Und Sie finden hier eigentlich die Linie, die wir, Merkel auch, versucht haben: Eignungsprüfung wird zügig zum Ergebnis gebracht. Wir wollen ein Ergebnis haben.

Dann findet sich dort ein Klammerzusatz: Sache des Bundes. - Das meint in der Werner-Müller-Sprache: Politische Last liegt beim Bund. Dann steht da drin: Benennen weiterer potentieller Standorte außerhalb Niedersachsens. - Das brauchte Herr Schröder zur politischen Entlastung; kann man ja auch verstehen. Und dann ist dort der eigentliche politische Entscheidungspunkt, dass wir gesagt haben: Danach entscheiden wir, was wir machen. - Und ich habe das in meinem Eingangsstatement ausdrücklich gesagt: Das war auch eine Linie, die ich ausdrücklich immer mit gefördert habe. Warum müssen wir im Voraus schon alles wissen, wo wir wann was hinbringen? Lasst uns dieses eine Bergwerk mal zu Ende bringen, so viel brauchen wir doch dafür nicht mehr, und dann haben wir wenigstens mal an einer Stelle ein Stück Unabhängigkeit, und danach diskutieren wir dann wieder.

Dann haben wir gesagt: Und was die schwachaktiven Abfälle angeht, die Volumina, Morsleben über das Jahr 2000 hinaus - pragmatischer Ansatz; sehr intensiv von Herrn Schröder unterstützt - - Und dann haben wir Kredit von der Tatsache genommen, dass das Endlager ja erst später gebraucht wird. Und dann finden Sie den schönen und sehr verschämten Hinweis: Generell stärkerer Einbezug internationaler Erfahrungen, Fortschritte in das deutsche Entsorgungskonzept. - Ich glaube, ich muss keinem der hier Anwesenden ins Hochdeutsche übersetzen, was damit in Wahrheit gemeint war.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit unterbrechen wir jetzt zunächst die Sitzung, also von 14 Uhr bis um 15 Uhr. Ich glaube, wir haben uns alle eine Mittagspause verdient. Und wir fangen dann pünktlich wieder um 15 Uhr an. Herzlichen Dank.

(Unterbrechung
von 13.58 bis 15.05 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann lassen Sie uns mit dem Nachmittagsteil unserer heutigen Sitzung beginnen.

Ich will voraus klären, dass sich nun die MAT-Nummer eindeutig hat identifizieren lassen, die die Grünen freundlicherweise nachgeliefert haben, und zwar ist es MAT A 136/1, Band 19 - und nicht Band 9 -, mit der entsprechenden Paginierung 44309.

Dann sage ich unseren Damen und Herren auf der Tribüne noch mal herzlich ein Willkommen und zugleich, dass die Nutzung von Handys, auch wenn man die sonst ständig in der Hand hat und damit rumfummelt, hier nicht erlaubt ist.

Ich möchte das Fragerecht jetzt an die Fraktion Die Linke geben. Bitte schön, Frau Menzner.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Voranstellen möchte ich, dass die Erklärung von Herrn Kühne zu Endlagervolumen jetzt leider doch wirklich nichts klärt. Ich habe mir das alles noch mal genauer angeguckt. Nur zum allgemeinen Verständnis: Man muss unterscheiden nach Abfallvolumen, wo damals von 50 000 Kubik ausgegangen wurde, heute, nach der Laufzeitbegrenzung, von rund 20 000 und im Allgemeinen in den Papieren von einem Endlagervolumen zwischen 500 000 und 1,1 Millionen Kubik - das, was wir hier infrage stehend ja schon immer hatten -, und dass demgegenüber in der zur Rede stehenden Beantwortung der Kleinen Anfrage halt von 70 Millionen Kubik die Rede ist.

Ich möchte noch mal darauf verweisen, dass sich in MAT E 7, Band 28, Paginierung 371, in der Zuarbeit für die Beantwortung durch das BfS, folgendes Zitat findet - ich möchte das kurz vorlesen, damit es im Protokoll erscheint -:

Die Bundesregierung geht derzeit bei ihrer Grobplanung von einem erforderlichen Endlagervolumen in der Größenordnung von 70 Mio m³ aus. Diesem Volumen liegt ein jährlicher Anfall von 550 t SM [Schwermetall] und ein Aufkommen von 420 000 m³ bis zum Jahr 2080 zugrunde.

Das so weit nur an der Stelle zur Klarstellung.

Es ist natürlich schon beachtlich, wenn der Abteilungsleiter in der Phase, wo das alles so in der Diskussion war, die Volumina nicht in Erinnerung hat, und vor allem, dass auch damals offensichtlich nicht aufgefallen ist, dass da ein Widerspruch ist.

Aber ich möchte an der Stelle zurückkommen zu dem schon öfters hier bemühten Positionspapier vom März 1995. In diesem Papier schreiben Sie, Herr Hennenhöfer, einen Verzicht auf die Neubauoption von Kernkraftwerken dürfe es nicht geben. Sie befürchten - ich zitiere - einen technischen

„Fadenriß“, insbesondere den - ich zitiere wieder -

Know-how-Verlust bei allen mit der Kernenergienutzung befaßten Institutionen ...

Und weiter schreiben Sie:

Forschung und Entwicklung für den Neubau von Kernkraftwerken in Deutschland darf nicht eingeschränkt werden. ... Wichtig ist daher, daß wenigstens ein standort-unabhängiges Genehmigungsverfahren ... für ein konkretes Projekt (z. B. EPR) durchgeführt wird.

Können Sie mir oder uns bitte erklären, was Sie damals mit einem „technischen Fadenriß“ meinten?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Vielen Dank, Frau Menzner. Wir können uns gerne über die damalige Diskussion zur Neubauoption von Kernkraftwerken hier austauschen, weil Sie mir ja vorwerfen, ein atompolitisches Manifest geschrieben zu haben.

(Zuruf)

- Ja, dann war das - - dann habe ich Ihnen Unrecht getan, und Frau Vogt gebührt die Ehre.

Die Neubaufrage war die beherrschende Frage bei der Konsensdiskussion 92 bis 96. Es gab gewisse Elemente des Konsenses, auf die man sich, soweit ich das in Erinnerung habe - es gibt ja darüber praktisch keine Dokumente -, weitgehend verständigt hatte. Ich kann das auch gerne aus meiner Darstellung hier zitieren, aber vielleicht wollen wir das nicht zu sehr vertiefen. Ich bin aber dazu bereit. Dazu gehörte, dass man die Laufzeit der bestehenden Kernkraftwerke in irgendeiner Weise begrenzen wollte. Damals waren 40 Jahre eigentlich die Zahl, auf die man sich grosso modo geeinigt hatte. Und die zweite Frage war: Soll es das dann gewesen sein, oder soll es neue Kernkraftwerke geben?

Die Diskussion hatte sich partiell auch entzündet an der Frage, ob man in Greifswald, dem DDR-Kernkraftwerksstandort, ein neues Kraftwerk errichtet. EPR war damals in der Diskussion, oder Konvoi plus. Dann stellte sich aber heraus, dass man sich auf einen Neubau nicht verständigen konnte zwischen der Bundesregierung und der SPD, und dann war die Position die: Es soll aber die Option für nachfolgende Generationen

offenbleiben, Kernkraftwerke bauen zu können. „Option“ war insbesondere der Begriff, an dem der verstorbene Bundeswirtschaftsminister Rexrodt immer sehr hing.

Und um die Option wurde gerungen. Ich habe in diesem Papier - und der Duktus war nicht für einen Untersuchungsausschuss, sondern der war etwas⁶ bestimmend - versucht, diesen Begriff der Option aufzulösen, um ihn verhandlungsfähig zu machen: Was ist das eigentlich: „Option“? Und da gab es die verschiedensten Vorstellungen. Herr Schröder als der Verhandlungspartner der Oppositionsseite sagte immer: Wieso? Es gibt Wissenschaftsfreiheit in Deutschland. Das reicht doch. - Das war wiederum der Bundesregierung zu wenig, und es ging nun darum, wie wir das spezifische Know-how - -

Wir dürfen eines nicht vergessen: Wir haben den Hersteller in Deutschland gehabt, der wahrscheinlich die sichersten Kernkraftwerke der Welt gebaut hat.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, das beschreiben Sie ja auch in Ihrem Papier auf Seite 7, -

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ach, das ist ja gut.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): - dass industriepolitisch sicher das Gemeinschaftsprojekt EPR Verkaufschancen für Siemens auf dem Weltmarkt - - Aber ich habe jetzt eben - vielleicht habe ich auch nicht gut genug zugehört - nicht kurz und knapp gehört, was Sie mit „technischem Fadenriss“ meinten.

Und dann möchte ich gleich anschließen an der Stelle, wieso Sie, wenn Sie da dieses Papier immer als Lösungsansätze und nicht als Ausgangspositionen und als Grundlage für Verhandlungen bezeichnen, dann so auf die Verkaufschancen von Siemens auf dem Weltmarkt abheben. Das ist doch eigentlich eher eine Fragestellung, die man eher im Wirtschaftsministerium vermuten würde und nicht im Umweltministerium, derartige Industriepolitik zu betreiben.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Menzner, das - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Darf ich?

⁶ Ergänzung des Zeugen: setze „anderes“, Anlage

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Der Vertreter der Bundesregierung hatte sich gemeldet. Herr Kühne, bitte schön.

RD Walter Kühne (BMU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Ich kann den Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand nicht mehr erkennen. Da die Aussagegenehmigung für Herrn Hennenhöfer sich nur auf den Untersuchungsgegenstand bezieht, möchte ich zumindest darauf hinweisen, dass hier gewisse - - na ja, also dass die Beantwortung der Fragen über den Untersuchungsgegenstand hinausgeht.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können Sie doch überhaupt nicht beurteilen! - Heiterkeit)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Der Vertreter der Bundesregierung darf selbstverständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen solchen Beitrag liefern. Er muss es sogar tun. Aus meiner Sicht habe ich diese Frage zugelassen, weil sie im weitesten Sinne das Umfeld der Konsensgespräche sozusagen betroffen hat.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und es betrifft die Abfallmengen auch.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dennoch, liebe Frau Kollegin, möchte ich Sie bitten, die Konsensgespräche jetzt nicht so weit auszuleuchten, obwohl Sie sich selbstverständlich mit der gesamten Energiepolitik für die Zukunft beschäftigt haben, sondern sich tatsächlich vor allen Dingen auf die Frage der Endlagerung zu konzentrieren.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Das ist vollkommen klar. Aber da wir ja hier eben wirklich vertieft hatten, um welche Volumina und welche Mengen es geht, ist das natürlich in der Zeit eine nicht unerhebliche Debatte, wie das weitergehen wird, und von daher glaube ich, dass es durchaus durch unseren Auftrag gedeckt ist.

Herr Hennenhöfer, vielleicht könnten Sie - - Oder soll ich noch mal wiederholen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein. Frau Menzner, ich glaube, dass Sie hier zwei Dinge noch sehen müssen:

Wir hatten durchaus unter sicherheitstechnischen Aspekten ein Interesse, dass, wenn Staaten Kernkraftwerke bauen, es möglichst solche sind, die deutschen Standards genügen; und ich habe gesagt, dass Siemens den Ruf hatte, die sichersten Kernkraftwerke der Welt zu bauen. Das war durchaus ein sicherheitstechnisches Interesse.

Zweitens. Die Konsensgespräche sind geführt worden von der Bundesregierung, und es waren natürlich auch Interessen des geschätzten Wirtschaftsministeriums mit in diese Gespräche einzubeziehen. Ich habe Ihnen ja schon mal gesagt, die Option war ein ganz zentrales Thema des damaligen Bundeswirtschaftsministers Rexrodt.

Schließlich zum „Fadenriss“: Es ging um die Frage, ob das Know-how zum Bau von sicheren Kernkraftwerken abstrakt erhalten werden kann oder nicht. Und es ging auch um die Thematik, dass die Franzosen gerade zusammen mit Siemens den EPR entwickelten. Und es ging um die Frage, ob deutsche Sicherheitsvorstellungen mit in diese Entwicklung einfließen können - derzeit wird er ja gebaut in Finnland und in Frankreich -, inwieweit sozusagen unsere Forderung zum Beispiel nach einem Flugzeugabsturz-Containment - das war ein spezifisch deutscher Aspekt - in dieses Design einfließen kann. Das geht aber nur, wenn man selbst an der technologischen Entwicklung beteiligt ist und nicht nur ein Papiertiger ist.

Daher ging es um die Frage: Soll in Deutschland ein Prototyp gebaut werden? Das war der eigentliche Punkt. Der Punkt des Dissenses zwischen Schröder und Lafontaine war der sogenannte - ich kann Ihnen das Wort nicht ersparen; das war in der damaligen Zeit das Schlagwort - Fadenriss-Verhinderungsreaktor. Es sollte einer gebaut werden als Prototyp, der zur Know-how-Sicherung diene. Schröder war dafür, Lafontaine dagegen. Deswegen kam es nicht zu einer Einigung.

Diese Dinge habe ich versucht in dem Papier - vielleicht nicht perfekt, aber in gewisser Weise - darzustellen, und ich glaube, damit haben wir die Kurve zur Entsorgung fast schon wieder bekommen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Da bin ich aber wirklich sehr froh und bitte auch die Kollegin von den Grünen, dieselbige wieder in den Mittelpunkt ihrer Fragen zu nehmen. Danke schön.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Hennenhöfer, genau an dieser Kurve wollte ich jetzt nämlich weiterarbeiten, von der Produktion von Atom Müll durch EPR oder andere Reaktoren zur Endlagerung bzw. zur Erkundung und eigentlich auch zu dem Zeitraum 1996, wo ja das Erkundungskonzept geändert bzw. beschränkt und doch damit in seinem Charakter, wie wir es beurteilen, deutlich verändert worden ist. Ich wollte, bevor wir uns den Grund näher ansehen, gerne mal wissen, warum das ausgerechnet 96 passiert ist: Es gab ja schon eine ganze Weile lang, schon bevor Sie ins BMU gekommen sind, kritische Diskussionen mit den EVU, die sich ja dann weitergezogen haben. Und wir haben ja auch schon eine kühne Frage vom Kollegen Buschmann gehört, der meinte, bemerken zu können, dass unter Umständen EVU- und Gorleben-Widerstand gleichermaßen am Aufschub der Erkundung in Gorleben interessiert gewesen sein könnten.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ja, mag ja sein. War eine zutreffende Wertung.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gerne von Ihnen wissen: Wie waren denn in diesen Jahren, so wie Sie es erlebt haben bis 96, die Positionen, die Verhandlungspositionen bei EVU und BMU? Was waren denn so die kritischen Punkte der Auseinandersetzung?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ja, Frau Steiner, vielen Dank für Ihre Frage. Sie gibt mir Gelegenheit, zurück zu meinem Eingangsstatement zu kommen und noch einmal sehr deutlich zu sagen: Es gab die Position der EVU, die darauf gerichtet war, möglichst kostengünstig vorzugehen, die Hoffnungen hegten, dass man eines Tages zu anderen und besseren Lösungen ganz woanders in der Welt kommen könnte, die deswegen die Salzrechtsfrage zum Beispiel als Grund genannt haben, dass man jetzt momentan gar nicht weitermachen könne. Die wollten also so wenig wie möglich. Und dann haben sie vielleicht an der Stelle übersehen, dass sie einen Entsorgungsvorsorgenachweis erbringen müssen, der Fortschritte bei der Endlagerfrage verlangte - der von Schröder, um diese Fortschritte nicht mehr haben zu müssen, ja dann aus dem Atomgesetz gestrichene Entsorgungsvorsorgenachweis

bzw. durch Umdefinition in anderer Weise geregelt.

Und es gab die Position der SPD, die - das haben wir vorhin herausgearbeitet - sicherlich vielschichtig war, je nach Norden, Süden, Westen, Osten, deren Stimmführer Schröder war, der sagte, ein Endlager in Niedersachsen, der sich im Zuge der Gespräche, die wir hatten, auch irgendwo bewegt hat. Zuletzt ist mir hier dankenswerterweise das Papier angereicht worden, wonach man vielleicht die Erkundung in Gorleben dann doch abschließt als Sache des Bundes und danach entscheidet, was man tut.

Die Positionen waren also dadurch gekennzeichnet, dass man sich möglichst wenig mit dem Gorleben-Konflikt - ich möchte mal sagen - auch identifizieren wollte, möglichst wenig dafür aufwenden wollte. Und unsere Position war dadurch gekennzeichnet, dass wir der Meinung waren, man sollte die Erkundung in Gorleben, die ja nun auch kein Jahrhundertwerk ist - es ist ein Bergwerk, wo man ein paar Strecken vorbringt und dann die Geologie erforscht -, voranbringen, um über die Tatsache Bescheid zu wissen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Das war ja genau eine gute Schilderung des Konfliktfelds. An zwei der beteiligten Elemente kann ich mich bestens erinnern, aber nicht an die Position der EVU; von denen wusste man damals natürlich nicht so viel. Aber das, was Sie sagen, wird ja auch bestätigt.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Natürlich.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir hatten ja auch dann irgendwann einmal nach langen Recherchen die Protokolle der EVU zur Verfügung gestellt bekommen, die man vorher ja immer seltsamerweise nicht auffinden konnte, und da wird ja dann auch gesagt:

Beide Seiten

- also über BMU und Vertreter der EVU -

stimmten überein, daß die erforderlichen Untersuchungen so kostengünstig wie irgend möglich durchgeführt werden sollten, wobei darauf zu achten ist, daß ein Mindestmaß an Arbeiten durchgeführt wird, um den Entsorgungsvorsorgenachweis nicht zu gefährden und

um das Interesse an der Fortführung des Projektes zu demonstrieren und Glaubwürdigkeit zu erhalten.

Das habe ich zitiert aus dem Protokoll der EVU vom 05.12.1996, MAT A 196/6, P. 187/188.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Wer hat es denn unterschrieben, wenn ich das wissen darf?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Wer hat es denn geschrieben, unterschrieben? Wer ist denn Autor dieses Protokolls?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kienle.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Kienle? Aha.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kienle vom VDEW.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ja, ist ja gut.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das umreißt ja die Position klar. Und jetzt bringe ich mal die zeitlichen Vorgänge um die Erkundungsbereiche oder um die Erkundungskonzepte damit in Verbindung.

Die Kritik gab es halt 91/92 an den zu hohen Kosten, die entstehen könnten bei Erkundung und dann bei Bau des Endlagers. Dann hat man 1991 im BfS, dann hat man 1993 im BfS genau geprüft schon, ob man die alleinige Teilerkundung nach Nordwesten nicht durchführen konnte wegen der fehlenden Salzrechte. Die Geschichte war ja dann bekannt. Und jedesmal ist es aus Gründen insbesondere der nicht zu gewährleistenden Sicherheit - da spielt der vorhin schon erwähnte Anhydrit eine Rolle, aber auch andere Punkte - und der schwer erkundbaren Struktur des Salzstocks, wenn man nur die eine Hälfte nimmt - -

Und dann haben wir plötzlich die Situation - - Ich habe jetzt den Vermerk vom 05.12.96 vorgelesen. Und dann haben wir einige Tage später eine Vorbereitungssitzung

von Vertretern BfS, BGR und anderen - habe ich auch einem RWE-Protokoll entnommen -: Da wird dann darauf verwiesen oder wird deutlich, dass der Altvertreter des BfS, Herr Bruno Thomauske, plötzlich vorschlägt: Im Gegensatz zu bisher allen anderen abgegebenen Erklärungen hält das BfS nunmehr die Erkundung der weitestgehend bergfreien Nordostflanke des Salzstockes für ausreichend. Begründung - brauchen wir näher drauf einzugehen.

So, jetzt frage ich mich: Gibt es da einen Zusammenhang zwischen diesen Bedürfnissen, die wir jetzt gerade hatten, von den EVU und dem Vorschlag des Herrn Thomauske?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ein solcher Zusammenhang erschließt sich mir nicht. Ich habe sehr deutlich gemacht, dass es mehrere Entwicklungslinien gab, die nebeneinander hergelaufen sind, unterschiedliche Diskussionspfade.

Ein Diskussionspfad hatte mit den Abfallvolumen zu tun, und dass wir in der Tat bei dem Erkundungsstand, den ich angetroffen habe - ich zitiere Schröder - viermal so viel Volumen unterstellten wie benötigt.

Der zweite Aspekt waren - das war mehr der Aspekt meiner Mitarbeiter; ich habe Ihnen ja schon mal gesagt, dass ich zur Salzrechtediskussion eine eigene Haltung hatte - die Schwierigkeiten der Salzrechte.

Und dann gab es eine Diskussionslinie bei den EVU, die für uns nicht bestimmend war, die wir aber auch berücksichtigt hatten - wir sind ja als Staat für alle da, sogar auch für die Unternehmen -, dass die auf Kostensenkung gedrängt haben.

Als ich in das Amt kam, hat man mir gesagt: So ist es. Wir haben zu viel Volumen. Es gibt den Vorschlag, zunächst in Schritten vorzugehen, erst das Nordostfeld und dann nur erforderlichenfalls das Südwestfeld. - Ich habe auch angedeutet, dass mich dieser Vorschlag ein Stück weit auch verblüfft hat, weil ich mich ein bisschen fragte - das kam für mich etwas überraschend -: Wieso kommt das jetzt? Dieser Vorschlag ist - ich sage das auch noch mal im Hinblick auf die Widersprüche, die mir von Frau Kotting-Uhl vorgehalten wurden - diskutiert worden. Es hat sich dann schließlich die Meinung bei meinen Beamten herausgebildet: Das ist in Ordnung so.

Sicherheitstechnische Aspekte sind mir nicht zu Ohren gekommen. Ich sehe auch bis heute keine. Ein Durchhörern des Anhydrits

war nicht beabsichtigt. Und ich habe gegen diesen Vorschlag, der rational war, nichts vorzubringen gehabt. Warum soll ich in zwei Richtungen gleichzeitig gehen, wenn die Chance besteht, nur eine zu benötigen? Ein Stück weit war das dann vielleicht auch ein Zurücknehmen überzogener Planungen aus der Zeit, in der man ganz andere Kernenergieausbauerwartungen hatte als vorher.

Natürlich hat die Verwaltung immer einen gewissen Vorhaltewinkel in ihren Konzepten gehabt, und als ich ins Amt kam, waren das eben noch die alten Planungen. Wir haben sie ein Stück weit zurückgenommen und haben gesagt, wir bleiben beim Salzstock Gorleben, aber wir versuchen es erst mal in der einen Ecke.

Zeitgleich haben die EVU gedrängt. Und wir haben ihnen dann gesagt: Was wollt ihr denn? Ein Stück weit können wir euch doch sogar beruhigen. Wir haben ja etwas getan, was euch vielleicht hilft.

Das eine hat nicht das andere ausgelöst, aber das eine war hilfreich bei der anderen Diskussion, also eine - nennen wir das dann mal am Ende so - Win-win-Situation.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit gehen wir in die dritte Berliner Runde, und das Fragerecht geht wieder an die Unionsfraktion. Herr Kollege Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Aus dem, was Sie heute hier vorgetragen haben, und aus dem, was wir in der bisherigen Befragung von Zeugen und auch aus den Akten sehen konnten, ergibt sich für mich das Bild, dass man zu keinem Zeitpunkt sicher war, dass das eignungshöfliche Projekt Gorleben auch tatsächlich ein geeigneter Endlagerstandort sein wird, sondern dass man in jeder Stufe an bestimmten Haltepunkten auch noch mal - zuletzt eben Mitte der 90er-Jahre mit der Untersuchung alternativer Standorte - sich die Option offenhielt, für den Fall des Scheiterns Gorlebens an anderer Stelle Ersatz finden zu müssen. Ist dieser Eindruck, den ich jetzt gewinnen konnte, der richtige?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Abgeordneter Paul, wir haben immer gesagt, dass es vor der Hacke duster ist, wir nicht wissen, wie der Salzstock wirklich aussieht, und genau deswegen erkunden wollten. Wir hätten doch den ganzen - ich nenne das mal

so - politischen Stress nicht gehabt, wenn wir gesagt hätten: Wir wissen es sowieso schon. Nein, wir wussten es nicht. Wir haben immer mit der Möglichkeit gerechnet, dass es anders ausgeht.

Und ich möchte auch noch mal sagen: Erkunden ist die Faktenerhebung. Da kriegen Sie Messergebnisse. Das Ganze muss hinterher modelliert, bewertet werden. Das ist ein ganz eigenständiger Prozess, der noch gar nicht in den Blick geraten war. Selbst wenn die Erkundung prima gewesen wäre, also wir wunderschöne Strecken da unten unter Tage gesehen hätten, heißt das noch lange nicht, wie die Analyseergebnisse, die dort zu machen waren - und da bin ich kein Geologe -, am Schluss in der Modellierung des Gesamten, dann unter Zugrundelegung eines bestimmten Endlagerkonzepts, ausgegangen wären.

Heute geht die internationale Diskussion ein bisschen weiter, und sie sagt: Man muss bei jeder Phase, möglichst bei jedem Zwischenschritt, eine vorläufige Sicherheitsanalyse machen. - Deswegen hatten wir auch gedacht - aber ich gehe jetzt nicht auf aktuelle Dinge ein -, wir machen mal einen solchen Zwischenschritt.

Damals gab es ein klar gepoltes Verfahren: Faktenerhebung gleich Erkundung, anschließend Eignungsprüfung, dann Daumen rauf und runter. Und wie dieses Ergebnis sein würde, wusste keiner. Wir wollten es aber möglichst herbeiführen, und das - das habe ich versucht, deutlich zu machen - war das Interesse des BMU als qua Gesetz mit der Aufgabe, Endlager zu schaffen, beauftragtes Ministerium.

Wir haben uns da manchmal durchaus auch ein bisschen alleine gefühlt, denn der Rest der Republik fand das gar nicht so toll, und es gab niemanden, der sich damit nun so besonders identifiziert hätte. Das haben wir als unsere Verantwortung gesehen. Das möchte ich herausstreichen. Darum ging es uns: verantwortlich gegenüber nachfolgenden Generationen zu sein. Und alles andere sind bössartige Unterstellungen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann kann ich Ihnen nicht ersparen - ich habe es gerade eben erst gesehen -, dass sich ja gestern in der *Frankfurter Rundschau* ein Artikel mit Beschreibung dessen, was sich heute hier ereignen wird, wiederfand. Dort findet sich ja ein Zitat - ich zitiere -:

„Ob er für die Atomwirtschaft oder im Ministerium tätig war“,

- also es geht um Sie -

fasst Kotting-Uhl zusammen, „Hennenhöfers Leitsatz war immer die Förderung der Atomkraft und nicht die Sicherheit.“

Können Sie mir sagen, ob das eine zutreffende Aussage ist?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich möchte nicht in eigener Sache reden, aber ich nehme das jetzt mal zum Anlass, Folgendes mal zu sagen: Ich finde es einen bemerkenswerten Verfall der politischen Kultur, dass auf Beamte - und das betrifft ja nicht nur mich - inzwischen in politischen Kreisen eingedroschen wird. Beamte haben nämlich weisungsabhängig zu arbeiten - das wissen Sie - und haben gesetzgebunden zu arbeiten. Wie in den 90er-Jahren das Atomgesetz aussah, brauche ich Ihnen nicht zu erklären. Beamte haben überhaupt nicht die Chance, sich gegen solche Unterstellungen zu wehren. Sie können keine Presseerklärungen abgeben, nichts dergleichen. Sie haben es jeweils schlicht zu ertragen. Beamten wird unterstellt, dass sie pflichtwidrig handeln und Ähnliches mehr.

Ich füge auch hinzu: Es sind diverse Politiker nach Plenardiskussionen zu mir gekommen, haben mir auf die Schulter geklopft und haben gesagt: „Nimm es nicht so - das ist Politik - persönlich;⁷ nimm mir das nicht übel“ - sogar Fraktionsvorsitzende. Das fand ich einerseits ganz nett. Trotzdem bin ich der Meinung, Beamte haben keine Chance, sich zu wehren, und da finde ich es unanständig, wenn Politiker darüber herziehen. Und was die Medien machen, werde ich nicht kritisieren. Das gilt im Lande ja nicht als korrekt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Hennenhöfer, ich habe jetzt, oder meine lieben Kolleginnen und Kollegen, dieses Statement so zugelassen, weil es ohne Zweifel auch nicht zum Untersuchungsgegenstand gehört, aber zum Modus dessen, wie wir hier untersuchen. Aber jetzt möchte ich Sie wirklich sehr, sehr dringend bitten, über den Untersuchungsgegenstand sich weiter auszutauschen. - Herr Kollege Paul.

⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „“, „Anlage

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann komme ich noch mal zurück auf die Frage, in welcher Reihenfolge die Erkundungen durchgeführt werden sollten. Uns liegt ein Bericht des BfS vor. Das ist MAT E 7, Band 28, Paginierung 436 ff. Da wird schon am 26. Juli 1993 eine - ich sage jetzt mal mit meinen Worten - schrittweise Erkundung des Salzstocks Gorleben dem Ministerium vorgeschlagen. Kann ich daraus den Schluss ziehen, dass die Frage, ob man jetzt parallel - Nordost, Südwest - oder konsekutiv - erst Nordost, dann Südwest - erkundet, eine Frage war, die sowohl bei Ihrem, Herr Hennenhöfer, Antritt als Abteilungsleiter als auch beim Antritt von Umweltministerin Merkel 94 bereits auf den Tischen im Bundesumweltministerium lag?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Paul, abgesehen davon, dass ich meinen Dienst vor 17 Jahren, also quasi vorgestern, da angetreten habe und mich auch nicht mehr an alles erinnere, was damals auf den Tischen lag: Es entwickelt sich - ich habe das vorhin noch mal versucht, zu sagen - zu all solchen Fachfragen eine fortlaufende Diskussion zwischen den Ämtern, dem Bund, den Beamten, und es entwickelt sich daraus sozusagen ein Meinungsbild, eine Amtsmeinung. Und ich habe die dann irgendwann als Meinung jedenfalls so vorgefunden. Ich war selber ein bisschen überrascht. Ich habe schon mal gesagt, das mit den Volumina war mir überhaupt nicht bewusst. Ich habe das so vorgefunden, und ich hatte gegen die Argumente, dass es keinen Sinn macht, gleichzeitig in zwei Richtungen vorzugehen, kein Gegenargument, und daher habe ich das so zugelassen. Es war aber ganz offensichtlich.

Sie sind als Ausschuss in einer anderen Situation. Sie haben auch einen anderen Blick auf die Dinge, weil Sie die Akten jetzt über die gesamte Ereigniskette hinweg sehen. Ich habe einen Ausschnitt betrachtet. Ich komme, mir berichten die Mitarbeiter was und sagen: So und so ist die derzeitige Beurteilung, und wir sagen dir, wenn wir gleichzeitig in beide Richtungen erkunden, ist es ja viel zu viel. Brauchen wir gar nicht. Und im Übrigen verritzen wir da was. Geld kosten tut es auch, und außerdem ist es hinsichtlich der Salzrechte vorteilhaft. - Was sollen Sie denn da noch sagen? Da habe ich gesagt: Ja, dann machen wir das eben so.

Ich kann, offen gestanden, nicht ganz verstehen, warum diese Frage für diesen

Ausschuss so relevant ist. Das müssen Sie mir auch nicht sagen. Ich halte es für eine völlig rationale Entscheidung. Ich wüsste auch nicht, welche ich umgekehrt hätte treffen sollen ansonsten in diesem Moment. Es war immer klar, dass wir bei der Erkundung die Fakten erheben und dass die Frage der Sicherheit des Salzstocks, ob ein Endlager langzeitsicher dort errichten werden kann, ohnehin erst hinterher geprüft, beurteilt, begutachtet und durch alle gerichtlichen Instanzen geschoben wird. Es ging nur darum, die geologischen Fakten zu erheben. Und wenn mir die Mitarbeiter sagen: „Mehr brauchen wir nicht als eben jetzt derzeit mal den ...⁸bereich (akustisch unverständlich), und vielleicht ist es dann für uns schon gut“, dann kann ich dem nicht widersprechen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Kollege Monstadt, bitte schön.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herr Hennenhöfer, ich darf mal weiter befragen und Ihnen die Möglichkeit geben, das Ertragen, was Sie uns gerade so plastisch geschildert haben, ein bisschen aufzuarbeiten, indem wir noch zu zwei anderen Dingen Ihnen eine Frage stellen, die Sie dann in Ihrer Funktion als Beamter auch betroffen hat und wo Sie dann keine Presseerklärung zur Klärstellung abgeben konnten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Als Zeugen vernehmen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Als Zeuge, selbstverständlich. Ich wollte da nur die Überleitung finden, Frau Vorsitzende, wenn Sie gestatten.

Ich darf Bezug nehmen auf den Artikel „Spurenlose, folgenreiche Treffen“ in der *Süddeutschen Zeitung* vom 07.01.2012, wo unter Bezugnahme auf Äußerungen der Abgeordneten Frau Kotting-Uhl mit Bezug auf die Gespräche zwischen den Bundesministern Dr. Rexrodt, Dr. Merkel mit den Vorständen der Energiewirtschaft im Dezember 96 und Januar 97 zum weiteren Vorgehen bei den Endlagerprojekten Schacht Konrad und Salzstock Gorleben behauptet wird:

⁸ Ergänzung des Zeugen: streiche „...bereich“, setze „Nordost-Bereich“, Anlage

Die Beteiligten seien sich wohl bewusst gewesen, dass die Suche nach einer „Billiglösung“ nicht in Ordnung gewesen sei.

Haben Sie aus Ihrem damaligen Erleben sowohl den Eindruck gehabt, dass es sich da um eine Billiglösung handelt, und war Ihnen damals durch das Umfeld, in dem Sie sich bewegt haben, bewusst oder ist Ihnen zur Kenntnis gelangt, dass das Bewusstsein, hier im Sinne einer Billiglösung das voranzutreiben, in den Gremien diskutiert wurde?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Abgeordneter, ich ringe jetzt um die richtigen Worte. Ich halte dies zumindest für eine böseartige Unterstellung. Von Billiglösung war überhaupt nie die Rede. Die Rede war davon, dass wir eine dem zu erwartenden Abfallvolumen entsprechende, angemessene Lösung finden. Ich habe auch gesagt, man war bereits im Nordostfeld - da sind wir heute immer noch -, man hatte dort begonnen, und wir haben gesagt: Vielleicht brauchen wir das Südwestfeld nicht. - Wir haben des Weiteren gesagt: Es kann auch ein Vorteil sein, ein sicherheitstechnischer Vorteil, wenn wir das Südwestfeld nicht verritzen.

Im Übrigen möchte ich dezent darauf hinweisen - da mögen heute die Maßstäbe ganz andere sein im Zeichen von Finanzkrise, aber auch im Zeichen anderer, auch energiepolitischer Entscheidungen; die Maßstäbe mögen andere sein -: Wir sind als Beamte verpflichtet, mit fremder Leute Geld - und das ist letztlich auch bei der Errichtung der Endlager so - nach Haushaltsordnung und all den Regeln kostengünstige Regelungen zu suchen. Da haben wir sogar den Rechnungshof mit drin. Es ging nicht um Billiglösung, sondern es ging um die sicherste Lösung, aber diese natürlich zu angemessenen Kosten.

Alles andere sind Unterstellungen, gegen die ich mich hier explizit verwahre. Ich finde es nicht in Ordnung. Und ich sage Ihnen im Anschluss an das, was ich eben gesagt habe und wo die Vorsitzende mich gebeten hat, nicht weiter zu sagen: Man erträgt das vielleicht noch als Beamter, weil man sich abhärtet. Herr Röttgen hat zu mir gesagt: Wenn Personen angegriffen werden, dann gibt es keine Argumente in der Sache. - Das ist für mich eine gute Richtschnur. Was das aber für Familienangehörige bedeutet, das machen Sie sich hier alle nicht klar. Wenn jemand in die Politik geht - gut, da gehört es

dazu -, der kann dann auch zurückboxen. Aber was meinen Angehörigen zugemutet wird in den letzten zwei Tagen bei den Artikeln in der Zeitung, da, kann ich nur sagen, frage ich mich wirklich, ob das bei meiner Besoldung inklusive ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kollegin Steiner hatte einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich möchte Sie bitten, mir zu sagen, ob ich das an der richtigen Stelle gemacht habe. Der Kollege Paul hat einen falschen Vorhalt gemacht an Herrn Hennenhöfer und hat einen Vermerk des BfS falsch wiedergegeben, als er Herrn Hennenhöfer um die Stellungnahme gebeten hat. Kann ich das jetzt hier vortragen oder ihn bitten, das zu korrigieren?

Der Fehler ist - - Wenn Sie möchten, kann ich das sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Fehler ist, dass er unterstellt hat, das BfS hätte schon 1993 geraten, dieses nordöstliche Konzept dann weiterzuverfolgen. In Wirklichkeit sagt der Vermerk - er ist übrigens von Herrn Illi -, dass das diskutiert worden ist, und in der Schlussfolgerung kommt er genau nicht zu diesem Vorschlag. Insofern war Ihr Vorhalt falsch, und es war auch gar nicht möglich für Herrn Hennenhöfer, darauf zu antworten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Können Sie das freundlicher Weise doch sachlich - -

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja. - Ich bestreite, dass es ein falscher Vorhalt war. Ich beziehe mich auf MAT E 7, Band 28, jetzt hier konkret auf die Seite 436. Dort heißt es - das ist ein Bericht, also quasi ein Übersendungsschreiben des BfS, unterzeichnet vom Vizepräsidenten Rösel -, man habe ein Konzeptpapier übersandt, und dann - ich zitiere jetzt -:

Grundgedanke ist hierbei, zunächst über eine Aufsuchungserlaubnis die untertägige Erkundung im nordöstlichen Teil des Salzstocks für die Bereiche durchzuführen, deren Salzrechte erworben sind. Sukzessiv

bzw. parallel sind dann die Salzrechte für die bergfreien Bereiche und die privaten Salzrechte zu beschaffen, so daß an der bisherigen Vorhabensdefinition der untertägigen Erkundung des gesamten Salzstocks festgehalten werden kann.

Also sprich hier: eine konsekutive Vorgehensweise.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das kann ich nachvollziehen. - Frau Kollegin Steiner.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann so nicht stehen bleiben, weil die fachliche - -

(Zurufe)

- Ja, ich sage nur einen Satz. Ich lese es - -

(Dietrich Monstadt (CDU/CSU):
Nein, dann müssen wir unsere Befragung hier unterbrechen! Das kann doch nicht sein!)

- Lieber Herr Monstadt, einfach einmal lesen wäre vielleicht hilfreich als Blick in den Untersuchungsauftrag.

(Zuruf des Abg. Dietrich Monstadt (CDU/CSU))

- Ja, ich habe die Stimme ein bisschen erhoben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Kolleginnen und Kollegen, jetzt endlich haben wir die Gelegenheit, uns im Rahmen einer Beratungssitzung dann vielleicht doch noch mal klarzuwerden über den Sachverhalt, und deshalb möchte ich die Öffentlichkeit bitten, den Raum so lange zu verlassen, bis denn die Beratungen zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben.

Herr Hennenhöfer, auch Sie haben eine kleine Pause jetzt.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Danke schön.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich:
15.43 Uhr - Folgt Sitzungsteil
Beratung, Nichtöffentlich)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich:
15.51 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Gerald Hennenhöfer

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Dann eröffne ich die unterbrochene Sitzung und sehe, dass die Öffentlichkeit wiederhergestellt ist.

Der Ausschuss hat den strittigen Vorhalt noch einmal beraten. Und sowohl vonseiten der Fraktion der Grünen als auch vonseiten der CDU/CSU ist gebeten worden, eine Vervollständigung des Zitats vornehmen zu dürfen, damit dann der Zusammenhang auch unmittelbar klar wird und im Protokoll vermerkt ist, um dann auf dieser Grundlage im Rahmen unseres Abschlussberichts da eine Bewertung vornehmen zu können.

Frau Kollegin Steiner, würden Sie freundlicherweise den Zusatz aus Ihrer Sicht noch mal darstellen wollen?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe verwiesen auf einen Vermerk. Wir haben eine andere MAT-Nummer als Herr Paul, aber die war ja auch vorher nicht angegeben worden. Deswegen sage ich die noch mal: MAT A 163, Band 6, und Paginierung 138 ff., und es ist auf 143/144.

Ich habe aus der fachlichen Stellungnahme die Schlussfolgerung. Vorher wurde das Pro und Kontra erörtert und nebenbei darauf hingewiesen, dass bei einer veränderten Erkundung mit einer sehr viel längeren Zeitspanne zu rechnen ist. Vier Jahre und mehr wurde da angegeben. Und in den Schlussfolgerungen - zitiere ich jetzt -:

Die Beschränkung der Erkundung auf den nordöstlichen Teil des Salzstocks wäre ein neues Vorhaben, für das neue Betriebsplanverfahren (nach Ansicht der Bergbehörde mit UVP) durchgeführt werden müßten. Das würde nach der derzeitigen Haltung der niedersächsischen Bergbehörde zu einer längeren Unterbrechung der Erkundungsarbeiten führen. Unter dieser Randbedingung bleibt lediglich zu versuchen, die Arbeiten auf der derzeitigen Planungsgrundlage fortzuführen und gleichzeitig alle Anstrengungen zu unternehmen die fehlenden Salzrechte zu erlangen.

Zitat Ende.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Frau - -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Datum hatte ich schon angegeben: 27.07.93, Verfasser Herr Illi.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Frau Steiner. - Herr Dr. Paul, aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion gab es eben noch eine Ergänzung zu vermerken.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, ich stelle fest, dass mein Zitat des Übersetzungsschreibens - das ist ja MATE 7, Band 28, dort Seite 436 - richtig war.

Und zum Zweiten: Aus der Stellungnahme des BfS vom 23.07.1993 - das ist dann bei mir gleiche MAT-Nummer, Seite 441 - ist auf den Satz hinzuweisen:

Von der gleichzeitigen Erkundung der nordöstlichen und südwestlichen Salzstockbereiche muß Abstand genommen werden und stattdessen auf eine abschnittsweise Erkundung des gesamten Salzstocks übergegangen werden.

Dies steht unter Punkt 5., „Weitere Vorgehensweise“. Insofern stelle ich fest, dass das kein falscher Vorhalt war.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann lassen wir diesen Vorgang jetzt so stehen und bewerten ihn dann weiter, wenn wir in den Abschlussarbeiten für den Ausschuss sind.

Herr Kollege Monstadt, bitte setzen Sie Ihre Befragung fort.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Hennenhöfer, ich darf noch auf einen weiteren Artikel zu sprechen kommen. Im Artikel „Es gibt noch jede Menge Dissenspunkte“ vom 12.07.2012 in der *Passauer Neuen Presse* behauptet die Abgeordnete Frau Kotting-Uhl, dass Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel am Schluss - gemeint sind wohl die Jahre 97/98 - den Interessen der Wirtschaft sehr weit entgegengekommen ist, das Erkundungskonzept verändert hat und nur noch eine Schmalspur-Eignungsprüfung für Gorleben zulassen wollte.

Entsprechen diese Einschätzungen Ihrer damaligen Wahrnehmung?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Erstens. Klar nein.

Zweitens. Ich habe die Situation sehr genau geschildert.

Drittens. Es ging uns darum, für alle Beteiligten baldmöglichst Klarheit darüber zu haben, ob der Salzstock überhaupt infrage kommt oder nicht. Das war damals wie heute eine Wunde, und wir waren der Meinung, es gehört sich, dass wir die Frage klären.

Die Frage, ob das überhaupt sicherheitstechnisch geht oder nicht, also, andersrum: ob der Salzstock sicherheitstechnisch geeignet ist oder nicht, war sowieso erst nach der Erkundung bei der anschließenden Bewertung all der Fakten vorzunehmen. Für den Fall, dass die Fakten nicht ausgereicht hätten, wäre die Erkundung nicht ausreichend gewesen. Man hätte sie dann fortsetzen müssen. Die Chance bestand ja auch.

Das heißt, das ist einfach eine völlig verdrehte Wahrnehmung der Wirklichkeit, und ich wiederhole da nochmals: Es ging uns darum, aus dem Verantwortungsgefühl heraus zu Erkenntnissen über Gorleben zu kommen, um Klarheit zu schaffen, und es ging nicht um irgendeine Billiglösung. Viel billiger wollten es andere haben, möglichst gar nichts, am besten gleich ein Moratorium, überhaupt nichts machen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Wir haben erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt weiter an die SPD-Fraktion. Frau Kollegin Lühmann.

Kirsten Lühmann (SPD): Guten Tag, Herr Hennenhöfer. Ich komme zurück auf das, was Sie gesagt haben - die Situation, als Sie ins Amt kamen -; Sie sagten: Als ich ins Amt kam, gab es noch die alten Vorstellungen über den Umfang und die Art und Weise, wie das Erkundungsbergwerk erkundet werden sollte. - Zwei Sätze später haben Sie aber gesagt: Als ich ins Amt kam, bekam ich dann einen Vorschlag, wie man es anders machen könnte. - Also diesen Vorschlag, dass man nicht parallel erkundet, sondern dass man nur einen Teil erkundet. Von wem kam dieser Vorschlag?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, ich unterstelle mal, dass dieser Vorschlag auf

dem Dienstweg zu mir kam, das heißt, vom zuständigen Fachreferat. Herr Dr. Bloser - den haben Sie ja angehört - war der bei uns für den gesamten Endlagerbereich zuständige fachkundige Beamte. Der wird ihn dem zuständigen Unterabteilungsleiter, Herrn Dr. Matting, vorgelegt haben. Herr Matting hatte ein sehr umfassendes Wissen im gesamten Entsorgungsbereich. Und so ist dieser Vorschlag dann zu mir gekommen.

Das ist jetzt eine Formalantwort, Frau Lühmann, weil ich nicht weiß, wie ich Ihnen besser antworten soll. Natürlich ist es so, dass in einem Ministerium in einer Abteilung ein permanenter fachlicher Austausch herrscht, a) über Papiere - E-Mails gab es damals noch nicht -, b) über Diskussionen in offiziellen Besprechungen, drittens beim Kaffeetrinken, viertens auf dem Flur. Wie mich dieser Vorschlag nun im Einzelnen ereilt hat, erreicht hat, weiß ich nicht, und wenn ich in den alten Akten lese, dann finde ich diverse Ministervorlagen, wo das immer wieder auch angesprochen wird, wo, wenn ich mich recht erinnere, Frau Merkel auch mal nachgefragt hat: Was ist denn nun eigentlich da gemeint? - Und einmal ging es um die grundsätzliche Frage der Eignung des Salzstocks, und dahinter stand dann diese Spiegeltheorie - will ich sie mal nennen -, Symmetrie; sprich: Wenn ich weiß, wie die andere Seite aussieht, dann weiß ich, kann ich extrapolieren, würden die Fachleute sagen, auf die andere Seite. Das wäre also die Grundsatzzeichnung des Salzstocks.

Und die andere Frage war die: Finde ich genügend einschlusswirksamen Gebirgsbereich? Die kann ich nur durch Streckenauffahrungen in dem Bereich klären, den ich nutzen will.

Und dann war die Frage: Wie viel Bereich brauchen wir? Und da, habe ich gesagt, stellte ich fest, dass bis dahin die alten Planungen noch nicht angepasst waren an die neue Wirklichkeit. Mir wurde gesagt, so könnte man das machen.

Und ich betone noch mal: Die Erkundung ist ein allerallererster Schritt auf dem Wege zum Endlager, ein Faktensammeln, und wenn die Fakten nicht reichen, kann ich nicht zu einer entsprechenden Eignungsaussage kommen, oder ich muss weiter erkunden, oder ich muss zu dem Ergebnis kommen, es geht nicht.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke. - Ich habe also verstanden: Als Sie ins Ministe-

rium kamen, gab es eine Vorstellung. Um im Rahmen der Arbeiten bestehende Vorstellungen, Konzepte immer wieder zu optimieren, kam ein neuer Vorschlag. Sie haben dann gesagt: Der wurde von meinen Beamten diskutiert, und die haben mir dann vorgelegt: Es gibt keine Probleme. - Und obwohl Sie selber Bedenken hatten, haben Sie gesagt: Na ja, ich hatte zwar Bedenken, die habe ich vorgetragen. Aber nachdem meine Beamten mir gesagt haben: „Die brauchst du nicht zu haben“, blieb mir nichts anderes übrig, als diesen Vorschlag zu übernehmen.

Wie können Sie sich jetzt erklären - Sie sagten ja eben, in so einem Ministerium wird geredet, überall, auf verschiedenen Ebenen. Was mir noch nicht klar ist - wir haben da vorhin schon drüber geredet -: Wie können Sie sich erklären, dass die kritischen Stimmen von Herrn Wosnik und Herrn Röttemeyer bei diesen vielen Gesprächen - informelle und offizielle - niemals an Sie herangekommen sind? Denn das waren ja nun Argumente gewesen, die Ihre kritische Haltung unterstützt hätten.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, es gibt, glaube ich, keinen Vorgang - ich habe das vorhin schon mal gesagt -, bei dem nicht der Beamtenapparat intern kritisch diskutiert, und das ist auch gut so, und das muss auch genau so sein. Das ist auch eine Kultur, die ich immer gefördert habe und immer will. Aber es steht am Ende eine Entscheidungsnotwendigkeit, und die Entscheidung ergibt sich aus einer fortgesetzten Diskussion, wo dann - das muss ich Ihnen ja nicht im Einzelnen erklären, Frau Abgeordnete - auf dem Weg der Hierarchie sich dann letztlich eine Meinung verfestigt. Ich habe die verfestigte Meinung - die ist mir berichtet worden -: Es geht - es ist lange diskutiert worden -, es geht; dieses Konzept ist schlüssig.

Ich habe Ihnen auch gesagt, dass ich ein wenig überrascht war, weil ich eigentlich gedacht hatte, diese Fragen wären viel früher schon alle aufbereitet gewesen - waren sie aber nicht -, dass ich überrascht war, dass plötzlich die Volumendiskussion uns so traf - das Schröder-Interview -, viermal so viel. Ist ja doch ein Vorwurf an diejenigen, die für die Steuerung dieser Materie verantwortlich sind. Das geht einem doch nicht einfach nur so glatt runter. Da fragt man sich schon: Was verantwortest du hier eigentlich?

Und nachdem der Vorschlag so da war, habe ich dann gesagt: Ich habe kein Gegen-

argument. Jetzt sage ich noch mal: Was heißt hier eigentlich „Sicherheit“? Welche Sicherheit kann denn hier gemeint sein? Es kann doch nur darauf ankommen, dass ich am Schluss weiß: Der Bereich, in dem ich einlagern will, hat die geologischen Voraussetzungen. Etwas anderes kann es doch nicht sein. Und diese kann ich zunächst mal durch Erkundung klären, dann kommen die entsprechenden Analysen, und am Schluss baue ich aus. Dann stelle ich erst recht fest, was ich denn für einen Bereich in Angriff genommen habe.

Das heißt, andersrum gesagt: Die Wahrheit kommt doch immer heraus. Die wird doch nicht dadurch irgendwie unterdrückt, dass ich - was weiß ich - eine Erkundungsstrecke so rum oder so rum lege. Das finde ich eine etwas merkwürdige Vorstellung.

Kirsten Lühmann (SPD): Sie haben uns aber mehrfach dargelegt, dass Sie da auch bestrebt waren, das optimale Verfahren zu finden und auch vorzuschlagen, und wir haben festgestellt, dass Sie Bedenken daran hatten, ob diese Änderung das optimale Verfahren ist. Sie haben uns jetzt gesagt: Na ja, wenn es nicht das optimale gewesen wäre, hätten wir es irgendwann festgestellt; hätten wir es dann eben geändert. - Vorher hatten Sie uns aber klargemacht, dass Sie schon der Beamte sind, der drauf dringt, alle Meinungen mit zu berücksichtigen, um dann einen Vorschlag zu machen, bei dem man nicht erst hinterher feststellt, ob er gut ist, sondern schon von vornherein sagt: Das ist der beste Vorschlag.

Meine Frage ist jetzt noch abschließend, inwieweit dieses Ergebnis den Vorschlägen oder Wünschen aus dem Ministeriumsbüro entsprach. Denn Sie haben ja gerade eben gesagt, dass Frau Merkel auch irgendwann mal nachgefragt hat: Wie sieht es denn nun aus? - Das heißt, die damalige Ministerin hat sich schon in diese Diskussion eingemischt, zumindest in der Frage, dass sie sagen wollte: Wir haben jetzt zwei Konzepte. Ich möchte jetzt hier mal eine Entscheidung auf dem Tisch haben. - Wie muss ich mir das vorstellen, das, was Sie so lapidar sagten: „Frau Merkel hat dann irgendwann auch mal gefragt: ‚Wie ist es denn?‘“? Könnten Sie das vielleicht noch mal näher ausformulieren?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Abgeordnete Lühmann, so, wie Sie das polarisieren - es gab zwei Konzepte, und da ist groß

zu entscheiden gewesen zwischen dem einen oder dem anderen -, so war es nicht, sondern ich habe eine bestimmte Situation angetroffen. Die war gekennzeichnet durch den Vorhalt „zu viel Volumen“. Die war gekennzeichnet durch den Vorschlag „Brauchen wir eigentlich nicht, beide Richtungen“, gekennzeichnet durch die Tatsache „Die eine Richtung, da sind wir schon, und außerdem haben wir da kein Salzrechtsproblem“, und sie war gekennzeichnet durch die Tatsache: Den anderen Bereich verritzen wir nicht. Wir haben sogar noch den Vorteil, dass wir auf den zugreifen können, wenn der eine nicht reicht oder wenn wir ein anderes Endlagerkonzept wollen, doch wieder alle - - Was heißt „ein anderes“? Das war ja damals noch nicht mal aufgegeben. Wenn wir zu dem Gedanken kommen, wir wollen doch alle Arten Abfälle in ein Endlager tun, dann brauchen wir den Südwestbereich allemal.

Dadurch war die Situation gekennzeichnet. Es hat interne Diskussionen gegeben. Dass es dort sicherheitstechnische Bedenken gab, ist zu mir nicht gedrungen. Ich wüsste eigentlich auch nicht so richtig, wie die aussehen sollten, die sicherheitstechnischen Bedenken. Dass es immer Abweichungen über die Richtigkeit eines Konzepts gibt und dass Geologen sagen: „Wir gehen lieber da lang“, und der andere meint das usw., das gehört dazu, das ist selbstverständlich. Mir ist das nicht Erinnerung, dass mir dazu irgendetwas vorgetragen worden wäre, und so, wie ich mich kenne - ich glaube, das sagen zu können, auch wenn Sie das erstaunen mag -: Ich habe Sicherheitsbedenken niemals überspielt, sondern die sind bei uns sauber diskutiert worden, wenn es wirklich welche gab.

Und so hat sich dieser Entscheidungsprozess abgespielt, und ich weiß auch nicht, was an dieser Entscheidung so Anrüchiges sein soll. Es ist mir schlichthin unerfindlich. Für meine Begriffe ist das - Sie erlauben das - eine Phantomdiskussion.

Kirsten Lühmann (SPD): Herr Hennenhöfer, danke für diese Einschätzung. Danach hatte ich aber nicht gefragt, sondern es ging konkret um die Frage der damaligen Ministerin Merkel. Sie haben angesprochen, dass die sich an der Diskussion beteiligt hat.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein.

Kirsten Lühmann (SPD): Zumindest haben Sie wörtlich gesagt: Sie hat nachgefragt, wie denn nun der Diskussionsstand ist und wie man sich entscheiden möge. - Und meine konkrete Frage war: Können Sie das bitte näher erläutern? In welcher Form hat die damalige Ministerin in dieser Diskussion eine Rolle gespielt?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich kann mich nicht erinnern, dass sie irgendeine Rolle gespielt hätte, sondern ich habe eine Vorlage gesehen, wo sie mal drangeschrieben hatte: Wie ist das gemeint? - Das war das, was ich vorhin „Spiegeltheorie“ nannte: Es reicht, einen Teil zu erkunden, dann kenne ich den ganzen Salzstock. Das verblüfft den Laien; hat mich auch verblüfft. Da habe ich in irgendeiner Vorlage jetzt, 17 Jahre später, gesehen, dass sie mal da drangeschrieben hat: Was heißt das? - Da ist eine ergänzende Vorlage geschrieben worden. Ich denke mal, die haben Sie alle gelesen, oder Ihre Mitarbeiter haben die ausgewertet.

Das ist alles. Dass Frau Merkel mit dieser Sache sonst befasst gewesen wäre, davon ist mir nichts erinnerlich.

Ute Vogt (SPD): Ich würde gerne noch mal zu den EVU-Gesprächen kommen. Sie haben vorhin die Bedeutung des EPR ausgeführt. Mir fällt auf: Es ging ja bei den Gesprächen im Grunde um ein ganzes Paket: um Endlagerung und EPR und andere Dinge. Mir fällt auf, dass die Industrie im Grunde erstaunlich zurückhaltend war an genau zwei Punkten, nämlich am Punkt Endlager und EPR. Es ging sogar so weit, dass am 5. Dezember das Kanzleramt - - Von der Sitzung am 5. Dezember hat das Kanzleramt, ein Herr Dr. Gehring, dann einen Vermerk gefertigt, in dem er schreibt, Merkel/Rexrodt haben die EVUs dringend gebeten, bis zum nächsten Gespräch ihre Haltung zum Thema Endlager und EPR möglichst präzise zu definieren. Ein Engagement der Bundesregierung usw. mit der SPD mache nur dann Sinn, wenn die Bundesregierung sicher sein kann - ich zitiere -, dass die EVUs nicht ähnlich wie seinerzeit bei Wackersdorf später wieder von der Fahne gingen.

Mir geht nicht in den Kopf, wieso eine Bundesregierung an einem Projekt festhält oder in dem Fall sogar an zwei Projekten intensiv festhält, die von der betreibenden

Industrie selbst im Grunde gar nicht mehr richtig gewollt werden offensichtlich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und wenn Sie dazu jetzt auch noch die passende Quelle angeben würden?

Ute Vogt (SPD): Das ist MAT A 226, Band 2, Paginierung 01 ff.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Abgeordnete Vogt, jetzt kommt schwere Kost für Sie. Wir haben nie die Auffassung vertreten, dass es bei der Kernenergie darum ginge, den Unternehmen irgendwelche Profitchancen zuzuschustern, sondern das Ganze war eine energiepolitische und - auch das werden Sie nicht so gerne hören - umweltpolitische Beurteilung, dass die Kernenergie sicher und vor allen Dingen klimafreundlich das Land versorgt. Und es ist in der Geschichte der Kernenergie, so wie ich informiert bin, ohnehin längst nachgewiesen, dass die EVU nie so doll darauf erpicht waren. Deswegen sind die Prügel, die sie heute beziehen, in meinen Augen historisch gesehen auch nicht fair. Die Politik wollte die Kernenergie. Da können Sie Wertungen zu abgeben, wie Sie wollen.

Nun sage ich mal: Wir haben heute die regenerativen Energien, die es in dieser Form damals nicht gab. Und ich frage mich auch manchmal, wenn Klimadiskussionen kommen - - Wir weichen jetzt sehr, Frau Vorsitzende, vom Gegenstand ab, aber ich bin gefragt worden: Warum? Dann muss ich das auch sagen können. Was hat die Kernenergie Deutschland an CO₂ erspart? Dass wir heute bessere Lösungen suchen, finde ich völlig richtig. Da bin ich auch einer Meinung.

Das heißt, das Kanzleramt hat damals richtigerweise gesagt, die Bundesregierung will sich für die Kernenergie engagieren. Wenn sie aber keinen Betreiber mehr hat - und das war der Vorwurf von Schröder: „Zeigt mir doch mal einen Bauherren für Kernkraftwerke“; so lief die Diskussion -, braucht sie sich nicht zu engagieren. Und wenn sie in Gorleben nicht mehr weitermacht, werden die bestehenden Kernkraftwerke abgeschaltet. So war der Entsorgungsvorsorgenachweis konzipiert. Darum ging es.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Und jetzt geht das Frage-recht an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Hennenhöfer, ich sitze zu Ihrer Linken.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: O ja. Ich habe doch Ihre Krawatte schon an.

Angelika Brunkhorst (FDP): Meine Güte. Ich trage zwar sonst nie eine, aber - -

Herr Hennenhöfer, das ist ja eine gute Überleitung. Ich wollte auch nach den Entsorgungsgrundsätzen noch mal nachfragen, weil ja von der Opposition selbst in dieser Legislaturperiode in den Debatten immer wieder behauptet wurde, dass ein Festhalten an der Erkundung von Gorleben und ein Erfolg der Erkundung in Gorleben nur alleine den Entsorgungsnachweis ja erbringt, und deswegen frage ich Sie noch mal ganz konkret.

Ich verweise auf einen Ergebnisvermerk der EVU über das Gespräch am 5. Dezember 96, und aus diesem Vermerk ist zu entnehmen, dass die EVU damals eine formale Abkopplung des Entsorgungsvorsorgenachweises von der Erkundung in Gorleben angestrebt hatten, dies aber damals von der christlich-liberalen Regierung abgelehnt wurde. Ich beziehe mich hier auf MAT A 196/6, Seite 185 bis 187 - - und auch in einem Vermerk, der von Ihnen selbst, glaube ich, stammt. Der ist vom 11. Dezember 96. Da sagen Sie also auch, dass die damalige Umweltministerin in diesem Gespräch Diskussionen über diesen Entsorgungsvorsorgenachweis geführt hatte. Das ist MAT A 221, Band 6, Seite 19033 bis 19035.

Mich würde noch mal interessieren - ich war jetzt einige Zeit nicht da; ich weiß nicht, ob Sie sich jetzt wiederholen müssen; sorry -, aber ich würde trotzdem noch mal gerne hören: Wie sind denn diese Diskussionen zwischen den EVU und der Bundesregierung damals geführt worden? Wie hat man sich da auseinandergesetzt? Wie waren die Argumentationslinien? Und haben die EVU nur damals über diese Entkopplung diskutiert, oder ist diese Diskussion auch weitergeführt worden in Ihrer Erinnerung?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Der Entsorgungsvorsorgenachweis ist eine Erfindung der Exekutive bzw. auch der Politik. Er

stand nicht im Gesetz. Aber es war ein gewisses - und wir hatten ja vor Tschernobyl Konsens im Lande über die Nutzung der Kernenergie - Einverständnis zwischen allen Beteiligten, und es geht auf Beschlüsse der Regierungschefs von Bund und Ländern zurück, dass die Kernkraftwerke betrieben werden können, obwohl man noch keine Endlager hatte. Man hat quasi als Brücke gebaut: a) Zwischenlager. Da gibt es die berühmte Verteilung zwischen Gorleben-Zwischenlager, und dann hat Nordrhein-Westfalen sich bereiterklärt - alles auf der gesamtstaatlichen Ebene diskutiert worden. Und dazu gehörte dann auch, einen Entsorgungsvorsorgenachweis zu fordern, der unter anderem Fortschritte bei der Endlagerung verlangte.

Nun sind wir in die komische Situation gekommen, rechtlich komisch, dass der Betrieb der Kernkraftwerke - dieser Entsorgungsvorsorgenachweis floss dann in die Betriebsgenehmigungen ein, wenn ich mich recht entsinne; er war Verwaltungspraxis, er wurde auch beim Ermessen, bei den Errichtungsgenehmigungen der Kernkraftwerke, beim Versagungsermessen geprüft -, dass plötzlich der Betrieb der Kernkraftwerke nicht von Faktoren abhing, die in der Kontrolle der EVU waren, sondern sie waren davon abhängig, ob die Regierung was tat. Eine merkwürdige Konstruktion. Und wir haben uns manchmal damals auch rechtlich gefragt: Wie geht das eigentlich? Wir kommen irgendwie nicht weiter mit der Entsorgung, weil uns Frau Griefahn querlegt⁹. Die legt uns den Schacht still, Frau Griefahn. Mit Bergrecht legt sie den Schacht still. Wir kommen kein Stück weiter. Es gibt keinen Fortschritt in der Endlagerung. Die EVU schalten dann die Kernkraftwerke ab, weil sie den Entsorgungsvorsorgenachweis nicht führen können. Wer zahlt eigentlich den Regress? Das war eine spannende Frage, die wir damals diskutiert haben.

Insofern war der Entsorgungsvorsorgenachweis in der damaligen Konfiguration rechtlich nicht einfach, aber er hatte einen Vorteil: Wir hatten wenigstens ein paar Verbündete bei unseren Bemühungen; denn ich habe Ihnen ja schon mal gesagt: Eigentlich war BMU alleine. Niemand hatte Lust, uns bei diesem schwierigen Vorhaben zu unter-

⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „legt“, setze „liegt“, Anlage

stützen. So, über die Figur des Entsorgungsvorsorgenachweises, waren die EVU zumindest in so einem faktischen Haftungsverband mit uns. Sie mussten mitmachen, obwohl es gar nicht in ihrem Interesse war, dass wir deren Geld für Buddelai in Salzstöcken ausgaben. Die fanden es viel schicker, dass sie schöne Rückstellungen haben und auf die Zukunft warten, in der sie vielleicht - und der Hit war immer - irgendwann mal in Russland oder sonstwo die Abfälle entsorgen können. Und für uns war der Entsorgungsvorsorgenachweis das, womit wir erreichen konnten, dass sie überhaupt sozusagen mitmachten. Nun konnten wir sie auch zwingen, klar. Es waren ja alles rechtlich geregelte Sachverhalte. Aber für uns ein wichtiges Element.

Dass die Regierung Schröder den dann aufgegeben hat, habe ich in meinem Juristenherz verstanden. Unter Verantwortungsgesichtspunkten fand ich es bedauerlich, dass die Regierung Schröder gesagt hat: Wir können jetzt Kernkraftwerke betreiben, auch wenn wir keine Fortschritte bei der Entsorgung haben. - Ja, die Streichung des Entsorgungsvorsorgenachweises war die rechtliche Voraussetzung dafür, zehn Jahre nichts zu tun. Das muss man sehen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank. - Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt weiter an die Fraktion Die Linke.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, danke, Frau Vorsitzende. - Ich möchte einen Vermerk aus dem Bundeskanzleramt, datiert vom 9. Januar 1997, zitieren. Der findet sich in MAT A 226, Band 2, Paginierung 23. Ich zitiere:

Bisher war die herrschende Meinung, daß Erkundung von Gorleben ohne Enteignung der in privater Hand liegenden Salzrechte nicht möglich ist. ...

In gestriger Ressortbesprechung mit den zuständigen Fachbehörden wurde erstmals die Meinung vertreten, daß - unter Inkaufnahme erhöhter Risiken - eine Eignungserkundung auch ohne Besitz der Salzrechte möglich sein könnte.

Wenn man in den Akten, die uns vorliegen, liest, dann findet man in einer langen Zeitfolge die Auflistung dessen, was da als erhöhte Risiken oder als Bedenken gegen eine Teilerkundung über viele Jahre immer wieder angeführt wurde. Eines davon haben Sie nämlich selber heute auch schon mal genannt, nämlich das Risiko wegen einer Durchörterung des Hauptanhydrits. Wenn ich das richtig mitbekommen habe, haben Sie das heute ja auch zweimal schon angeführt. Weiterhin: Risiko wegen Kapazitätsverlusten, Risiko wegen Wärmeausbreitung und Standortsicherheit der Schächte; Planfeststellungsverfahren nur für einen Flügel sei nicht durchführbar; eine Umplanung würde einen neuen Rahmenbetriebsplan mit Planfeststellung und Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern, und eine Gesamtaussage bei Teilerkundung sei nicht möglich.

Also das sozusagen zusammenfassend die Bedenken, die über viele Jahre immer wieder geäußert wurden, die wir auch in den Akten noch aus dem Dezember 96 finden.

Können Sie mir erklären - weil ich verstehe es einfach überhaupt nicht -, was da zwischen Mitte Dezember 96 und Anfang Januar 97, also quasi über die Weihnachts- und Neujahrsfeiertage, eingetreten oder passiert ist, dass man auf einmal nach diesen wenigen Tagen, die ja normalerweise nicht zu den arbeitsreichsten im Jahr gehören - - sich diese Meinung so grundlegend verändert hat?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, Frau Menzner, Entschuldigung: Es belustigt mich ein bisschen. Bitte fühlen Sie sich durchaus ernst genommen. Aber einerseits habe ich gehört, dass hier schon 93, was die Diskussionen über Beschränkung auf das eine und das andere Feld geführt worden sind - - Es gab einen Meinungsbildungsprozess, und dann sagen Sie: Über Weihnachten hat der Hennenhöfer heimlich rumgetrickst. - Das finde ich einfach abwegig.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich habe nicht von Ihnen gesprochen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein. - Zweitens. Ich wage einen Satz - Herr Gebauer möge ihn verzeihen -: Die Akten des Kanzleramtes sind nicht immer ein getreues Spiegelbild der Wirklichkeit gewesen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sie meinen dann - Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche, weil ich nur so kurze Fragezeit habe -, dass im Januar 97 das Bundeskanzleramt schreibt, erstmalig wäre das, „In der gestrigen Ressortbesprechung wurde erstmals die Meinung vertreten“, hätte vielleicht was damit zu tun, dass die in der Debatte nicht drin waren oder was in den falschen Hals gekriegt haben oder so was?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Menzner, es war einfach so, dass das Kanzleramt natürlich ganz andere Schwerpunkte in seiner Arbeit hatte. Das ist doch völlig logisch. Wir konnten die Kollegen nicht immer fachlich so mitnehmen, und ich will auch nicht verhehlen, dass wir zeitweilig massive Dissense hatten. Also, ich habe - - Erstmalig bin ich in das Privileg gekommen, jetzt bei Vorbereitung auch mal in so einen Kanzleramtsvermerk gucken zu dürfen aus der Vergangenheit - normalerweise ist das einem normal sterblichen Beamten nicht zugänglich -, und da habe ich dann doch schon schmunzeln müssen.

Ich bestreite, dass das Kanzleramt den Diskussionsprozess, einen streng fachlichen, den wir damals hatten, vernünftig nachvollziehen konnte. Im Übrigen ist doch die ganze Geschichte auch nur deshalb fürs Kanzleramt relevant geworden, weil plötzlich der Konsens auf die Agenda kam. Der Konsens war ein gesamtstaatliches Thema. Es sollte Konsens möglichst über die gesamte Energiepolitik erreicht werden. Ich weiß nicht, wer von Ihnen es gesagt hat: ein Paket. Ich glaube, Frau Vogt hat es gesagt. Es ging um ein Paket. In dem Paket war die Kohle, Kohlesubventionierung drin. Wie lange sollte es gehen? Es ging schon damals um die Förderung der regenerativen Energien. Es ging um die Frage, ob die Subventionen für die Kohle langsam auf die regenerativen umgeschwicht werden konnten. Es ging um den Erhalt der Arbeitsplätze der Bergleute. Das war ein Riesenkonsensthema.

Das andere Thema war Kernenergie: a) Wollen wir die Option erhalten? Wie lange sollen die Kraftwerke laufen? Wie kriegen wir die Entsorgung geregelt? So ein Riesensthema war es. In das hat sich das Kanzleramt richtigerweise eingeklinkt. Aber was an fachlichen Diskussionen gelaufen ist, konnten die Kollegen dort nicht wissen. Das nehme ich denen auch nicht übel. Das war für die manchmal dann doch auch ein biss-

chen zu weit weg, weil sie ganz andere Prioritäten hatten.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich möchte aber an der Stelle noch mal nachfragen. Also, Sie sprechen ja von erhöhten Risiken. Ich habe die aufgezählt, und ich hatte Sie vorhin so verstanden, dass Sie durchaus auch heute noch die fachliche Meinung haben, dass einige zumindest dieser Risiken zutreffend sein könnten. Sonst hätten Sie ja heute nicht zweimal das Risiko der Durchörterung des Hauptanhydrits benannt.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Dazu möchte ich noch mal klar sagen: Das ist nicht von mir ins Gespräch gebracht worden. Ich glaube, Frau Kotting-Uhl war es. Natürlich sollte der nicht durchörtert werden, und ich sehe auch heute - - Ich bin jetzt zu wenig Geologe; da müssen wir Herrn Kleemann fragen oder wer sonst hier geologisch im Raume ist. Ich habe das immer so verstanden: Bis zum Anhydrit wollen wir nicht hin, und wenn wir feststellen, wir kommen da hin, dann ist eben diese Auffahrung nicht weiter möglich. Das war mein Verständnis. Das Risiko war, dass dann dieser Erkundungspfad nicht funktioniert. Das war doch kein sicherheitstechnisches Risiko. Ich glaube, dass hier eine wirkliche Vermengungen der Tatsachen - - Das Risiko, dass die Erkundung scheitert, dass sie falsch angesetzt ist, dass die Planungen falsch sind, dass sie nicht zu einem vernünftigen Ergebnis führen, also zu einer vernünftigen Erkenntnis führen, nicht, dass wir die Sicherheit eines Endlagers aufs Spiel setzen. Das hätten wir vielleicht getan, wenn wir in der Tat ihn durchörtert hätten. Dann hätten wir möglicherweise an der Stelle die Chancen, ein Endlager errichten zu können, vielleicht beschädigt. Aber ich komme jetzt wirklich auf die - -

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber Sie - -

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ja, bitte.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber Sie wissen, dass der Hauptanhydrit durchörtert wurde, ja?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht ist jetzt wieder bei den Grünen. Bitte schön.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Hennenhöfer, es tut mir wirklich leid, wenn Ihre Angehörigen unter der Presseberichterstattung, die Sie betrifft, leiden, aber ich muss schon sagen: Wenn Journalisten Sie wichtig genug finden, über Sie zu berichten, dann sollten Sie sich auch nicht kleiner machen, als Sie sind. Sie werden eben nicht nur als ausführender Beamter betrachtet, sondern durchaus als jemand, der auch eigene Vorstellungen hat, was vielleicht auch mit Ihren wechselnden Positionen - BMU, dann für die Atomwirtschaft in Selbstständigkeit, dann wieder BMU - zu tun hat. Aber ganz abgesehen davon gibt es auch andere Beamte in dieser Republik, die sich durchaus auch öffentlicher Kritik aussetzen müssen: Ich nenne da mal Wolfram König. Der muss das auch aushalten. Bei allem Mitgefühl für Ihre Familie glaube ich auch, dass Sie das ganz gut aushalten, und mit Ihren Positionierungen lässt sich das, glaube ich, nicht so ganz vermeiden.

Ich will noch mal - ein letztes Mal vielleicht - Ihr Strategiepapier aufrufen, das ja wirklich im Kern einige Punkte hat, zum Beispiel kein Entsorgungskonsens ohne Konsens über die weitere Kernenergienutzung, keine Laufzeitbegrenzung ohne Neubauoption, der Bau des EPR, keine weitere Überspannung der Sicherheitsanforderungen bei Bau neuer AKW und dann die positive Bewertung der Privatisierung der Endlagerung. Das sind ja alles sehr deutliche Positionierungen, und ich will Sie jetzt fragen, ob Sie mit diesem Strategiepapier die Leitlinien für diese Legislatur in der Atompolitik vorgegeben haben, oder - falls wir Sie alle zu wichtig nehmen - haben Sie als ausführender Beamter lediglich die Überlegungen Ihrer Ministerin aufgeschrieben?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Kotting-Uhl, keines von beiden; keines von beiden. Ich habe in einer Situation, in der ich neu war im Ministerium, mal versucht, die Positionen zu sammeln, die sich darstellen lassen. Die habe ich zu Papier gebracht und meiner Ministerin gegeben, nicht in der Erwartung, dass das exekutiert wird, sondern dass ein Maximum an Wissen und an denkbaren Positionen aufgearbeitet ist, dass sie weiß, was man machen kann, nichts weiter.

Eine Materialsammlung, eine gehobene Materialsammlung, eine pointierte Materialsammlung, keine Frage. Ich bin aber gerne bereit, mit Ihnen im Detail zu diskutieren, wo ich Anknüpfungspunkte für Konsense überall versucht habe herauszuarbeiten. Im Übrigen entspricht dieses Papier - glaube ich, sehr deutlich sagen zu können - den Vorstellungen, die damals die Bundesregierung hatte.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Also auch das Papier haben Sie jetzt, glaube ich, etwas kleiner gemacht, als es zumindest damals gesehen wurde; denn sehr viel von diesen Punkten, die Sie da ja aufgelistet haben, haben sich ja tatsächlich dann in der AtG-Novelle zum Ende dieser Legislatur wiedergefunden.

Ich will aber jetzt zu, glaube ich, unserem Hauptpunkt auch kommen, den wir heute haben und der ja schon verschiedentlich behandelt wurde, diese Frage Veränderung Erkundungskonzept, Gespräche mit den EVU. Wie weit ist deren Wunsch nach Kostenoptimierung eingeflossen in das, was dann getan wurde? Wie weit hat der Entsorgungsvorsorgenachweis eine Rolle gespielt? Sie haben ja im Asse-Untersuchungsausschuss geäußert auf die Frage, wer denn im BfS Ihr Ansprechpartner gewesen sei, der Fachkundigste sei der Herr Thomauske gewesen. Andererseits haben Sie vorhin hier gesagt, dass diese These, ein Salzstock sei weitgehend symmetrisch ausgebildet und deshalb könne man von der einen Hälfte auf die andere schließen, Sie nicht überzeugt hat.

Ich nehme ja an, dass Sie wissen, dass Herr Thomauske in diesem Schreiben vom 17.01.97, wo in der Tat erstmals ganz offiziell, was an vorherigen internen Überlegungen im BfS mal gewälzt wurde und übrigens auch immer wieder verworfen wurde - von wegen, man könnte nur die eine Hälfte des Salzstockes erkunden - - Erstmalig tatsächlich offiziell ist das mit diesem Schreiben, diese Vorstellung mit diesem Schreiben - 17.01.97 - von Herrn Thomauske an die Öffentlichkeit bzw. an das Bundesumweltministerium erst mal gelangt. Und da schreibt er ja:

Nach gemeinsamer Bewertung von BfS, BGR und DBE ist eine Erkundung des nordöstlichen Teils des Salzstockes durchführbar, ohne daß es hierzu weiterer Salzrechte bedarf. Der Nachweis der Eignung

des Salzstockes zur Endlagerung aller Arten radioaktiver Abfälle insbesondere der hochradioaktiven Abfälle ist auf dieser Grundlage führbar.

Also, Herr Thomauske hatte offensichtlich eine andere Sicht der Dinge, oder zumindest ist er überzeugt von etwas, was Sie nun gar nicht überzeugt hat, und trotzdem war er für Sie der Fachkundige?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Zunächst einmal: Was ich da im Asse-Ausschuss gesagt habe, muss ich sagen -- Bedauerlicherweise gibt es kein Protokoll darüber. Ich habe jedenfalls nie eines gesehen, nie eines --

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich habe nie eines gebilligt. Das ist die Verfahrensweise eines deutschen Parlaments, erstens.

Zweitens. Ja, ich halte Herrn Thomauske für besonders fachkundig. Es ist überhaupt nicht notwendig, dass ich hier irgendwelche Bekenntnisse ablege. Sie haben mir mal gesagt, dass Sie Herrn Thomauske und mich besonders wenig sympathisch finden. Das billige ich Ihnen gerne zu; das ist Ihr gutes Recht.

Drittens.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war - wenn ich das kurz einwerfen darf -, als Sie sich mir erstmalig vorstellten und sagten: Ich bin Ihr Lieblingsfeind. - Und da habe ich Ihnen gesagt: Da gibt es noch ein paar andere.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Na gut, dann haben wir das jetzt klargestellt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt wollen wir aber nicht in die privaten Verhältnisse hier zwischen Ihnen eingehen. Das machen wir auch später. Bitte zum Untersuchungsgegenstand.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nun sage ich noch mal: Es war eine laufende Diskussion. Sie versuchen, aus den Akten eine bestimmte Beschlusslage oder so etwas herauszufiltern. Ich behaupte, dass die Akten nicht die gesamte Diskussionswirklichkeit

wiedergeben. Bevor ein Schreiben abgeschickt wird, wird zehnmal telefoniert, abgestimmt, diskutiert, finden Besprechungen statt. Nicht über alle werden Protokolle gefertigt. Schließlich wird ein Schreiben gefertigt. In dem Schreiben steht was drin. Hinterher wird es geändert.

Ich kann Ihnen nur sagen, dass es diesen Diskussionsprozess gab, dass ich ihn getroffen habe.

Zweitens. Meine kritische Haltung zu all diesen Dingen hatte eine Ursache, und die muss ich jetzt noch mal deutlich sagen: Ich fand bei Amtsübernahme die Position auch meiner Abteilung vor: Enteignungsbestimmungen im Gesetz wollen wir nicht. Das wäre ja - so wurde das bewertet - quasi eine Lex Gorleben. Und ich habe von vornherein nicht verstehen können, wieso Enteignungsbestimmungen im Atomgesetz eine Lex Gorleben sind. Natürlich ist der erste Anwendungsfall Salzrechte, möglicherweise, aber wann immer ich einen weiteren Standort brauche, brauche ich Enteignungsmöglichkeiten.

Daher habe ich die Tatsache, dass sich meine Beamten und das BfS und alle Beteiligten immer wieder damit gequält haben, für unangemessen gehalten. Frau Kotting-Uhl, für mich war die Möglichkeit, dass wir die Abfälle aus der Nutzung der Kerntechnik sicher entsorgen können, ein ganz zentraler Punkt, und für mich ist immer ein zentraler Punkt gewesen, dass wir ein sicheres Endlager errichten können und dass wir jede Autobahn in Deutschland bauen können mit Enteignungsmöglichkeiten - wunderbar - gerade durch die Landschaft einmal durch.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht da, wo wir regieren.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Das können wir, aber wir können kein Endlager erkunden. So war es damals. Das habe ich schlicht von der Wertung her für falsch gehalten, und daher habe ich mich auch mental - das versuchte ich zum Ausdruck zu bringen - in diesen Diskussionen „Wie geht es denn vielleicht auch ohne, und ist das symmetrisch?“ -- Es hat mich am Anfang total verblüfft, als ich das hörte. Und wir machen so eine Spiegeltheorie, und diese Dinge. Da bin ich immer auf einer gewissen inneren Distanz gewesen. Die kann Ihnen vergleichsweise heute egal sein. Ich bin davon ausgegangen, wir beschaffen die Salz-

rechte, die wir brauchen, weil der Lehrsatz: „Eine Enteignungsbestimmung im Atomgesetz ist eine Lex Gorleben und bedeutet, wir haben uns festgelegt auf Gorleben“ - dieser Lehrsatz stammte von meinem Amtsvorgänger -, den habe ich nicht akzeptiert.

Ich habe nun zweimal nachgewiesen - das ist die Ironie der Geschichte -, dass man Salzrechtsenteignungsbestimmungen ins Atomgesetz bringen kann. Die Welt ist auch nicht untergegangen. Die Sachverständigen bei der Anhörung damals in der Novelle 2002, als es um die Streichung wieder dieser Regelungen ging, haben übereinstimmend gesagt: Nein, wir brauchen solche Regelungen. - Wir haben sie auch jetzt im Endlager-suchgesetz. Relativ einvernehmlich, glaube ich, sind wir der Meinung, so was müssen wir dann auch haben.

Deswegen war für mich die Frage „Wie kommen wir in Gorleben ohne Salzrechte weiter?“ nicht so zentral wie für die Mitarbeiter, die immer gesagt haben: Wir können das nicht. - Ich habe diese Diskussion - insofern war ich neu und vielleicht ein bisschen naiv - nie so ernst genommen wie andere, aber ich konnte nun gegen die Aussage „Es geht jetzt auch ohne; wir konzentrieren uns mal auf das Nordostfeld“ nichts einwenden, auch wenn ich innerlich etwas verblüfft war, so eine Diskussionslage anzutreffen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Damit gehen wir in die vierte Berliner Runde, und ich frage die Union, ob es weitere Fragen gibt.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir gehen da nicht mit!)

- Keine weiteren Fragen. Aber sitzen bleibt ihr schon noch. - Dann nehme ich mal die SPD und frage, ob Sie weitere Fragen haben.

Ute Vogt (SPD): Ja, ich habe weitere Fragen.

Noch mal zu den Energiegesprächen. Ist der Eindruck richtig, dass Sie versucht haben, nein, dass die Bundesregierung versucht hat, vor den Gesprächen mit der SPD praktisch einen Schulterschluss mit den EVUs zu schaffen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein, das ist falsch.

Ute Vogt (SPD): Welchem Zweck dienten dann diese Gespräche?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Na ja, ich würde es mal umdrehen: Die Regierung Schröder hat nur mit den EVU gesprochen.

Ute Vogt (SPD): Es geht aber jetzt um die Frage der Energiegespräche Merkel/Rexrodt - EVU. Das andere können wir ja in einem anderen Ausschuss mal machen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Der Konsens hatte doch ganz viele Aspekte. Er betraf zunächst mal das Eigentum der Unternehmen an ihren Kraftwerken. Also war mit ihnen zu sprechen.

Zweitens betraf er energiewirtschaftliche Fragen: Wie wollen wir denn in Deutschland in Zukunft den Strom erzeugen?

Drittens. Ich habe Ihnen das auch gesagt: Die Bundesregierung war zur damaligen Zeit bereit, auch über den Neubau eines Kernkraftwerkes in Deutschland zu sprechen. Es gab ja bekanntermaßen ganz konkrete Vorhaben - am Standort Greifswald beispielsweise -, über einen Neubau zu sprechen, um den Anschluss an die internationale Entwicklung in der Kerntechnik nicht zu verpassen. Dafür brauchte man einen Bauherrn. Und ohne Abstimmung mit den Unternehmen wäre das inhaltsleer gewesen. Also hat man sich konsultiert.

Die Gegenseite hat - ich gehe davon aus - ähnliche Konsultationen vollzogen. Zumindest war mein Gesprächspartner Herr Müller immer bestens, aber wirklich allerbestens, über die Haltung der Unternehmen informiert, bis ins Detail hinein, und hielt mir immer vor: Die Unternehmen meinen das aber so, die Unternehmen meinen das aber so. - Das heißt, ich würde mal behaupten, in Hannover hat man sich wesentlich besser mit den Unternehmen abgestimmt als jemals die Bundesregierung in Bonn.

Ute Vogt (SPD): Aber es ist richtig, dass die Bundesregierung damals sicher sein wollte, dass sie sich nicht zum Beispiel für einen Neubau verkämpft, den am Ende die EVUs selbst gar nicht wollen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Das ist richtig.

Ute Vogt (SPD): Ja. - Die Energiegespräche verwundern deshalb - und das war das, was, glaube ich, die Kollegin auch schon mal angesprochen hat -: Wenn Sie die Abfolge anschauen: Es begann das erste Gespräch Merkel/Rexrodt - EVUs am 5. Dezember, und dann gab es in schneller Folge verschiedenste Gespräche vor Weihnachten, zwischen den Jahren, und zwar jeweils auf Arbeitsebene, aber auch noch mal mit den Ministern.

Und dann gab es bereits vier Wochen später den Brief von Herrn Kaul an die Kanzlerin - MAT A 116, Band 2, Paginierung 134069 f. -, einen Brief, in dem er praktisch nur vier Wochen nach Beginn der Gespräche schon sagen konnte: Eine andere Vorgehensweise in Bezug auf die Erkundung führt zu einer Kosteneinsparung von 365 Millionen DM.

Mich verwundert die Geschwindigkeit, in der im Grunde vom ersten Gespräch, wo von so was überhaupt nicht die Rede war, auf einmal vier Wochen später - nur vier Wochen später und auch noch über die Weihnachtszeit - dann so schnell eine so enorme Summe als Reduzierungsangebot an die EVUs im Raum stehen konnte. Und da frage ich mich: Wie konnte es sein, dass es so schnell praktisch runtergerechnet werden konnte? Waren Sie darauf vorbereitet? Und ich würde gerne wissen, was die EVUs im Gegenzug zu dieser Kostenreduzierung dann zugesagt haben.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Zunächst mal gab es eine erste Runde der Konsensgespräche. Ich glaube, das war im Jahr 1992, da starteten die.

Ute Vogt (SPD): Na, das sind ja - - Ich habe aber - Entschuldigung, Herr Hennenhöfer - nicht von den Konsensgesprächen gesprochen, sondern ich sprach jetzt von der Phase der Abstimmung der Bundesregierung mit den EVUs und der Geschwindigkeit, in der das erfolgt ist.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Abgeordnete, in drei Sätzen bin ich dort, wo Sie mich gerne haben wollen.

Es gab eine erste Runde 1992; Riesensunden waren das. Da waren die EVU, glaube ich, in Arbeitsgruppen beteiligt; weiß ich jetzt nicht mehr ganz genau, könnte ich hier in meinem Beitrag nachschlagen. Da gab es gesellschaftliche Gruppen, die waren

beteiligt, Gewerkschaften usw. Und dann ist nach der Wahl 94/95 Druck gemacht worden: Wir wollen jetzt sofort eine neue Runde. Und so was macht man doch zu Beginn einer Legislaturperiode.

Dazu mussten Positionierungen einer neuen Bundesregierung erfolgen, der Unternehmen. Aber auch die SPD-Seite hat sich - so wie ich das beobachten konnte - natürlich positioniert. Und das ist dann die Stunde der Beamten, wo hektisch Papiere geschrieben werden, geklärt wird, was geht, was geht nicht. Die EVU saßen nicht am Tisch dieser Gespräche, die wir geführt haben, aber sie waren beteiligt, und insofern war das eine Situation, in der sozusagen alle Beteiligten geguckt haben: Was kann man tun?

Und warum nun Herr Kaul, und ausgerechnet der, wann wem einen Brief geschrieben hat, das kann ich Ihnen heute nicht mehr erklären. Die Zusammenhänge, die Sie da herstellen wollen, bestehen nicht. Sie ergeben sich allein aus der Tatsache, dass die Phase der Vorbereitung der offiziellen Runde mit den Herren Schröder und Lafontaine in der baden-württembergischen Landesvertretung im Jahre 1995 - - Da mussten wir auf einem festen Fundament aufsetzen.

Und ich sage noch mal: Herr Müller wiederum bildete ja die Brücke. Er bildete die Brücke zu den Unternehmen und hat den Unternehmen - so wie ich das wahrgenommen habe - auch gesagt: Lasst das doch mit Gorleben weg. Das kostet nur euer Geld. Das kostet nur euer Geld, und es ärgert meinen Schröder. - Das war sozusagen seine Position, die er dort einbrachte. Das war für uns natürlich eine Position, mit der wir uns auseinandersetzen mussten.

Und parallel dazu lief dann plötzlich die Volumendiskussion, und plötzlich ergab sich - wie auch immer, und nicht aufgrund eines finsternen Deals, den Sie vermuten - die Situation, dass sich herausstellte: Wir können es vielleicht mit dem Nordostfeld machen. Es gab die Situation, dass wir sagen konnten: Die Erkundung kann auch etwas kostengünstiger gestaltet werden. Damit war, wenn ich das so sagen darf, das Argument, das Müller eingebracht hatte - Gorleben erkunden kostet nur Geld und macht politischen Ärger, machen wir doch alles später mal, verschieben wir auf später -, ein Stück aufgeweicht. Es spielten auch taktische Elemente in dieser Frage eine Rolle. Und eine Gegenleistung der EVU haben wir nicht bekommen. Wie sollten wir denn auch?

Ute Vogt (SPD): Das ist alles spannend, aber wir sind in einem anderen Jahr. Das Gespräch, von dem ich sprach, war nicht 95, sondern im Dezember 96. Es ist mir trotzdem immer noch nicht erklärlich, wie man es innerhalb von vier Wochen schaffen kann, 365 Millionen Kostenreduzierung hinzubekommen, um dann im Januar den EVUs zu verkünden: Prima, das haben wir jetzt geschafft. Also könnt ihr mitziehen mit dem weiteren Ausbau der Atomenergie.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich weiß nicht, wie jetzt die Chronologie im Einzelnen war. Dann bitte ich um Entschuldigung, wenn ich an einer falschen Stelle angesetzt habe. Es gab diese Arbeitsgruppe „Optimierung der Endlagerung“. Ich weiß nicht ganz genau, wann die getagt hat. Aber irgendwann wird irgendjemand das BfS gefragt haben und wird gesagt haben: Es gibt den Wunsch, die Entsorgung kostengünstiger zu gestalten. Es gibt die Möglichkeit der Beschränkung aufs Nordostfeld. Und dann hat sich einer hingesetzt und hat einen Erkundungsprozess, der sich über viele Jahre hochrechnet - - Er hat das hochgerechnet und hat diese Zahl kreiert. Das ist doch eine einfache Aktenübung gewesen, und die hat dann Herr Kaul, wie ich erfahre - was sagen Sie? -, an die Ministerin geschrieben oder so. Ja, warum er das gemacht hat, ist mir persönlich auch ein bisschen unklar, aber so war es dann eben.

Ute Vogt (SPD): Na ja, es war die Vorbereitung eines weiteren Gesprächs mit den EVUs, wo die Kanzlerin dann diese Zahl präsentieren konnte.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Vielleicht wollte er damit glänzen. Könnte ja gewesen sein.

Ute Vogt (SPD): Können Sie sich erinnern, ob dann zu dieser Zahl abgeschlossen worden ist?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Vogt, jetzt muss ich einen Moment mal - es fällt mir jetzt schwer - Ihnen gegenüber ärgerlich sein. Ich finde den Begriff „abgeschlossen“ - Entschuldigung - eine böartige Unterstellung. Da ist nichts abgeschlossen worden.

Ute Vogt (SPD): Eine Vereinbarung dann schon, oder?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Wir haben keine Vereinbarung, nicht eine einzige. Das Bundesumweltministerium hat sich die Federführung in der Entsorgung und die Konzeptfrage niemals aus der Hand nehmen lassen. Das muss ich Ihnen jetzt schon - leider auch ein bisschen erregt; jetzt haben Sie es geschafft - entgegenhalten.

Ute Vogt (SPD): In welcher Form wurde dann die Kostenreduzierung gegenüber den Unternehmen zugesichert, wenn nicht durch eine Vereinbarung?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Es wurde überhaupt nichts zugesichert. Es ist mir nicht erinnerlich. Vielleicht haben wir gesagt, das ist es, und vielleicht haben wir eine Zahl mitgeteilt, aber warum dürfen wir das nicht? Ich kann jederzeit darüber reden, was Herr Schröder alles zugesichert hat. Das ist alles aufgeschrieben. Wir haben denen nichts geschenkt oder dergleichen mehr. Lassen Sie es sich mal zeigen.

Ute Vogt (SPD): Ich will Ihnen noch mal vorlegen: Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Minister Rexrodt und Ministerin Merkel mit den EVU-Vorständen am 05.12. Da heißt es dann - MAT A 218, Band 6, Paginierung 188 f -:

Auch BM Dr. Merkel sprach sich für Kostenoptimierung aus; dabei müssten die Aussagen zur weiteren Erkundung jedoch glaubwürdig sein.

Das heißt, es stand ja offensichtlich im Raume, dass man die Sorge hatte, dass, wenn man nicht entsprechend genug Geld in die Hand nimmt, man dann das Gefühl hat, Gorleben werde nur noch pro forma offengehalten. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich kann mich an Einzelheiten nicht erinnern. Aber klar war immer eines: Es gab diesen Wunsch der EVU, die wir durchaus als Partner angesehen haben, und natürlich hat sich der Bundeswirtschaftsminister, mit dem wir ja in einem Verhandlungsboot saßen, auch für deren Interessen stark gemacht. Das ist sein Job.

Und wir haben gesagt, wir wollen die Erkundung Gorleben. Das war ja wohl der Ausgangspunkt. Da hieß es ja mal: einstellen, unterbrechen, Salzrechte abwarten und so -

lauter in meinen Augen völlig irreale Wünsche, die da geäußert worden sind. Wir wollen die Erkundung vorantreiben, aber wir haben die Möglichkeit, durch eine, ich würde jetzt sagen - das glauben Sie mir zwar nicht, aber ich sage es -, Ohnehin-Maßnahme wegen Volumenreduzierung dort eine Kostenparung zu erreichen. Das passte ins Bild, und wir konnten so gesehen den EVU sagen: Eure Anliegen werden ein Stück weit berücksichtigt.

Wir haben uns niemals durch EVU steuern lassen, und alle Unterlagen, die Ihr Mitarbeiter gleich zeigt, werden nicht reichen, irgendwas anderes darzutun.

Ute Vogt (SPD): Ich habe noch mal einen anderen Vermerk vom 17.01., nämlich dann das Gespräch, das diesem ersten folgte und zwischen - -

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Wer hat ihn geschrieben: Wirtschaftsminister? Umweltminister?

Ute Vogt (SPD): Das ist ein Wirtschaftsministeriumsvermerk, und - MAT A 218, Band 8, Paginierung 194 f. - dort wird dann in der Aufzeichnung des Gesprächs von Merkel/Rexrodt mit den EVUs noch mal ausgeführt: Die EVU stimmen den Beschränkungen auf den Nordostteil des Salzstocks zu. Es gibt kein neues zusätzliches Personal, bevor die Salzrechte erlangt seien. Die Eignungsaussage soll abgewartet werden, und kein Betrieb beider Endlager.

Und Sie haben dann selbst vorgetragen, dass keines der beiden Endlagerprojekte zurzeit zur Disposition gestellt werden dürfe.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Aha.

Ute Vogt (SPD): Und es gibt dann als Ergebnis intensive Bemühungen der Bundesregierung, die Salzrechte enteignen zu können: zügige Erkundung, ohne Abwarten der Salzrechte.

Das heißt aber, nach meinem Verständnis wurde ja hier schon nach dem, was wir lesen können - entgegen dem, was Sie sagen - vonseiten der EVUs die Zustimmung erteilt, das reduzierte Projekt zu machen, obwohl Sie vorher große Bedenken hatten gegen diese Form der reduzierten Erkundung, kein neues zusätzliches Personal. Und des Weiteren hat die Bundesministerin zusätzlich noch

mal erklärt, dass sie auch damit rechnet, dass es dann auch eine Konsensbereitschaft in anderen Feldern gibt, zum Beispiel noch anhängige Musterverfahren der Isar-Amperwerke usw.

Das heißt, es waren schon mehrere Sachverhalte. Man hat die Kostenreduzierung zugestanden, aber gleichzeitig vieles andere angesprochen, was man dann von den EVUs erwartet.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Vogt, ich sehe mich durch das, was Sie zitieren, eigentlich eher bestätigt als in irgendeiner Weise infrage gestellt. Ganz abgesehen davon, dass dieser Vermerk vermutlich von dem verstorbenen Kollegen Beschoner in der Diktion, in der Denke des Wirtschaftsministeriums verfasst worden ist, und dort hat man auch immer gerne Erfolge für die eigene Position, die ja nicht immer die des BMU war, niedergelegt.

Ich habe Ihnen klar gesagt: Wir sahen die Chance, aufs Nordostfeld zu reduzieren. Wir hatten als mittelbaren Effekt, den ich vorhin mal als Win-win-Situation bezeichnet habe, die Chance, Geld auch einzusparen, und warum sollten wir das in Abstimmungsgesprächen mit den EVU zur Position in Energiekonsensgesprächen nicht einbringen? Das macht man doch so.

Im Übrigen haben Sie den Isar-Amper-Prozess angesprochen.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Ja, das war mir entfallen; das ist richtig. Wahrscheinlich ist das sogar mein Anliegen gewesen. Da ging es um Finanzierungsfragen. Ihnen muss klar sein, dass die EVU jeden Schritt, den wir in der Entsorgung machen, ja bezahlen müssen über die Endlagervorausleistungsverordnung. Da ist das maßgebliche Kriterium die Notwendigkeit der Maßnahme, einschließlich auch aller übrigen Randbedingungen. Selbstverständlich kann jede einzelne Kostenposition angegriffen werden durch schlichten Widerspruch gegen den Verwaltungsakt, und anschließend werden Prozesse geführt. So war es beim Isar-Amper-Verfahren. Da ging es - wenn ich es richtig erinnere - um Kostenverteilungsschlüssel.

Und wir haben den EVU gesagt - so wird es gewesen sein; ich vermute das jetzt so -: Wir bemühen uns, die Kosten zu optimieren, und ihr hört mit der Klagerei gegen einzelne

Kostenpositionen auf. - Ich glaube nicht, dass das ein schmutziger Deal war, sondern eine sehr berechtigte Bereinigung der Situation. Wir wollten nicht weiter von denen verklagt werden. Ich finde, das kann man einfordern, und wüsste nicht, wo hier irgendetwas zu kritisieren wäre.

Ich kann aber gerne immer wieder sagen, wie es Herr Schröder gemacht hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. Vielleicht in der übernächsten Runde. - Zunächst aber ist Frau Brunkhorst von der FDP-Fraktion an der Reihe mit ihrem Fragerecht.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, Herr Hennenhöfer, ich will da eigentlich nur noch mal das ein bisschen zuspitzen, was eben zwischen Ihnen und Frau Vogt so diskutiert wurde.

Wir haben ja ganz zu Beginn Ihrer Befragung als Zeuge heute schon mal gemeinsam festgestellt, dass natürlich die Kosten für die Erkundung letztendlich ja vom Stromkunden bezahlt werden, weil natürlich auch die Vorausleistungen der EVU ja irgendwie auf den Strompreis draufkommen. Also ist Kostenoptimierung ja in unserer aller Augen eigentlich erst mal ein hehres Ziel, was man nicht per se als schlecht darstellen kann.

Die Frage der Refinanzierung der Kosten muss natürlich dann auch logischerweise die EVUs dazu gebracht haben, zu sagen: Gut, lasst uns immer mal wieder überlegen: Welche Varianten haben wir denn, um auch zu gucken, was ist nicht nur technisch oder von den Sicherheitsanforderungen notwendig, sondern was ist vielleicht auch unter Kosten Gesichtspunkten an Optimierung vielleicht zu generieren, damit wir also auch diesen Aspekt wirklich mit einbeziehen können?

Es gibt eine Vorlage, diese MAT A 218, Band 8, 268. Da ist ja so ein Bericht vorgelegt worden. Da sind eine ganze Menge Preise oder Kosten aufgeführt worden. Es sind ungefähr sechs Varianten hier auch aufgeführt. Jetzt hat man das in den Händen. Das ist ja nun sozusagen aus den Archiven, aus dem Bundesarchiv.

Wie ist man denn mit solch einer Vorlage dann umgegangen? Ging das darum: „Ich finde diese Variante oder jene Variante“? Wie wird so was dann diskutiert? Oder haben die EVUs einfach gesagt: „Gut, wir nehmen das zur Kenntnis und kommen zu einem Ergebnis“? Oder hat eher die andere Seite

gesagt: „Nein, unter den Gesichtspunkten schlagen wir die Variante als zwingend notwendig vor“? Hat es da überhaupt Verhandlungsspielraum auf beiden Seiten gegeben? Sie haben zwar eben gesagt, Sie wollten, dass die EVUs nicht klagen werden, aber in welchem Duktus hat man das denn diskutiert?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Abgeordnete Brunkhorst, ich bin jetzt in der Verlegenheit, dass ich nicht genau weiß, um was für einen Sachverhalt es sich da handelt.

Der Sache nach müssen Sie eines sehen: In der Monopolwelt, die wir 1995/96/97 noch hatten, haben sowohl die EVU als auch der Bund über fremder Leute Geld verfügt, denn die Kosten wurden weitergewälzt. Der Bund hat sie verursacht bei der Erkundung. Sie gingen dann über die Refinanzierung zu den EVU, und die EVU haben sie eins zu eins auf ihre Strompreise umgelegt, denn damals galt ja zu Monopolzeiten die Regelung „Cost plus Fee“. Es gab keinen Wettbewerber. Insofern glaube ich nicht, dass es in irgendeiner Weise zu kritisieren ist, wenn sich die Beteiligten um kostengünstige Lösungen bemüht haben.

Zweitens. Ich habe auch gesagt, die Welt begann sich zu wandeln, weil der Wettbewerb - auch durch Herrn Rexrodt damals ja mit initiiert - kam, und man hat sich verschärft - das ist der Vorteil des Wettbewerbs - um Kostenoptimierung bemüht.

Zweitens mal: Es gab unterschiedliche Welten. Es gab wie immer die Welt des Bundeswirtschaftsministeriums, das sich als Sachwalter von Industrieinteressen verstanden hat und versteht und natürlich ein bisschen gedrückt hat und uns versucht hat, auch zu pushen in dieser Frage. Und es gab die Fach- und Sachwelt. Und ich glaube, BMU - und da rede ich sowohl für meinen Amtsvorgänger wie für mich - hat immer die fachlich entscheidenden Aspekte als die maßgeblichen angesehen und hat die Kostenfragen - ich gucke jetzt mal parallel hier rein, Sitzung mit EVU usw. - als sekundär angesehen.

Ich habe Ihnen auch gesagt, es gab diese Arbeitsgruppe „Optimierung der Endlagerung“. Für meine Begriffe war diese Arbeitsgruppe eine Lernveranstaltung für die EVU. Die haben da alle ihre Wünsche angebracht, und am Schluss sind sie mit vergleichsweise leeren Händen rausgegangen, weil sie eingesehen haben, dass wir die besseren Ar-

gumente hatten. Insofern diene diese Arbeitsgruppe am Ende der Verständigung, aber sie hat nicht wirklich was verändert.

Ich glaube nicht, dass es eine einzige Maßnahme gibt im Erkundungsbereich - keine einzige -, die in irgendeiner Weise EVU-gesteuert worden wäre. Dass wir uns mit ihnen auseinandergesetzt, auch verständigt haben, das gehört dazu, denn wir haben fremder Leute Geld verwaltet, und es ging um ihre Anlagen und in Wahrheit ja auch um die Verursacherverantwortung der EVU, von der ich noch mal sagen muss: In anderen Ländern sind die EVU mittelbar meist für die Endlagerbereitstellung verantwortlich. In Deutschland macht das großzügigerweise der Staat. Ich bin der Meinung, dass das eine Frage ist - -

Wenn ich es richtig sehe, ist es nur in Deutschland und USA so. Ich bin durchaus der Meinung und habe mich darüber mit Herrn Baake auch immer sehr gut auseinandergesetzt, dass man die Frage stellen sollte: Warum ist das eigentlich so?

Aber das waren Dinge, die haben die EVU und dann natürlich auch das Wirtschaftsministerium immer sehr gescheut, dass man die Verantwortung womöglich darüber verlagern könnte. Dann hätten sie nämlich selbst entscheiden können, was kostenoptimal ist und was nicht kostenoptimal. So hat es der Staat gemacht nach seinen Regeln, nach den Regeln des Haushaltsrechts - alles sehr kompliziert, wie Sie wissen -, aber wir haben uns im Rahmen des Möglichen bemüht.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, vielen Dank. Ich habe auch keine weiteren Fragen. Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Linken. Bitte.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Hennenhöfer, ich möchte noch mal an meine Kollegin Frau Vogt anschließen, weil für mich eine Frage da nicht beantwortet wurde, und zwar beziehe ich mich auf einen Ergebnisvermerk über ein Gespräch zwischen Vertretern der Betreiber und Hersteller von Kernkraftwerken und den Bundesministern Merkel und Rexrodt vom 05.12.69, MAT A 221.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: 69?

Kornelia Möller (DIE LINKE): Was habe ich - - 96. MAT A 221, Band 6, Paginierung 19046 und 47. Ich lese es einfach vor, ich zitiere.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Wenn Sie nur freundlicherwise sagen, wer ihn verfasst hat, welches Ministerium oder welcher Betreiber.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Das ist Kienle gewesen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also Betreiber.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Genau. Noch eine Frage? Sonst würde ich zitieren.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein, ich kann das jetzt sofort einordnen. Ich weiß, wer es geschrieben hat, was er gedacht hat, was er gemeint hat.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Danke.

Beide Seiten stimmten überein, dass die erforderlichen Untersuchungen so kostengünstig wie irgend möglich durchgeführt werden sollten, worauf dabei zu achten ist, dass ein Mindestmaß an Arbeiten durchgeführt wird, um den Entsorgungsvorsorgenachweis nicht zu gefährden und um das Interesse an der Fortführung des Projektes zu demonstrieren und die „Glaubwürdigkeit“ zu erhalten.

Und genau der Bereich Glaubwürdigkeit hat mir gefehlt bei Ihren Ausführungen. Können Sie mir noch mal erklären, was unter Glaubwürdigkeit zu verstehen ist in diesem Zusammenhang?

(Zuruf von der CDU/CSU-Fraktion:
Glaubwürdigkeit!)

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich kann da mit der - - Glaubwürdigkeit ist, glaube ich, eher eine philosophisch-ethische Kategorie. Da komme ich in schwieriges Gelände; dazu möchte ich mich nicht auslassen. Ich habe Ihnen gesagt: Für uns war die Verantwortung das maßgebliche Kriterium, und wenn ein Vertreter der EVU die Dinge so aufgeschrieben hat und so interpretiert hat, ist das seine Sicht der Dinge. Ich habe Ihnen unsere Sicht der Dinge geschildert, und die war darauf

gerichtet, so schnell wie möglich und durchaus natürlich auch kostengünstig wie möglich Klarheit über den Salzstock und seine potenzielle Eignung zu bekommen. Nicht mehr und nicht weniger.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Vielen Dank. Ich habe verstanden, dass Sie immer sagen, Sicherheit ist Platz eins und die Kostenreduzierung Platz zwei.

Ich muss Ihnen einfach was vorhalten, und zwar ist das MAT A 221, Band 5, Paginierung 478034. Da haben Sie zitiert - das ist eben die Überlegung zur Fortschreibung des Entsorgungskonzeptes -, da haben Sie geschrieben:

Aus Gründen der Entsorgungssicherheit überzogene Planungen und überhöhte Kosten werden vermieden.

Ich frage mich immer: Was ist im Bereich von Atomkraft überzogen, gerade wenn es Sicherheit betrifft? Und wenn ich mir dann ein Rechtsgutachten, eine Stellungnahme ansehe, die Sie zur Laufzeitübertragung mit verfasst haben, dann steht da drin:

Maßgeblich für die Entscheidung über einen Antrag sind vom Betreiber darzulegende betriebswirtschaftliche Gründe.

Und weiter später:

Sicherheitsfragen, insbesondere ein Sicherheitsvergleich der betroffenen Anlagen, sind hingegen nicht maßgeblich.

Wenn ich mir ansehe - - Ich bin bayerische Abgeordnete. Wenn ich mir Grafenrheinfeld ansehe, dann - verzeihen Sie - fällt es mir schwer, dass tatsächlich die Reihung so rum ist. Ich weiß, es ist eine Wertung. Ich erwarte auch keine Antwort. Ich habe Ihnen allerdings noch einen Vorhalt zu machen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Doch, wir haben eine Chance, die Vorsitzende hört gerade nicht zu. Dann dürfen wir auch dazu was sagen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Nein!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich höre jedes Wort, und von daher will ich ganz klar sagen, dass Grafenrheinfeld auch nicht zum Untersuchungsauftrag gehört, und des-

halb würde ich auch darum bitten, das nicht weiter zu vertiefen, -

Kornelia Möller (DIE LINKE): Genau.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - und Sie bitten, auf den Untersuchungsauftrag einzugehen und sich im Folgenden nur mit den Themen zu beschäftigen, die zum Untersuchungsauftrag gehören.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Ja, natürlich, und das tue ich auch gerne. Es war nur meine persönliche Meinung, wie Ihre Wertung für mich zu sehen ist.

Aber ich komme noch mal zur Schwarzbau-These von Trittin, die Sie ja auch schon oder die heute hier schon thematisiert war; und zwar bezieht es sich ja auf die Dimensionierung des Ausbaus. Da wird es Sie vielleicht wundern, dass ausgerechnet vonseiten der EVUs diese These bestätigt wird, und zwar aus Gründen der hohen Kosten. Das ist MAT A 196/6, GNS, und Paginierung 48 zu Gorleben. Ich zitiere:

Das Projekt Gorleben wird seit Aufnahme der Arbeiten unter der Zielsetzung „Betrieb eines Erkundungsbergwerks“ mit erkennbarer Ausrichtung zum Bau eines Endlagerbergwerks von BfS/DBE verfolgt. Hieraus resultiert:

- Zielrichtung ist nicht allein die Erkundungsaussage, sondern die Schaffung eines Endlagerbergwerks mit der Ausrichtung auf eine leistungsfähige, hoch spezialisierte Einlagerungstechnik (Schachtförderung Schacht 2).

- Sämtliche Maschinenteknik ist auf die zukünftige maximale Auslegungskapazität ausgerichtet und somit für den Erkundungsbetrieb oftmals überproportioniert.

Wie werten Sie diese Einlassung der EVUs?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Jetzt bitte ich zunächst mal die Vorsitzende, ein Wort sagen zu dürfen, nachdem die Abgeordnete das hier gesagt hat und das ins Protokoll eingeht. Dann habe ich, glaube ich, auch das Recht, ein Wort zu dem, was Sie vorher zu Kraftwerken gesagt hat, zu sagen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Hennenhöfer, ich möchte Sie wirklich

bitten. Ich habe über manche Dinge wirklich großzügig hinweggesehen. Sie haben auch einige Einlassungen machen dürfen zu Befindlichkeiten. Ich möchte Sie jetzt wirklich bitten, zum Untersuchungsgegenstand zu antworten.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Vorsitzende, ich finde das nicht in Ordnung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, das kann schon sein, aber Herr Hennenhöfer, das ist so. Die Kolleginnen und Kollegen finden manche Dinge auch nicht in Ordnung. Ich habe hier die Sitzungsleitung. Das Gesetz hat mir die Entscheidung darüber -- Nein, wir sprechen jetzt hier nicht über Grafenrheinfeld, beim besten Willen nicht.

(Zuruf: Frau Vorsitzende!)

- Nein, nichts da! Wir können eine Beratungssitzung -- Dann machen wir eine Beratungssitzung? - Gut, dann machen wir jetzt noch eine Beratungssitzung. Das ist ohnehin schöner. Bitte schön.

Ich unterbreche die Sitzung und bitte die Öffentlichkeit, den Saal zu verlassen, und den Zeugen Hennenhöfer auch.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich:
17.05 Uhr - Folgt Sitzungsteil
Beratung, Nichtöffentlich)

(Fortsetzung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich:
17.19 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Gerald Hennenhöfer

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Hennenhöfer, meine Damen und Herren, schön, dass Sie wieder da sind.

Der Ausschuss hat in seiner Mehrheit darum gebeten, dass Sie Ihre Bemerkung auch zu Grafenrheinfeld bitte ausführen mögen, da das Ganze im Umfeld gerade auch der Prüfung der Glaubwürdigkeit des Zeugen eine Relevanz habe, und die Bundesregierung hat in dem Zusammenhang Ihrer Aussage zugestimmt. Bitte schön, Herr Hennenhöfer. - Frau Möller noch mal?

Kornelia Möller (DIE LINKE): Entschuldigung, ich habe noch eine Bitte. Ich hatte ja auch eine Frage eben im Bereich Schwarzbau gestellt und dazu die EVU auch zitiert, und ich wollte nur nachfragen: Soll ich das

noch mal vorlesen? Weil ich möchte natürlich auch, dass in dieser Runde diese Frage auch beantwortet wird. Deshalb die Frage an Sie: Soll ich es noch mal vorlesen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Reicht. Okay. Danke.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich möchte Ihre kostbare Fragezeit so effektiv wie möglich ausnutzen.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Ich habe heute Zeit, viel Zeit, und heute Abend haben ich mir nur für Sie freigenommen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Das finde ich gut. Dann freue ich mich, dass wir einen langen Abend gemeinsam verbringen.

Erstens. Ich mache es ganz kurz, um das Thema wirklich nicht auszuwalzen. Ich habe in einem rechtswissenschaftlichen Gutachten geschrieben - und, bitte schön, meine Damen und Herren, das gehört zusammen -, dass die Sicherheit der Kernkraftwerke immer gegeben sein muss und jederzeit und permanent von den Aufsichtsbehörden kontrolliert wird und daher die Strommengenübertragungsmechanik nicht der Ort ist, noch mal Sicherheitsfragen zu diskutieren. Die Sicherheit muss sowieso gewährleistet sein, und das ist, wenn Sie so wollen, eine wesentlich rigidere Position als die, die andere eingenommen haben - beispielsweise mein Amtsvorgänger -, dass ich lange Zeit nichts mache und dann bei der Strommengenübertragung mal gucke. Das ist Punkt eins. Insofern glaube ich, dass Sie mich dort - mit Verlaub, Frau Möller - falsch verstanden oder auch falsch zitiert haben. Danke schön.

Der zweite Punkt: Grafenrheinfeld. Da sage ich mal ganz klar: Wir hatten eine intensive Diskussion mit der Reaktor-Sicherheitskommission. Bei dieser Diskussion hat sich die Kommission einstimmig - wir haben das nicht formal abgestimmt, das möchte ich auch sagen; aber es gab keinen Widerspruch -, alle einheitlich gesagt: Wir wollen, dass die Anlage noch eine bestimmte Zeit fahren kann, und dann soll sie repariert werden. Dahinter steckt ein sicherheitstechnischer Aspekt. Sie wollten noch Erkenntnisse über diese Rissbildung gewinnen, um eventuell die Reparatur vermeiden zu können,

weil auch die Reparatur eine Strahlenbelastung für Beschäftigte mit sich bringt und neue Schweißstellen auch wieder Schwachstellen sind. Wer also solche Vorgänge hochzieht - und Frau Kotting-Uhl hat es mit einer Kleinen Anfrage getan, dass ich mich darüber mit meinem Unterabteilungsleiter während seines Urlaubs ausgetauscht habe -, der möge dann bitte das vollständige Bild sehen. Ich danke, dass ich das hier klarstellen durfte.

Jetzt komme ich zu einem Papier, das Sie zitiert haben, das ich nicht kenne, wo meines Erachtens Ausführungen drinstehen, die ich so nicht teile, die ich nicht beurteilen kann.

Schwarzbau ist im Baurecht eindeutig definiert: ein nicht genehmigtes Bauwerk. Mir ist nicht bekannt, dass irgendetwas in Gorleben nicht genehmigt worden wäre.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht ist jetzt bei den Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Ich muss jetzt erst mal Herrn Hennenhöfer wohlstimmen. Kompliment für Ihre Konzentrationsfähigkeit und Gedächtnisleistung. Und wenn ich Sie jetzt in dieser Form wohlgestimmt habe, werde ich wieder -

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Kommt das böse Ende, ja?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - mit den Fragen weitermachen, wo ich vorhin noch Aufklärungsbedarf gehabt habe, nämlich dieser doch immer noch plötzlichen Entscheidung oder Umentscheidung innerhalb von weniger als vier Wochen, das Erkundungskonzept so zu verändern, 96.

Sie haben ja vorhin an irgendeiner Stelle auch die Bemerkung gemacht und gesagt, Sie würden jetzt eigentlich nicht wirklich verstehen, warum man sich damit so gründlich auseinandersetzt, und das will ich als Erstes beantworten: Weil es nämlich das Konzept ist, nach dem auch heute noch erkundet wird, und wo wir eigentlich ein erhebliches Interesse haben, dass diese Erkundungen jetzt auch erst einmal angehalten werden, damit man in eine andere Vergleichssituation kommen kann. Und da muss ich jetzt mal auf Ihre ganzen Seitenhiebe zum Moratorium sagen: Gott sei Dank haben wir diese Erkundungen, die dann eingeleitet worden sind oder weitergeführt worden sind mit diesem

Konzept, dann auch erst mal neun Jahre durch ein Moratorium unterbrechen können, sonst hätten wir nämlich ein Endlager alternativlos geprüft, und zwar hieße das auch Gorleben.

Wir haben uns ja inzwischen aus gutem Grund auch darauf geeinigt, wir wollen eigentlich eine andere Richtung anstreben. Deswegen muss ich jetzt noch mal bei 1996 rumpröckeln. Die Wendung war relativ abrupt. Sie haben vorhin mehrfach gesagt an verschiedenen Stellen, dass es da irgendwelche bergfachlichen Bedenken oder Bedenken wegen der Bergsicherheit gegeben hat, sei Ihnen nicht zu Ohren gekommen. Oder Sie haben gesagt: Sicherheitstechnische Aspekte sind mir nicht zu Ohren gekommen. Ich kann sagen, dass mir diese Bedenken nicht bekannt waren.

Wir waren schon so weit, dass wir festgestellt haben, derjenige, von dem Sie sich sehr viel versprochen haben und der Sie da beraten hat, war Herr Thomauske, der sich nicht so gut erinnern konnte, als er hier beim Ausschuss vorgetragen hat, wie Sie zum Beispiel.

Jetzt ist aber das Problem: Es geht nach wie vor immer um die Frage der Sicherheit und die These, die die Kritiker ja vortragen und sagen: Das Sicherheitsbedürfnis ist verletzt. Die Sicherheit ist gefährdet, und es geht nicht nur um eine mögliche Durchörterung des Anhydrits. Es gibt auch noch andere Probleme, weil nämlich vermutlich die beiden Seiten des Salzstockes nicht spiegelgleich sind und die Ergebnisse etc.

Die Frage der Sicherheit ist nach unserer Meinung bei dieser Entscheidung nicht genügend berücksichtigt worden, und ich frage Sie jetzt mal, wenn wir sagen, der Beurteilende war Herr Thomauske, von dem Sie mehr oder weniger sinngemäß gesagt haben, der Fachkundigste war hier Herr Thomauske: Ist Ihnen jemals zu Ohren gekommen - weil Sie waren ja auch eigentlich der oberste Vorgesetzte in dem Fall -, dass, als Herr Thomauske bei dieser seltsamen Strukturreform im Bundesamt für Strahlenschutz, wo Herr Röthemeyer zurückgesetzt worden ist und Herr Thomauske quasi die Entscheidungsbefugnis darüber bekommen hat - - dass gerade Herr Thomauske eine bergfachliche Person zur Seite gestellt bekam auf Wunsch, auf Notwendigkeit und Druck des Bergamtes, weil er nicht die genügenden bergfachlichen Kenntnisse hatte? Und diese bergfachliche Person war Herr

Wosnik, der sich mit dieser Entscheidung äußerst kritisch auseinandergesetzt hat.

Aber erst mal die Frage: War Ihnen bekannt, dass bei der Installation von Herrn Thomauske die bergfachliche Person ihm zur Seite gestellt werden musste?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also erst mal, Frau Steiner, bedanke ich mich für das Kompliment und werde fleißig weiter konzentriert antworten.

Zweitens mal kann ich mich erinnern, dass bei der Umorganisation, die im BfS stattgefunden hat, die wir damals - - von der wir zwar gehört haben, aber in die wir nach meiner Erinnerung nicht in besonderer Weise involviert waren, es sich ergab, dass der Herr Thomauske als Betriebsführer von Bergwerken ganz bestimmte formale Voraussetzungen nach dem Bergrecht erfüllen musste. Das bezog sich nicht darauf, dass er irgendwas von Endlagern versteht, sondern darauf, dass man, wenn man - - Ich weiß nicht, wie das im Bergrecht heißt, wie der Fachbegriff da ist, wenn man Betriebsführer ist. Wie heißt das im Bergrecht? - Vertreter Bundesregierung weiß das auch nicht. Also, es gibt eine bestimmte Qualifikation. Die hatte er in dem Moment nicht. Er musste später eine Prüfung machen, und dann hatte er sie. Punkt eins.

Punkt zwei: Frau Steiner, ich muss mich dagegen verwahren, dass Sie jetzt hier das Wort „Sicherheit“ so in den Mittelpunkt stellen. Es ist wohl nicht einen einzigen Moment darum gegangen, dass die Grube während der Erkundung irgendwo gefährdet war, Bergleute gefährdet sind, Einsturzgefahr, Laugenzutritte oder solche Dinge, wie wir sie ja leider in der Asse erleben. Es kann auch nicht um die Sicherheit des Endlagers gegangen sein - kein bisschen -, denn Erkundung ist Faktenerhebung, sonst nichts. Das war meine Feststellung. Ist sie nicht ausreichend, kann ich den Sicherheitsnachweis nicht führen. Und die Diskussion hatten und haben wir ja noch immer vor uns. Ich will jetzt nicht mit dieser Aussage unterstellen, dass wir in Gorleben weitermachen; bitte ich nur zu sagen. Die ganze Diskussion „Wie führen wir den Langzeitsicherheitsnachweis in einem Endlager?“ ist alles noch vor uns. Es geht nur um die Frage: Wie kommen wir zu den Fakten? Und das ist doch in dem Moment noch überhaupt keine Sicherheitsfrage. Das ist einfach nicht in Ordnung, diese Unterstellung hier vorzunehmen.

Drittens haben Sie gesagt: Das war eine ganz überraschende Entscheidung. Das ist schlicht - - Entschuldigung, nachdem ich x-mal widersprochen haben, erlaube ich mir, das jetzt als „Unfug“ zu bezeichnen. Das ist ein Diskussionsprozess, der sich - - Aus den Akten ergibt sich, dass es eine längere Diskussion dazu gab, die bereits vor meiner Zeit begonnen hatte. Ich war mit ihr konfrontiert. Ich habe die mir vorgetragenen Gesichtspunkte für plausibel gehalten, und für mich war ganz entscheidend, dass wir mit der zeitlichen Stufung nichts, aber auch überhaupt nichts aufgegeben haben. Die Möglichkeit, das Südwestfeld zu erkunden, bestand und besteht bis heute. Insofern wüsste ich nicht, was an einer solchen Entscheidung nachteilig war.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich mal einhaken? Ich wollte eigentlich gerne noch einhaken, bevor es klingelt. Es ist jetzt die Frage: Habe ich früh genug angefangen, zu reden?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist okay! Lassen Sie sie reden!)

Ich unterstelle Ihnen keineswegs, dass Sie jetzt Sicherheitsüberlegungen außer Acht stellen. Fakt ist aber, wenn ich mir den Prozess ansehe - und da bin ich anderer Meinung als Sie und glaube, das auch belegen zu können -, dass man 91 und 93 - da hatten wir ja vorhin den Disput drüber - aus genau solchen Überlegungen beschlossen hat, den Erkundungsbereich nicht einzuschränken, und dann innerhalb kurzer Zeit die Position ändert und sagt, jetzt geht es doch. Und ich habe das in Verbindung mit dem Herrn Thomauske gebracht, der diesen Prozess nämlich befördert hat, und die bergbaufachliche oder bergfachliche Qualifikation infrage gestellt, weil nämlich die bergfachliche Person Herr Wosnik genau aus Sicherheitsbedenken - nicht nur in Bezug auf die Erkundung, sondern in Bezug darauf, dass es möglicherweise ein Endlager werden könnte - eine andere Meinung hatte; Herr Röthemeyer übrigens auch. Ich frage mich eigentlich: Was war das Motiv von Herrn Thomauske? Wer hat ihn dazu veranlasst?

Und meine letzte Frage: Wusste eigentlich die Bundesumweltministerin von diesen ganzen Bedenken?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Letzteres halte ich für extrem unwahrscheinlich. Da ich

schon nicht davon wusste, wie soll sie dann davon gewusst haben? Um damit zu beginnen.

Zum Zweiten sage ich noch mal: Was heißt hier Sicherheitsbedenken?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Frau Baumann!)

- Frau Baumann? Die habe ich bei der Gelegenheit nicht erlebt. - Um noch mal da anzusetzen: Was heißt hier Sicherheitsbedenken? Was heißt hier Röthemeyer? Es hat sich eine dramatische Veränderung hinsichtlich des benötigten Volumens ergeben, und zwar dadurch, dass plötzlich Konrad ins Gespräch gekommen ist. Wenn Sie sich erinnern: Damals quälten sich die Verwaltungen, und es herrschte Krieg zwischen den Beamten in Bonn und in Niedersachsen um das Planfeststellungsverfahren Konrad. Damals quälten sich die Beamten mit dem Planfeststellungsbeschluss herum. Nach Konrad sollten oder sollen 95 Prozent, Volumenprozent, der Abfälle gehen, die ursprünglich mal für Gorleben vorgesehen waren - eine dramatische Begrenzung des Ganzen, und die wurde erstmalig damals in die Diskussion gebracht. Daraus ergab sich, dass wir viel weniger einschlusswirksamen Gebirgsbereich, also Teile des Salzstocks - ich hoffe, ich formuliere das jetzt alles richtig -, brauchten.

Und da erschien mir dieses plausibel, und ich habe mich kritisch - damals auch schon - gefragt: Ist das jetzt richtig, diese Begrenzung? Und für mich war maßgeblich in dem Moment, dass wir nichts aufgegeben haben, gar nichts. Es ist auch nachträglich in den Schreiben an die Bergämter geschrieben worden: Das ist ein erster Schritt, mehr nicht. Und warum sollten wir diesen ersten Schritt, das Nordostfeld zu erkunden, nicht gehen? Was konnte daran falsch sein? Es war sehr wohl möglich, dass anschließend bei der Prüfung der Erkundungsergebnisse sich herausstellt nicht genügend Größe oder auch das, was ich Spiegeltheorie nenne: Kann man wirklich insgesamt Aussagen machen?

Das waren ja alles bis dahin Annahmen, die noch nicht in Gutachten bestätigt waren. Es hatte noch keine Sicherheitsanalyse Gorleben gegeben. Es waren die Ergebnisse ja bis dahin noch gar nicht bewertet worden, und ich habe an anderer Stelle schon mal gesagt: Es war gerade grüne Kritik, dass es eine vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben noch gar nicht gegeben hatte. Das heißt -

(Zuruf der Abg. Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Bitte?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Steiner, passen Sie mal auf. Sie haben jetzt gerade schon einen Nachschlag gekriegt. Den nächsten Nachschlag kriegen Sie erst bei der nächsten Runde. - Bitte, Herr Hennenhöfer.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Dann wollte ich eigentlich nur sagen: Ich kann nichts Falsches daran finden - und ich übernehme diesbezüglich gerne die Verantwortung, und Sie dürfen mich dann auch öffentlich kreuzigen -, was es bedeuten kann, in einer Situation, wo wir plötzlich wissen, wir kriegen Konrad - das war vorher nicht unterstellt worden -, wir brauchen das nicht, wir brauchen Gorleben nur noch für wärmeentwickelnde Abfälle, ein ganz anderes Konzept, wenn Sie so wollen, von der Einlagerungsseite her - - Was kann da Böses sein, in einem ersten Schritt nur den einen Teil zu erkunden und sich den anderen aufzusparen für Entscheidungen zu einem späteren Zeitpunkt? Das kann ich nicht verstehen, was daran kritikwürdig sein sollte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Hennenhöfer.

Wir sind jetzt zu Beginn der fünften Berliner Runde. Angesichts der Tatsache, dass wir vor zwei Stunden ungefähr begonnen haben, wenn man die kurzen Unterbrechungen abzieht, möchte ich einfach von Ihnen aus verfahrenstechnischen Gründen wissen: Wie viel Pause brauchen wir denn, um Ihre Fragen noch insgesamt abzuarbeiten? Lohnt sich noch eine Pause, oder sagen Sie, dass wir jetzt einigermaßen zügig mit den Fragen dann zu einem Punkt kommen? Ich würde Sie ja nie irgendwie drängen wollen, aber ich frage einfach mal so ganz unschuldig: Brauchen wir noch eine Pause?

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wir brauchen keine Pause!)

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich brauche keine.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sie brauchen auch keine Pause. Ja, das ist doch schon mal ganz prima. Dann fahren wir ein-

fach zügig fort in unseren Beratungen. - Herr Dr. Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, vielen Dank. - Herr Hennenhöfer, die Frage Umorganisation im BfS 1996 ist ja hier auch thematisiert worden. Nach dem, was wir hier im Ausschuss bisher gehört haben von den Beteiligten, also insbesondere Herrn Röthemeyer und Herrn Rösel, war diese Umorganisation alleine der Tatsache geschuldet, dass es jetzt auch das Endlager ERAM gab, das mit zu betreuen war, und dass es in dieser Frage dann Auseinandersetzungen innerhalb des BfS gab, die dann letztlich durch die Umorganisation gelöst wurden. Ich frage: Deckt sich das mit Ihrer Erinnerung?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Sie haben jetzt meiner Erinnerung etwas nachgeholfen. In der Tat: Es hatte sich die Zahl der Standorte ja doch erheblich erhöht. Wir hatten den Standort Konrad, wir hatten den Standort Gorleben, und wir hatten den Standort ERAM, und damit stieß man an die Grenzen dessen, was ein Bereich leisten konnte. Der Herr Röthemeyer war vom Naturell her eher wissenschaftlich verortet, ein sehr hochgeschätzter Wissenschaftler. Herr Thomauske war eher ein Praktiker, und seine Fähigkeiten sind dann ja später auch genutzt worden, um die ganzen Zwischenlagerprojekte durchzuziehen. Da hat sich der Präsident entschieden, sozusagen beide haben zu wollen, einen Praktiker und einen Theoretiker. Wir hatten dieser Entscheidung - - Aus Sicht des BMU war diese Entscheidung nicht zu kritisieren. Ich weiß nicht, ob und inwieweit wir überhaupt involviert waren.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Meinen zweiten Punkt mache ich auch wegen der fortgeschrittenen Zeit entsprechend kurz. Es wurde ja hier auch von den Vertreterinnen der Opposition die Tatsache, dass zwischen den beiden Ministergesprächen ja offensichtlich irgendwas passiert sein musste, angesprochen. Wenn man sich die Unterlagen anschaut, stellt man ja fest, dass im ersten Ministergespräch ausdrücklich die Einsetzung von Arbeitsgruppen für die Abarbeitung offener Fragen verabredet war. Der Arbeitskreis „Optimierung der Endlagerung“ hatte in der Zwischenzeit getagt, hatte ein Ergebnis vorgelegt. In MAT A 191, Band 1, Seite 623184 f. hat das BfS ja am 7. Januar 97 im

Vorfeld des zweiten Treffens der Minister Rexrodt/Merkel mit den EVU-Vorständen das Ergebnis zusammengefasst, mit der Aussage, was Gorleben angeht, dass man sich nunmehr auf eine etappenweise Erkundung verständigen solle.

Aus meiner Sicht ist damit ja eine vollständige Erklärung gegeben, wie sich innerhalb dieser Wochen die Entscheidungsfindung abgespielt hat. Deckt sich auch das mit Ihrer Erinnerung, oder was ist Ihre Erinnerung daran?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Paul, ich habe das Problem, dass ich inzwischen fast 25 Jahre Kernenergiegeschichte so quasi überblicke. Wenn Sie mir bitte nachsehen - - Es waren ja ganz, ganz viele Themen. Das führt dazu, dass ich chronologisch nicht mehr jeden einzelnen Sachverhalt sauber auf der Zeitskala so einordnen kann wie Sie, die Sie das jetzt in durchpaginierten Akten sehen. Aber ich denke mal, so ungefähr wird es gewesen sein. Ich habe sozusagen die Strategie versucht Ihnen zu schildern. Für mich hat diese Arbeitsgruppe „Optimierung der Endlagerung“ letztlich das Vorgehen des BMU bestätigt. Ich habe Ihnen gesagt, dass ich keine einzige EVU-gesteuerte Entscheidung des BMU kenne. So etwas hätten wir auch niemals gemacht. Unsere Abteilung hat an dieser Stelle ein großes Selbstverständnis, dass wir unabhängig sind in unseren fachlichen Beurteilungen. Das ist eine Tradition, die sich über alle Abteilungsleiter, würde ich mal auch sagen, hinweggezogen hat. Wir haben keine EVU-getriebene Entscheidung jemals getroffen. Das nehmen wir auch für uns in Anspruch. Das ist unser Selbstverständnis, und das ist das, woran wir uns orientieren.

Dass wir auf der anderen Seite uns sehr wohl mit denen, die - ich darf die jetzt mal so nennen - unsere Kunden sind - - Wir sind ja als Sicherheitsbehörden irgendwo auch Dienstleister. Und wenn wir Endlager bereitstellen, die nach europäischem Recht eigentlich - so ist die Konzeption der Richtlinie - eher den Verursachern zuzurechnen sind in der Errichtungslast, dass wir uns dann mit denen, die das auch alles bezahlen, abstimmen, noch dazu im Umfeld von Konsensgesprächen, was, bitte sehr, ist daran schlecht? Ich kann nur sagen, dass für meine Begriffe die Bundesregierung damals sehr sorgfältig das alles gemacht hat.

Die SPD-Seite hat es viel einfacher gehabt. Die hat sich einfach einen EVU-Manager genommen und hat gesagt: In der Person fließt das alles zusammen. Ich kritisiere das gar nicht. Herr Müller hat sich große Verdienste damals erworben in seinen Bemühungen, einen Konsens zu erreichen. Das fand ich gut. Aber das floss alles in einer Person zusammen, und hier in diesem Ausschuss diskutieren Sie, dass sich zwei Bundesminister mit EVU-Vorständen unterhalten, darüber Protokolle fertigen, dass alles transparent ist. Ich weiß nicht, was es zu kritisieren gibt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Es geht ja nicht darum, dass wir Gespräche kritisieren, Herr Hennenhöfer, sondern es geht darum, dass wir herausfinden, was hinter diesen Gesprächen bzw. was bei diesen Gesprächen herauskam; so würde ich es mal sagen.

Sie waren vorhin etwas verärgert wegen der Schlussfolgerung, dass man dann auch gegenseitige Vereinbarungen, ich habe, glaube ich, gesagt: abgeschlossen hat.

Ich will Ihnen, weil Sie den Kanzleramtsvermerk etwas zweifelnd begleitet haben, einen Vermerk aus dem Bundesumweltministerium verlesen - MAT A 218, Band 8, Paginierung 139 f. -, wo da steht:

In diesem Zusammenhang - -

Also, da geht es um - - Der Vermerk ist vom 17. Januar 97 und betrifft eben auch das vorangegangene Gespräch vom 13.01., und es heißt dort:

In diesem Zusammenhang bemerkte Bundesministerin Dr. Merkel, dass im Falle einer Klagerücknahme seitens der EVU in dem Isar-Amper-Verfahren vollste Übereinstimmung erreichbar sei. Hierzu entgegnete Dr. Majewski,

- in Klammern: Bayernwerk; habe ich dazu jetzt geklammert -

daß eine Einigung möglich erscheine.

Und später geht es weiter:

Zum Endlagerbereich bedankte sich Dr. Hlubek

- von der RWE -

für die Unterstützung durch BMU hinsichtlich des Kostenmanagements bei der DBE und einer Verstärkung von Einflußmöglichkeiten.

Da möchte ich Sie schon fragen: Was ist dies anderes als die Verknüpfung verschiedener Themen und Verhandlungen, bei denen jeder was gibt, und am Ende einigt man sich, und jeder hat auch ein Stück in den Topf gegeben, die Bundesregierung in dem Fall die Kostenreduzierung?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Abgeordnete, Sie wollen auf einen Deal hinaus. Den gab es nicht. Es gab den Versuch, eine gemeinsame Position für die Konsensgespräche zu erreichen; denn Konsens konnte nur dann erreicht werden, wenn nicht nur die Parteien sich einig waren, sondern auch die, um deren Eigentum es ging, nämlich die Unternehmen. Deswegen - manche werden es jetzt nicht mehr hören können - hat Schröder es ganz einfach umgedreht. Er hat gleich nur mit den Unternehmen und nie mit der CDU gesprochen.

(Ute Vogt (SPD): Deshalb sind wir ja auch weitergekommen! - Heiterkeit)

- Ach, das ist ja eine interessante Schlussfolgerung. Also das finde ich bemerkenswert. Finde ich ganz prima.

Es ging darum, eine gemeinsame Position zu erreichen. Wir haben es gar nicht so einfach gehabt. Wenn sich Herr Schröder einen Veba-Vorstand, einen vormaligen, als Berater sucht und sagt: „Das ist mein Chef-Koordinierer“, dann hatte die SPD-Seite es sehr viel einfacher, eine gemeinsame Position mit den EVU herbeizuführen. Wir mussten das förmlich über Gespräche von Ministern bis Vorständen machen, und dort hat es der Veba-Vorstand als Beauftragter des energiepolitischen Sprechers der Sozialdemokratischen Partei, offizieller Beauftragter - - Es gab Schreiben darüber, dass er mandatiert war, dass er die Interessen - - dass er Herrn Schröder beraten durfte. Er war ein sogenannter One Dollar Man. Herr Schröder hat eine Pressekonferenz gegeben, hat ihm eine Mark - war das damals - übergeben. Da lief die Koordinierung lautlos, still, alles in einem Mann.

Wir haben es als Regierung so koordiniert, und das Ziel, Frau Vogt, war, eine gemeinsame Position für einen möglichen energiepolitischen Konsens zu bekommen, und so furchtbar weit weg sind wir von diesem Konsens schließlich auch gar nicht gewesen. Es hing am seidenen Faden. Aber das gehört dann vielleicht nicht mehr in diesen Ausschuss.

Kirsten Lühmann (SPD): Um noch mal das Statement zu machen, was Frau Vogt meint: Üblicherweise wird „Gibst du mir was, gebe ich dir was“ mit „Deal“ bezeichnet. Ich glaube, das war das, was sie meinte.

Ich möchte aber noch mal zurückkommen auf die Frage, warum ging das eigentlich so schnell, und es noch mal verdeutlichen auch für Sie, damit Sie genau wissen, was wir wollen. Es gab einen Vermerk über ein Arbeitsgespräch am 17.12. Das ist MAT A 191 - -

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Welches Jahr?

Kirsten Lühmann (SPD): 96. - MAT A 191, Band 1, Paginierung 623127. Da stand unter anderem drin:

Zur Vorbereitung von Entscheidungsgrundlagen wurde eine Arbeitsgruppe aus GNS, BfS, DBE und BGR gebeten, einen Kostenvergleich zu folgenden Varianten zu erstellen: ...

Also, am 17.12. wurde diese Arbeitsgruppe gebeten, einen Kostenvergleich zu erstellen, und am 07.01.1997, also knapp drei Wochen später - noch mal: es war Weihnachten und Neujahr dazwischen -, ist das Ergebnis schon in einem Schreiben des BfS-Präsidenten Kaul an die Ministerin Merkel dargelegt worden.

Die Frage ganz konkret: Wer hat diesen Druck gemacht? Wer hat angeordnet, dass so schnell dieses Ergebnis vorliegen muss? Denn das ist ja nun nicht eine Berechnung, die ich einfach mal so im Kopf mit Überschlag machen kann.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Abgeordnete, auch wenn Sie es nicht glauben: Mir ist nicht Erinnerung, dass irgendjemand Druck gemacht hat. Wir wollten weiterkommen in diesen Fragen. Wir wollten eine gemeinsame Position erreichen, und ich - mit

Verlaub - halte es auch für gar nicht so schwierig - ich glaube, das schafft ein Beamter in ein bis zwei Tagen -, mal auszurechnen, wie es aussieht, wenn ich auf einen Teil der Erkundung verzichte. Ich glaube, das kann man sehr leicht hochrechnen.

Wir hatten Interesse daran, zu erreichen, dass die Verbündung zwischen Schröder, SPD, und den EVU nicht zu weit ging. Ich will das mal auf diesen Punkt bringen. Dort war eine gewisse Verbindung. Wir wollten uns das nicht ewig vorhalten lassen, dass wir zu viel erkunden, dass es zu teuer ist, dass wir zu viel in Gorleben investieren. Wer da so schnell gerechnet hat - - Alleine die Tatsache, dass der Präsident einen Brief geschrieben hat - das war eher ungewöhnlich -, das führe ich darauf zurück, dass sie sich ganz vielleicht auch in diesen Diskussionsprozess als BfS ein bisschen positiv einbringen wollten. Ich weiß das nicht, kann Ihnen da nicht weiterhelfen. Die von Ihnen vermutete Geheimbündelei hat es nicht gegeben.

Ute Vogt (SPD): Ich hätte noch mal eine Frage zu dem, was Sie vorhin über Herrn Röthemeyer gesagt haben. Sie haben ja seine wissenschaftliche Kompetenz gelobt. Ist Ihnen bewusst, dass Herr Röthemeyer diese Zurseitstellung oder Überstellung von Herrn Thomauske als Degradierung empfunden hat?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich habe im Zuge der Vorbereitung - ich hatte das vergessen - irgendwo etwas gesehen, dass Herr Röthemeyer damals unzufrieden war. Das habe ich auch bedauert damals, weil ich Herrn Röthemeyer immer sehr geschätzt habe. Ich glaube aber, dass es am Ende eine vernünftige Arbeitsteilung war. Einer war für die Grundlagen zuständig, und Grundlagenmenschen sind per se Bedenkensträger - die müssen sozusagen die fachlich reine Lehre vertreten -, und dann gibt es die Machertypen - den Unterschied kennen Sie, glaube ich, auch -, und die müssen Projekte voranbringen.

Ute Vogt (SPD): Welchem Typ ordnen Sie sich zu?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Bitte?

Ute Vogt (SPD): Welchem Typ würden Sie sich zuordnen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ach, das überlasse ich Ihnen, das einzuordnen. - Beides in einem gibt es selten. Es war schade, dass sich Herr Röthemeyer zurückgesetzt gefühlt hat, aber das ist nun mal die Entscheidung des Präsidenten Kaul gewesen. Der fühlte sich wiederum als Wissenschaftler, hat dort eine Entscheidung getroffen, warum auch immer.

Ute Vogt (SPD): Haben Sie solche Entscheidungen abgezeichnet?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich wüsste nicht, in was für einem Verfahren ich so eine Entscheidung abzuzeichnen hätte. Aber ich schließe das auch nicht aus, dass das im Wege einer Informationsvorlage in meine Abteilung gekommen ist. Das weiß ich nicht.

Ute Vogt (SPD): Waren Sie aktiv beteiligt an der Personalveränderung?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nach meiner Erinnerung nicht, aber ich möchte nicht ausschließen, dass irgendwann irgendwer mich darüber informiert hat, gefragt hat, dass es mal einen Informationsvermerk oder irgend so was gab. Das möchte ich nicht ausschließen, aber ich meine nicht, da eingebunden gewesen zu sein. Ich weiß nicht. Es kann sein, dass - - Bei Bereichsleitern im BfS hat das BMU ein Mitspracherecht. Das läuft dann über die Personalabteilung des BMU. Es kann schon sein, dass die Personalabteilung des BMU in diesem Falle dann wieder die Fachabteilung in irgendeiner Weise beteiligt hat. Da das Ganze aber vom BfS ausging - - dass der Präsident die Initiative ergriffen hatte, der Präsident das wollte und das BfS auch belastet war mit diesen Projekten und der Präsident meinte, das wäre die personell richtige Aufstellung, was sollten wir denn dagegen haben?

Ute Vogt (SPD): Ich habe noch eine eher allgemeine personelle Frage, einfach zur Einordnung auch Ihrer Rolle im BMU. Welche Rolle spielt denn die Person des Präsidenten des Deutschen Atomforums, Walter Hohlefeld, in Ihrem Leben?

(Zurufe)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: ... (akustisch unverständlich) Glaubwürdigkeit des Zeugen, oder?

Ute Vogt (SPD): Nein, das ist die Frage nach seiner Rolle im BMU. Schließlich ist er Nachfolger von Herrn Hohlefeld gewesen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Die Rolle von Herrn Hohlefeld in meinem Leben?

Ute Vogt (SPD): Ja. Vielleicht erinnern Sie sich nicht, aber Sie sind zweimal jeweils ihm auf eine Position nachgefolgt, und das finde ich eher ungewöhnlich in einem Berufsleben, dass man mehrfach die Position eines anderen übernimmt, wenn der die Seiten wechselt.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Soll ich ganz vorne anfangen? Soll ich über Geschichten aus der Universität erzählen?

Ute Vogt (SPD): Nein, vielleicht über die beiden Berufe. Ja, woher Sie sich kennen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, doch!)

- Also gut, woher Sie sich kennen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich habe ursprünglich Frau Hohlefeld gekannt und Herrn Hohlefeld erst viel später.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Oh, jetzt wird es spannend!)

- Ja, das können wir alles gerne hier ausführen.

Ute Vogt (SPD): Mich interessieren die dienstlichen Verbindungen.

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Die dienstlichen Verbindungen? Die begannen da, dass ich Leiter der Abteilung war - witzigerweise; vom Begriff her würde man heute den Kopf drüber schütteln -, die Abteilung Wirtschaftspolitik beim Berliner Wirtschaftssenator. Zur Wirtschaftspolitik gehörte damals die Energiepolitik, noch gute alte Zeiten, nicht? Und zur Energiepolitik gehörte - man glaubt es kaum - auch die Reaktorsicherheit, der Berliner Forschungsreaktor.

Ich bin ohne Fachkenntnisse - muss ich sagen - plötzlich mit dem Genehmigungsverfahren über den Berliner Forschungsreaktor konfrontiert worden. In dem Zusam-

menhang bekam ich Kontakt zu Herrn Hohlefeld, der damals Leiter des Referates RS I 1 im BMU war. Da haben wir dann - - Ich brauchte Rat, ich brauchte Unterstützung. Wir waren in Berlin eine selbstständige Behörde unter alliierter Hoheit. Wir unterlagen nicht der Bundesauftragsverwaltung. Wir waren relativ alleine. Wir hatten in den Hauptstädten der Westmächte zu fragen, wenn wir etwas taten. Und da habe ich mir Rat bei Hohlefeld geholt. Über die Frage haben wir uns kennengelernt.

Anschließend ist er zur Gesellschaft für Reaktorsicherheit gewechselt. Das hatte was mit dem Führungswechsel im Bundesinnenministerium zu tun. Das war, glaube ich, der Wechsel von Baum zu - wer war der CSU-Minister dann? -

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU):
Zimmermann!)

- Zimmermann. Danke. Da ist er zur Gesellschaft für Reaktorsicherheit gewechselt. Da war er genau ein halbes Jahr. Dann kam Tschernobyl. Und in der Situation wurde das Bundesumweltministerium, wie Sie wissen, von Helmut Kohl erfunden. Walter Wallmann wurde Bundesumweltminister, und es wurde nach jemandem gesucht, der sich in der Reaktorsicherheit auskannte, und das war Herr Hohlefeld.

Herr Hohlefeld wiederum war ja nun frisch gebackener Geschäftsführer in der GRS und brauchte nun dringend jemanden, der als Nachfolger über die Fähigkeit verfügte - es ging ja um den kaufmännischen Geschäftsführer -, möglichst, sagen wir mal, juristisch-kaufmännisch vorgebildet zu sein. Zweitens: Er sollte möglichst etwas vom Nuklearbereich verstehen. Da ich Leiter der wenn auch kleinen, aber durch den Forschungsreaktor ausgezeichneten Berliner Genehmigungsbehörde war, war ich einer der wenigen - - Und er sollte möglichst Beamter sein, denn die GRS ist eine Staatsorganisation. Also kam ich in Betracht. Er hat mich empfohlen. Der Aufsichtsrat hat mich damals gewählt. Danach war ich, wie ich Ihnen geschildert habe, sieben Jahre Geschäftsführer der GRS, und Herr Hohlefeld wechselte in den Veba-Konzern.

Warum Herr Töpfer mich nun ausgewählt hat, das müssen Sie besser Herrn Töpfer fragen. Ich glaube aber, man könnte sagen, dass der Kreis der potenziell infrage kommenden vielleicht auch nicht so riesengroß war. Weiß ich nicht. Wer macht diesen Job

schon gerne? Wir haben über seine Nachteile ja gerade gesprochen. Und man hatte festgestellt, dass ich in der GRS alles mitbekommen hatte, was technisch und fachlich lief, und vor diesem Hintergrund - - Außerdem war es so - das ist nun noch eine Arabeske -, dass ich planstellenmäßig - ich war immer beurlaubter Beamter - im BMU geführt wurde. Es war also auch sozusagen administrativ, und darum ging es: Drei Monate vor der Bundestagswahl 94 sollte das gut laufen. Da hat Herr Töpfer gesagt: Den Hennenhöfer nehmen wir.

So bin ich ins Bundesumweltministerium gekommen. Herr Hohlefeld war ausgeschieden, und er beriet dann die Unternehmen. Ja, das ist die Situation.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herzlichen Dank. Da haben wir doch alle noch was gelernt. - Frau Kollegin Brunkhorst, haben Sie weitere interessante Fragen an Herrn Hennenhöfer?

Angelika Brunkhorst (FDP): Nein, ich habe keine weiteren interessanten Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, dann versuchen wir es mit Frau Kollegin Möller.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich habe noch weitere Fragen.

Herr Hennenhöfer, ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie auf meine Frage zu dem überdimensionierten, für eine Erkundungsaussage überdimensionierten Bau von Gorleben nichts sagen wollen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Hat er schon!)

zu dem sich ja so unterschiedliche Personen wie Trittin und die EVU geäußert haben. - Nein, er hat sich dazu inhaltlich nicht geäußert.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Mache ich sofort. Warten Sie es ab!

Kornelia Möller (DIE LINKE): Er hat etwas zum Schwarzbau als Begriff ausgeführt, was sicherlich auch sehr interessant gewesen ist. Gut, also ich habe das zur Kenntnis genommen.

Ich würde deshalb mit einem anderen Vorhalt weitermachen, und zwar geht es da

um ein Schreiben vom 19. Mai 1995 vom Referat RS III 6, RS III 6-15700/3 an Frau Ministerin über Herrn Staatssekretär Jauck, Herrn Abteilungsleiter RS, Herrn Unterabteilungsleiter RS III - 136, Band 8, Paginierung 267143 -: „Vorsorgliche Untersuchung von Ersatzstandorten für Gorleben“. Auf diesen Vermerk sind mit roter Farbe und handschriftlich Anmerkungen geschrieben worden. Vermutlich stammen sie von Staatssekretär Jauck. Ich zitiere:

ALRS

- in Klammern: Abteilungsleiter Reaktorsicherheit, also Sie -

hofft, daß die Sache den Kreis der Gesprächsteilnehmer nicht verläßt. Da das aber in Bonn nicht auszuschließen ist, habe ich mit Frau Sahler

- in Klammern: Pressesprecherin -

wegen einer Offensiv-Presse-Strategie gesprochen. Frau Sahler steht auch in Kontakt zu ALRS.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Da ist die Frage zum einen: Warum hatten Sie eigentlich Bedenken, es könnte in Bonn undichte Stellen geben, und warum sollten dann die Ergebnisse der Studie den Kreis der Teilnehmer nicht verlassen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, Frau Möller, da Sie behauptet haben, ich hätte mich inhaltlich zum „Schwarzbau“ nicht eingelassen, muss ich darauf verweisen, dass ich Ihnen bereits gesagt habe - aber das war auf eine ganz andere Frage -, dass beim Niederbringen der Schächte nach meinen Informationen - ich bin kein Techniker - sehr wohl in der Tat Rücksicht genommen worden ist auf das, was man später dort vorhat. Man hat die Schächte in einer größeren Dimensionierung wohl niedergebracht, als man es nur zum Erkunden gebraucht hätte. Das hat aber damit zu tun - so ist es mir erklärt worden; zumindest habe ich es so in Erinnerung -, dass ein Schachtnachschneiden problematisch, ja sicherheitstechnisch sogar bedenklich ist, sodass es richtig war, dass man die Schächte in der Erwartung, dass möglicherweise der Standort geeignet sein könnte, gleich in der richtigen Dimensionierung vorgenommen hat.

Der zweite Punkt ist die Frage: Warum sind die Strecken in dieser und keiner anderen Größe ausgeführt worden? Mir ist gesagt worden, das hätte etwas mit der Wetterführung zu tun, und mir ist gesagt worden, das hätte auch etwas mit den Erkundungsfahrzeugen, die gebraucht werden - den großen Bohrwagen und Ähnlichem - zu tun.

Im Übrigen möchte ich mal dazusagen: Das ist doch wohl in der Hand desjenigen, der Erkundungslast hat, dass er sich überlegt, wie groß er die Dinge dimensioniert. Und die Überdimensionierung hat Geld gekostet. Insofern ist Ihre Argumentation an dieser Stelle auch nicht so ganz richtig schlüssig.

Zweitens. Wir kommen jetzt zu diesem bunten Vermerk hier. Da ging es ganz offenbar um die Vorlage, um die Veröffentlichung der BGR-Studie. Wie Sie wissen, ist sie veröffentlicht worden. Niemand hatte die Absicht, sie geheim zu halten.

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Ach!)

- Ach, Frau Möller. Das finde ich jetzt merkwürdig. - Es ging ausschließlich um die Frage: Wie haben wir - - So ist das doch immer bei Veröffentlichungsvorgängen, und so geht das bei Ihnen wie überall in allen politischen Lagern: Es gibt vorher Indiskretionen, es kommt in die Medien, und man gerät in die Defensive. Hier hat mich - so nehme ich das mal an - der Staatssekretär in Sorge angerufen und hat gesagt: „Hennenhöfer, das Papier ist jetzt hier schon sehr weit verbreitet zwischen - - ich glaube, es sind ja nicht nur wir, BMWi, BGR. Was machen wir denn, wenn das morgen früh in der Zeitung steht?“ Und der Sturm der Entrüstung, der wurde doch erwartet von all diesen Standorten, die plötzlich ins Visier kamen. Saldenburger Granit, und welche Standorte es gab, Fichtelgebirge. Wer immer Granit in Deutschland unter seinen Füßen hatte, der war doch in Sorge.

Da habe ich a) - was sollte ich denn tun? - meinen armen Staatssekretär zu beruhigen versucht, habe gesagt: „Na ja, ich hoffe doch, dass es noch nicht so weit rum ist. Ich werde aber mal vorsorglich mit der Pressesprecherin sozusagen sprechen, damit wir eine Notstrategie haben für den Fall, dass es doch rauskommt.“ Ich würde mal sagen, das ist Alltag. So was spielt sich jeden Tag in einem Ministerium ab.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Können Sie dann diese Offensivstrategie, die dann durchgeführt wurde, noch mal genauer erklären?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ja, wir haben die Presse nicht in die Bundespressekonferenz, sondern in den damaligen Bonner Presseclub eingeladen, ein schrecklicher Neubau, irgendwo im Johanniterviertel. Ich erinnere mich an einen Saal, der zu klein war und wo Frau Merkel saß. Ich glaube, es war BGR, die Verfasser der Studie, auch dabei, und BMWi ist ganz bestimmt dabei gewesen. Wir haben versucht, die Studie zu erklären. Es ist darüber berichtet worden, in den Medien breit, und anschließend hat die Deutsche Bundespost viel Geld verdient an den Briefen, die wir alle bekommen haben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen?

Kornelia Möller (DIE LINKE): Erst mal nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann geht das Fragerecht jetzt an die Grünen. Bitte.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön, Frau Vorsitzende. - Herr Hennenhöfer, ich muss noch mal zurück zu der Veränderung des Erkundungskonzepts, weil was Sie uns jetzt die ganze Zeit erzählen, ist ja irgendwie so ein bisschen die Softvariante: Das kam so irgendwie. Da kam so ein Vorschlag, was war denn da Böses dran? Es hat doch allen irgendwie gut gepasst. Da gab es gar keinen Druck usw. - Also, ich weiß ja auch, dass man in der Erinnerung manches verklärt; aber das kommt mir jetzt doch ein bisschen sehr soft vor und hat eigentlich auch keine - - passt nicht zu den Rollen, die eigentlich dort vertreten waren in Gestalt von EVU und Ministern usw. Ich glaube nicht, dass Sie sich da nur zum Kaffeekränzchen getroffen haben.

Ich will Ihnen jetzt noch mal kurz die Abfolge geben, weil Sie auch immer sagen: Diese Gespräche gab es schon lang, die Überlegungen gab es schon lang, ob man nicht nur den einen Teil, nur die Nordostflanke, erkundet. - Ja, die gab es schon lang, aber die wurden immer wieder verworfen.

Ich will Ihnen noch mal ganz kurz ein paar Zitate geben: Am 03.12.96 gab es eine Ministervorlage für Frau Merkel vom BMU, von Herrn Kühne geschrieben. Da wird noch mal der Sachstand der Bemühungen zum Erwerb der Salzrechte und der Rechtslage dargelegt, und da steht wörtlich:

Die bisherigen Planungen zur Erkundung und Einrichtung eines Endlagers gehen von der Erlangung aller Salzrechte aus. Auch die Aussage einer untermauerten Eignungshöflichkeit ist darauf gegründet.

So, das war Anfang Dezember 1996.

Dann haben wir zwei Tage später das Ministergespräch mit den EVUs. Da haben wir dieses Protokoll von Herrn Kienle - das ist schon ein paar Mal zitiert worden -: Beide Seiten stimmten überein, die erforderlichen Untersuchungen so kostengünstig wie irgend möglich. Also, das prioritäre Interesse der EVU war: Wir müssen die Kosten optimieren. Das muss alles billiger werden. - Und die EVU, Herr Hennenhöfer, hatten Sie da in gewisser Weise in der Hand; denn nicht die EVU waren von Ihnen abhängig, sondern umgekehrt. Denn Sie, die Bundesregierung, das BMU, war zuständig für Fortschritte in der Entsorgung. Und wenn Sie die nicht hätten leisten können und daraufhin keine neuen Genehmigungen hätten erteilt werden können oder AKW hätten abgeschaltet werden müssen, dann wissen Sie genau, was auf Sie zugekommen wäre: massive Schadenersatzforderungen. Also insofern waren nicht Sie der Starke, der da irgendwie den EVU vielleicht entgegenkam, sondern die waren die Starken in diesen Gesprächen.

Dann haben wir das Nächste: 17.12. Da haben wir die Vorbereitungsbesprechungen mit den EVU. Da nehmen vom BfS Herr Thomauske und Herr Rösel teil und stellen - oh Wunder! - zum ersten Mal das neue Konzept der alleinigen nordöstlichen Erkundung vor. Also, eine gute Woche später oder zwei Wochen, zwei knappe Wochen, nachdem klar war, es muss so kostengünstig wie irgend möglich laufen. Laut dem Protokoll - auch wieder von Herrn Kühne - steht da noch mal:

Die EVU präferieren jedoch Unterbrechung, bis alle Salzrechte vorliegen.

Also das Druckmittel: Wir können auch unterbrechen. Wir müssen nicht mitmachen, was ihr sagt.

Dann haben wir hier vom RWE den Vermerk, der sich darauf bezieht, zwei Tage später. Da schreiben die:

Im Gegensatz zu allen bisher abgegebenen Erklärungen hält BfS nunmehr

- unterstrichen! -

die Erkundung der weitestgehend bergfreien Nordostflanke des Salzstockes für ausreichend.

Die haben sich sehr darüber gewundert. Weiter unten noch mal:

Bewertung des Gesprächsergebnisses abschließend: BMU, BfS lassen nichts unversucht, die Projekte Gorleben und Konrad weiterzuführen wie vorgesehen. Dabei weicht das BfS bezüglich des notwendigen Erkundungsumfanges Gorleben vollständig von der bisherigen Strategie ab. Die Erfolgsaussichten bezüglich der schnellen Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Enteignung werden von den EVU sehr skeptisch beurteilt.

Also, das war eine neue Strategie, die für die EVU überraschend kam, die für alle überraschend war, außerhalb vielleicht einiger im BfS, die darüber schon ab und an geredet hatten.

Dann jetzt noch -- Ach nein, vielleicht noch, worauf sich Herr Paul vorhin bezogen hat: den Brief von Herrn Kaul an Frau Merkel. Auch da ist nämlich ein ganz wichtiger Punkt:

Die von mir vorgeschlagene zügige Erkundung nur des nordöstlichen Teils des Salzstockes führt zu der unter Kostengesichtspunkten günstigsten Lösung ...

Auch da wieder: Kostengesichtspunkte. Es ging um Kostenoptimierung, weil das genau das war, was die EVU von Ihnen wollten, und Sie wussten, dass die EVU letztlich am längeren Hebel sitzen.

Und jetzt haben wir am 08.01.1997 die Vorbereitungsbesprechung mit den EVU. Ergebnisvermerk vom 20.01.1997 - als Teilnehmer Herr Thomauske, Herr Rösel und Herr Matting -, und da haben wir dann:

BfS/BGR sind der Überzeugung, daß die Erkundung des nordöstli-

chen Teils des Salzstockes durch die bisher noch nicht erworbenen privaten Salzrechte nicht behindert wird und eine Eignungsaussage auf der Basis dieser Erkundung machbar sein wird.

Da zweifeln die EVU aber immer noch. Das steht dann auch da:

EVU zweifeln an der Belastbarkeit einer solchen Eignungsaussage.

Aber Sie sind einen Schritt weiter, und Sie haben ja dann diesen Brief ans Bundesamt für Strahlenschutz geschrieben und sich bedankt. Unter dem Betreff „Optimierung der Endlagerung“ bedanken Sie sich eben - ich zitiere -:

Durch Ihre zügige Erarbeitung und Darstellung der Sitzungsunterlagen insbesondere der Kostenbetrachtungen zu den im Gespräch am 17. Dezember 1996 besprochenen Alternativüberlegungen bei den Projekten Gorleben und Konrad konnten die Besprechungen mit den Energieversorgungsunternehmen am 8. Januar und 13. Januar 1997 erfolgreich geführt werden.

Dann fügen Sie diesen Ergebnisvermerk und dieses Protokoll bei, und dabei steht noch mal:

BMU, BfS bekräftigen erneut ihre Bereitschaft, auch weiterhin über mögliche Einsparpotentiale und Optimierungsmöglichkeiten mit den EVU zu sprechen.

Das war die Leitlinie: die Kosteneinsparungen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, mit Verlaub, Frau Kotting-Uhl, auch jetzt könnte ich mal ärgerlich werden. Sie unterstellen uns permanent irgendetwas. Dagegen bin ich wehrlos.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt auch.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein, es ist nicht wahr.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe zitiert.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich habe Ihnen gesagt, dass die EVU insgesamt na-

türlich nach Kostensparungsmöglichkeiten gesucht haben, selbstverständlich. Das war ein Stück weit in der Monopolwelt sogar ihre Pflicht, weil sie Kosten umgelegt haben, und es war später in der Wettbewerbswelt für sie vielleicht eine Notwendigkeit; das kann ich nicht beurteilen. Punkt eins.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und Sie sind ihnen entgegengekommen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Lassen Sie ihn doch mal ausreden!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Lassen Sie Herrn Hennenhöfer doch im Zusammenhang antworten.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich habe Ihnen gesagt, dass ich, als ich neu ins Amt kam, diese Diskussion vorfand, die Frage: „Was braucht man, was braucht man nicht für die Erkundung?“, und wir dann festgestellt haben, es könnte mit dem Nordostfeld gehen und es könnte bei dieser Gelegenheit sogar zunächst einmal Geld eingespart werden. Insofern weiß ich nicht, warum ein Entscheidungsprozess, der in diesen Tagen dann vollzogen worden ist, in irgendeiner Weise anrühlich sein sollte. Wenn ich Ihre Haltung einnehme, dann darf so ein Ministerium gar nichts entscheiden, höchstens alle zehn Jahre mal, nachdem es ewig diskutiert hat.

Also, ich verstehe überhaupt nicht, und ich weiß auch nicht, was an der Erkundung des Nordostfeldes - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist die Frage, was die Prämisse bei den Entscheidungen ist.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich weiß nicht, was an der Erkundung des Nordostfeldes Böses sein soll. Und es steht jeder Bundesregierung frei, das Südwestfeld erkunden zu lassen. Nichts ist verbaut, nichts ist entschieden. Nichts ist in irgendeiner Weise infrage gestellt worden.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir reden von dem, was Sie damals getan haben, nicht, was jede folgende Bundesregierung machen kann.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Noch mal: Wir haben eine Prioritätsentscheidung ge-

troffen, nachdem wir konfrontiert waren mit Vorwürfen, überzogene Endlagerplanungen zu haben. Das war der Vorwurf von der Opposition, und diesen Vorwurf - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und von den EVUs. Es wird alles zu teuer.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ja, dass die miteinander gesprochen haben und, durch Herrn Müller verbunden, gemeinsame Positionen hatten, habe ich Ihnen doch versucht darzulegen, ohne Beteiligte irgendwie zu inkriminieren.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja ein Ablenkungsmanöver; das wissen Sie genau.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich mache keine Ablenkungsmanöver.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich schildere Ihnen die damalige Situation. Und in der damaligen Situation, wo wir konfrontiert waren mit dem Vorwurf, zu viel Endlagervolumen zu erkunden, und gleichzeitig möglichst zügig vorankommen wollten, kann es doch kein Fehler gewesen sein, die Erkundung in einem ersten Abschnitt auf einen Bereich zu beschränken. Wer mir das vorhalten will, den kann ich - mit Verlaub - nicht wirklich ernst nehmen.

(Dietrich Monstadt (CDU/CSU):
Hört! Hört!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit haben wir die sechste Berliner Runde erreicht. Das Frage-recht geht an die Union. - Die schüttelt den Kopf. Die SPD?

Ute Vogt (SPD): Nein, im Moment keine Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Auch keine Fragen. Die FDP? - Auch keine Fragen. Dann die Linken.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Hennenhöfer, ich muss noch mal auf die Sitzung im Presseclub zurück-

kommen. Meine Frage: War das im August, am 28.08. - können Sie sich noch erinnern?, - oder war das zu einem anderen Termin, vorher, nachher?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ach nein, also, vor 17 Jahren habe ich den Kalender wirklich nicht mehr so im Kopf, wie Sie es gerne hätten.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Schade auch, aber verständlich.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Finde ich auch, ja.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Ist in Ordnung. Gut. - Aber Sie haben dann ja ausgeführt, da kamen danach dann Wäschekörbe voll Post. Das heißt, diese politische Unruhe, dass die entsteht, das hatten Sie dann doch auch richtig eingeschätzt. War es denn nicht so, dass damals aus Richtung der SPD eine Alternativensuche angeregt wurde? Da ging es ja vor allem um die Suche zusätzlicher Standorte, um am Ende einen Vergleich eben unter Einbeziehung von Gorleben durchführen zu können. Der Vorschlag kam, meine ich, im Februar 95. Im Mai sind Ihnen dann diese Studien augenscheinlich zu heiß, weil sie in einem Anfangsstadium dann bereits erste Daten liefern für eine solche Alternativensuche. War es vielleicht so?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, ich wehre mich gegen derlei Unterstellungen. Das möchte ich sehr deutlich sagen. Die Studien waren, groß angekündigt, von meinem Amtsvorgänger bzw. der Vorgängerregierung in Auftrag gegeben worden. Jeder wusste, dass diese Studien liefen. Es ging doch nur darum, wann sie in welcher Form veröffentlicht werden. Es wäre doch völlig abwegig, die Vorstellung, diese Studien nicht zu veröffentlichen.

Zweitens. Ich bin in der innerparteilichen Diskussion der SPD damals jetzt gedanklich nicht so zu Hause. Ich glaube, die Vergleichsthese, Endlager müsse durch Vergleich ermittelt werden, ist eher aus der grünen Ecke da - Intac Hannover oder so etwas - gekommen. Das war die Brutstätte dieser Gedanken. Die SPD hatte einen relativ - - Ich glaube, außer in meiner Wahrnehmung war eigentlich außer Niedersachsen - - habe ich so explizite SPD-Positionen nicht in

Erinnerung. Ich möchte darüber aber wirklich nicht referieren, weil ich das nicht so im Blickfeld gehabt habe. Es ging ausschließlich darum, wie die ganze Sache veröffentlicht wird, und es ist nie die Absicht damals erklärt worden, Vergleichsstandorte zu finden. Darum ging es nicht. Es ging um die Frage: „Ist die Bundesregierung sozusagen abhängig von Gorleben?“, weil es in Deutschland nur einen einzigen Salzstock gibt, der infrage kommt und der nun auf Biegen und Brechen zum Endlager gemacht werden muss. Das waren doch die Vorwürfe, und diesen Vorwürfen wollte man dadurch entgegen, dass man sagte: Wir haben in Deutschland noch viele Salzstöcke. Wir haben aber auch Granit und andere Formationen, und selbstverständlich wird man bei einem weiteren Schritt diese Formationen in den Blick nehmen.

Ich würde auch nicht mal ausgeschlossen haben - aber das ist rein spekulativ -, dass man nach dem Ende der Erkundung - und das wäre in meinen Augen ein richtiger Zeitpunkt - durchaus noch mal diskutiert hätte: Jetzt haben wir Erkundungsergebnisse für diesen einen Salzstock, und das wäre für mich der richtige Meilenstein, dann zu sagen: Wie ist es denn? Jetzt sind Jahrzehnte ins Land gegangen, jetzt wissen wir mehr. Jetzt gucken wir uns andere Standorte an.

(Dr. Matthias Miersch (SPD): Das wäre ja noch besser gewesen!)

- Bitte? Herr Miersch.

Also, ich weiß nicht, was hier in irgendeiner Weise anrühlich gewesen sein sollte. Wir haben transparent gearbeitet. Ich habe Ihnen unsere Strategie klar auf den Tisch gelegt. Ich habe die gesamte Situation analysiert, und ich wehre mich gegen die Unterstellungen, die Sie hier versuchen.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Herr Hennenhöfer, ich hatte gar nicht vor, Ihnen etwas zu unterstellen. Ich möchte mein Bedürfnis nach Erkenntnis ausbauen und stelle Ihnen zu diesem Zweck Fragen. Aber gut; machen wir doch einfach weiter.

Die BGR hatte 95 empfohlen, sich Reservesalzstöcke für Endlagerzwecke zu sichern. Unter MAT A 166, Band 6, Paginierung 8, steht das. Die Ressorts schlossen sich dieser Meinung an, und die Frage noch mal: Waren Sie auch dieser Meinung?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich habe den Gedanken verschiedentlich in die Dis-

kussion gebracht, ob wir nicht so etwas wie eine Sicherung potenzieller alternativer Standorte machen sollten, auch als ein Zeichen, Frau Möller, dass wir es ernst meinen mit der Tatsache, dass wir nicht nur von Gorleben abhängig sein wollten. Für mich hat der Gedanke fachlich viel Charme gehabt, weil ich keine Abhängigkeit von Gorleben wollte, und er hatte für mich den politischen Charme, dass wir das auch nach außen zeigen konnten. Das hätte allerdings bedeutet, dass wir diese Standorte hätten identifizieren müssen. Ich fürchte - ich weiß es nicht genau -, dass am Ende auch die politische Kraft fehlte, um das dann in die Realität umzusetzen. Aber ich fand diesen Endlagerstandortsicherungsgedanken gut, und ich hätte auch die Alternativenbetrachtung vielleicht in einen solchen Gedanken dann irgendwo mit einfließen lassen - - mir vorstellen können, dass er mit einfließt.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Also, dann spielt der Begriff Glaubwürdigkeit auch da eine gewisse Rolle.

Aus Niedersachsen kam ab 96 der Wunsch, Gorleben eben in diese Salzstudie nachträglich mit einzubeziehen. Da gibt es ausführlichen Schriftwechsel mit BMWi und BMU, und man erbat sich Einsichtnahme in die Quellen. Meine Frage: Ist Ihnen dieser Wunsch aus Niedersachsen bekannt, und - wenn ja - erinnern Sie sich, woran es damals scheiterte, diesem Wunsch nachzukommen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Könnten Sie uns da noch mal die Quelle angeben, bitte?

Kornelia Möller (DIE LINKE): Entschuldigung. MAT A 166, Band 6, Paginierung 9.

(Dietrich Monstadt (CDU/CSU):
Was ist das für ein Schreiben?)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, was ist das für ein Schreiben? Das ist zwar eine hübsche Quelle, aber letztendlich haben Sie nur das Zitat geliefert und nicht den Hintergrund.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Da muss ich kurz gucken. - Wie ich sagte: Das ist ein Schriftwechsel zwischen Niedersachsen und BMU.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Zwischen wem denn jetzt?)

- Aber Sie kriegen es nachgeliefert, Herr Grindel.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das geht ja nicht! Sie müssen doch mal sagen, von wem es kommt! Niedersachsen kann auch sein - was weiß ich? - Greenpeace Ortsgruppe Lüchow! Ja, von wem denn aus Niedersachsen?)

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Bekommt Frau Möller jetzt eine Antwort von mir oder - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wie soll der Zeuge denn darauf antworten? Er weiß doch gar nicht, worum es geht!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es wäre schon schön, wenn wir den konkreten Rahmen für dieses Zitat bekommen würden. Wenn der Zeuge den hat, dann kann er zu der Frage antworten.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Dann müssen wir einen kleinen Moment warten. Die Kollegin sucht es gerade raus.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das machen wir ja gerade.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich versuche es mal, ohne den konkreten Rahmen zu kennen. Unser Ziel war - das war die erklärte Strategie, und ich habe sie damals für richtig gehalten; ich finde auch heute nichts Schlechtes daran -: Wir müssen zunächst einmal die Erkundung Gorleben zu einem Abschluss bringen, der uns erlaubt, die Eignung des Standortes prinzipiell zu beurteilen, ja oder nein. Versuche, bereits während der laufenden Erkundung, die ja in unseren Augen kein Jahrhundertwerk war, sondern ursprünglich ja schon in den 80er-Jahren abgeschlossen sein sollte, jetzt über Alternativen zu diskutieren, hätten in unseren Augen nur dazu geführt, dass die Erkundung dann wieder infrage gestellt worden wäre. Wir wollten diese Erkundung abschließen, und dann wollten wir weiter diskutieren in einem fairen, transparenten Prozess. Ich habe Ihnen ja gesagt: Erkundungsmoratorium nein, Errichtungsmoratorium ja. Das war ein Grundgedanke: Eine Aufgabe mal erledigen, gucken, wie es vor der Hacke aussieht.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Jetzt haben wir die ganzen Dokumente.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt ist Ihre Fragezeit zunächst wieder abgelaufen. Das ist einfach so.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie wollte nachliefern, von wem es kommt!)

Kornelia Möller (DIE LINKE): Ich wollte nur nachliefern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Entschuldigen Sie bitte. Da habe ich nicht aufgepasst.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Also, es war tatsächlich das Bundesministerium für Wirtschaft vom 18. Juni 97, MAT A 163, Band 3, Paginierung 150. Es war das niedersächsische Umweltministerium vom 28.01.97. Das ist MAT A - kann ich nicht lesen, okay -, auf jeden Fall die Paginierung 152.

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

Dann haben wir eine Anlage zu diesem Schreiben: „Erforderliche Informationen zur Einbeziehung Gorlebens“. Dann haben wir wieder das Bundesministerium für Wirtschaft vom 8. Januar 96. Dann haben wir Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe anhängend, und wir haben auch noch ein Fax an Herrn Professor Dr. Langer im Hause und noch ein Schreiben vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, MAT A 163, Band 3, Paginierung 165.

Ich kann Ihnen das gerne übergeben, wenn Sie es haben möchten. Wie gesagt, es waren diverse Schriftstücke, sagte ich ja bereits, in einem ausführlichen Schriftwechsel.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Sind wir damit zufrieden?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie wollten zwei Jahre nach dem Ende der Studie das noch feststellen, oder wie?)

- Herr Kollege Grindel, das würden Sie gleich am besten in der nächsten Berliner Runde

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe ja nur gefragt!)

dann noch mal infrage stellen und versuchen, aufzuklären, wenn Sie möchten. - Ansonsten hat das Fragerecht jetzt Frau Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe auch noch Fragen, leider. Es ist der Fluch der Berliner Stunde, dass die Fraktionen mit den sieben Minuten Fragezeit am Ende einfach immer noch sehr viele offene Fragen haben.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ja, ist ja auch alles offen, ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist manches an Ihren Antworten noch offen, zum Beispiel die Behauptung, dass es alles immer mit der Volumenverringerung zu tun hatte, 97. Das ist unglaublich; denn die Volumenverringerung war 91 bereits bekannt. Es gab 91, es gab 93 Besprechungen im BfS, und immer hat man das verworfen, diese alleinige Teilerkundung des Nordostens, und zwar aus Gründen der Sicherheit. Ich gebe Ihnen eine MAT-Nummer dafür: MAT A 126, Band 19. Da war eine gemeinsame Sitzung von BfS, BGR und IEAL - ich weiß nicht, wie man die ausspricht - am 30.05.1991. Auch da hat man die Möglichkeit der alleinigen Teilerkundung wegen der fehlenden Salzrechte und wegen des verringerten Volumens wieder geprüft, und genau wie auch später 1993 hat man von dem Plan aus Gründen der Sicherheit Abstand genommen. Das ist ja auch der Grund, warum die bergbaufachliche Person das nicht wollte. Die bergbaufachliche - -

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein, das ist so nicht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, das ist der Grund, -

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein, das ist alles falsch.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - weil es geologische Gründe waren, weil man nicht wusste, wo der Hauptanhydrit ist, und nicht wusste, ob man die Sicherheitsabstände einhalten kann. Deshalb hat Herr Wosnik davor gewarnt. Der Hinter-

grund, die Begründung, die originäre Begründung für diese Verschiebung des Konzeptes ist nicht die Volumenverringerung, sondern es ist die Kostenverringerung. Das ergibt sich aus dem Ganzen relativ schlüssig. Alles andere sind Scheingefechte; es tut mir leid.

Ich will Ihnen auch jetzt noch einen Vorhalt machen und Sie fragen, wie stark man Herrn Wosnik und seine Zweifel ignoriert hat; denn ich glaube, dass auch ein Mitglied des BMU, das hier ausgesagt hat, sich da zu einer Unwahrheit dem Ausschuss gegenüber hat verleiten lassen, was wir damals noch nicht übersehen konnten, weil wir dieses Protokoll des BMU, auf das ich vorhin schon hingewiesen habe, von der Besprechung am 20.01.1997 noch nicht hatten.

Herr Bloser hat hier im Ausschuss zu Protokoll gegeben, die Beschwerde von Wosnik sei ihm nicht bekannt gewesen und er brauchte diese auch nicht zu kennen. Ich gebe es Ihnen ganz wörtlich aus dem Protokoll. Es war während der Befragung von Frau Vogt, und es ging darum: Warum wurde Herr Wosnik da nicht einbezogen von Herrn Thomauske in diese Entscheidung? Warum wurden seine Zweifel ignoriert? Und Herr Bloser sagte:

Ich weiß nicht, weshalb er

- also Herr Thomauske -

ihn nicht einbezogen hat. Herr Wosnik war der von den Bergämtern, Bergbehörden anerkannte fachkundige Mann, der natürlich hier gefordert war durch das Berggesetz. Andere Leute hatten das nicht, zumindest nicht „per Geburt“, weil sie keine Bergbaukunde studiert hatten. Herr Wosnik hatte das.

Also, auch Herr Bloser bestätigt: Ja, der hätte eigentlich beigezogen werden müssen. Das war der mit der Entscheidungskompetenz.

Später fragt Frau Vogt dann in der Befragung:

War es Ihnen bekannt, dass Herr Wosnik grundsätzlich Bedenken hat ... dass man die Erkundung auf den nordöstlichen Teil konzentriert ohne die weiteren Salzrechte? Waren Ihnen diese Bedenken von Herrn Wosnik damals bekannt?

Dann ging es ein bisschen darum, ob das grundsätzliche oder spezielle Bedenken waren. Frau Vogt fragt dann noch mal:

Aber die waren Ihnen bekannt damals?

Und Zeuge Dr. Bloser antwortet:

Nein. Brauchte ich auch nicht zu wissen. Ich wusste ... nichts von dem Vermerk.

Er sagte nicht: Ich erinnere mich nicht. Er sagte:

Nein. Brauchte ich auch nicht zu wissen. Ich wusste auch nichts von dem Vermerk.

Nun haben wir, was ich heute schon eingeführt habe, diese Besprechung im BMU gehabt am 20.01.1997, an der Herr Bloser teilgenommen hat und an der Herr Wosnik teilgenommen hat und in der Herr Wosnik seine Bedenken geäußert hat. Und jetzt sagen Sie mir, warum in dieser Konsequenz Sie im BMU diese Zweifel von Herrn Wosnik einfach beiseitegelegt und ignoriert haben.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Kotting-Uhl, ich protestiere verschärft gegen Ihren Duktus, dass ich irgendetwas beiseitegelegt und ignoriert habe.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine die ganze Abteilung.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Das ist wieder eine der böswilligen Unterstellungen, die ich leider von Ihrer Seite immer wieder erleben muss. Das lasse ich mir nicht gefallen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann führen Sie den Gegenbeweis, dass Sie die Bedenken angehört haben.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was ist das für eine Art? Das müssen Sie doch beweisen!)

- Wir sind hier in einem Untersuchungsausschuss und nicht beim Kaffeekränzchen. Das hat sich zwischendurch so angehört, ja.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wie soll er das denn beantworten? Das ist doch abwegig! - Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Das ist ein Zeuge!)

Ich habe Ihnen eine Beweisführung vorgelegt: Herr Wosnik war im BMU. Davon wussten Sie vielleicht nichts, von dieser Besprechung, -

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Eben.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aber Sie haben ja vorhin gesagt, Sie konnten sich hundertprozentig auf die Loyalität Ihrer Untergebenen verlassen. Herr Bloser war bei diesem Gespräch mit Herrn Wosnik zugegen -

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und hat die Zweifel gehört, hat aber hier im Ausschuss zu Protokoll gegeben: Nein, kannte ich nicht, musste ich auch nicht. Ich kannte den Vermerk nicht. - Dabei hat er ihn persönlich gehört im BMU.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, erstens mal habe ich die Aussage des Herrn Bloser nicht zu bewerten.

Zweitens. Ich habe meine Entscheidungen getroffen, gestützt auf die Informationen, die ich von meinen Mitarbeitern bekommen habe. Im Zweifel - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben nicht alle bekommen, wollen Sie damit sagen? Herr Bloser hat Ihnen die Informationen nicht gegeben?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Lassen Sie Herrn Hennenhöfer jetzt bitte ausreden.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Kotting-Uhl, wenn ich alle Informationen bekomme, die alle meine Mitarbeiter haben, müsste ich mich verhundertzwanzigfachen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht um relevante Informationen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Bitte?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht um relevante Informationen, die Sicherheit betreffend.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein, es geht nicht um relevante Informationen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war die bergbaufachliche Person.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Das ist ein Unsinn.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war die entscheidende Person.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein, ich habe Ihnen jetzt eine Antwort zu geben.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Das ist ein Unsinn. Es geht eben nicht um Sicherheit. Es geht um die Frage, wie wir an die Fakten kommen, die wir brauchen, um später eine Eignungsbeurteilung zu machen, nichts anderes: Faktenerhebung. Sicherheit ist etwas ganz anderes.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Faktenerhebung ohne Rücksicht auf Verluste.

(Dietrich Monstadt (CDU/CSU):
Jetzt lassen Sie den Zeugen doch
mal ausreden hier, sonst machen
wir gleich eine Beratungssitzung!
Meine Güte!)

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Welcher Verlust steht denn infrage?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wie erklären Sie es, dass Sie diese Information von Herrn Bloser nicht bekommen, wenn Sie sagen, Sie konnten sich auf alles verlassen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich habe das nicht - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das so unwichtig? Waren Zweifel so unwichtig von der bergbaufachlichen Person?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Das sind ja schon wieder Unterstellungen, dass Zweifel unwichtig sind.

(Dietrich Monstadt (CDU/CSU):
Eben!)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann geben Sie mir eine andere Antwort, die eine Erklärung bringt.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich habe Ihnen schon mal gesagt: Es gibt immer Diskussionsprozesse, bei denen erst viele Leute beteiligt sind, und wenn viele Leute beteiligt sind, gibt es auch viele Meinungen. Diese Diskussionsprozesse laufen langsam zusammen und führen dann zu einer gemeinsamen Meinung. Aus den Unterlagen, die ich gelesen habe, habe ich gesehen, dass es vielfach Schreiben gegeben hat, in denen immer wieder gesagt worden ist: Wir sind übereinstimmend der Meinung, die Beschränkung auf das Nordostfeld reicht zur Erkenntnisgewinnung. - Mit Sicherheit hat das nichts zu tun.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Herr Wosnik wurde nicht gehört.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Das ist ja auch Unsinn, fachlicher Unsinn. Das hat mit Sicherheit nichts zu tun.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Bergwerk hat immer mit Sicherheit zu tun.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Es geht um die Frage - - Wer redet jetzt?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Frau Kotting-Uhl!

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir beide.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Nein, nicht beide. Das ist wenig effektiv.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie
messen mit zweierlei Maß! Das ist
unglaublich!)

Jetzt antwortet der Zeuge, und dann ist Ihre Fragezeit zunächst mal abgelaufen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Eben, das ist das
Problem, dass man nichts zu Ende
führen kann!)

Bitte vervollständigen Sie die Antwort, Herr Hennenhöfer, und dann gehen wir zur nächsten Berliner Runde. Bitte schön, Herr Hennenhöfer.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Es geht doch um die Frage: Welche Erkenntnisse brauchen wir alle über den Salzstock, um später - später! - sicher beurteilen zu können? Und über die Frage war doch noch gar nicht entschieden. Zunächst einmal war eine Prioritätsentscheidung getroffen: Wir fangen im Nordostfeld an.

Was Sie suggerieren und was mich emotionalisiert - ich bitte um Entschuldigung - ist,

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Nur zu!)

dass Sie bereits die Entscheidung, diese Erkundung in der ersten Phase auf einen bestimmten Bereich zu beschränken, als sicherheitsrelevant ansehen. Kann es ja gar nicht sein. Erst hinterher, wenn alle Fakten da sind, könnte ein Sicherheitsverstoß darin liegen - das billige ich Ihnen zu -, dass ich entscheide, ohne alle Fakten, die ich brauche, zu haben. Dann hätte ich eine sicherheitsrelevante Entscheidung getroffen.

Wir haben nur darüber entschieden: Wie weit bohren wir denn, oder fahren wir jetzt gerade mal eine Strecke auf? Welche Fakten sammeln wir jetzt? - Die Frage, ob wir dann auch noch ins Südwestfeld gehen oder ob wir uns damit begnügen, war in dem Moment noch gar nicht entschieden. Nichts anderes. Daher wehre ich mich vehement gegen die Unterstellung, hier wäre eine negative, sicherheitstechnisch negative Entscheidung getroffen worden. Dass es Leute gibt, die anderer Ansicht sind - wie Herr Wosnik, dessen Namen ich bislang nicht erinnert habe -, das gehört dazu.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bedenklich genug.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Das gehört zum Geschäft dazu. Das ist nun mal so. Ich glaube auch bis heute - - Ich sehe bis heute nicht, was an dieser Schrittentscheidung zu kritisieren wäre.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann sind wir in der nächsten, in der siebten Berliner Runde. Das Rederecht ist bei der Union.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Um diesen Sachverhalt vernünftig zu behandeln - man kann nicht alle Akten dabei haben -, erwarte ich jetzt, dass die Grünen uns dieses Papier geben und vor allen Dingen mal nachweisen, dass Herr Wosnik sich in dieser Sitzung überhaupt geäußert hat. Woher wissen wir das denn?

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist MAT A 136/1!)

- Verzeihen Sie, wir können doch nicht 5 000 Akten - - Geben Sie uns das bitte mal. Wir möchten das gerne mal begucken.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir schon gegeben! - Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben das bei anderen gehabt!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, aber es ist ja jetzt im Moment nicht präsent.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, die Frage ist doch: Geht aus diesem Protokoll denn hervor, dass sich Herr Wosnik geäußert hat in der Sitzung?

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das geht daraus hervor! Das haben wir doch schon abgegeben!)

- Ja, dann möchten wir das gerne sehen. Das ist ja kein Problem.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann gucken Sie doch rein!)

- Ja, würde ich dann gucken.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Haben Sie es jetzt gerade vorliegen?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, wir haben es nicht. Nein.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir Ihnen doch gegeben!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Mir? Nein, ich habe hier kein Dokument. Nein, nein, nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Und selbst wenn, ist das ja auch alles, mit Verlaub - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wir haben es Ihnen doch schon gegeben!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Warte mal eben, bis wir das Dokument gefunden haben. - Also, wir haben alles zurück- -, was Sie mir gegeben haben. Ich habe alles zurückgegeben.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), an den Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU) gewandt: Dann müssen Sie eben zur Not noch mal selber recherchieren, ja? Ich meine, wir fragen ja auch nicht jedes Mal, wenn Sie irgendwas zitieren!)

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir geben aber auch Dinge, wenn Sie sie haben wollen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben die MAT-Nummer angegeben! Wir haben es der Frau Vorsitzenden gegeben!)

- Wir möchten es einfach sehen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, die Frau Vorsitzende hat es Ihnen zurückgegeben, meine liebe Frau Kotting-Uhl, weil ich bin ja nicht persönlich sozusagen - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Verzeihen Sie. Sonst unterbrechen wir die Sitzung so lange, und dann beschaffen wir uns das.

(Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Genau! Dann lesen wir es uns durch, und dann können wir noch in die Nacht gehen!)

Dann können wir hier eine Nachtsitzung machen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo liegt denn Ihr Problem jetzt?)

- Dass ich es gerne hätte, körperlich.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Zweifeln Sie jetzt
an der Aussage, oder was?)

- Bitte? Nein, ich möchte gerne wissen, ob
sich Herr Wosnik - das war ja kurz vor seiner
Pensionierung - überhaupt geäußert hat in
der Sitzung.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Schön, dass Sie
noch mal aufgewacht sind! Es war
schon mal in Ihrer Nähe, aber wir
tragen es noch mal hin!)

Ich bin - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Sie brauchen sich
eigentlich nur an die Befragung
von - -)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Möchten Sie eigentlich weiter fortfahren in
diesem liebevollen gegenseitigen Wortwech-
sel? Das findet sich alles im Protokoll wieder.
Ich würde einfach uns auch konzentrieren - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Ich habe immer das
Gefühl, ich reagiere nur!)

- Ja, deshalb sage ich: Aber auch Reakti-
onen können manchmal überflüssig sein. -
Bitte schön.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Wir können ja jetzt
die Befragung beenden, und heute
Nacht liest Herr Grindel dann das
ganze Protokoll der Befragung des
Zeugen Wosnik!)

- Nein, Herr Grindel liest jetzt das Protokoll,
und dann stellt er sicher seine Frage.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Oder er lässt es
sich von Ihnen hier vorlesen!

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, und?

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Jetzt warten wir
alle, bis Herr Grindel das gelesen
hat? Lesepause!)

- Ich verstehe Ihre Aufregung nicht. Das ken-
nen wir, diese Position.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Sie regen sich doch
auf!)

- Was soll da jetzt besonders erregend sein?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Spiel - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Dazu hat Herr Hennenhöfer doch
mehrfach Stellung genommen!)

Die Regelung in einem Untersuchungs-
ausschuss ist die, wenn ich das sagen darf,
dass die Fraktionen jeweils den Zeugen be-
fragen, nicht, dass die Fraktionen unterei-
nander fachliche Fragen erörtern.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Korrekt!)

Das ist sicherlich auch interessant; aber ich
glaube, der Fortgang der Zeugenbefragung
erschließt sich mir eher, wenn wir uns jetzt
wieder an den Zeugen wenden im Rahmen
des Untersuchungsauftrages. Gibt es da
weitere Fragen?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Keine weiteren Fragen von der Unionsfrak-
tion. Gibt es weitere Fragen von den Sozial-
demokraten? - Frau Lühmann.

Kirsten Lühmann (SPD): Ich habe noch
eine Frage. Ich weiß nicht, ob wir das so
rausarbeiten können, aber das geht auch so
in die Richtung von Frau Kotting-Uhl. Wir
haben ja festgestellt, dass zweimal bereits,
1991 und 1993, über die Frage der Volumen-
reduzierung und die Möglichkeit, ob man
dann eventuell, wenn dieses Volumen nicht
mehr gebraucht wird, nur erst mal das Nord-
ostfeld erkundet - - Und noch mal: Ich
möchte Ihnen nichts unterstellen, sondern ich
habe begriffen - das haben wir auch mehr-
fach mit anderen Zeugen erörtert -, dass es
um „erst mal“ geht. Aber auch dieses „erst
mal“ wurde 1991 und 1993 aus Sicherheits-
gründen verworfen.

Meine Frage ist: Ist Ihnen diese Diskus-
sion, weil Sie ja erst später kamen, von 1991
und 1993 mit diesen Argumenten - Volumen-
reduzierung und Reduzierung auf das Nord-
ostfeld - bekannt?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau
Lühmann, vielen Dank. Ich möchte noch mal
deutlich sagen - und das ist eben ein Punkt,
wo ich jetzt auch Schwierigkeiten habe -: Sie
betrachten die Welt aus der Diskussionslage
über durchpaginierte Akten von anno dazu-
mal bis heute. Ich bin 1994 - und am Anfang

hatten wir, glaube ich, andere Themen; da kam der erste Castortransport usw. - und dann 1995 da reingekommen und habe diesen Vorlauf nicht gekannt. Wie sollte ich denn auch?

Nun möchte ich Ihnen noch eine Antwort geben, mit der ich auch Frau Kotting-Uhl vielleicht ein Stück weit helfen kann, wenn sie sich denn helfen lässt.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da bin ich aber gespannt!)

Wir haben vorher Konrad nicht eingepreist. Warum? Es war unklar, ob der Planfeststellungsbeschluss kommt. Die eigentliche Wende war die Tatsache, dass wir sahen: Er kommt, und wir können jetzt von Konrad gedanklich Kredit nehmen. - Natürlich haben die Endlagerinteressierten - und jeder Fachmann liebt seine Materie - möglichst viel, möglichst umfangreich erkunden wollen, viel Volumen unterstellen wollen, nichts aufgeben wollen. Das gehört doch auch dazu.

Wir haben seinerzeit festgestellt: Wir können von Konrad Kredit nehmen. Erstens war der Planfeststellungsbeschluss so weit. Zweitens hatte uns Herr Schröder signalisiert - das war ja mal ein Wort -, dass Niedersachsen diesen Planfeststellungsbeschluss politisch nicht mehr behindern wird. Der Deal, wenn es je einen gab, war: „Konrad kommt, und bei Gorleben machen wir langsam“ - wenn es je einen gab. Das war der politische Deal zwischen Schröder und uns, dass wir den Akzent auf Konrad legen. Konrad war das Volumenendlager. Die Zwischenlager quollen über - wie der Zustand heute ist, wollen wir lieber gar nicht drüber reden -, und -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt keine Asse mehr, die wir nutzen!)

- Bitte?

Kirsten Lühmann (SPD): Entschuldigung, die SPD wäre jetzt dran. Ich möchte nur mal dran erinnern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich habe keine Probleme, dass die SPD dran ist. Nur zu.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Wir haben, wenn Sie so wollen, was neu war, ja, wir haben - - Von der Inbetriebnahme Konrad

sind wir ausgegangen bei den weiteren Planungen, und da war mir das von Herrn Bloser vorgetragene Konzept Bloser/Matting schlüssig. Ich stehe zu diesem und freue mich, wenn ich demnächst als Ungeheuer von Ihnen dargestellt werde, der nicht sicherheitsgerichtete Entscheidungen zu vertreten hat. Wogegen ich mich wehre, ist, dass Sie Erkundung mit Sicherheit gleichsetzen. Das ist nicht in Ordnung. Erkundung ist Faktensammlung. Die Frage der Sicherheit wird erst anschließend beurteilt.

Kirsten Lühmann (SPD): Ich gebe den Grünen gerne Zeit, aber ich würde jetzt auf meine Frage gern wieder zurückkommen.

Erkundung und Sicherheit ist etwas Unterschiedliches, aber wir haben Ihnen ja heute gesagt, dass es Dokumente gibt, von denen Sie gesagt haben, dass Sie sie nicht kennen, dass es Dokumente gibt, die auch bei der Erkundung Bedenken haben, dass diese Veränderung und Beschränkung auf den nordöstlichen Teil sinnvoll ist im Sinne der späteren Eignungsfeststellung, also auch die Reihenfolge, auch die Frage: Können wir das so machen?

Sie haben gesagt, Sie kannten das nicht. Das habe ich zur Kenntnis genommen, und ich glaube, ich spreche für alle Teilnehmenden, dass es uns fernliegt, einen Menschen mit einem Ungeheuer zu vergleichen. Insofern denke ich nicht, dass es in der Zukunft vorkommt, und da brauchen Sie keine Angst vor zu haben oder uns das auch nicht zu unterstellen.

Wir haben festgestellt: Sie kamen 1994. Sie wussten von den Diskussionen 1991/1993 nichts. Dann wurde dieselbe Frage 1996 wieder relevant. Sie haben gesagt: „Dann haben wir uns noch mal drüber unterhalten, Veränderung des Konzeptes.“ Sie haben auch gesagt, Ihnen wurden alle wichtigen Informationen und alle wichtigen Bedenken zur Kenntnis gegeben.

Kann ich jetzt Ihre Einlassungen so verstehen, dass Sie der Meinung sind - diese Bedenken von 1991 und 1993 wurden Ihnen nicht mitgeteilt; die aktuellen Bedenken wurden Ihnen auch nicht mitgeteilt -, dass Sie sagen, das war auch in Ordnung so, denn diese Bedenken waren nicht relevant? Ich habe verstanden, dass es Hunderte von Bedenken gab, und Sie haben sich eigentlich ausgebeten, nur die wichtigsten zur Kenntnis zu kriegen.

Aber aus meiner Sicht - und korrigieren Sie mich - wären die abschließenden Bewertungen dieses Konzeptes 1991 und 1993, wo man sich ja damit auseinandergesetzt hat und zu einem Ergebnis gekommen ist, zumindest relevante Informationen gewesen, die man Ihnen hätte zur Kenntnis geben müssen. Sehen Sie das anders?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Sie haben eine andere Kenntnis der Bedenken 1991 und 1993 als ich. Ich habe mir Unterlagen aus 1991, aus 1993 nicht angeschaut. Deswegen ist es jetzt für mich auch schwer, das zu bewerten und der Frage nachzugehen, ob man mir das hätte vortragen müssen.

Zweitens mal habe ich Ihnen auch vom innerbehördlichen Entscheidungsprozess berichtet. Im Prinzip ist Ihnen das ja auch bekannt. So was geht die Hierarchien rauf und Hierarchien runter. Dabei werden dann auch, sagen wir mal, Bedenken am Ende abgearbeitet, mit der Folge, dass sich so etwas wie eine Amtsmeinung bildet. Die Amtsmeinung des BfS lag unstreitig vor. Über die hat sich kein Hennenhöfer hinweggesetzt. Dass es da im BfS möglicherweise Auseinandersetzungen gab, wusste ich nicht.

Und ich füge noch mal hinzu, Frau Lühmann: Ich habe diese Entscheidung nicht als so relevant gesehen, weil wir nichts weiter getan haben, als bestimmte Erkundungsschritte erst mal zurückzustellen. Nichts weiter. Wir haben niemals gesagt, dass wir nicht im Südwestfeld untersuchen.

Kirsten Lühmann (SPD): Das hat niemand unterstellt.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein, nein, das weiß ich doch. Aber wenn wir hier einen Nachmittag gemeinsam über diese Entscheidung sprechen, dann müssen wir doch deutlich machen, was diese Entscheidung eigentlich war. Sie war nichts weiter, als zu sagen, wir beschränken uns auf diesen einen Schritt. Dass der gegangen werden soll, war doch meines Wissens auch zwischen allen Beteiligten unstreitig. Nordostfeld sollte erkundet werden. Was kann man also dagegen haben, wenn wir sagen, das Südwestfeld stellen wir in diesem Moment zurück? Die Frage, ob wir dann eine ausreichende Entscheidungsgrundlage hatten mit den Erkundungsergebnissen, die war doch später zu entscheiden, viel später. Die war doch in dem Moment gar nicht relevant.

Kirsten Lühmann (SPD): Darum geht es doch nicht.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Worum geht es denn?

Kirsten Lühmann (SPD): Ich denke, wir werden es kaum klären können, aber es ging unter anderem um die Bedenken der bergbaufachlichen Seite, ob es möglich ist, allein das Nordostfeld zu untersuchen, ohne dabei zum Beispiel auf den Anhydrit zu treffen, ohne zum Beispiel fremde Salzrechte umgehen zu müssen. Unstreitig wäre es einfacher gewesen, wenn man die gehabt hätte. Dann hätte man direkter erkunden können. Und es gab bergbaufachliche Bedenken, die sagen: Das geht eben nicht, dass wir erst A machen und dann B, weil es ja wohl kaum, sagen wir mal, zwei Hälften eines Apfels sind, und erst gucken Sie in der linken Hälfte von dem Apfel, ob da ein Wurm drin ist, und dann gucken Sie in der rechten Hälfte von dem Apfel. Das geht.

Aber ich denke, bei einer bergbaulichen Unternehmung haben wir eben nicht zwei Hälften, sondern das sieht da unten in der Geologie ein bisschen anders aus. Da gab es bergbaufachliche Bedenken, und Sie sagen, die haben Sie nicht gekannt. Das nehmen wir zur Kenntnis. Aber bitte nehmen Sie doch auch zur Kenntnis, dass es nicht nur allein darum geht: Gucken wir erst in der linken Hälfte von dem Apfel und dann in der rechten?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Abgeordnete Lühmann, dahinter stecken doch immer zwei konzeptionelle Fragen, die wir heute auch schon mehrfach besprochen hatten. Die eine war: Müssen wir sozusagen den gesamten Salzstock durchhörern, um zu wissen, wie er ist, und dann eine Eignungsaussage treffen -

Kirsten Lühmann (SPD): Nein, das wäre rechte Hälfte, linke Hälfte!

Zeuge Gerald Hennenhöfer: - oder Spiegeltheorie, kann man sagen symmetrischer Aufbau, kann man extrapolieren, sagen die Fachleute wohl? Das war die eine Frage. Ich weiß nicht, was da richtig ist. Ich habe auch meine Zweifel an dieser These durchaus zu erkennen gegeben.

Die zweite Frage ist - und die kann ich nur real durchs Auffahren erfahren -: Wie groß ist der Bereich, der mir zur Verfügung steht? - Vor diesem Hintergrund sage ich mal, wenn mir gesagt wird, wir fangen mit dem Bereich an, wo wir salzrechtmäßig klarkommen: Was ist daran zu kritisieren? Es erschließt sich mir nicht. Da habe ich dann wohl ein intellektuelles Problem.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Haben Sie weitere Fragen?

Kirsten Lüthmann (SPD): Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen. - Dann geht das Frageerecht wieder an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Keine Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann an die Linken.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Hennenhöfer, ich muss einfach noch mal darauf zurückkommen, dass Sie eben Herrn Dr. Thomaske ja für einen so guten Mann gehalten haben.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Immer noch halte.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Und immer noch halten. - 1991 hat Herr Dr. Thomaske ja noch geschrieben, die Erkundung des Südwestens ist zwingend, da für die Eignungsaussage die Erkundung des gesamten Salzstocks Voraussetzung ist. Das ist MAT A 144, Band 22, Paginierung 071016. Wir hatten das ja auch schon.

Was mich wirklich verwundert, ist: Dr. Thomaske hat Ihnen ja nicht davon berichtet, dass er noch anderer Ansicht war. Ich frage mich, wie verlässlich ist denn jemand, der Sie oder - - Für mich ist das wirklich eine Frage: Wie verlässlich ist jemand, wenn vorher so eine andere Meinung geherrscht hat, Sie nicht darüber in Kenntnisstand zu setzen, was vorher Thema war? Denn es handelt sich ja nicht um Backpulver oder Ähnliches, sondern wirklich um sehr gefährliche Stoffe, und da stellt sich mir die Frage: Finden Sie das nicht merkwürdig, oder wie erleben Sie

das, dass Sie eben nicht die volle Information bekommen haben darüber?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Möller, wir haben bei ganz vielen Fachfragen Diskussionsprozesse, die sich über Jahre hinziehen. Wir sind im Bereich der Wissenschaft, wir sind im Bereich der - - Da sind doch Positionsänderungen vollkommen üblich. Da ist es üblich, dass sich Meinungen herausbilden im Laufe der Jahre. Ich verstehe - - Außerdem: Das, was Sie sagen, führt dazu, dass man einmal seine Meinung sagt, dann muss man ewig dran festhalten, bzw. man schreibt sie besser nicht in die Akten und, und, und.

Wir haben einen klaren und transparenten Meinungsbildungsprozess gehabt. Es gab eine klare Meinung des BfS. Auf dieser Grundlage war unsere Entscheidung getroffen.

Und jetzt kommen Sie wieder mit dem Backpulver. Da unten ging es um Salz. Brisanter war das nun auch nicht, das Salz, als das Backpulver. Ich weiß ja, dass Sie was anderes meinen. Es geht um die Frage der Eignungsaussage später. Aber über die haben wir doch noch gar nicht gesprochen. Wir haben doch nur darüber gesprochen: In welche Richtung fahren wir jetzt mal die Strecken aus? Das kostet alles Geld, das dauert, und wir brauchen, wenn wir ins Südwestfeld gehen, erst mal Jahre mit Enteignungsgrundlage, bis wir die notwendigen Vergleichsverhandlungen mit dem Salzrechteinhaber geführt haben usw. Wir haben also eine Prioritätsentscheidung, eine pragmatische Prioritätsentscheidung getroffen, ohne zu der Eignungsaussage später zum Langzeitsicherheitsnachweis - und das sind die brisanten Themen, und das ist das, was Sie mit „ist kein Backpulver“ gemeint haben - irgendeine Entscheidung zu treffen. Wir haben nicht entschieden, dass auf Grundlage einer Billigerkundung, wie Frau Kotting-Uhl das nennen würde, hinterher ein Langzeitsicherheitsnachweis geführt wird. Haben wir nicht. Wir haben uns nur im ersten Schritt auf eine bestimmte Erkundungsrichtung beschränkt, nicht mehr und nicht weniger.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Herr Hennenhöfer, wie werten Sie dann die Aussage von Herrn Dr. Thomaske am 23.01.97 in seinem Schreiben ans BMU, MAT A 83, Band 6, wenn es nicht eine Gesamteignungsaussage ist meiner Meinung bei der

Erkundung nur eines Teils, und zwar - ich zitiere -:

Nach gemeinsamer Bewertung von BfS, BGR und DBE ist eine Erkundung des nordöstlichen Teils des Salzstocks durchführbar, ohne dass es hierzu weiterer Salzrechte bedarf. Der Nachweis der Eignung des Salzstocks zur Endlagerung aller Arten radioaktiver Abfälle, insbesondere der hochradioaktiven Abfälle, ist auf dieser Grundlage führbar.

Das ist eine Gesamteignungsaussage eben bei Erkundung nur eines Teils. Sicherlich kennen Sie auch den schönen Spruch: Vor der Hacke ist es duster.

Und in diesem Zusammenhang: Es ist nicht Backpulver, und es ist auch nicht Salz. Wir reden hier tatsächlich über einen sehr, sehr gefährlichen Stoff. Diese Gesamteignungsaussage, die hier getroffen wird, halte ich tatsächlich nicht für verantwortlich. Sie ist sicherheitsrelevant, und es ist kein verantwortliches Umgehen. Aber bitte teilen Sie mir dazu Ihre Meinung mit. Gerne.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein, ich bin Zeuge und habe hier nicht Meinungen mitzuteilen, sondern ich teile Ihnen mit, wie ein solches Endlagerverfahren aussieht.

In Phase eins werden die Fakten gesammelt durch Erkundung unter Tage. In Phase zwei wird dann die Eignung diskutiert, in Phase drei der Langzeitsicherheitsnachweis erarbeitet. In Phase vier muss das dann genehmigt werden. Dann kommen die Gerichte.

Wenn der Herr Thomauske, auf den ich mich - er war etablierter Fachgebietsleiter, und er hat die Meinung des BfS vertreten - ja in irgendeiner Form werde auch verlassen können, gemeint hat, es erscheine möglich, eine Eignungsaussage für die Zukunft, eine Eignungsaussage auf der Grundlage des Nordostfeldes zu treffen - es erscheine möglich -, dann hat er eine Prognose abgegeben, eben keine Eignungsaussage gemacht.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Er hat nicht gesagt „es erscheine“, sondern „sie ist führbar“ auf dieser Grundlage. Das ist etwas anderes als „erscheine“. Ich meine, wir beide kennen die Sprache.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: „Führbar“. „Führbar“ ist eine in die Zukunft gerichtete Aussage und keinesfalls eine Feststellung,

sie sei dann geführt. Das war die Meinung von Herrn Thomauske. Und nun möchte ich mal die umgedrehte Frage stellen, wie es denn eigentlich gewesen wäre, wenn ich gesagt hätte: „Nein, wir gehen munter in beide Richtungen“, wie sollte ich das denn eigentlich verantworten gegen die Aussage meines Amtes, wir haben eine begründete Hoffnung, dass bereits die eine Richtung reicht? Tut mir leid, dafür fehlte es mir an der Begründung, und ich sage noch mal: Wir haben nichts weiter als die Faktensammlung, begrenzt zunächst auf diesen Bereich. Aufgrund der Aussage danach wäre - so die Meinung des BfS 1997 - eine Eignungsaussage führbar. Da waren noch so viele Jahre, die danach kommen mussten, bevor man bis zur Eignungsaussage kommt, dass es bis dahin auch noch viele neue Erkenntnisse geben konnte. Das ist alles Spekulation.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht ist bei den Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Hennenhöfer, damit veranlassen Sie uns noch mal zu einer Nachfrage in Bezug auf die Eignungsaussage. Wir haben ja nicht umsonst uns die ganze Zeit mit der Einschränkung auf das Nordostfeld beschäftigt. Sie haben es in jeder Antwort unterstrichen, dass es ein Konsekutivvorgehen geben soll und dass man ja jetzt die Beschränkung nur temporär hätte, und später würde das Südwestfeld erkundet.

Wie wären Sie vorgegangen, wenn - - Sie haben ja auch immer über die Symmetrie, die vermutete Symmetrie des Salzstockes gesprochen, was Fachleute aber bestreiten. Was wäre passiert, wenn dann nach der Erkundung des Nordostfeldes die Eignung - - oder es zumindest in Richtung Eignungsaussage gegangen wäre? Wäre dann das Südwestfeld noch erkundet worden, oder hätte man dann gesagt, das reicht, weil die sind ja symmetrisch? Das war ja eine Position, die auch Herr Thomauske ansatzweise immer wieder hat durchblicken lassen, dass er die vertritt.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Das ist eine Frage zu einem hypothetischen Sachverhalt, die ich nicht beantworten kann, beim besten Willen nicht.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unsere Vermutung, Herr Hennenhöfer, war ja, dass Herr Thomauske - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kollegin, bitte, wir vermuten jetzt nichts, sondern wir stellen Tatsachen fest, und zwar zielorientiert.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Habe ich „vermutet“ gesagt? Dann muss ich mich korrigieren. Wir haben in der Vernehmung von Herrn Thomauske feststellen können, dass er in diese Richtung auch geplant hat, und bei den vier Alternativen, die am Anfang ja aufgezählt worden sind, war auch eine dabei: Nordostfeld erkunden, ohne weiterzugehen. - Von daher ist das nicht nur hypothetisch, sondern man muss ja davon ausgehen, dass man zwar die Leute beruhigt mit der Ansage oder mit der Aussage, es ist konsektiv, das Südwestfeld kommt noch, und bei entsprechender Eignung des Nordostfeldes - ich meine, in dem Zustand, dass darüber Aussagen getroffen werden können sollten, sind wir ja fast gerade - kann genauso gut rauskommen - und man muss einfach auch erwarten, dass das von Herrn Thomauske so beabsichtigt war -, dass dann gesagt wird: Okay, das reicht. Dann machen wir es. Dann machen wir eine Eignungsaussage.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ist das jetzt Ihre Frage? Soll ich was dazu sagen?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte darauf hinweisen, dass es nicht rein hypothetisch ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, es ist rein hypothetisch. Ich bitte Sie. Wir haben doch genügend Fakten zu erkunden in diesen 30 Jahren, die wir untersuchen, und ich bitte Sie herzlich, sich auf dieselbigen zu konzentrieren.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich gebrauche mal den Begriff „Plan“. Das war jetzt ein bisschen frecher als nur „Vermutung“. Was war der Plan von Herrn Thomauske?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Absurde Frage. Entschuldigung, wenn ich Ihre Frage qualifiziere. Da muss ich ja jetzt wirklich sa-

gen: Woher soll ich den Plan von Herrn Thomauske kennen? Du liebe Güte! Ich habe Ihnen gesagt, dass wir in der Zeit plötzlich - - dass wir davon ausgingen, dass Konrad kommt, dass ich überrascht war, dass das in den bisherigen Planungen nicht berücksichtigt war, die Volumina sich reduziert hatten und die Fachleute meinten, vielleicht - Herr Thomauske hat es vielleicht offensiver formuliert mit „führbar“ - könnten die gesammelten Fakten für eine Eignungsaussage reichen.

Vor diesem Hintergrund halte ich es für pflichtgemäß, dass wir nichts anderes gemacht haben, als zunächst einmal diesen Pfad zu verfolgen. Der Rest ist Spekulation.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Hennenhöfer, Sie waren Abteilungsleiter im Bundesumweltministerium. Sie können jetzt hier nicht - -

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ja, ich bin es immer noch.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, damals waren Sie es, dazwischen nicht. Ich rede jetzt von der damaligen Phase. - Sie können doch jetzt nicht so ein Gemälde verbreiten von: „Na ja, da hatten wir jetzt Konrad, und jetzt erkunden wir mal den Nordostteil, und was wir dann machen, wenn sich da irgendwas rausstellt, das wissen wir nicht. Das steht alles in den Sternen.“ Sie müssen doch einen Plan gehabt haben. Sie müssen doch gewusst haben, was Sie da im Falle „das sieht gut aus“ im Nordostteil machen und was Sie in dem Fall „das sieht nicht gut aus“ dann machen. Wenn es nicht gut aussieht, ist klar: Schluss mit der ganzen Geschichte, Schluss mit der Erkundung. Aber das Spannende - -

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Das billigen Sie mir wenigstens zu, dass ich das nicht übers Knie brechen wollte?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich. Aber der spannende Punkt ist doch: Was hätten Sie gemacht? Was war Ihr Plan? Sie haben ja nicht aus Lust und Tollerei da rumerkundet. Man wollte ja da einlagern. Was war der Plan für den Fall, nach der Erkundung des Nordostens sieht das gut aus? Was war da der Plan? Jetzt wird - - Weil wir können keine Eig-

nungsaussage treffen für den ganzen Salzstock. Also müssen wir dann den Südwesten erkunden. Das heißt, alles verzögert sich noch mal sehr lange. Oder war der Plan, auch verringerte Volumen usw., dann lagern wir im Nordosten ein? Das möchte ich jetzt von Ihnen wissen. Sie müssen als Abteilungsleiter und als Bundesumweltministerium einen Plan gehabt haben.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Tja, nun muss ich Ihnen ein ganz bitteres Bekenntnis machen: Ich hatte keinen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hat Trittin Sie ja zu Recht entlassen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Danke. - Hinten sagt einer, damit hätte ich leben können. Das kommentiere ich jetzt nicht.

Frau Kotting-Uhl, ich glaube, dass Sie die Situation insgesamt falsch sehen oder - - Ich komme, stelle fest, zwei Schächte sind abgeteufelt, die Infrastrukturräume sind aufgefahren, die ersten Strecken sind aufgefahren.

(Zuruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Ich schildere. Jetzt bin ich dran, und wir machen das gerne bis morgen früh.

(Zuruf)

- Doch, ich habe jetzt Lust.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich mehr als Sie!
Ich mache das auch gerne bis morgen früh!)

Dann stelle ich eben fest, dass wir noch gar keinen Plan in dem Sinne hatten - es hieß Nordostfeld, Südwestfeld -, dass aber die bisherigen Konzepte auf dem - ich nenne das jetzt mal so - Ein-Endlager-Konzept, und zwar alles nach Gorleben, aufbauten, die Volumina völlig unreal waren und die Fachleute sagten - Sie mögen Herrn Thomauske nicht so sehr, aber er war nun mal für uns eine Kapazität -: Der Eignungsnachweis scheint führbar auf der Grundlage des Nordostfelds. - Dann halte ich es für pflichtgemäßes Verhalten, in dieser Situation zu sagen: Dann fange ich nicht gleichzeitig im Südwestfeld an.

Und was Sie anmahnen, dass da ein Konzept hermusste, da gebe ich Ihnen recht. Das ist etwas, was ich an der damaligen

Situation auch als unbefriedigend empfunden habe. Wenn Sie meinem Einleitungsstatement heute zugehört haben - ich glaube, das haben Sie sehr aufmerksam getan -, dann habe ich diese Zweifel an dieser Situation durchaus auch zu erkennen gegeben. Das fand ich eigentlich merkwürdig, dass ich kein ausdiskutiertes Erkundungskonzept vorgefunden habe. Ich habe aber auf der anderen Seite auch akzeptieren müssen, dass sich die Randbedingungen immer geändert haben, zum Beispiel Annahme von Volumina, und dann ging das ja los mit Ein-Endlager-Theorie, und ich weiß nicht, was alles sein musste.

Und da kann ich mir die kleine Boshaftigkeit hier nicht ersparen: Es sollte ja eine Aufgabe der vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorlebens sein, und wenn Sie da in die Bausteine hineingucken - ich will Sie damit jetzt nun wirklich nicht ärgern -: Das Konzept sollte her. - Deswegen war mir das ja auch ein Anliegen, dass wir anhand eines geordneten Konzeptes erkunden. Ich habe so etwas nicht angetroffen, als ich ins Amt kam.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, jetzt sind wir am Ende der siebten Berliner Runde. Ich habe verstanden, dass der Zeuge gerade Spaß an der Vernehmung findet.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Zunehmend.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich höre auch, dass es bei einigen Kolleginnen und Kollegen so sein soll; bei anderen nicht. All das ist völlig irrelevant, sondern relevant ist nur, ob wir weitere Runden zur Wahrheitsfindung benötigen.

Wenn ich richtig zugehört habe bei doch vielen Fragen, die jetzt zuletzt gestellt wurden, kann ich eine gewisse Ähnlichkeit dieser Fragen zu Fragen, die schon mal gestellt worden sind, entdecken. Ich würde mich deshalb auf frische Fragen sozusagen beschränken wollen und frage deshalb noch mal: Hat denn die CDU/CSU frische Fragen? - Nein. Die Sozialdemokraten?

(Ute Vogt (SPD): Nicht zum Untersuchungsgegenstand!)

- Oh, das ist prima. Vielen Dank.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nachher beim Bier.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Dann die FDP?

(Angelika Brunkhorst (FDP): Nein!)

- Auch nicht. - Die Linken? - Aber es müssen wirklich frische Fragen sein. Bitte.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Nein, aber für mich noch nicht zu Ende geklärt war noch eine Frage. Das würde ich gerne abschließen.

(Zuruf: Eine frische!)

- Das ist insofern eine frische, weil mein Erkenntnisbedürfnis noch nicht befriedigt ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Frau Möller, wer könnte dem widerstehen, und rechtlich habe ich sowieso keine andere Chance. Aber wenn Sie das trotzdem ein bisschen komprimieren würden, vielen Dank.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Danke schön. - Es ist tatsächlich auch eine. Es beschäftigt mich natürlich. Wie gesagt, es ist kein Backpulver. Es ist hochbrisant, hochgefährlich, und ich komme da immer wieder hin. Sie sind ja nun Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium damals gewesen. Wir beziehen uns ja nur auf damals. Von daher ist das die wesentliche Aussage.

Ich habe hier noch ein Schreiben von Dr. Bloser, um das auch noch mal wieder hochzuholen, vom 26.02.97, MAT A 116, Band 2, Pagierung 134037, und da geht es genau wieder darum: um die Übertragbarkeit auf den Südwestteil und die Eignungsaussage für den gesamten Salzstock. Ich finde das schon sehr - ich zitiere jetzt - eigenwillig:

Auf der Grundlage der Genese des Salzstocks und des derzeitigen Wissens sind die Geowissenschaftler der Auffassung, dass sich die Erkundungsergebnisse aus der alleinigen Erkundung des nordöstlichen Teils übertragen lassen ...

Auf der gleichen Seite, etwas tiefer:

Mit einer Eignungsaussage zu dem Nordost-Teil des Salzstocks und ggf. mit den oben beschriebenen Aussagen zum Südwest-Teil liegt eine im Sinne der Endlagerung radioaktiver Abfälle Aussage zur Gesamteignung des Salzstockes vor.

Das heißt, es wird immer wieder gesagt, es reicht. Also, es wird eine Gesamteignungsaussage gemacht, wenn nur ein kleiner Teil erkundet wird. Das ist der Punkt, der für mich immer wieder fraglich ist, denn Sie sind ja Leiter der Reaktorsicherheit, der Abteilung für Reaktorsicherheit, gewesen. Hier wird von „Geowissenschaftlern“ gesprochen. Alle Geowissenschaftler sind der gleichen Meinung. Es ist ja auch in der Sache noch nicht mal richtig.

Es ist für mich so die Frage: Wie gehen Sie damit um, dass Sie nicht umfassend informiert werden und sich auf dieser Grundlage eine Meinung über etwas anderes als Backpulver bilden, was eben dann in der Konsequenz - und wir hatten vorhin Grafenrheinfeld; wollen wir gar nicht wieder - so bösartig ist, dass es danach vermutlich nicht mehr zu einem Untersuchungsausschuss gekommen wäre?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, Frau Möller, ich muss auf Ihre frische Frage eine nicht ganz so frische Antwort geben.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Das tut mir sehr leid.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Zunächst mal: Herr Bloser war - das weisen die Akten aus - Anhänger der These von der Spiegelbildlichkeit des Salzstocks. Ich habe hier zu erkennen gegeben, dass ich als Nichtfachmann nie vollständig überzeugt war. Ich habe in meinem Einleitungsstatement gesagt: „hat mich nicht restlos überzeugt“. Bitte, das gestehe ich Ihnen zu. Erstens.

Zweitens. Sie verlagern - und das ist der Fehler der gesamten Diskussion, die Sie hier machen - die Sicherheitsfrage in den Erkundungsprozess. Da gehört sie überhaupt nicht rein. Erkundung ist Handwerk, Fakten sammeln, Bergleute nehmen Proben, messen usw. usf. - Keine Bergleute?

(Zuruf: Handwerker!)

- Ah, Entschuldigung, Handwerker. - Es geht nur um Faktenerhebung. Sicherheit ist die Frage, aufgrund welcher Fakten ich hinterher den Eignungs- respektive Langzeitsicherheitsnachweis führe. Da waren wir noch lange, lange, lange nicht. Es wurde behauptet, er könnte führbar sein. Ich habe zu erkennen gegeben, dass ich Skepsis hatte. Ich kann Ihnen sogar Stellen in den Akten zeigen, wo ich Weichmacher in die Entwürfe

geschrieben habe, genau an dieser Stelle, weil ich auch nicht davon überzeugt war, dass das wirklich alles so sein würde. Aber ich brauchte es doch in dem Moment nicht zu entscheiden. Warum in aller Welt sollten wir in dem Moment bereits entscheiden, ob der Langzeitsicherheitsnachweis aufgrund einer vielleicht reduzierten Faktenbasis führbar ist? Diese Entscheidungsnotwendigkeit gab es in dem Moment nicht. Sollten die Strecken auffahren, sollten die Fakten sammeln, sollten sie bewerten. Eine vorläufige Sicherheitsanalyse, Frau Kotting-Uhl, war ja noch gar nicht gemacht. Das war, wenn Sie so wollen, das Defizit auch des damaligen Vorgehens. Das kritisiere ich gemeinsam mit Herrn Seiler¹⁰. Da sind wir uns einig an dieser Stelle. Da waren in der ganzen Bewertung der Erkenntnisse große Defizite.

Aber das stand doch gar nicht zur Entscheidung. Zur Entscheidung stand nur: Wie lange sammeln wir Fakten? Und da haben wir gesagt, wir gehen erst mal dahin, und wie weit wir gehen, ob wir später in den Südwesten gehen, das müssen wir zu einem späteren Zeitpunkt sehen. - Der Rest sind Unterstellungen, gegen die ich mich nachhaltig verwahre.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Ja, ich habe verstanden, dass Sie selber Bedenken hatten. Mein Verständnis von einer Leitungsfunktion ist, dass ich mich gerade auch umfassend informiere und gerade auch die Gegenmeinung, die ja vorhanden war, versuche einzuholen, und nicht nur, aber auch besonders dann, wenn ich selber schon Bedenken habe.

Von daher meine wirklich nun letzte Frage: Finden Sie das der Gefährlichkeit des Stoffes, mit dem wir zu tun haben, und der Position, in der Sie sich befunden haben, wirklich angemessen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Möller, jetzt wird es sehr persönlich. Sie versuchen, meine Person an der Entscheidung zu messen: Wie viel Fakten erheben wir? - Sie stellen das in Relation zur Gefährlichkeit bestimmter Stoffe. Diese Verknüpfung akzeptiere ich nicht. Erstens mal habe ich Ihnen gesagt, dass dieser vorlaufende Diskussionsprozess und Herr Wosnik und dieses

alles mir nicht bekannt waren. Also hatte ich auch gar keine Veranlassung, Fragen zu stellen, Sachverhalte aufzuklären.

Zweitens mal: Wir haben keinerlei sicherheitstechnische Entscheidung getroffen. Es ist einfach Unsinn, dieses zu behaupten. Wir haben die Frage diskutiert: Wie viel werden wir insgesamt erkunden müssen, um für die Wissenschaftler, die anschließend die Sicherheitsbeurteilung durchführen - anschließend! - ausreichende Faktenbasis zu haben? Da waren die Meinungen geteilt. Wir hatten auf einmal ein verringertes Volumen, und wie ich gelernt habe und auch in den Diskussionen, die ich in meiner jetzigen Amtszeit erlebe, ist das Endlagerkonzept, das Endlagerdesign, ziemlich maßgeblich für die Frage, wie weit ich eigentlich erkunden muss. Das alles waren Schritte, die dann zu leisten waren.

Ich wiederhole: Es ist kritisiert worden, dass keine Sicherheitsanalyse gemacht worden ist. Die Kritik ist richtig gewesen. So etwas muss man parallel und während der Erkundung machen. An dieser Stelle war das Vorgehen damals nicht vollständig, aber es war auch eine Situation - da will ich mich überhaupt nicht mit rausreden -, die ich geerbt habe. Aber ich lehne es ab - und da werde ich auch böse -, wenn Sie sagen, die Begrenzung der Erkundung in einem ersten Schritt hat was mit Sicherheit zu tun. Sie hat einfach was mit pragmatischem Vorgehen zu tun. Über die Sicherheit wird in einem ganz anderen Verfahren entschieden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, diese Antwort des Herrn Hennenhöfer habe ich in den letzten zwei Stunden mindestens fünf-, gefühlt hundertmal gehört. Wie wir die bewerten, das ist ja unsere Sache. Aber ich glaube, in puncto Wahrheitsfindung kommen wir da jetzt nicht weiter in dieser Fragestellung.

Haben die Grünen weitere, auch möglichst neue Fragen?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich möchte genau an dem weitermachen, an der Aussage von Herrn Hennenhöfer auf meine letzte Frage. Es ist ja schade, dass man immer wieder warten muss und sich nicht mal im Zug ein Stück weit unterhalten kann, aber ich realisiere, Sie schaffen das, da rumzuswitchen. Das ist wunderbar.

¹⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Seiler“, setze „Sailer“, Anlage

Es geht ja - darin sind wir uns ja einig - um die Eignungsaussage. Wann wird die gemacht, und wie tragfähig ist sie dann, wie belastbar? Und wir sind uns sicher auch darin einig, dass bei einer Eignungsaussage, die sich auf so etwas bezieht wie ein Endlager für hochradioaktiven Müll, jeder Zweifel ausgeräumt werden muss.

Sie haben jetzt eben gesagt, es gab eigentlich keinen Plan, was man dann macht, wenn man mit der Nordosterkundung fertig ist, und Sie fanden es merkwürdig, dass es kein ausdiskutiertes Endlagerkonzept gab. Sie haben die Situation geerbt, und Sie fanden es aber merkwürdig, dass es dieses ausdiskutierte Endlagerkonzept nicht gab. Ich finde es auch sehr merkwürdig.

Die Frage ist: Wer wäre denn verantwortlich dafür gewesen, dafür zu sorgen, dass es eines gibt? Ich weiß nicht, ob Sie das gewesen wären. Ich glaube, dass Sie als Abteilungsleiter dieser nicht unwichtigen und genau mit dieser Thematik befassten Abteilung jetzt nicht nur der ausführende Beamte sind - das sieht man ja auch am Strategiepapier -, sondern schon durchaus auch Verantwortung übernommen haben. Ich will aber nicht sagen, dass Sie die Verantwortung hatten, zu sagen, da muss jetzt ein Endlagerkonzept - - oder es zu erstellen. Aber meine Frage: Wer wäre denn verantwortlich gewesen, dass es erstellt wird? Warum haben Sie nicht betrieben, dass es eines gibt? Und vielleicht noch als dritte Frage tatsächlich: Warum gab es denn am Ende dieser Legislatur immer noch keines?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Kötting-Uhl, die erste Frage: Wer hätte das machen müssen? Ja, das BfS, würde ich mal sagen, als die für die Endlagerung zuständige Behörde. Dass ich das heute kritisch sehe, hat sicherlich auch mit einem gedanklichen Reifungsprozess zu tun. Ich nehme für mich in Anspruch, auch gelegentlich klüger zu werden, und viele Diskussionen - auch in den letzten Jahren - haben mir gezeigt, dass wir damals nicht so geordnet vorgegangen sind, wie es richtig gewesen wäre. Ja, das billige ich Ihnen zu. Herr Seiler¹¹ hat einen nicht unerheblichen Anteil an meiner Bewusstseinsbildung, mit dem ich viel und lange über diese Fragen diskutiert habe.

¹¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Seiler“, setze „Sailer“, Anlage

Zweitens mal vergessen Sie, dass die Schwerpunkte und die ganzen Diskussionslagen leider sehr stark durch den politischen Konflikt überlagert waren. Ich habe ja versucht, zu schildern, wo ich mich konzentriert habe auf Konsens, auf Ausgleich. Es war unklar lange Zeit: Kommt Konrad, kommt Konrad nicht? Für die Volumenplanung geradezu entscheidend. Wir haben die Morsleben-Diskussion gehabt. Es war also ein vielfältiges Themenbild, und welche Auseinandersetzungen wir um die Kernkraftwerke damals hatten, das wissen Sie ja auch.

Es mag sein, dass wir, bezogen auf die Gorleben-Diskussion, auch an dieser Stelle vielleicht noch stärker auf ein Konzept hätten drängen müssen. Das will ich gerne zubilligen. Ich behaupte nicht, alles richtig gemacht zu haben. Ob wir die Gelegenheit damals hatten oder ob die Zeit danach war, ob wir überhaupt so weit waren - - Als ich das erste Mal eingefahren bin als Abteilungsleiter, war der Kübel - - Sie erinnern sich, das berühmte Bild: Frau Merkel steht im Kübel. - Da fuhr man so runter. Das heißt, da war man noch gar nicht ganz unten. Und dann war man unten angekommen, und dann fing man mit dem Erkunden an.

Ich habe in der Tat in dieser Diskussion - Nordostfeld oder nicht - - da ist mir klar geworden, wie wenig konzeptionell das unterlegt ist. Und wenn Sie mich öffentlich kritisieren, dass ich nicht genügend auf ein solches Konzept gedrungen habe, dann lasse ich mir das gerne gefallen.

Sylvia Kötting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht noch eine letzte Frage an dieser Stelle. Wenn ich die Situation noch mal zusammenfasse: Sie haben die Situation geerbt, die rundum nicht so ganz befriedigend war. Es gab kein Konzept. Es gab die EVUs, die gesagt haben: „Das wird uns alles zu teuer“, was ich jetzt auch immer mehr verstehe, die auch sagten, lieber ein Moratorium, als da immer weiter rein, wenn man gar nicht weiß, was am Ende da ist. Das verstehe ich auch langsam. Und Sie wussten nicht genau: Was machen Sie, wenn jetzt der Nordosten erkundet ist? - Was war in dieser Gemengelage Ihrer Ansicht nach Ihre Aufgabe?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich bin Zeuge, und Sie verlangen mir jetzt ab, um es hinterher politisch nutzen zu können, dass

ich heute mein Handeln damals bewerte. Ich weiß nicht, ob das meine Aufgabe als Zeuge ist, sondern ich habe Ihnen geschildert, in welcher Lage wir damals waren.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung, Herr Hennenhöfer. Ist das wirklich Bewertung, wenn ich Sie frage: Was war Ihre Aufgabe in der Gemengelage?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Meine Aufgabe war ein unendlich breites Themenspektrum, und ich will es allen Beteiligten ersparen, hier jetzt über alle Reaktorthemen zu sprechen, die damals in der heißesten Diskussion waren, über Strahlenschutzthemen rauf und runter, über die Endlagerthemen rauf und runter und über die Castortransporte, die uns in Atem gehalten haben. Wir haben bis an den Rand unseres Vermögens gearbeitet, -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaube ich Ihnen gern.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: - und bei etwas weniger Polit Diskussion hätten wir uns vielleicht auch mehr echten Sicherheitsfragen widmen können. Das wissen Sie auch. Das will ich hier nicht beklagen, aber das stand eben dort.

Ich glaube, dass der pragmatische Ansatz, in dem Moment zu sagen, jetzt beschränken wir uns erst mal aufs Nordostfeld, sehen weiter, ob wir zum Beispiel die Enteignung - - wie das mit der Enteignung läuft, ob wir vielleicht dann doch vom Grafen die Salzrechte bekommen, ob wir dann vielleicht einen anderen Ansatz machen können, wann Konrad in Betrieb kommt, wie lange können wir in Morsleben einlagern, gibt es eine Verständigung mit der SPD, kommt ein Ein-Endlager-Konzept, wird am Ende Gorleben überhaupt nicht weiter betrieben, weil Herr Schröder sagt: „Das wollen wir nicht“? Das waren vollkommen offene Fragen.

Die Randbedingungen, Frau Kotting-Uhl, waren unklar, und wir haben uns um den Konsens bemüht, auch um klare Randbedingungen für unsere Arbeit zu bekommen und um uns im Sinne von Frau Möller auf die Sicherheitsfragen konzentrieren zu können. Diese Randbedingungen hatten wir nicht. Wir haben versucht, sie zu schaffen. Darin habe ich meine Aufgabe gesehen: die Randbedingungen für geordnete Verfahren zu

schaffen. Dort haben wir uns in dem Moment mit einer pragmatischen Entscheidung beholfen. Dass man das systematischer hätte machen können, ist mir heute klarer, als es früher war.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Neunte Berliner Runde. Ich bitte Sie noch mal, wirklich zu prüfen, ob es weitere, neue, interessante Fragen gibt. Union? - Keine. Sozialdemokraten? - Keine. FDP? - Nein. Die Linke? Sie hatten eben die letzte Frage angekündigt. Das war die letzte, ja? - Danke schön. Grüne? - Wunderbar. Dann ist etwas passiert, was wir jetzt kaum für möglich gehalten hätten, nämlich der Abschluss der Vernehmung.

Das Sekretariat, Herr Hennenhöfer, übersendet Ihnen das Protokoll nach Fertigstellung. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen dann etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung von Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss festgestellt hat. Die Entscheidung hierzu darf erst ergehen, wenn nach Zustellung des Protokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Haben Sie dazu, Herr Hennenhöfer, noch Fragen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Nein. Ich fühle mich ausreichend gewürdigt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist gut.

Dann danke ich Ihnen sehr herzlich für Ihre ausführlichen Antworten. Ich bedanke mich sehr herzlich beim Sekretariat und bei den Stenografen, schließe die Sitzung und wünsche allseits einen schönen Abend.

(Schluss: 19.21 Uhr)

1. Untersuchungsausschuss

2

[90. Sitzung am 13.09.2012 - Sitzungsteil Zeugenvernehmung, I: Öffentlich] - Vorläufig

wendigen Vorbemerkungen darf ich Sie zunächst bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem vollständigen Namen und Ihrem Alter vorzustellen, und Sie darüber hinaus fragen, ob die in der Ladung verwandte Adresse noch korrekt ist.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Vielen Dank. - Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Ernst Gerald Hennenhöfer. Ich wurde am 10. November 1947 in Erfurt geboren, und die Ladungsschrift im Bundesumweltministerium ist zutreffend gewählt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit können wir mit der Vernehmung zur Sache beginnen. Dem Ausschuss, Herr Hennenhöfer, geht es darum, zu klären, ob es auf dem Wege zur zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, den Salzstock Gorleben untertägig zu erkunden und darüber hinaus keine weiteren Standorte obertägig, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Darüber hinaus beschäftigt sich der Ausschuss mit den Umständen, die im Jahre 1977 zur Entscheidung für den Standort Gorleben geführt haben, und aktuell - das ist unser Thema - insbesondere mit der Frage, inwiefern das Erkundungskonzept in den Jahren 1997/1998 Änderungen erfahren hat.

Wenn Sie wünschen, können Sie sich entsprechend § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung äußern. Anderenfalls würde ich selbst mit den Fragen beginnen, die ich an Sie richten möchte. Wie wollen wir verfahren?

damalige
Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Vorsitzende, ich habe ein kurzes Eingangsstatement vorbereitet, das ich gern vortragen würde, aus dem sich die Zeit, die ich zur Beantwortung benötige, im Zusammenhang ergibt. Ich habe dieses Statement schriftlich ausformuliert und habe Ihnen und dem Stenografischen Dienst ein Exemplar gegeben. Ich habe noch ein paar Überstücke dabei, damit es die Medienvertreter nachher auch haben können.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann bitte ich Sie, in der Sache vorzutragen.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Von 1994 bis 1998 war ich Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit, Strahlenschutz, Nukleare Ver- und Entsorgung im Bundesumweltministerium. Berufen hatte mich seinerzeit Bundesumweltminister Töpfer, dem nach der Bundestagswahl 1994 Frau Merkel folgte. Nach der Wahl 1998 wurde ich einige Wochen später von dem neuen Bundesumweltminister Trittin in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Als Leiter der Abteilung RS war ich unter anderem - neben vielen anderen Themen - für die Errichtung und den Betrieb der Bundesendlager und daher auch für die Erkundung des Salzstocks Gorleben verantwortlich. Zu diesem Zeitpunkt war Gorleben als Standort längst ausgewählt; die Erkundung hatte begonnen. Die technisch-fachlichen Fragen des Vorhabens wurden weitgehend von dem dafür zuständigen Unterabteilungsleiter, Herrn Dr. Matting, geleitet, den Sie hier schon angehört haben. Ich war im Wesentlichen mit den politischen und rechtlichen Randbedingungen der Erkundung befasst. Den größten Teil meiner Tätigkeit im Bundesumweltministerium haben allerdings die sogenannten Energiekonsensgespräche eingenommen, die während der ganzen Zeit ständig im Hintergrund geführt wurden. Soweit sie den Standort Gorleben berührten, werde ich gleich darüber berichten und dabei auch die damaligen Überlegungen zu einer Fortentwicklung des Endlagerkonzeptes darlegen.

Als ich in das BMU eintrat, waren - soweit mir das heute innerlich ist - die beiden Schächte des Erkundungsbergwerks Gorleben schon weitgehend abgeteuft, der Innenausbau hatte begonnen, das Auffahren von Infrastrukturräumen und -strecken im Nordostteil des Salzstocks wurde vorbereitet. Die Festlegung auf den Salzstock Gorleben als Erkundungsstandort war bereits etliche Jahre zuvor getroffen worden. Die Entscheidung war zwar vor Ort umstritten, aber Gründe dafür, sie aus Sicht der Bundesregierung infrage zu stellen, lagen nicht vor.

Auf der staatsrechtlichen Ebene galt unverändert der Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der Kernkraftwerke vom 28. September 1979, in dem es unter anderem heißt - ich zitiere -:

Und dann weiter:

Auf den Südwesten des Salzstockes lassen sich folgende Erkundungsergebnisse aus der alleinigen Erkundung des nordöstlichen Teils übertragen: ...

Auf der Grundlage der Ergebnisse und der Bewertung zum nordöstlichen Teil des Salzstockes läßt sich eine Aussage zur grundsätzlichen Eignung auch des Südwestteils herleiten.

Das finden wir in MAT A 83, Band 6; Paginierung 329 bis 333, in dem Schreiben von Professor Thomauske an das BMU vom 23. Januar 1997.

Im Ergebnis wurde dann ja letztendlich eine - in Klammern: einstweilige - Beschränkung des Erkundungsbereichs ausgewiesen. Und in einem Schreiben des Präsidenten des BfS, Professor Kaul, vom 7. Januar 97 an die Bundesumweltministerin Dr. Merkel zur Fortschreibung des Entsorgungskonzeptes heißt es insoweit dann ja auch:

In die Diskussion um Einsparpotentiale hat BfS in Abstimmung mit BGR am 17.12.96 das Konzept vorgetragen, die untertägige Erkundung Gorieben auf den nordöstlichen Teil des Salzstockes zu beschränken ...

Das ist wiederum MAT A 116, Band 2, Paginierung 134069 bis 134072.

Bezüglich dieser Frage eben - Ist es eigentlich eine Konzeptänderung, oder ist es eine Modifikation sozusagen des Konzeptes, das ohnehin so gilt? - hat der Zeuge Walter Kühne in seiner Vernehmung am 19.01. dieses Jahres hier ausgesagt:

Die Konzeptänderung bestand darin, dass man bei der ersten Zulassung des Rahmenbetriebsplanes eine Erkundung immer abwechselnd vorgesehen hatte. Also der erste Erkundungsbereich liegt dann im östlichen Teil, der zweite im südwestlichen, der dritte wieder im nordöstlichen und der vierte im südwestlichen. Das hatte man sich fachlich so überlegt. Das war aber nicht zwingend, weil wir ja im Endeffekt nicht aufgegeben hatten, den gesamten Salzstock zu erkunden, nur die Reihenfolge der Erkundungsbereiche wurde geändert.

So Herr Kühne, Stenografisches Protokoll, endgültige Fassung, 68. Sitzung am 19.01.12, auf der Seite 6.

Da würde ich jetzt einfach noch mal fragen wollen, Herr Hennenhöfer: Lag die Initiative für diese geänderte Vorgehensweise eher beim BfS, oder lag die eher beim BMU oder möglicherweise noch ganz woanders? Wer hat letztendlich entschieden, dass man denn so vorgehen wolle, wie die Fachbehörden letztendlich vorgeschlagen haben, und inwiefern oder inwieweit war in diese Entscheidungsprozesse auch die Hausleitung einbezogen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Wie sich dieser Meinungsbildungsprozess auf der Fachebene, also insbesondere der technischen Beamten, meiner Kollegen in der Abteilung des BfS, der BGR, entwickelt hat, weiß ich nicht.

Sie haben selbst gesehen und aus den Akten zitiert, dass es immer wieder sozusagen Schriftwechsel zu dieser Frage gab, und es ist mir schließlich in einer Sitzung vorgeschlagen worden, doch so zu verfahren, dass man sozusagen konsekutiv vorgeht und nicht simultan: erster Schritt, zweiter Schritt.

Ich habe damals Wert darauf gelegt - das ist mir insoweit noch erinnerlich -, dass das Erkundungsziel - „Ziel“ ist vielleicht nicht der ganz zutreffende Begriff -, dass der gesamte Salzstock - das wäre besser - als Untersuchungsgegenstand bleibt, dass wir aber bei der zeitlichen Reihenfolge erst in die eine Richtung marschieren und, falls erforderlich, in die zweite Richtung auch. Und da ich davon - das habe ich Ihnen ja gesagt - vor allen Dingen getrieben war, dass wir klären wollten, und zwar möglichst bald, der Bevölkerung wegen, unserer Verantwortung wegen: „Ist der Salzstock nun geeignet oder nicht?“, hatte ich auch zunächst gewisse Zweifel, ob diese letztlich ja doch Verlangsamung des Erkundungstempos - erst die eine, dann die andere Richtung; aus meiner Sicht war es das, ob es das technisch wirklich war, weiß ich nicht - der richtige Weg ist. Aber die technischen Beamten haben das so vorgeschlagen, und mich hat dann das Argument, das ich hier bereits erwähnt habe - wenn das Nordostfeld geeignet sein sollte, haben wir eine relativ komfortable Situation, dass uns das Südwestfeld erhalten bleibt -- Ich hatte Ihnen ja berichtet, dass die Ein-Endlager-Gedanken, in Niedersachsen vielleicht nur einen Standort, immer im Hintergrund disku-

Dann haben wir eine weitere Unterlage, das ist MAT A 149, Band 21, Paginierung 8 bis 10. Da finden wir einen gefaxten Entwurf der BMU-Pressemitteilung vom 28. August 95. Da gibt es in einer Formulierung einer Entwurfsfassung der Pressemitteilung einen handschriftlichen Vermerk eines Mitarbeiters des BMWi, wobei wir nicht wissen, wer der Verfasser ist. Der lautet:

Alle untersuchten Ersatzstandorte haben sich entweder als nicht geeignet oder jedenfalls als weniger geeignet als Gorleben herausgestellt.

Daneben schreibt nun jemand, von dem wir auch noch nicht wissen, wer das ist:

das steht so nicht in den Berichten!

Also, sozusagen die Frage: Wie ist man denn nun zu dieser Information der Öffentlichkeit gelangt? Was wollte man denn damit vermitteln? Beruht das eigentlich jetzt wirklich auf seriösen Grundlagen, die die Fachbehörden entsprechend zur Verfügung gestellt haben, oder war es nicht doch eigentlich nur eine politische Aussage? Und dann: Wer hat denn diese politische Aussage jetzt zu verantworten? Das ist tatsächlich eine Frage, die diesen Ausschuss auch sehr interessiert.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Ich glaube oder bin mir sehr sicher, dass die Studie veröffentlicht worden ist. Also konnte es doch nur darum gehen, den Vorgang so der Öffentlichkeit zu präsentieren, dass sie versteht, was gemacht worden ist und was für Schlussfolgerungen daraus gezogen werden. Wenn ich hier - und es sieht sehr wie meine Handschrift aus - aus einer „Presseerklärung“ „Hintergrundinformation“ gemacht habe, dann würde ich mal vermuten, dass mir das Ganze für eine Erklärung zu detailliert war - Presseerklärungen müssen, dachte ich oder denke ich jedenfalls, eher griffiger sein - und dass es hier darum ging, sozusagen ausführlich darstellen zu können, was geschehen ist.

Es ging also darum, eine Studie, die wir nicht verheimlichen konnten und wollten, so der Öffentlichkeit darzustellen, dass sie weiß, welchen Stellenwert diese Studie für uns hat. Das haben wir versucht. Da hat sicherlich auch unsere Pressestelle mitgewirkt. Und wer da was gemacht hat, weiß ich nicht. Und

ich glaube, dass es unterm Strich auch gelungen ist.

Ich kann mich zufälligerweise erinnern an dieses Pressegespräch; ich bin ein visueller Mensch. Das war im Presseclub. Ich glaube, ich war damals das erste Mal in Bonn. Da waren die Journalisten, und Frau Merkel hat denen die Studie im Einzelnen erklärt, und wir haben ihnen diese Papiere in die Hand gegeben. Das ist geschehen, und mehr kann ich dazu auch nicht beitragen.

Wie gesagt, es war ein Vorhaben aus der vorangehenden Legislatur in 95. Ich bin Ende 94 gekommen, 95 kam das auf den Tisch. Ich war bei weitem nicht so tief in der Materie drin wie meine Mitarbeiter, die ja den ganzen Werdegang verfolgt hatten. Und insofern kann ich hier zur Wahrheitsfindung nicht weiter beitragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Hennenhöfer. - Damit will ich meine Fragen auch abschließen und das Fragerecht jetzt an die CDU/CSU-Fraktion weitergeben, an, wie ich sehe, Herrn Kollegen Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Hennenhöfer, auch von meiner Seite einen guten Tag. Sie hatten, was Ihre berufliche Tätigkeit angeht, angegeben, dass Sie von Bundesumweltminister Trittin in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurden. Wie ging es dann mit Ihnen weiter?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich habe, ich glaube, meine Entlassungsurkunde so sechs Wochen nach dem Amtsantritt von Herrn Trittin bekommen, hatte also noch sechs Wochen Trittin, führte insgesamt zu drei Ministern: Töpfer, Merkel, Trittin. Danach stellte sich für mich die persönliche Frage, was ich eigentlich Anfang 50 mache, ob ich spazieren gehe oder nicht. Ich eigne mich eigentlich nicht dafür, faul herumzuliegen oder -laufen.

Ich hatte gehört und auch Signale bekommen, dass der neue Bundeskanzler daran interessiert war, auch bei den Energieunternehmen zuverlässige Gesprächspartner zu haben, die diese Konsensmaterie technisch kennen. Und mir ist empfohlen worden, mit der damaligen Viag AG, dem Bayernwerk, zu reden. Die hatten das dann auch schon gehört, und ich bin dort eingestellt worden mit dem Zweck, diese Konsensge-

habe diesen etwas merkwürdigen Werdegang, dass ich eigentlich von der Wirtschaftsseite komme, also Wirtschaftsverwaltung. Aber dort war - in Nordrhein-Westfalen war das noch bis vor kurzem so gewesen - die Reaktorsicherheit angesiedelt. Ich habe über den Berliner Forschungsreaktor sozusagen ein ganzes Genehmigungsverfahren für eine Anlage mal erlebt, habe mir den Unwillen damals zugezogen, dass ich auch Flugzeugabsturzfragen thematisiert hatte; das galt damals noch als unkeusch.

Dann bin ich zur Gesellschaft für Reaktorsicherheit gegangen. Dort war ich sieben Jahre nur - in Gänsefüßchen - kaufmännischer Geschäftsführer - als Jurist ist man ja für die technischen Fragen nicht so prädestiniert -, habe aber sieben Jahre lang die Diskussionen alle verfolgt und dort, wenn Sie so wollen, auch ein gewisses technisches Verständnis entwickelt. Ich war deswegen auch bei den Diskussionen zum Beispiel zum Konsens, die vorher schon begonnen hatten, im Hintergrund informiert.

Als mein damaliger Amtsvorgänger, der den Dienst quittiert hat - er ist nicht in Ruhestand versetzt worden, sondern er ist ausgeschieden und hat sich rauskaufen lassen -, zum Veba-Konzern ging, rief Herr Töpfer an und hat gesagt, dass man mich meiner Fachkunde wegen und meiner Unabhängigkeit auch in politischer Hinsicht wegen haben wollte für diese Aufgabe. Dann habe ich noch drei Monate Herrn Töpfer erlebt, und dann kam Frau Merkel, und dann kam Herr Trittin.

(Ute Vogt (SPD): Ich darf leider nicht weiterfragen!)

- Oh, schade.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Fragezeit ist leider abgelaufen. Aber sie kommt noch mal, Herr Hennenhöfer; da kann ich Sie beruhigen. Wir fragen sicherlich noch mehr als eine Runde. - Jetzt sind aber zunächst die Kollegen der FDP-Fraktion am Zuge. Bitte schön, Herr Kollege Buschmann.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Hennenhöfer, Sie hatten in Ihrem Eingangsstatement die Interessenlage gestreift, die es bei den Energiekonsensgesprächen gab. Ich halte das deshalb für sehr wichtig, weil hier im Ausschuss eine These oder ein Vorwurf, sagen wir mal, untersucht wird, der der Manipulation. Diese These kann man nur schlüssig

erzählen, wenn man auch die Interessenlage entsprechend konstruiert. Die These, die im Raum steht, ist: Die EVUs wollten mit aller Macht, dass in Gorleben möglichst schnell ein fertiges Endlager ist. Sie waren bereit, jeden Druck auszuüben. Die Politik und die Beamten waren die willigen Vollstrecker und waren bereit, wegen dieses Ziels alle fachlichen Bedenken zu überspielen. Das ist ja der Vorwurf, der im Raum steht.

Jetzt haben Sie uns geschildert, dass diese Interessenlage gar nicht so existierte. Habe ich Sie da richtig verstanden? Sie haben uns eingangs beschrieben, die EVUs hatten dieses Interesse überhaupt gar nicht; es war eher umgekehrt der Fall, dass die EVUs eigentlich ein gemeinsames Interesse mit den Gorleben-Gegnern hatten, weil das deren Geld spart. Habe ich das richtig verstanden? Könnten Sie das vielleicht noch mal erläutern?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ja, danke, Herr Abgeordneter. Ich freue mich, dass Sie das ganz richtig verstanden haben. Die Interessenlage der EVU war - ich würde das jetzt nicht nur negativ darstellen wollen -: Sie bereiteten sich auf den Wettbewerb vor. Das bedeutete, sie mussten Kosten reduzieren. Sie sahen die Entsorgungskosten als einen Faktor an, bei dem nach ihrer Meinung wir eine viel zu überzogene, also viel zu umfassende Vorsorgepolitik betrieben haben. Sie warfen uns vor: zu große Volumina; die Ausführungen von Herren Schröder kommen ja auch irgendwoher. Sie waren im Übrigen der Meinung - ich kann das jetzt nicht belegen, wenn Sie mir jetzt sagen, liefern Sie ein Zitat -: Irgendwann wird man irgendwo im Osten die ganzen europäischen Brennelemente in einem großen Endlager endlagern. Warum machen wir uns jetzt in Gorleben a) Kosten und schaffen außerdem noch einen politischen Konflikttherd, der im Übrigen dem Genossen der Bosse das Leben schwer macht?

In Hannover saß man dicht beieinander. Dort war der Ministerpräsident Schröder, und er sagte aus nationaler Verantwortung: für die Niedersachsen ein Endlager nehmen. Wir sehen, dass Konrad für die Volumenabfälle, die nicht wärmeentwickelnden Abfälle, relativ geeignet scheint, relativ unstrittig ist; ich glaube, das war das vorrangige Thema. Ein zweites wie Gorleben wollen wir eigentlich nicht. //

*(An- und Abfuhr 22
eidesen bitte)*

stehend ja schon immer hatten -, und dass demgegenüber in der zur Rede stehenden Beantwortung der Kleinen Anfrage halt von 70 Millionen Kubik die Rede ist.

Ich möchte noch mal darauf verweisen, dass sich in MAT E 7, Band 28, Paginierung 371, in der Zuarbeit für die Beantwortung durch das BFS, folgendes Zitat findet - ich möchte das kurz vorlesen, damit es im Protokoll erscheint -:

Die Bundesregierung geht derzeit bei ihrer Grobplanung von einem erforderlichen Endlagervolumen in der Größenordnung von 70 Mio m³ aus. Diesem Volumen liegt ein jährlicher Anfall von 550 t SM [Schwermetall] und ein Aufkommen von 420 000 m³ bis zum Jahr 2080 zugrunde.

Das so weit nur an der Stelle zur Klarstellung.

Es ist natürlich schon beachtlich, wenn der Abteilungsleiter in der Phase, wo das alles so in der Diskussion war, die Volumina nicht in Erinnerung hat, und vor allem, dass auch damals offensichtlich nicht aufgefallen ist, dass da ein Widerspruch ist.

Aber ich möchte an der Stelle zurückkommen zu dem schon öfters hier bemühten Positionspapier vom März 1995. In diesem Papier schreiben Sie, Herr Hennenhöfer, einen Verzicht auf die Neubauoption von Kernkraftwerken dürfe es nicht geben. Sie befürchten - ich zitiere - einen technischen „Fadenriß“, insbesondere den - ich zitiere wieder -

Know-how-Verlust bei allen mit der Kernenergienutzung befaßten Institutionen ...

Und weiter schreiben Sie:

Forschung und Entwicklung für den Neubau von Kernkraftwerken in Deutschland darf nicht eingeschränkt werden. ... Wichtig ist daher, daß wenigstens ein standort-unabhängiges Genehmigungsverfahren ... für ein konkretes Projekt (z. B. EPR) durchgeführt wird.

Können Sie mir oder uns bitte erklären, was Sie damals mit einem „technischen Fadenriß“ meinten?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Vielen Dank, Frau Menzner. Wir können uns gerne über die damalige Diskussion zur Neubauoption von Kernkraftwerken hier austauschen,

weil Sie mir ja vorwerfen, ein atompolitisches Manifest geschrieben zu haben.

(Zuruf)

- Ja, dann war das - - dann habe ich Ihnen Unrecht getan, und Frau Vogt gebührt die Ehre.

Die Neubaufolge war die beherrschende Frage bei der Konsensdiskussion 92 bis 96. Es gab gewisse Elemente des Konsenses, auf die man sich, soweit ich das in Erinnerung habe - es gibt ja darüber praktisch keine Dokumente -, weitgehend verständigt hatte. Ich kann das auch gerne aus meiner Darstellung hier zitieren, aber vielleicht wollen wir das nicht zu sehr vertiefen. Ich bin aber dazu bereit. Dazu gehörte, dass man die Laufzeit der bestehenden Kernkraftwerke in irgendeiner Weise begrenzen wollte. Damals waren 40 Jahre eigentlich die Zahl, auf die man sich grosso modo geeinigt hatte. Und die zweite Frage war: Soll es das dann gewesen sein, oder soll es neue Kernkraftwerke geben?

Die Diskussion hatte sich partiell auch entzündet an der Frage, ob man in Greifswald, dem DDR-Kernkraftwerksstandort, ein neues Kraftwerk errichtet. EPR war damals in der Diskussion, oder Konvoi plus. Dann stellte sich aber heraus, dass man sich auf einen Neubau nicht verständigen konnte zwischen der Bundesregierung und der SPD, und dann war die Position die: Es soll aber die Option für nachfolgende Generationen offenbleiben, Kernkraftwerke bauen zu können. „Option“ war insbesondere der Begriff, an dem der verstorbene Bundeswirtschaftsminister Rexrodt immer sehr hing.

Und um die Option wurde gerungen. Ich habe in diesem Papier - und der Duktus war nicht für einen Untersuchungsausschuss, sondern der war etwas bestimmend - versucht, diesen Begriff der Option aufzulösen, um ihn verhandlungsfähig zu machen: Was ist das eigentlich: „Option“? Und da gab es die verschiedensten Vorstellungen. Herr Schröder als der Verhandlungspartner der Oppositionsseite sagte immer: Wieso? Es gibt Wissenschaftsfreiheit in Deutschland. Das reicht doch. - Das war wiederum der Bundesregierung zu wenig, und es ging nun darum, wie wir das spezifische Know-how - -

Wir dürfen eines nicht vergessen: Wir haben den Hersteller in Deutschland gehabt, der wahrscheinlich die sichersten Kernkraftwerke der Welt gebaut hat.

Tandores
begeben

bei jeder Phase, möglichst bei jedem Zwischenschritt, eine vorläufige Sicherheitsanalyse machen. - Deswegen hatten wir auch gedacht - aber ich gehe jetzt nicht auf aktuelle Dinge ein -, wir machen mal einen solchen Zwischenschritt.

Damals gab es ein klar gepoltes Verfahren: Faktenerhebung gleich Erkundung, anschließend Eignungsprüfung, dann Daumen rauf und runter. Und wie dieses Ergebnis sein würde, wusste keiner. Wir wollten es aber möglichst herbeiführen, und das - das habe ich versucht, deutlich zu machen - war das Interesse des BMU als qua Gesetz mit der Aufgabe, Endlager zu schaffen, beauftragtes Ministerium.

Wir haben uns da manchmal durchaus auch ein bisschen alleine gefühlt, denn der Rest der Republik fand das gar nicht so toll, und es gab niemanden, der sich damit nun so besonders identifiziert hätte. Das haben wir als unsere Verantwortung gesehen. Das möchte ich herausstreichen. Darum ging es uns: verantwortlich gegenüber nachfolgenden Generationen zu sein. Und alles andere sind bössartige Unterstellungen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann kann ich Ihnen nicht ersparen - ich habe es gerade eben erst gesehen -, dass sich ja gestern in der *Frankfurter Rundschau* ein Artikel mit Beschreibung dessen, was sich heute hier ereignen wird, wiederfand. Dort findet sich ja ein Zitat - ich zitiere -:

„Ob er für die Atomwirtschaft oder im Ministerium tätig war“,

- also es geht um Sie -

fasst Kotting-Uhl zusammen, „Hennenhöfers Leitsatz war immer die Förderung der Atomkraft und nicht die Sicherheit.“

Können Sie mir sagen, ob das eine zutreffende Aussage ist?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Ich möchte nicht in eigener Sache reden, aber ich nehme das jetzt mal zum Anlass, Folgendes mal zu sagen: Ich finde es einen bemerkenswerten Verfall der politischen Kultur, dass auf Beamte - und das betrifft ja nicht nur mich - inzwischen in politischen Kreisen eingedroschen wird. Beamte haben nämlich weisungsabhängig zu arbeiten - das wissen Sie - und haben gesetzgebunden zu arbeiten. Wie in den 90er-Jahren das Atomge-

setz aussah, brauche ich Ihnen nicht zu erklären. Beamte haben überhaupt nicht die Chance, sich gegen solche Unterstellungen zu wehren. Sie können keine Presseerklärungen abgeben, nichts dergleichen. Sie haben es jeweils schlicht zu ertragen. Beamten wird unterstellt, dass sie pflichtwidrig handeln und Ähnliches mehr.

Ich füge auch hinzu: Es sind diverse Politiker nach Plenardiskussionen zu mir gekommen, haben mir auf die Schulter geklopft und haben gesagt: „Nimm es nicht so - das ist Politik - persönlich nimm mir das nicht übel“ - sogar Fraktionsvorsitzende. Das fand ich einerseits ganz nett. Trotzdem bin ich der Meinung, Beamte haben keine Chance, sich zu wehren, und da finde ich es unanständig, wenn Politiker darüber herziehen. Und was die Medien machen, werde ich nicht kritisieren. Das gilt im Lande ja nicht als korrekt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Hennenhöfer, ich habe jetzt, oder meine lieben Kolleginnen und Kollegen, dieses Statement so zugelassen, weil es ohne Zweifel auch nicht zum Untersuchungsgegenstand gehört, aber zum Modus dessen, wie wir hier untersuchen. Aber jetzt möchte ich Sie wirklich sehr, sehr dringend bitten, über den Untersuchungsgegenstand sich weiter auszutauschen. - Herr Kollege Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann komme ich noch mal zurück auf die Frage, in welcher Reihenfolge die Erkundungen durchgeführt werden sollten. Uns liegt ein Bericht des BfS vor. Das ist MATE 7, Band 28, Paginierung 436 ff. Da wird schon am 26. Juli 1993 eine - ich sage jetzt mal mit meinen Worten - schrittweise Erkundung des Salzstocks Gorleben dem Ministerium vorge schlagen. Kann ich daraus den Schluss ziehen, dass die Frage, ob man jetzt parallel - Nordost, Südwest - oder konsekutiv - erst Nordost, dann Südwest - erkundet, eine Frage war, die sowohl bei Ihrem, Herr Hennenhöfer, Antritt als Abteilungsleiter als auch beim Antritt von Umweltministerin Merkel 94 bereits auf den Tischen im Bundesumweltministerium lag?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Paul, abgesehen davon, dass ich meinen Dienst vor 17 Jahren, also quasi vorgestern, da angetreten habe und mich auch nicht mehr an alles erinnere, was damals auf den Tischen lag: Es entwickelt sich - ich habe das

vorhin noch mal versucht, zu sagen - zu all solchen Fachfragen eine fortlaufende Diskussion zwischen den Ämtern, dem Bund, den Beamten, und es entwickelt sich daraus sozusagen ein Meinungsbild, eine Amtsmeinung. Und ich habe die dann irgendwann als Meinung jedenfalls so vorgefunden. Ich war selber ein bisschen überrascht. Ich habe schon mal gesagt, das mit den Volumina war mir überhaupt nicht bewusst. Ich habe das so vorgefunden, und ich hatte gegen die Argumente, dass es keinen Sinn macht, gleichzeitig in zwei Richtungen vorzugehen, kein Gegenargument, und daher habe ich das so zugelassen. Es war aber ganz offensichtlich.

Sie sind als Ausschuss in einer anderen Situation. Sie haben auch einen anderen Blick auf die Dinge, weil Sie die Akten jetzt über die gesamte Ereigniskette hinweg sehen. Ich habe einen Ausschnitt betrachtet. Ich komme, mir berichten die Mitarbeiter was und sagen: So und so ist die derzeitige Beurteilung, und wir sagen dir, wenn wir gleichzeitig in beide Richtungen erkunden, ist es ja viel zu viel. Brauchen wir gar nicht. Und im Übrigen verritzen wir da was. Geld kosten tut es auch, und außerdem ist es hinsichtlich der Salzrechte vorteilhaft. - Was sollen Sie denn da noch sagen? Da habe ich gesagt: Ja, dann machen wir das eben so.

Ich kann, offen gestanden, nicht ganz verstehen, warum diese Frage für diesen Ausschuss so relevant ist. Das müssen Sie mir auch nicht sagen. Ich halte es für eine völlig rationale Entscheidung. Ich wüsste auch nicht, welche ich umgekehrt hätte treffen sollen ansonsten in diesem Moment. Es war immer klar, dass wir bei der Erkundung die Fakten erheben und dass die Frage der Sicherheit des Salzstocks, ob ein Endlager langzeitsicher dort errichten werden kann, ohnehin erst hinterher geprüft, beurteilt, begutachtet und durch alle gerichtlichen Instanzen geschoben wird. Es ging nur darum, die geologischen Fakten zu erheben. Und wenn mir die Mitarbeiter sagen: „Mehr brauchen wir nicht als eben jetzt derzeit mal den ...bereich (akustisch unverständlich), und vielleicht ist es dann für uns schon gut“, dann kann ich dem nicht widersprechen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Kollege Monstadt, bitte schön.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Herr Hennenhöfer, ich darf mal weiter befragen und Ihnen die Möglichkeit geben, das Ertra-

gen, was Sie uns gerade so plastisch geschildert haben, ein bisschen aufzuarbeiten, indem wir noch zu zwei anderen Dingen Ihnen eine Frage stellen, die Sie dann in Ihrer Funktion als Beamter auch betroffen hat und wo Sie dann keine Presseerklärung zur Klärstellung abgeben konnten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Als Zeugen vernehmen.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Als Zeuge, selbstverständlich. Ich wollte da nur die Überleitung finden, Frau Vorsitzende, wenn Sie gestatten.

Ich darf Bezug nehmen auf den Artikel „Spurenlose, folgenreiche Treffen“ in der *Süddeutschen Zeitung* vom 07.01.2012, wo unter Bezugnahme auf Äußerungen der Abgeordneten Frau Kotting-Uhl mit Bezug auf die Gespräche zwischen den Bundesministern Dr. Rexrodt, Dr. Merkel mit den Vorständen der Energiewirtschaft im Dezember 96 und Januar 97 zum weiteren Vorgehen bei den Endlagerprojekten Schacht Konrad und Salzstock Gorleben behauptet wird:

Die Beteiligten seien sich wohl bewusst gewesen, dass die Suche nach einer „Billiglösung“ nicht in Ordnung gewesen sei.

Haben Sie aus Ihrem damaligen Erleben sowohl den Eindruck gehabt, dass es sich da um eine Billiglösung handelt, und war Ihnen damals durch das Umfeld, in dem Sie sich bewegt haben, bewusst oder ist Ihnen zur Kenntnis gelangt, dass das Bewusstsein, hier im Sinne einer Billiglösung das voranzutreiben, in den Gremien diskutiert wurde?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Herr Abgeordneter, ich ringe jetzt um die richtigen Worte. Ich halte dies zumindest für eine böseartige Unterstellung. Von Billiglösung war überhaupt nie die Rede. Die Rede war davon, dass wir eine dem zu erwartenden Abfallvolumen entsprechende, angemessene Lösung finden. Ich habe auch gesagt, man war bereits im Nordostfeld - da sind wir heute immer noch -, man hatte dort begonnen, und wir haben gesagt: Vielleicht brauchen wir das Südwestfeld nicht. - Wir haben des Weiteren gesagt: Es kann auch ein Vorteil sein, ein sicherheitstechnischer Vorteil, wenn wir das Südwestfeld nicht verritzen.

Im Übrigen möchte ich dezent darauf hinweisen - da mögen heute die Maßstäbe

Nordost

christlich-liberalen Regierung abgelehnt wurde. Ich beziehe mich hier auf MAT A 196/6, Seite 185 bis 187 -- und auch in einem Vermerk, der von Ihnen selbst, glaube ich, stammt. Der ist vom 11. Dezember 96. Da sagen Sie also auch, dass die damalige Umweltministerin in diesem Gespräch Diskussionen über diesen Entsorgungsvorsorgenachweis geführt hatte. Das ist MAT A 221, Band 6, Seite 19033 bis 19035.

Mich würde noch mal interessieren - ich war jetzt einige Zeit nicht da; ich weiß nicht, ob Sie sich jetzt wiederholen müssen; sorry -, aber ich würde trotzdem noch mal gerne hören: Wie sind denn diese Diskussionen zwischen den EVU und der Bundesregierung damals geführt worden? Wie hat man sich da auseinandergesetzt? Wie waren die Argumentationslinien? Und haben die EVU nur damals über diese Entkopplung diskutiert, oder ist diese Diskussion auch weitergeführt worden in Ihrer Erinnerung?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Der Entsorgungsvorsorgenachweis ist eine Erfindung der Exekutive bzw. auch der Politik. Er stand nicht im Gesetz. Aber es war ein gewisses - und wir hatten ja vor Tschernobyl Konsens im Lande über die Nutzung der Kernenergie - Einverständnis zwischen allen Beteiligten, und es geht auf Beschlüsse der Regierungschefs von Bund und Ländern zurück, dass die Kernkraftwerke betrieben werden können, obwohl man noch keine Endlager hatte. Man hat quasi als Brücke gebaut: a) Zwischenlager. Da gibt es die berühmte Verteilung zwischen Gorleben-Zwischenlager, und dann hat Nordrhein-Westfalen sich bereiterklärt - alles auf der gesamtstaatlichen Ebene diskutiert worden. Und dazu gehörte dann auch, einen Entsorgungsvorsorgenachweis zu fordern, der unter anderem Fortschritte bei der Endlagerung verlangte.

Nun sind wir in die komische Situation gekommen, rechtlich komisch, dass der Betrieb der Kernkraftwerke - dieser Entsorgungsvorsorgenachweis floss dann in die Betriebsgenehmigungen ein, wenn ich mich recht entsinne; er war Verwaltungspraxis, er wurde auch beim Ermessen, bei den Errichtungsgenehmigungen der Kernkraftwerke, beim Versagungsermessen geprüft -, dass plötzlich der Betrieb der Kernkraftwerke nicht von Faktoren abhing, die in der Kontrolle der EVU waren, sondern sie waren davon ab-

hängig, ob die Regierung was tat. Eine merkwürdige Konstruktion. Und wir haben uns manchmal damals auch rechtlich gefragt: Wie geht das eigentlich? Wir kommen irgendwie nicht weiter mit der Entsorgung, weil uns Frau Griefahn querlegt. Die legt uns den Schacht still, Frau Griefahn. Mit Bergrecht legt sie den Schacht still. Wir kommen kein Stück weiter. Es gibt keinen Fortschritt in der Endlagerung. Die EVU schalten dann die Kernkraftwerke ab, weil sie den Entsorgungsvorsorgenachweis nicht führen können. Wer zahlt eigentlich den Regress? Das war eine spannende Frage, die wir damals diskutiert haben.

Insofern war der Entsorgungsvorsorgenachweis in der damaligen Konfiguration rechtlich nicht einfach, aber er hatte einen Vorteil: Wir hatten wenigstens ein paar Verbündete bei unseren Bemühungen; denn ich habe Ihnen ja schon mal gesagt: Eigentlich war BMU alleine. Niemand hatte Lust, uns bei diesem schwierigen Vorhaben zu unterstützen. So, über die Figur des Entsorgungsvorsorgenachweises, waren die EVU zumindest in so einem faktischen Haftungsverband mit uns. Sie mussten mitmachen, obwohl es gar nicht in ihrem Interesse war, dass wir deren Geld für Buddelei in Salzstöcken ausgaben. Die fanden es viel schicker, dass sie schöne Rückstellungen haben und auf die Zukunft warten, in der sie vielleicht - und der Hit war immer - irgendwann mal in Russland oder sonstwo die Abfälle entsorgen können. Und für uns war der Entsorgungsvorsorgenachweis das, womit wir erreichen konnten, dass sie überhaupt sozusagen mitmachen. Nun konnten wir sie auch zwingen, klar. Es waren ja alles rechtlich geregelte Sachverhalte. Aber für uns ein wichtiges Element.

Dass die Regierung Schröder den dann aufgegeben hat, habe ich in meinem Juristenherz verstanden. Unter Verantwortungsgesichtspunkten fand ich es bedauerlich, dass die Regierung Schröder gesagt hat: Wir können jetzt Kernkraftwerke betreiben, auch wenn wir keine Fortschritte bei der Entsorgung haben. - Ja, die Streichung des Entsorgungsvorsorgenachweises war die rechtliche Voraussetzung dafür, zehn Jahre nichts zu tun. Das muss man sehen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank. - Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

Mit einer Eignungsaussage zu dem Nordost-Teil des Salzstocks und ggf. mit den oben beschriebenen Aussagen zum Südwest-Teil liegt eine im Sinne der Endlagerung radioaktiver Abfälle Aussage zur Gesamteignung des Salzstockes vor.

Das heißt, es wird immer wieder gesagt, es reicht. Also, es wird eine Gesamteignungsaussage gemacht, wenn nur ein kleiner Teil erkundet wird. Das ist der Punkt, der für mich immer wieder fraglich ist, denn Sie sind ja Leiter der Reaktorsicherheit, der Abteilung für Reaktorsicherheit, gewesen. Hier wird von „Geowissenschaftlern“ gesprochen. Alle Geowissenschaftler sind der gleichen Meinung. Es ist ja auch in der Sache noch nicht mal richtig.

Es ist für mich so die Frage: Wie gehen Sie damit um, dass Sie nicht umfassend informiert werden und sich auf dieser Grundlage eine Meinung über etwas anderes als Backpulver bilden, was eben dann in der Konsequenz - und wir hatten vorhin Grafenrheinfeld; wollen wir gar nicht wieder - so bösartig ist, dass es danach vermutlich nicht mehr zu einem Untersuchungsausschuss gekommen wäre?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Also, Frau Möller, ich muss auf Ihre frische Frage eine nicht ganz so frische Antwort geben.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Das tut mir sehr leid.

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Zunächst mal: Herr Bloser war - das weisen die Akten aus - Anhänger der These von der Spiegelbildlichkeit des Salzstocks. Ich habe hier zu erkennen gegeben, dass ich als Nichtfachmann nie vollständig überzeugt war. Ich habe in meinem Einleitungsstatement gesagt: „hat mich nicht restlos überzeugt“. Bitte, das gestehe ich Ihnen zu. Erstens.

Zweitens. Sie verlagern - und das ist der Fehler der gesamten Diskussion, die Sie hier machen - die Sicherheitsfrage in den Erkundungsprozess. Da gehört sie überhaupt nicht rein. Erkundung ist Handwerk, Fakten sammeln, Bergleute nehmen Proben, messen usw. usf. - Keine Bergleute?

(Zuruf: Handwerker!)

- Ah, Entschuldigung, Handwerker. - Es geht nur um Faktenerhebung. Sicherheit ist die Frage, aufgrund welcher Fakten ich hinterher

den Eignungs- respektive Langzeitsicherheitsnachweis führe. Da waren wir noch lange, lange, lange nicht. Es wurde behauptet, er könnte führbar sein. Ich habe zu erkennen gegeben, dass ich Skepsis hatte. Ich kann Ihnen sogar Stellen in den Akten zeigen, wo ich Weichmacher in die Entwürfe geschrieben habe, genau an dieser Stelle, weil ich auch nicht davon überzeugt war, dass das wirklich alles so sein würde. Aber ich brauchte es doch in dem Moment nicht zu entscheiden. Warum in aller Welt sollten wir in dem Moment bereits entscheiden, ob der Langzeitsicherheitsnachweis aufgrund einer vielleicht reduzierten Faktenbasis führbar ist? Diese Entscheidungsnotwendigkeit gab es in dem Moment nicht. Sollten die Strecken auffahren, sollten die Fakten sammeln, sollten sie bewerten. Eine vorläufige Sicherheitsanalyse, Frau Kotting-Uhl, war ja noch gar nicht gemacht. Das war, wenn Sie so wollen, das Defizit auch des damaligen Vorgehens. Da kritisiere ich gemeinsam mit Herrn Seiler. Da sind wir uns einig an dieser Stelle. ~~Da~~ waren in der ganzen Bewertung der Erkenntnisse große Defizite.

Aber das stand doch gar nicht zur Entscheidung. Zur Entscheidung stand nur: Wie lange sammeln wir Fakten? Und da haben wir gesagt, wir gehen erst mal dahin, und wie weit wir gehen, ob wir später in den Südwesten gehen, das müssen wir zu einem späteren Zeitpunkt sehen. - Der Rest sind Unterstellungen, gegen die ich mich nachhaltig verwahre.

Kornelia Möller (DIE LINKE): Ja, ich habe verstanden, dass Sie selber Bedenken hatten. Mein Verständnis von einer Leitungsfunktion ist, dass ich mich gerade auch umfassend informiere und gerade auch die Gegenmeinung, die ja vorhanden war, versuche einzuholen, und nicht nur, aber auch besonders dann, wenn ich selber schon Bedenken habe.

Von daher meine wirklich nun letzte Frage: Finden Sie das der Gefährlichkeit des Stoffes, mit dem wir zu tun haben, und der Position, in der Sie sich befunden haben, wirklich angemessen?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Möller, jetzt wird es sehr persönlich. Sie versuchen, meine Person an der Entscheidung zu messen: Wie viel Fakten erheben wir? - Sie stellen das in Relation zur Gefährlichkeit bestimmter Stoffe. Diese Verknüpfung ak-

Sailer

zeptiere ich nicht. Erstens mal habe ich Ihnen gesagt, dass dieser vorlaufende Diskussionsprozess und Herr Wosnik und dieses alles mir nicht bekannt waren. Also hatte ich auch gar keine Veranlassung, Fragen zu stellen, Sachverhalte aufzuklären.

Zweitens mal: Wir haben keinerlei sicherheitstechnische Entscheidung getroffen. Es ist einfach Unsinn, dieses zu behaupten. Wir haben die Frage diskutiert: Wie viel werden wir insgesamt erkunden müssen, um für die Wissenschaftler, die anschließend die Sicherheitsbeurteilung durchführen - anschließend! - ausreichende Faktenbasis zu haben? Da waren die Meinungen geteilt. Wir hatten auf einmal ein verringertes Volumen, und wie ich gelernt habe und auch in den Diskussionen, die ich in meiner jetzigen Amtszeit erlebe, ist das Endlagerkonzept, das Endlagerdesign, ziemlich maßgeblich für die Frage, wie weit ich eigentlich erkunden muss. Das alles waren Schritte, die dann zu leisten waren.

Ich wiederhole: Es ist kritisiert worden, dass keine Sicherheitsanalyse gemacht worden ist. Die Kritik ist richtig gewesen. So etwas muss man parallel und während der Erkundung machen. An dieser Stelle war das Vorgehen damals nicht vollständig, aber es war auch eine Situation - da will ich mich überhaupt nicht mit rausreden -, die ich geerbt habe. Aber ich lehne es ab - und da werde ich auch böse -, wenn Sie sagen, die Begrenzung der Erkundung in einem ersten Schritt hat was mit Sicherheit zu tun. Sie hat einfach was mit pragmatischem Vorgehen zu tun. Über die Sicherheit wird in einem ganz anderen Verfahren entschieden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, diese Antwort des Herrn Hennenhöfer habe ich in den letzten zwei Stunden mindestens fünf-, gefühlt hundertmal gehört. Wie wir die bewerten, das ist ja unsere Sache. Aber ich glaube, in puncto Wahrheitsfindung kommen wir da jetzt nicht weiter in dieser Fragestellung.

Haben die Grünen weitere, auch möglichst neue Fragen?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich möchte genau an dem weitermachen, an der Aussage von Herrn Hennenhöfer auf meine letzte Frage. Es ist ja schade, dass man immer wieder warten muss und sich nicht mal im Zug ein Stück weit unterhalten kann, aber ich realisiere, Sie

schaffen das, da rumzuschalten. Das ist wunderbar.

Es geht ja - darin sind wir uns ja einig - um die Eignungsaussage. Wann wird die gemacht, und wie tragfähig ist sie dann, wie belastbar? Und wir sind uns sicher auch darin einig, dass bei einer Eignungsaussage, die sich auf so etwas bezieht wie ein Endlager für hochradioaktiven Müll, jeder Zweifel ausgeräumt werden muss.

Sie haben jetzt eben gesagt, es gab eigentlich keinen Plan, was man dann macht, wenn man mit der Nordsterkennung fertig ist, und Sie fanden es merkwürdig, dass es kein ausdiskutiertes Endlagerkonzept gab. Sie haben die Situation geerbt, und Sie fanden es aber merkwürdig, dass es dieses ausdiskutierte Endlagerkonzept nicht gab. Ich finde es auch sehr merkwürdig.

Die Frage ist: Wer wäre denn verantwortlich dafür gewesen, dafür zu sorgen, dass es eines gibt? Ich weiß nicht, ob Sie das gewesen wären. Ich glaube, dass Sie als Abteilungsleiter dieser nicht unwichtigen und genau mit dieser Thematik befassten Abteilung jetzt nicht nur der ausführende Beamte sind - das sieht man ja auch am Strategiepapier -, sondern schon durchaus auch Verantwortung übernommen haben. Ich will aber nicht sagen, dass Sie die Verantwortung hatten, zu sagen, da muss jetzt ein Endlagerkonzept -- oder es zu erstellen. Aber meine Frage: Wer wäre denn verantwortlich gewesen, dass es erstellt wird? Warum haben Sie nicht betrieben, dass es eines gibt? Und vielleicht noch als dritte Frage tatsächlich: Warum gab es denn am Ende dieser Legislatur immer noch keines?

Zeuge Gerald Hennenhöfer: Frau Kotting-Uhl, die erste Frage: Wer hätte das machen müssen? Ja, das BfS, würde ich mal sagen, als die für die Endlagerung zuständige Behörde. Dass ich das heute kritisch sehe, hat sicherlich auch mit einem gedanklichen Reifungsprozess zu tun. Ich nehme für mich in Anspruch, auch gelegentlich klüger zu werden, und viele Diskussionen - auch in den letzten Jahren - haben mir gezeigt, dass wir damals nicht so geordnet vorgegangen sind, wie es richtig gewesen wäre. Ja, das billige ich Ihnen zu. Herr Seiler hat einen nicht unerheblichen Anteil an meiner Bewusstseinsbildung, mit dem ich viel und lange über diese Fragen diskutiert habe.

Zweitens mal vergessen Sie, dass die Schwerpunkte und die ganzen Diskussions-

Seiler